

Dossier

Der Zweite Weltkrieg

Einleitung



Deutsche Kriegsgefangene 1945 (© picture-alliance/akg)

Vor 75 Jahren endete mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht der Zweite Weltkrieg in Europa. Als nationalsozialistischer, rasseideologischer Vernichtungskrieg hatte er Millionen Menschen das Leben gekostet: 6 Millionen europäische Juden fielen dem Rassewahn der Nationalsozialisten zum Opfer, in weiten Teilen Europas war jüdisches Leben ausgelöscht. Mit insgesamt 60-70 Millionen Toten steht der Zweite Weltkrieg für die Tragödie des 20. Jahrhunderts. Eine bipolare Weltordnung entstand, das Gesicht Europas veränderte sich völlig.

Inhaltsverzeichnis

1.	Der Zweite Weltkrieg – eine historische Zäsur	4
2.	Entstehung, Verlauf und Folgen des nationalsozialistischen Krieges	9
2.1	Der Weg in den Krieg	10
2.2	Der Krieg in Europa	25
2.3	Weltkrieg	31
2.4	Kriegswende	43
2.5	Endphase und Kriegsende	52
2.6	Kriegsfolgen	62
3.	Dimensionen des "totalen Krieges"	75
3.1	Die deutsche Kriegsgesellschaft	76
3.2	Kriegsideologie, Propaganda und Massenkultur	88
3.3	Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit	94
3.4	Die Wehrmacht: Struktur, Entwicklung, Einsatz	100
3.5	Waffen, Militärtechnik und Rüstungspolitik	106
3.6	Krieg und Holocaust	112
3.7	Soldatische Kriegserfahrungen	119
3.8	Europa unter nationalsozialistischer Besatzung	128
3.9	Widerstand gegen den Nationalsozialismus	138
3.10	Die Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen	167
3.11	Die Ahndung von NS- und Kriegsverbrechen in der SBZ/DDR	174
3.12	Der Krieg in europäischen "Erinnerungskulturen"	179
4.	Karten und Grafiken	186
5.	Chronologische Übersicht: Der Zweite Weltkrieg	187
6.	Redaktion	208

Der Zweite Weltkrieg – eine historische Zäsur

Einführung

Von Dr. habil. Jörg Echternkamp

30.4.2015

Dr. habil. Jörg Echternkamp, geboren 1963, ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Er hatte zahlreiche Lehraufträge an Universitäten im In- und Ausland; 2012/13 war er Inhaber der Alfred-Grosser-Gastprofessur am Institut d'Études Politiques (Sciences Po) in Paris. Echternkamp forscht und lehrt zur deutschen und europäischen Geschichte vom 18. zum 21. Jahrhundert; Schwerpunkte bilden derzeit die Gesellschafts- und Erinnerungsgeschichte der Weltkriege, der NS-Zeit und der deutschen Nachkriegsgeschichte. Zu seinen Publikationen zählen: (Hg.) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1-2: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945 (München 2004/2005; engl. Oxford 2008/2014), Die 101 wichtigsten Fragen: Der Zweite Weltkrieg, München 2010, Militär in Deutschland und Frankreich 1870-2010, Paderborn 2011 (hg. mit S. Martens), München 2012; Experience and Memory. The Second World War in Europe, Oxford 2010/2013 (hg. mit S. Martens); (Hg.), Wege aus dem Krieg im 19. und 20. Jahrhundert, Freiburg 2012; Die Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1969, Paderborn 2013; Gefallenengedenken im globalen Vergleich (hg. mit M. Hettling), München 2013; Soldaten im Nachkrieg 1945-1955, München 2014.

75 Jahre nach Kriegsende gibt es kaum noch jemanden, der die NS-Diktatur als Erwachsener erlebt hat und von dem Krieg erzählen kann, den die Nationalsozialisten angezettelt haben. Umso schwerer fällt es heute, diese Vergangenheit zu verstehen.

Angenommen, es hätte Mitte der 1930er-Jahre in Europa bereits repräsentative Meinungsumfragen gegeben und die Demoskopen hätten die Deutschen gefragt: Glauben Sie, dass es bald wieder einen großen Krieg geben wird? - Die Mehrheit der Befragten hätte sicherlich mit "Nein" geantwortet. Einen neuen Krieg wollte und konnte sich kaum einer vorstellen. In Berlin boten die weltoffen wirkenden Olympischen Sommerspiele 1936 den festlichen Rahmen für einen friedlichen Wettkampf. Ein internationales Veteranentreffen in Verdun schien gerade erst ein Zeichen der Versöhnung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern zu setzen. Das Frontkämpferreferat der "Dienststelle Ribbentrop", welche die neue Staatspartei, die NSDAP, kurz zuvor eingerichtet hatte, half beim Organisieren von derlei Veranstaltungen für Weltkriegsteilnehmer aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Wie hätte man auch angesichts der Millionen Toten, Verwundeten und Invaliden die Gewalterfahrungen des Weltkrieges von 1914/18 – der damals ja noch nicht nummeriert wurde – vergessen können? Sicher, manche Veteranen verklärten das Kameradschaftserlebnis des Schützengrabens und nicht nur Militärs entwarfen Szenarien für einen kommenden, erfolgreicher Krieg. Und dass das Deutsche Heer "im Felde unbesiegt" geblieben war, galt vielen als sicher: "Vaterlandslose" Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden seien der Front durch die Novemberrevolution in den Rücken gefallen, so lautete die weit verbreitete "Dolchstoßlegende". Doch es gab die entgegengesetzte Strömung, für die das Kriegserlebnis vor allem eine Bedeutung hatte: die Überlebenden zum Frieden zu mahnen. Hatte man nicht eigens eine internationale Organisation gegründet, den Völkerbund, der für ein friedliches System kollektiver Sicherheit sorgen sollte? War der Krieg nicht im "Briand-Kellogg-Pakt" sogar völkerrechtlich geächtet worden? Auch wenn es einzelne militärische Konflikte gab – kaum jemand konnte 1936 mit einem neuen "Weltenbrand" rechnen.

Keine zehn Jahre später lagen große Teile Europas in Schutt und Asche; erstmals wurden mit dem Abwurf von Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki 1945 Kernwaffen gezielt eingesetzt. Zwischen 1939 und 1945 hatten weltweit rund 110 Millionen Männer und auch Frauen unter Waffen gestanden. Über 60 Millionen Menschen kamen zu Tode: bei regulären Kampfhandlungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft, durch Kriegsverbrechen, als Opfer eines Genozids, durch

Vertreibung. Rund 25 Millionen Tote – die meisten – hatte allein die Sowjetunion zu beklagen; 15 Millionen waren es in China, 7 Millionen in Deutschland, 6 in Polen. Weitere Millionen Menschen verloren ihre Heimat, weil sie fliehen mussten, vertrieben wurden oder einer rasseideologischen Bevölkerungs- und Umsiedlungspolitik ausgesetzt waren. Zu den Entwurzelten zählten die Millionen Zwangsarbeiter im Deutschen Reich (7,8 Mio.) und in Japan (2,1 Mio.).

Ein militärischer Konflikt, der sich alsbald zu einem tendenziell globalen und totalen Krieg ausgeweitet hatte, militärisch spätestens 1942/43 entschieden war und keine sechs Jahre währte, führte zu einem beispiellosen Bruch in der Geschichte. Nach diesem zweiten Weltkrieg war so gut wie nichts mehr, wie es einmal war. Der Gegensatz zwischen zwei Supermächten, den USA und der Sowjetunion, mit seinen Stellvertreterkriegen in Afrika und Ostasien bestimmte fortan die außenpolitische Lage. Zentrale europäische Traditionsträger wurden gekappt. Der Alltag in West- und Osteuropa veränderte sich unter dem Einfluss der "Amerikanisierung" und "Sowjetisierung". Vor allem in Ost- und Südosteuropa dauerte es Jahrzehnte, bis sich die Bevölkerung von der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft erholte und sich der Lebensstandard merklich verbesserte. Als "Zivilisationsbruch" gilt der industrialisierte Völkermord an den europäischen Juden, der ohne den Krieg gar nicht möglich gewesen wäre. Der systematische Massenmord im "Vernichtungskrieg", den die Deutschen in Ost- und Südosteuropa geführt hatten, löschte auch eine jahrhundertealte Tradition jüdischen Lebens in Europa nahezu aus.

Der kriegsbedingte Traditionsträger betraf nicht zuletzt den Krieg als solchen. Unsere Vorstellungen von der Anwendung militärischer Gewalt haben sich drastisch gewandelt. Dass Krieg wie ein reinigendes Gewitter immer mal wieder sinnvoll sei, dass er eine gute Gelegenheit biete, Männlichkeit zu beweisen oder eine ominöse nationale Ehre zu retten – diese Ideen weisen zurück in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Erst das Ende dieses Zweiten Weltkrieges war der Anfang einer Weltordnung, in der einzig die Verhinderung militärischer Gewalt in der Regel deren Anwendung legitimiert. Bis etwa 1990 hatte nicht zuletzt die wechselseitige Androhung von Krieg, das "Gleichgewicht des Schreckens" durch die nukleare Abschreckung, die Welt vor einem neuen Großkonflikt zwischen den Supermächten bewahrt. Erst das Ende dieses "Kalten Krieges" habe, so argumentieren manche Historiker und Politikwissenschaftler, dann auch den Zweiten Weltkrieg endgültig beendet.

Wie zerbrechlich der Frieden ist, daran erinnert nicht zuletzt die Vergangenheit des Zweiten Weltkriegs. Doch die Geschichte des Zweiten Weltkriegs gibt es nicht. Was wir von diesem düsteren Kapitel der Weltgeschichte, nicht zuletzt der deutschen Geschichte wissen, hängt auch davon ab, was die Vergangenheitsexperten, die Historikerinnen und Historiker zu berichten wissen und – das ist nicht dasselbe – was jeweils in der Öffentlichkeit als historisches Wissen gilt. So hat sich das Bild des Zweiten Weltkrieges in den vergangenen 70 Jahren immer wieder gewandelt. Das trifft nicht nur auf Deutschland zu und auch nicht nur auf Osteuropa, wo nach der "Wende" um 1990 die offiziellen ideologischen Deutungsvorgaben fortfielen. Auch in den westeuropäischen Staaten hat sich das Bild von der eigenen Rolle zwischen 1939 und 1945 in dem Maße verändert, wie ältere Mythen über Bord geworfen wurden. Mit anderen Worten: Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges hat ihrerseits eine Geschichte.

Dazu gehört im deutschen Fall, dass sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik in den 1950er-Jahren eigens Forschungseinrichtungen gründeten, die im amtlichen Auftrag eine Geschichte des Zweiten Weltkriegs schreiben sollten. Seit den 1960er-Jahren wurde am Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) in Freiburg i.Br. der Zweite Weltkrieg erforscht. Das zehnbändige Reihenwerk "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg" sollte ursprünglich auch eine Antwort auf ähnliche Bestrebungen in der DDR sein, wollte man doch der anderen Seite im Systemkonflikt nicht die Deutungshoheit in der jüngsten deutschen Vergangenheit überlassen. Erst seit den 1980er/90er-Jahren wurde die militärgeschichtliche Forschung zum Zweiten Weltkrieg dann auch in der universitären Geschichtswissenschaft intensiviert.

Der Zweite Weltkrieg ist nicht Geschichte

"Der Zweite Weltkrieg ist nicht Geschichte. Zwar dient er heute nicht mehr als maßgebliche Zäsur der Lebenszeit, während es für die ältere Generation ein Leben vor dem Krieg gegeben hatte; zwar ist die Nachkriegszeit endgültig vorbei, seit 1989/90 der Kalte Krieg zu Ende ging. Doch der lange Schatten dieses bislang größten militärischen Konfliktes reicht noch immer in die Gegenwart: Kriegskinder, Kriegsverbrecher, Kriegsverräter sind Stichworte, mit denen der Zweite Weltkrieg zuletzt in die Schlagzeilen geriet – von der Kontroverse über die so genannte Wehrmachtausstellung vor einigen Jahren zu schweigen. Stets schlügen die Wellen hoch, führten Kriegsthemen zu Deutungskämpfen. Denn die öffentliche Erinnerung an die Vergangenheit zielt nicht zuletzt auf das politische Selbstverständnis derer, die sich erinnern. [...]

Die Weltkriegsforschung wie die Militärgeschichte insgesamt interessiert sich schon lange nicht mehr nur für die militärischen Operationen. Vielmehr wurden spätestens seit den 1990er Jahren die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Bedingungen und Folgen der Kriegsführung untersucht. Wie kein anderer war der Zweite Weltkrieg ein "totaler Krieg", der nicht nur an den Fronten, sondern auch an der – wie es die Propaganda nannte – "Heimatfront" geführt wurde. Zum Kriegsalltag im Deutschen Reich gehörten die Luftangriffe mit Spreng- und Brandbomben, die Nächte im Luftschutzkeller, die Evakuierung der Kinder und "Ausgebombten" ebenso wie der Einsatz von Zwangsarbeitern in der Industrie und Landwirtschaft, schließlich die Mobilisierung von Jugendlichen und älteren Menschen im so genannten Deutschen Volkssturm. Vor allem jedoch ist der Zweite Weltkrieg unauflöslich mit dem Holocaust verbunden. Der industrielle Massenmord an den europäischen Juden wäre ohne den Krieg nicht möglich gewesen und hing von seinem Verlauf ab. Von vornherein wurde der Krieg an der inneren und der äußeren Front geführt. Das Kriegsziel Nr. 1 war die rasseideologische Neuordnung Europas unter deutscher Vorherrschaft. War es in früheren militärischen Großkonflikten darum gegangen, das eigene Territorium zu erweitern oder eine gegnerische Macht in die Knie zu zwingen, waren dies jetzt nur Etappen auf dem Weg zum eigentlichen Ziel. Eine moderne Militärgeschichte des Zweiten Weltkriegs hat dieser Komplexität Rechnung zu tragen. Neben die militärische und politische Ereignisgeschichte tritt deshalb die sozial- und kulturgeschichtliche Betrachtung."

aus: Jörg Echternkamp, *Die 101 wichtigsten Fragen: Der Zweite Weltkrieg*, München 2010, S. 11f.

Zwei Fragen standen im Vordergrund: Erstens: Welche Rolle spielte die Wehrmacht? Hat sie einen Krieg wie andere auch geführt, während insbesondere die Einsatzgruppen der SS für die Kriegsverbrechen verantwortlich waren – so lautete lange die Legende von der "sauberen Wehrmacht"? Oder hatten Hitlers Truppen namentlich in Ost- und Südosteuropa einen "Vernichtungskrieg" geführt und sich an den Verbrechen in welchem Umfang auch immer beteiligt? Die zweite Frage hing damit eng zusammen: Wie ließ sich die Wechselbeziehung von Krieg und Holocaust erklären? Wie sah der Krieg an der inneren und der äußeren Front aus, der die rasseideologische Neuordnung Europas unter deutscher Vorherrschaft zum Ziel hatte und den industriellen Massenmord an den europäischen Juden ermöglichte? Insbesondere die mehrjährige Kontroverse um die Wanderausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" verbreitete das vorhandene fachwissenschaftliche Wissen und sorgte immer wieder für Schlagzeilen. Unstrittig ist mittlerweile, dass der Krieg ein nationalsozialistischer Krieg war und ohne den Holocaust nicht zu denken ist. Hatten sich die meisten Deutschen in den frühen Nachkriegsjahren selbst vor allem als Opfer des Nationalsozialismus und des Krieges betrachtet, galten die Erinnerung und das offizielle Gedenken nun in erster Linie den Opfern des NS-Terrors.

Die Darstellung des Zweiten Weltkriegs in diesem multimedialen Dossier soll diesen komplexen Entwicklungen in der Fachwissenschaft und in den Erinnerungskulturen Rechnung tragen. Die militärische und politische Ereignisgeschichte des Krieges wird deshalb durch sozial- und kulturgeschichtliche Betrachtungen ergänzt. Das militärische Geschehen auf der strategischen, taktischen und operativen Ebene wird in einen größeren Zusammenhang eingeordnet. Dem liegt ein

umfassender, gesellschaftsgeschichtlicher Ansatz von Militärgeschichte zugrunde, der in einer problemorientierten Darstellung zentraler Strukturen und Entwicklungen, aber auch einzelner Ereignisse den Zweiten Weltkrieg aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet. Aufgegriffen werden Leitfragen und Ergebnisse verschiedener Teildisziplinen der Geschichtswissenschaft wie zum Beispiel der Operationsgeschichte, der Geschichte der Zwangsarbeit oder der Holocaustforschung.

Das Dossier verbindet chronologische und systematische Gliederungskriterien miteinander. Auf der einen Seite erlaubt diese Kombination, die historiographische Kategorie der Entwicklung zu berücksichtigen und Phasen des historischen Prozesses zu bestimmen. Das gilt, erstens, insbesondere für die *chronologische* Schilderung der militärischen Ereignisse. Der Weg in den Krieg seit dem Ende des Ersten Weltkriegs, die allmähliche Ausweitung des militärischen Konflikts von einem Krieg in Europa (bzw. in Asien) zu einem globalen Krieg, die Kriegswende, die Endphase und das Kriegsende selbst werden in chronologisch angelegten Kapiteln ebenso ausführlich behandelt wie die Kriegsfolgen. Der Blick richtet sich dazu auf die unterschiedlichen Kriegsschauplätze vor allem in Europa, aber auch im asiatischen Raum.

[An dieser Stelle befindet sich ein eingebettetes Objekt, das wir in der PDF-/EPUB-Version nicht ausspielen können. Das Objekt können Sie sich in der Online-Version des Beitrags anschauen: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/199392/einfuehrung>]

Entwicklung der europäischen Fronten im Zweiten Weltkrieg – vom Überfall auf Polen 1939 bis zur bedingungslosen Kapitulation 1945. Quelle: Youtube/EmperorTigerstar

Elf weitere, zeitlich übergreifende Kapitel öffnen dagegen, zweitens, *thematische* Zugangswege zu wesentlichen Sachzusammenhängen und Handlungsfeldern in diesem militärischen Großkonflikt. Für die Dauer der knapp sechs Kriegsjahre geht es hier etwa um die (deutsche) Gesellschaft im Krieg als nationalsozialistische "Volksgemeinschaft", um Kriegsideologie und Propaganda, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit, die Wehrmacht als Organisation, um Militär- und Waffentechnik, Krieg und Holocaust, soldatische Erfahrungen, die Besatzungsherrschaft in Europa, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, die Ahndung von Kriegsverbrechen sowie die "Erinnerungskulturen", die sich in verschiedenen west- und osteuropäischen Staaten herausgebildet haben. Nicht die Entwicklungen bestimmter Strukturen, sondern die jeweiligen historischen Konstellationen, ihre Widersprüche und Probleme stehen hier im Mittelpunkt. Grundsätzlich wird im chronologischen wie im systematischen Teil eine globale Perspektive eingenommen. Wo räumliche Vertiefungen sinnvoll erscheinen, liegt der Schwerpunkt auf Deutschland. Denn der Krieg ging in erster Linie auf die ideologisch überhöhte Aggressionspolitik des "Dritten Reiches" zurück. Drittens ermöglicht schließlich die chronologische Übersicht eine weitere, rasche Annäherung an das vielschichtige Thema. Auswahlbibliographien am Ende eines jeden Kapitels geben Tipps zur vertiefenden Lektüre.

Die problemorientierten Darstellungen sollen ein Grundverständnis für die einzelnen Themen vermitteln, ohne dass sich die Leserinnen und Leser im Dickicht der historischen Forschungen verlieren. Die Autorentexte werden auch deshalb durch ein reichhaltiges multimediales Quellenmaterial ergänzt. Schriftliche Quellen, Fotos und Grafiken, Hörtexte und Filmaufnahmen wecken durch Abwechslung Interesse, erleichtern das Verständnis und bieten Möglichkeiten, Einzelaspekte zu vertiefen. Dazu dienen auch die Hinweise auf weiterführende, zumeist deutschsprachige Fachliteratur.

70 Jahre nach Kriegsende – und über 80 Jahre nach dem Anfang vom Ende der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 – gibt es kaum noch jemanden, der die NS-Diktatur als Erwachsener erlebt hat und von dem Krieg erzählen kann, den die Nationalsozialisten angezettelt haben. Umso schwerer fällt es heute, diese Vergangenheit zu verstehen. Warum haben sich so viele Deutsche zunächst begeistern lassen? Was bedeutete die nationalsozialistische Herrschaft für die Menschen in den besetzten Gebieten? Warum dauerte der Krieg so lange? Der Blick zurück zeigt, warum in einer kurzen Zeitspanne passierte, was die meisten noch 1936 nicht für möglich gehalten hätten. Nicht zuletzt lässt er erkennen, warum sich unser Bild vom Krieg als Ergebnis der spezifischen Gewaltgeschichte Europas

grundlegend verändert hat.

Weiterführende Literatur:

- Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, 10 Bde, Stuttgart / München 1978-2008.
- Jörg Echternkamp, Thomas Vogel und Wolfgang Schmidt (Hg.), Perspektiven der Militärgeschichte. Raum, Gewalt und Repräsentation in historischer Forschung und Bildung, München 2010.
- Antony Beevor: Der Zweite Weltkrieg, München 2014.
- Jörg Echternkamp, Die 101 wichtigsten Fragen – Der Zweite Weltkrieg, München 2010.
- Elke Fröhlich, Der Zweite Weltkrieg. Eine kurze Geschichte, Stuttgart 2013.
- Ian Kershaw, Wendepunkte. Schlüsselentscheidungen im Zweiten Weltkrieg, München 2008.
- Wolfgang Michalka (Hg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München, 2. Aufl. 1990.
- Rolf-Dieter Müller, Der letzte deutsche Krieg 1939-1945, Stuttgart 2005 (= Handbuch der deutschen Geschichte 21).
- Gerhard Schreiber, Kurze Geschichte des Zweiten Weltkriegs, München 2005.
- Richard Overy, Die Wurzeln des Sieges. Warum die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen, Stuttgart 2000.
- Lutz Raphael, Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914-1945, München 2011 (= Geschichte Europas)
- Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003.
- Gerhard L. Weinberg, Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Stuttgart 1995.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: by-nc-nd/3.0/de/ Autor: Dr. habil. Jörg Echternkamp für bpb.de

Entstehung, Verlauf und Folgen des nationalsozialistischen Krieges

21.1.2015

Der Weg in den Krieg

Von Dr. Thomas Vogel

30.4.2015

Oberstleutnant Dr. Thomas Vogel, geboren 1959, ist Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Sein Interesse gilt schon länger der Militäropposition im ‚Dritten Reich‘ und dem Widerstand von Soldaten gegen den Nationalsozialismus. Seit einigen Jahren befasst er sich intensiver mit verschiedenen Aspekten der Kriegsführung im Zeitalter der Weltkriege, jüngst vor allem mit der Koalitionskriegsführung. Er hat u. a. veröffentlicht: "Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime, 5. Aufl., Hamburg u.a. 2000 (Hrsg. und Autor); Wilm Hosenfeld: "Ich versuche jeden zu retten." Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, München 2004 (Hrsg. und Autor); Tobruk 1941: Rommel's Failure and Hitler's Success on the Strategic Sidelines of the ‚Third Reich‘, in: Tobruk in the Second World War. Struggle and Remembrance, hrsg. v. G. Jasiński und J. Zuziak, Warschau 2012, S. 143-160; "Ein Obstmesser zum Holzhacken." Die Schlacht um Stalingrad und das Scheitern der deutschen Verbündeten an Don und Wolga 1942/43, in: Stalingrad. Eine Ausstellung des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr, hrsg. v. G. Piecken, M. Rogg, J. Wehner, Dresden 2012, S. 128-141; A War Coalition Fails in Coalition Warfare: The Axis Powers and Operation Herkules in the Spring of 1942, in: Coalition Warfare: An Anthology of Scholarly Presentations at the Conference on Coalition Warfare at the Royal Danish Defence College, 2011, hrsg. v. N. B. Poulsen, K. H. Galster, S. Nørby, Newcastle upon Tyne 2013, S. 160-176; Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Der deutsche Aufmarsch in ein kriegerisches Jahrhundert, München 2014 (Co-Hrsg. und Autor).

Nachdem Hitler das öffentliche und private Leben "gleichgeschaltet" hatte, begann er, Militär, Wirtschaft und Gesellschaft auf den kommenden Krieg vorzubereiten. Sukzessive Verletzungen des Versailler Vertrags folgten. Spätestens mit der "Zerschlagung der Rest-Tschechei" mussten Frankreich und Großbritannien einsehen, dass ihre Politik der Beschwichtigung gescheitert war.

Am 30. Januar 1933 übernahmen Hitler und die Nationalsozialisten die Macht in Deutschland. Die offene und brutale Verfolgung Andersdenkender sicherte ihre Herrschaft innerhalb weniger Monate. Bald hatten sie das öffentliche und private Leben in ihrem Sinn "gleichgeschaltet". Außenpolitisch verfolgte Hitler nicht weniger radikale Absichten. Schon länger bekannte er, die Deutschland 1919 vom Versailler Friedensvertrag auferlegten Lasten und Beschränkungen auch gewaltsam abschütteln zu wollen. Den neuen Reichskanzler zwang die militärische Schwäche Deutschlands zunächst zur Vorsicht. Nur die Militärführung erfuhr am 3. Februar 1933 sein sehr viel weiter gestecktes Ziel: die Eroberung von "Lebensraum für das deutsche Volk im Osten". Die Generäle nahmen ihn nicht ganz ernst, hörten aber gerne, dass er auf das Militär bauen und es aufrüsten wollte. Frühzeitig also fanden Regime und Militär zueinander; die Weichen in Richtung Krieg waren gestellt.

Gefolgschaft und Kriegskurs in Staatsapparat und Wirtschaft

In der Folgezeit engagierte sich das Militär mit aller Kraft für die Aufrüstungsziele Hitlers, der freilich mehr erwartete: bedingungslose Gefolgschaft. Noch aber bildeten Reichswehr und konservatives Offizierkorps einen relativ eigenständigen und selbstbewussten Machtfaktor im Staat. Mit taktischem Geschick und wenn nötig rücksichtslos nutzte Hitler deshalb jede Gelegenheit, um sich das Militär gefügig zu machen. Hierzu trug zunächst die "Röhm-Affäre" im Sommer 1934 bei. Damals ließ Hitler die SA-Führung ermorden, wofür ihm das Militär Dankbarkeit schuldete. Unangefochten war es nun "alleiniger Waffenträger der Nation". Reichswehrminister Werner von Blomberg zeigte sich schon bald erkenntlich. Sofort nach dem Tod des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg am 2. August 1934 ließ er die Soldaten auf Hitler als neues Staatsoberhaupt vereidigen. Die neue Eidformel verpflichtete sie zu "unbedingtem Gehorsam".

Ungeachtet der Regimenähre Blombergs untergrub Hitler von Anfang an dessen Position, um selbst mehr Einfluss auf das Militär zu gewinnen. Dabei machte er sich die traditionelle Eigenstellung von Heer und Marine zu Nutze, die sich bei aller Rivalität in ihrer Abneigung gegen ein starkes, in

Rüstungsfragen dominierendes Ministerium einig waren. Vor allem die 1935 neu gegründete Luftwaffe unter Hermann Göring spielte Hitler in die Hände, indem sie sich Blomberg verweigerte. Unverändert loyal, wagten Blomberg und auch der Oberbefehlshaber des Heeres, Werner Freiherr von Fritsch, am 7. November 1937 vorsichtige Kritik an Hitlers konkreten Kriegsplänen. Als Blomberg im Januar darauf über seine skandalträchtige Heirat stolperte, ließ Hitler ihn fallen. Wenig später fiel Fritsch einer Intrige der Gestapo zum Opfer und wurde ebenfalls entlassen.

Hitler führte die Blomberg-Fritsch-Affäre nicht absichtlich herbei, doch wusste er sie bestens auszunutzen. Vor allem konnte er nun die militärische Spalte in seinem Sinn neu ordnen. Die Funktion des Kriegsministers übernahm er selbst, damit auch den direkten Oberbefehl über die Wehrmacht. Als seinen persönlichen Militärstab richtete er das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) ein. Dessen Chef Wilhelm Keitel erhielt ebenfalls Ministerrang, aber keine zentrale Führungskompetenz. Die gleichrangigen Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile besaßen weiterhin direktes Zugangsrecht zu Hitler und erhielten ihre Weisungen von ihm über das OKW.

Der günstige Zeitpunkt veranlasste Hitler zu einer größeren personellen "Flurbereinigung". Um die Militärführung zu "verjüngen", wurden zwölf ranghohe Generale entlassen, weitere 50 höhere Offiziere versetzt. Einige galten den Machthabern als reaktionär und politisch unzuverlässig. Außerdem nahm sich Hitler das Außenministerium vor, dessen konservativen Diplomaten er seit jeher misstraute. Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath, der Hitler loyal gedient hatte, aber zuletzt den riskanten Kriegskurs nicht mittragen wollte, wurde am 4. Februar 1938 durch den "strammen" Nationalsozialisten Joachim von Ribbentrop abgelöst.

Auch die Wirtschaftspolitik musste Hitlers Kriegspolitik dienen. Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht, seit 1935 zugleich "Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft", stellte die deutsche Volkswirtschaft bereits im Frieden zu Kriegszwecken um. Das System der "Wehrwirtschaft" sollte das gesamte Wirtschaftsleben den Aufrüstungszielen und dem Streben nach wirtschaftlicher Autarkie unterordnen. Dennoch ging das Regime nicht zur staatlichen Planwirtschaft über, sondern beschränkte sich auf eine stärkere Regulierung der Marktwirtschaft, was ihm die Sympathien der Unternehmer einbrachte. Vor allem die Großindustrie konnte sich über profitable Rüstungsgeschäfte mit dem Staat freuen. Den Arbeitnehmern brachte die NS-Wirtschaftspolitik zunächst Nachteile. Streikrecht und Freizügigkeit gingen verloren, Löhne und Arbeitsbedingungen wurden diktiert. Doch schließlich profitierten auch sie vom wirtschaftlichen Aufschwung infolge der Aufrüstung. Die 1933 noch hohe Arbeitslosigkeit ging drastisch zurück, freilich auch wegen der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht und der Arbeitsdienstpflicht. Neue soziale Sicherheit sowie bescheiden wachsender Wohlstand und Konsum versöhnten selbst sozialdemokratische Arbeiter mit dem NS-Regime.

Karten und Grafiken: "Der Weg in den Krieg" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/205533/karten-und-grafiken-der-weg-in-den-krieg>)

Ende 1937 trat Minister Schacht zurück. Die Politik der Aufrüstung um jeden Preis hatte einen Finanzexperten wie ihn fast zwangsläufig mit Hitler in Konflikt geraten lassen. Entmachtet worden war er schon ein Jahr zuvor, als Hitler seinem engen Gefolgsmann Hermann Göring weitreichende Kompetenzen übertrug. Der Nicht-Fachmann sollte nun als "Bevollmächtigter für den Vierjahresplan" Wehrmacht und Wirtschaft bis 1940 rücksichtslos einsatz- bzw. kriegsfähig machen. Mit brachialen Methoden trieb Göring die Aufrüstung und Selbstversorgung weiter voran, verfehlte jedoch klar die überehrgeizigen Ziele. Von den Rüstungsanstrengungen ausgezehrt, konnten sich die deutsche Volkswirtschaft vor dem Kollaps und der Staat vor dem Bankrott nur in den Krieg retten, den Hitler 1939 vorzeitig begann. Wie vom ihm beabsichtigt, trug bald die Ausbeutung der besetzten Gebiete wesentlich zur Deckung des Rüstungsbedarfs, zur Versorgung der deutschen Bevölkerung und zur staatlichen Schuldentlastung bei.

Außenpolitik und Kriegsvorbereitung

Außenpolitische Hemmnisse, die seiner Aufrüstungspolitik entgegenstanden, beseitigte Hitler zunächst mit diplomatischen Mitteln. Noch im Jahr 1933 verließ Deutschland die internationale Abrüstungskonferenz und trat auch aus dem Völkerbund aus. Dass es sich damit außenpolitisch isolierte, nahm Hitler in Kauf, zumal ihm schon Anfang 1934 ein großer Erfolg gelang: Durch den Abschluss eines Nichtangriffsvertrages mit Polen durchkreuzte er französische Bündnispläne und bannte die Gefahr eines Zweifrontenkrieges für Deutschland. Zudem ließ es seine Versöhnungs- und Friedensrhetorik glaubwürdiger erscheinen. Tatsächlich schloss Hitler den Vertrag nur aus taktischen Überlegungen und war von Anfang an bereit, ihn später zu brechen.

Ein früher Versuch, Österreich dem Deutschen Reich einzuverleiben, schlug dagegen fehl. Im Juli scheiterte ein von Hitler unterstützter Staatsstreich österreichischer Nationalsozialisten und führte fast zur militärischen Konfrontation mit dem faschistischen Italien. Bereits ein halbes Jahr später, als sich das Saarland per Volksabstimmung für die Wiedereingliederung in das Deutsche Reich entschied, triumphierte Hitler wieder. Er fühlte sich nun stark genug für ein größeres Wagnis. Am 16. März 1935 verkündete er den "Aufbau der Wehrmacht" und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Dieser offene Bruch des Versailler Vertrages forderte die Siegermächte des Ersten Weltkrieges heraus, doch waren sie zu keinem entschlossenen Vorgehen bereit. Deutschland erreichte wenig später in einem Flottenabkommen sogar britische Zugeständnisse. Hierdurch ermutigt, zerstörte Hitler im März 1936 die Versailler Friedensordnung weiter. Er kündigte den Vertrag von Locarno und ließ – gegen die Bedenken der eigenen Militärführung – das entmilitarisierte Rheinland durch deutsche Truppen besetzen. Frankreich und Großbritannien, deren militärische Überlegenheit Hitler damals noch fürchten musste, protestierten nur schwach dagegen.

Das "Hoßbach-Protokoll" vom 5. November 1937

"Anwesend: Der Führer und Reichskanzler, der Reichskriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg, der Oberbefehlshaber des Heeres Generaloberst Freiherr von Fritsch,

der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Generaladmiral Dr. h. c. Raeder,

der Oberbefehlshaber der Luftwaffe Generaloberst Göring, der Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath, Oberst Hoßbach

Der Führer stellte einleitend fest, dass der Gegenstand der heutigen Besprechung von derartiger Bedeutung sei, dass dessen Erörterung in anderen Staaten wohl vor das Forum des Regierungskabinetts gehörte, er - der Führer - sähe aber gerade im Hinblick auf die Bedeutung der Materie davon ab, diese in dem großen Kreise des Reichskabinetts zum Gegenstand der Besprechung zu machen. Seine nachfolgenden Ausführungen seien das Ergebnis eingehender Überlegungen und der Erfahrungen seiner viereinhalbjährigen Regierungszeit; er wolle den anwesenden Herren seine grundlegenden Gedanken über die Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten unserer außenpolitischen Lage auseinandersetzen, wobei er im Interesse einer auf weite Sicht eingestellten deutschen Politik seine Ausführungen als seine testamentarische Hinterlassenschaft für den Fall seines Ablebens anzusehen bitte.

Der Führer führte sodann aus:

Das Ziel der deutschen Politik sei die Sicherung und die Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung. Somit handele es sich um das Problem des Raumes.

Die deutsche Volksmasse verfüge über 85 Millionen Menschen, die nach der Anzahl der Menschen und der Geschlossenheit des Siedlungsraumes in Europa einen in sich so fest geschlossenen Rassekern darstelle, wie er in keinem anderen Land wieder anzutreffen sei und wie er andererseits

das Anrecht auf größeren Lebensraum mehr als bei anderen Völkern in sich schlösse. Wenn kein dem deutschen Rassekern entsprechendes politisches Ergebnis auf dem Gebiet des Raumes vorläge, so sei das eine Folge mehrhundertjähriger historischer Entwicklung und bei Fortdauer dieses politischen Zustandes die größte Gefahr für die Erhaltung des deutschen Volkstums auf seiner jetzigen Höhe. Ein Aufhalten des Rückganges des Deutschtums in Österreich und in der Tschechoslowakei sei ebenso wenig möglich als die Erhaltung des augenblicklichen Standes in Deutschland selbst. Statt Wachstum setze Sterilisation ein, in deren Folge Spannungen sozialer Art nach einer Reihe von Jahren einsetzen müssten, weil politische und weltanschauliche Ideen nur solange von Bestand seien, als sie die Grundlage zur Verwirklichung der realen Lebensansprüche eines Volkes abzugeben vermöchten. Die deutsche Zukunft sei daher ausschließlich durch die Lösung der Raumnot bedingt, eine solche Lösung könne naturgemäß nur für eine absehbare, etwa 1-3 Generationen umfassende Zeit gesucht werden.

Bevor er sich der Frage der Behebung der Raumnot zuwende, sei die Überlegung anzustellen, ob im Wege der Autarkie oder einer gesteigerten Beteiligung an der Weltwirtschaft eine zukunftsreiche Lösung der deutschen Lage zu erreichen sei.

Autarkie: Durchführung nur möglich bei straffer nationalsozialistischer Staatsführung, welche die Voraussetzung sei, als Resultat der Verwirklichungsmöglichkeit sei festzustellen:

A. Auf dem Gebiet der Rohstoffe nur bedingte, nicht aber totale Autarkie.

1. Soweit Kohle zur Gewinnung von Rohprodukten in Betracht komme, sei Autarkie durchführbar.
2. Schon auf dem Gebiet der Erze Lage viel schwieriger. Eisenbedarf = Selbstdeckung möglich und Leichtmetall, bei anderen Rohstoffen - Kupfer, Zinn dagegen nicht.
3. Faserstoffe - Selbstdeckung, soweit Holzvorkommen reicht. Eine Dauerlösung nicht möglich.
4. Ernährungsfette möglich.

B. Auf dem Gebiet der Lebensmittel sei die Frage der Autarkie mit einem glatten 'nein' zu beantworten.

Mit der allgemeinen Steigerung des Lebensstandards sei gegenüber den Zeiten vor 30-40 Jahren eine Steigerung des Bedarfs und ein gesteigerter Eigenkonsum auch der Produzenten, der Bauern, Hand in Hand gegangen. Die Erlöse der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung seien in die Deckung der Bedarfssteigerung übergegangen, stellten daher keine absolute Erzeugungssteigerung dar. Eine weitere Steigerung der Produktion unter Anspannung des Bodens, der infolge der Kunstdüngung bereits Ermüdungserscheinungen aufweise, sei kaum noch möglich und daher sicher, dass selbst bei höchster Produktionssteigerung eine Beteiligung am Weltmarkt nicht zu umgehen sei. Der schon bei guten Ernten nicht unerhebliche Ansatz von Devisen zur Sicherstellung der Ernährung durch Einfuhr steigere sich bei Missernten zu katastrophalem Ausmaß. Die Möglichkeit der Katastrophe wachse in dem Maße der Bevölkerungszunahme, wobei der Geburtenüberschuss von jährlich 560 000 auch insofern einen erhöhten Brotkonsum im Gefolge habe, da das Kind ein stärkerer Brotesser als der Erwachsene sei.

Den Ernährungsschwierigkeiten durch Senkung des Lebensstandards und durch Rationalisierung auf die Dauer zu begegnen, sei in einem Erdteil annähernd gleicher Lebenshaltung unmöglich. Seitdem mit Lösung des Arbeitslosenproblems die volle Konsumkraft in Wirkung getreten sei, wären wohl noch kleine Korrekturen unserer landwirtschaftlichen Eigenproduktion, nicht aber eine tatsächliche Änderung der Ernährungsgrundlage möglich. Damit sei die Autarkie sowohl auf dem Ernährungsgebiet als auch in der Totalität hinfällig.

Beteiligung an der Weltwirtschaft: Ihr seien Grenzen gezogen, die wir nicht zu beheben vermöchten.

Einer sicheren Fundierung der deutschen Lage ständen die Konjunkturschwankungen entgegen, die Handelsverträge böten keine Gewähr für die praktische Durchführung. insbesondere sei grundsätzlich zu bedenken, dass seit dem Weltkrieg eine Industrialisierung gerade früherer Ernährungsausfuhrländer stattgefunden habe. Wir lebten im Zeitalter wirtschaftlicher Imperien, in welchem der Trieb zur Kolonisierung sich wieder dem Urzustand näherte; bei Japan und Italien lägen dem Ausdehnungsdrang wirtschaftliche Motive zu Grunde ebenso wie auch für Deutschland die wirtschaftliche Not den Antrieb bilden würde. Für Länder außerhalb der großen Wirtschaftsreiche sei die Möglichkeit wirtschaftlicher Expansion besonders erschwert.

Der durch die Rüstungskonjunkturen verursachte Auftrieb in der Weltwirtschaft könne niemals die Grundlage zu einer wirtschaftlichen Regelung für einen längeren Zeitraum bilden, welch letzterer vor allem auch die vom Bolschewismus

ausgehenden Wirtschaftszerstörungen im Wege stünden. Es sei eine ausgesprochene militärische Schwäche derjenigen Staaten, die ihre Existenz auf dem Außenhandel aufbauten. Da unser Außenhandel über die durch England beherrschten Seengebiete führe, sei es mehr eine Frage der Sicherheit des Transportes als eine solche der Devisen, woraus die große Schwäche unserer Ernährungssituation im Kriege erhelle. Die einzige, uns vielleicht traumhaft erscheinende Abhilfe läge in der Gewinnung eines größeren Lebensraumes, ein Streben, das zu allen Zeiten die Ursache der Staatenbildungen und Völkerbewegungen gewesen sei. Dass dieses Streben in Genf und bei den gesättigten Staaten keinem Interesse begegne, sei erklärlich. Wenn die Sicherheit unserer Ernährungslage im Vordergrund stände, so könne der hierfür notwendige Raum nur in Europa gesucht werden, nicht aber ausgehend von liberalistisch-kapitalistischen Auffassungen in der Ausbeutung von Kolonien. Es handele sich nicht um die Gewinnung von Menschen, sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum. Auch die Rohstoffgebiete seien zweckmäßiger im unmittelbaren Anschluss an das Reich in Europa und nicht in Übersee zu suchen, wobei die Lösung sich für ein bis zwei Generationen auswirken müsse. Was darüber hinaus in späteren Zeiten notwendig werden sollte, müsse nachfolgenden Geschlechtern überlassen bleiben. Die Entwicklung großer Weltgebilde gehe nun einmal langsam vor sich, das deutsche Volk mit seinem starken Rassekern finde hierfür die günstigsten Voraussetzungen inmitten des europäischen Kontinents. Dass jede Raumerweiterung nur durch Brechen von Widerstand und unter Risiko vor sich gehen könne, habe die Geschichte aller Zeiten - Römisches Weltreich, Englisches Empire - bewiesen. Auch Rückschläge seien unvermeidbar. Weder früher noch heute habe es herrenlosen Raum gegeben, der Angreifer stoße stets auf den Besitzer.

Für Deutschland laute die Frage, wo größter Gewinn unter geringstem Einsatz zu erreichen sei.

Die deutsche Politik habe mit den beiden Hassgegnern England und Frankreich zu rechnen, denen ein starker deutscher Koloss inmitten Europas ein Dorn im Auge sei, wobei beide Staaten eine weitere deutsche Erstarkung sowohl in Europa als auch in Übersee ablehnten und sich in dieser Ablehnung auf die Zustimmung aller Parteien stützen könnten. In der Errichtung deutscher militärischer Stützpunkte in Übersee sähen beide Länder eine Bedrohung ihrer Überseeverbindungen, eine Sicherung

des deutschen Handels und rückwirkend eine Stärkung der deutschen Position in Europa.

England könne aus seinem Kolonialbesitz infolge des Widerstandes der Dominien keine Abtretungen an uns vornehmen. Nach dem durch Übergang Abessiniens in italienischen Besitz eingetretenen Prestigeverlust Englands sei mit einer Rückgabe

Ostafrikas nicht zu rechnen. Das Entgegenkommen Englands werde sich bestenfalls in dem Anheimstellen äußern, unsere kolonialen Wünsche durch Wegnahme solcher Kolonien zu befriedigen, die sich z.Z. in nicht englischem Besitz befänden z. B. Angola -. In der gleichen Linie werde sich das französische Entgegenkommen bewegen.

Eine ernsthafte Diskussion wegen der Rückgabe von Kolonien an uns käme nur zu einem Zeitpunkt in Betracht, in dem England sich in einer Notlage befände und das deutsche Reich stark und gerüstet

sei. Die Auffassung, dass das Empire unerschütterlich sei, teile der Führer nicht. Die Widerstände gegen das Empire

lägen weniger in den eroberten Ländern als bei den Konkurrenten. Das Empire und das Römische Weltreich seien hinsichtlich der Dauerhaftigkeit nicht vergleichbar; dem letzteren habe seit den punischen Kriegen kein machtpolitischer Gegner ernsthafteren Charakters gegenüber gestanden. Erst die vom Christentum ausgehende auflösende Wirkung und die sich bei jedem Staat einstellenden Alterserscheinungen hätten das alte Rom dem Ansturm der Germanen erliegen lassen.

Neben dem englischen Empire ständen schon heute eine Anzahl ihm überlegener Staaten. Das englische Mutterland sei nur im Bunde mit anderen Staaten, nicht aus eigener Kraft in der Lage, seinen Kolonialbesitz zu verteidigen. Wie solle England allein z. B. Kanada gegen einen Angriff Amerikas, seine ostasiatischen Interessen gegen einen solchen Japans verteidigen!

Das Herausstellen der englischen Krone als Träger des Zusammenhaltes des Empire sei bereits das Eingeständnis, dass das Weltreich machtpolitisch auf die Dauer nicht zu halten sei. Bedeutungsvolle Hinweise in dieser Richtung seien:

- a) Das Streben Irlands nach Selbständigkeit.
- b) Die Verfassungskämpfe in Indien, wo England durch seine halben Maßnahmen den Indern die Möglichkeit eröffnet habe, späterhin die Nichterfüllung der verfassungsrechtlichen Versprechungen als Kampfmittel gegen England zu benutzen.
- c) Die Schwächung der englischen Position in Ostasien durch Japan.
- d) Der Gegensatz im Mittelmeer zu Italien, welches - unter Berufung auf seine Geschichte, getrieben aus Not und geführt durch ein Genie - seine Machtstellung ausbaue und sich hierdurch in zunehmendem Maße gegen englische Interessen wen den müsse. Der Ausgang des abessinischen Krieges sei ein Prestigeverlust Englands, den Italien durch Schüren in der mohammedanischen Welt zu vergrößern bestrebt sei.

In summa sei festzustellen, dass trotz aller ideeller Festigkeit das Empire machtpolitisch auf die Dauer nicht mit 45 Millionen Engländern zu halten sei. Das Verhältnis der Bevölkerungszahl des Empires zu der des Mutterlandes von 9 : 1 sei eine Warnung für uns, bei Raumerweiterungen nicht die in der eigenen Volkszahl liegende Plattform zu gering werden zu lassen.

Die Stellung Frankreichs sei günstiger als die Englands. Das französische Reich sei territorial besser gelagert, die Einwohner seines Kolonialbesitzes stellten einen militärischen Machtzuwachs dar. Aber Frankreich gehe innenpolitischen Schwierigkeiten entgegen. Im Leben der Völker nehmen die parlamentarische Regierungsform etwa 10%, die autoritäre etwa 90% der Zeit ein. Immerhin seien heute in unsere politischen Berechnungen als Machtfaktoren einzusetzen: England, Frankreich, Russland und die angrenzenden kleineren Staaten.

Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser niemals risikolos sein. Die Kämpfe Friedrichs d. Gr. um Schlesien und die Kriege Bismarcks gegen Österreich und Frankreich seien von unerhörtem Risiko gewesen und die Schnelligkeit des preußischen Handelns 1870 habe Österreich vom Eintritt in den Krieg ferngehalten. Stelle man an die Spitze der nachfolgenden Ausführungen den Entschluss zur Anwendung von Gewalt unter Risiko, dann bleibe noch die Beantwortung der Fragen 'wann' und 'wie'. Hierbei seien drei Fälle zu entscheiden:

Fall 1: Zeitpunkt 1943-1945.

Nach dieser Zeit sei nur noch eine Veränderung zu unseren Ungunsten zu erwarten.

Die Aufrüstung der Armee, Kriegsmarine, Luftwaffe sowie die Bildung des Offizierkorps seien annähernd beendet. Die materielle Ausstattung und Bewaffnung seien modern, bei weiterem Zuwarten läge die Gefahr ihrer Veraltungsgefahr vor. Besonders der Geheimhaltungsschutz der 'Sonderwaffen' ließe sich nicht immer aufrechterhalten. Die Gewinnung von Reserven beschränke sich auf die laufenden Rekrutenjahrgänge, ein Zusatz aus älteren unausgebildeten Jahrgängen sei nicht mehr verfügbar.

Im Verhältnis zu der bis dahin durchgeföhrten Aufrüstung der Umwelt nähmen wir an relativer Stärke ab. Wenn wir bis 1943/45 nicht handelten, könne infolge des Fehlens von Reserven jedes Jahr die Ernährungskrise bringen, zu deren Behebung ausreichende Devisen nicht verfügbar seien. Hierin sei ein 'Schwächungsmoment des Regimes' zu erblicken. Zudem erwarte die Welt unseren Schlag und treffe ihre Gegenmaßnahmen von Jahr zu Jahr mehr. Während die Umwelt sich abriegele, seien wir zur Offensive gezwungen.

Wie die Lage in den Jahren 1943/45 tatsächlich sein würde, wisse heute niemand. Sicher sei nur, dass wir nicht länger warten können.

Auf der einen Seite die große Wehrmacht mit der Notwendigkeit der Sicherstellung ihrer Unterhaltung, das Älterwerden der Bewegung und ihrer Führer, auf der anderen Seite die Aussicht auf Senkung des Lebensstandards und auf Geburteneinschränkung ließen keine andere Wahl als zu handeln. Sollte der Führer noch am Leben sein, so sei es sein unabänderlicher Entschluss, spätestens 1943/45 die deutsche Raumfrage zu lösen. Die Notwendigkeit zum Handeln vor 1943/45 käme im Fall 2 und 3 in Betracht.

Fall 2:

Wenn die sozialen Spannungen in Frankreich sich zu einer derartigen innenpolitischen Krise auswachsen sollten, dass durch letztere die französische Armee absorbiert und für eine Kriegsverwendung gegen Deutschland ausgeschaltet würde, sei der Zeitpunkt zum Handeln gegen die Tschechei gekommen.

Fall 3:

Wenn Frankreich durch einen Krieg mit einem anderen Staat so gefesselt ist, dass es gegen Deutschland nicht 'vorgehen' kann.

Zur Verbesserung unserer militär-politischen Lage müsse in jedem Fall einer kriegerischen Verwicklung unser 1. Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen, um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten. Bei einem Konflikt mit Frankreich sei wohl nicht damit zu rechnen, dass die Tschechei am gleichen Tage wie Frankreich uns den Krieg erklären würde. In dem Maße unserer Schwächung würde jedoch der Wille zur Beteiligung am Kriege in der Tschechei zunehmen, wobei ihr Eingreifen sich durch einen Angriff nach Schlesien, nach Norden oder nach Westen bemerkbar machen könnte.

Sei die Tschechei niedergeworfen, eine gemeinsame Grenze Deutschland-Ungarn gewonnen, so könne eher mit einem neutralen Verhalten Polens in einem deutsch-französischen Konflikt gerechnet werden. Unsere Abmachungen mit Polen behielten nur solange Geltung als Deutschlands Stärke unerschüttert sei. bei deutschen Rückschlägen müsse ein Vorgehen Polens gegen Ostpreußen, vielleicht auch gegen Pommern und Schlesien in Rechnung gestellt werden.

Bei Annahme einer Entwicklung der Situation, die zu einem planmäßigen Vorgehen unsererseits in den Jahren 1943/45 führe, sei das Verhalten Frankreichs, Englands, Italiens, Polens, Russlands voraussichtlich folgendermaßen zu beurteilen:

An sich glaube der Führer, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit England, voraussichtlich aber auch Frankreich die Tschechen bereits im Stillen abgeschrieben und sich damit abgefunden hätten, dass diese Frage eines Tages durch Deutschland bereinigt würde. Die Schwierigkeiten des Empire und die Aussicht in einen lang währenden europäischen Krieg erneut verwickelt zu werden, seien bestimmt für eine Nichtbeteiligung Englands an einem Kriege gegen Deutschland. Die englische Haltung werde gewiss nicht ohne Einfluss auf die Frankreichs sein. Ein Vorgehen

Frankreichs ohne die englische Unterstützung und in der Voraussicht, dass seine Offensive an unseren Westbefestigungen sich festlaufe, sei wenig wahrscheinlich. Ohne die Hilfe Englands sei auch nicht mit einem Durchmarsch Frankreichs durch

Belgien und Holland zu rechnen, der auch bei einem Konflikt mit Frankreich für uns außer Betracht bleiben müsse, da es in jedem Fall die Feindschaft Englands zur Folge haben müsste. Naturgemäß sei eine Abriegelung im Westen in jedem Fall während der Durchführung unseres Angriffs gegen die Tschechei und Österreich notwendig. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass die Verteidigungsmaßnahmen der Tschechei von Jahr zu Jahr an Stärke zunähmen und dass auch eine Konsolidierung der inneren Werte der österreichischen Armee im Laufe der Jahre stattfände. Wenn auch die Besiedelung insbesondere der Tschechei keine dünne sei, so könnte die Einverleibung der Tschechei und Österreichs den Gewinn von Nahrungsmitteln für 5-6 Millionen Menschen bedeuten unter Zugrundelegung, dass eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelange. Die Angliederung der beiden Staaten an Deutschland bedeute militärpolitisch eine wesentliche Entlastung infolge kürzerer, besserer Grenzziehung, Freiwerdens von Streitkräften für andere Zwecke und der Möglichkeit der Neuaufstellung von Truppen bis in Höhe von etwa 12 Divisionen, wobei auf 1 Million Einwohner eine neue Division entfalle.

Von der Seite Italiens sei[en] gegen die Beseitigung der Tschechei keine Einwendungen zu erwarten, wie dagegen seine Haltung in der österreichischen Frage zu bewerten sei, entziehe sich der heutigen Beurteilung und sei wesentlich davon abhängig, ob der Duce noch am Leben sei.

Das Maß der Überraschung und der Schnelligkeit unseres Handelns sei für die Stellungnahme Polens entscheidend. Gegen ein siegreiches Deutschland wird Polen - mit Russland im Rücken - wenig Neigung haben, in den Krieg einzutreten. Einem militärischen Eingreifen Russlands müsse durch die Schnelligkeit unserer Operationen begegnet werden; ob ein solches überhaupt in Betracht kommen werde, sei angesichts der Haltung Japans mehr als fraglich.

Trete der Fall 2 - Lahmlegung Frankreichs durch einen Bürgerkrieg - ein, so sei infolge Ausfall des gefährlichsten Gegners die Lage jederzeit zum Schlag gegen die Tschechei auszunutzen.

In gewissere Nähe sähe der Führer den Fall 3 gerückt, der sich aus den derzeitigen Spannungen im Mittelmeer entwickeln könne und den er eintretendenfalls zu jedem Zeitpunkt, auch bereits im Jahre 1938, auszunutzen entschlossen sei ...

Wenn Deutschland diesen Krieg zur Erledigung der tschechischen und österreichischen Frage ausnutze, so sei mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass England - im Kriege mit Italien liegend - sich nicht zu einem Vorgehen gegen

Deutschland entschließen würde. Ohne die englische Unterstützung sei eine kriegerische Handlung Frankreichs gegen Deutschland nicht zu erwarten.

Der Zeitpunkt unseres Angriffs auf die Tschechei und Österreich müsse abhängig von dem Verlauf des italienisch-englischfranzösischen Krieges gemacht werden und läge nicht etwa gleichzeitig mit der Eröffnung der kriegerischen Handlungen dieser drei Staaten. Der Führer denke auch nicht an militärische Abmachungen mit Italien, sondern wolle in eigener Selbständigkeit und unter Ausnutzung dieser sich nur einmal bietenden günstigen Gelegenheit den Feldzug gegen die Tschechei beginnen und durchführen, wobei der Überfall auf die Tschechei 'blitzartig schnell' erfolgen müsse.

Feldmarschall von Blomberg und Generaloberst von Fritsch wiesen bei der Beurteilung der Lage wiederholt auf die Notwendigkeit hin, dass England und Frankreich nicht als unsere Gegner auftreten

dürften, und stellten fest, dass durch den Krieg gegen Italien das französische Heer nicht in dem Umfange gebunden sei, dass es nicht noch mit Überlegenheit all unserer Westgrenze auf den Plan treten könne. Die mutmaßlich an der Alpengrenze gegenüber Italien zum Einsatz gelangenden französischen Kräfte veranschlagte Generaloberst von Fritsch auf etwa 20 Divisionen, so dass immer noch eine starke französische Überlegenheit an unserer Westgrenze bliebe, der als Aufgabe nach deutschem Denken der Einmarsch in das Rheinland zu unterstellen sei, wobei noch besonders der Vorsprung Frankreichs in der Mobilmachung in Rechnung zu stellen und zu berücksichtigen sei, dass abgesehen von dem ganz geringen Wert unseres derzeitigen Standes der Befestigungsanlagen - worauf Feldmarschall von Blomberg besonders hinwies - die für den Westen vorgesehenen vier mot[orisierten] Divisionen mehr oder weniger bewegungsunfähig seien. Hinsichtlich unserer Offensive nach Südosten machte Feldmarschall von Blomberg nachdrücklich auf die Stärke der tschechischen Befestigungen aufmerksam, deren Ausbau den Charakter einer Maginot-Linie angenommen hätte und unseren Angriff aufs Äußerste erschwere.

Generaloberst von Fritsch erwähnte, dass es gerade Zweck einer durch ihn angeordneten Studie dieses Winters sei, die Möglichkeiten der Führung der Operationen gegen die Tschechei unter besonderer Berücksichtigung der Überwindung des tschechischen Festungssystems zu untersuchen; der Generaloberst brachte ferner zum Ausdruck, dass er unter den obwaltenden Verhältnissen davon absehen müsse, seinen am 10. 11. beginnenden Auslandsurlaub durchzuführen. Diese Absicht lehnte der Führer mit der Begründung ab, dass die Möglichkeit des Konfliktes noch nicht als so nahe bevorstehend anzusehen sei. Gegenüber dem Einwand des Außenministers, dass ein italienisch-englisch-französischer Konflikt noch nicht in so greifbarer Nähe sei als es der Führer anzunehmen schiene, stellte der Führer als den ihm hierfür möglich erscheinenden Zeitpunkt den Sommer 1938 hin. Zu den seitens des Feldmarschalls von Blomberg und des Generalobersten von Fritsch hinsichtlich des Verhaltens Englands und Frankreichs angestellten Überlegungen äußerte der Führer in Wiederholung seiner bisherigen Ausführungen, dass er von der Nichtbeteiligung Englands überzeugt sei und daher an eine kriegerische Aktion Frankreichs gegen Deutschland nicht glaube. Sollte der in Rede stehende Mittelmeerkonflikt zu einer allgemeinen Mobilmachung in Europa führen, so sei unsererseits sofort gegen die Tschechei anzutreten, sollten dagegen die am Kriege nicht beteiligten Mächte ihr Desinteresse erklären, so habe sich Deutschland diesem Verhalten zunächst anzuschließen.

Generaloberst Göring hielt angesichts der Ausführungen des Führers es für geboten, an einen Abbau unseres militärischen Spanienunternehmens zu denken. Der Führer stimmt dem insoweit zu, als er den Entschluss einem geeigneten Zeitpunkt vorbehalten zu glauben solle.

Der zweite Teil der Besprechungen befasste sich mit materiellen Rüstungsfragen.

Für die Richtigkeit:
Oberst d. G.
gez. Hoßbach"

Das "Hoßbach-Protokoll" ist die Niederschrift von Oberst Friedrich Hoßbach, Hitlers Wehrmacht-Adjutant, über eine Besprechung am 5. November 1937 in der Berliner Reichskanzlei, bei der Hitler den anwesenden Spitzen aus Regierung und Militär die Grundzüge seiner Kriegspolitik erläuterte. Nach dem Krieg diente sie in den Nürnberger Prozessen als Beweismittel, um die Angeklagten der Vorbereitung eines Angriffskrieges zu überführen.

Quelle: Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP), Serie D, Bd. 1, Baden-Baden 1950, S. 25-32.

In Deutschland war der "Schmachfrieden" von Versailles weithin als Unrecht empfunden worden. Sein

fortgesetzter Triumph über die Siegermächte des Ersten Weltkrieges verschaffte Hitler deshalb große Zustimmung und wachsendes Ansehen unter den Deutschen. Kritik an der Gewalttätigkeit des NS-Regimes im Inneren konnte sich unter diesen Umständen nicht durchsetzen. Gleichzeitig täuschte Hitler mit Friedensbeteuerungen und diplomatischen Winkelzügen die deutsche wie internationale Öffentlichkeit über seine wahren Absichten. Die Olympischen Sommerspiele 1936 in Berlin boten ihm eine geeignete Bühne, um sich und das nationalsozialistische Deutschland im günstigen Licht darzustellen.

Seine inzwischen gefestigte Position erlaubte es Hitler, ein internationales Bündnissystem zu schmieden, das seinen weitreichenden Kriegsplänen dienen sollte. Von seinem "Wunschpartner" Großbritannien abgewiesen, fand er in anderen faschistischen und rechts-autoritären Regimen natürliche Verbündete gegen seinen ideologischen Hauptfeind, die Sowjetunion. Dem mit dieser Zielrichtung gegründeten Antikominternpakt traten Ende 1936/Anfang 1937 Japan und Italien bei. Japan war durch seine kriegerische Expansionspolitik in Ostasien seit Anfang der 1930er-Jahre selbst in einen Gegensatz zur Sowjetunion geraten. Am wichtigsten erwies sich für Hitler der politische Ausgleich mit Italien, dessen "Duce" Benito Mussolini er als Vorbild betrachtete. Beide Diktatoren verkündeten im Herbst 1936 die "Achse Berlin-Rom", aus der sich bis Kriegsausbruch ein formales Bündnis entwickelte.

Die neue Partnerschaft fand sogleich ein gemeinsames Aktionsfeld. Beide "Achsenmächte" griffen ab Mitte 1936 in den Spanischen Bürgerkrieg zu Gunsten der putschenden Militärs unter Francisco Franco ein. Ein deutsches Expeditionskorps ("Legion Condor") trug nicht wenig zum Sieg Francos im Frühjahr 1939 bei, der danach dem Antikominternpakt beitrat. Die Wehrmacht sammelte durch die "Legion Condor" wertvolle Erfahrungen mit neuen Waffen und Einsatzverfahren unter Kriegsbedingungen. Ihr rücksichtsloser Luftangriff auf die baskische Stadt Guernica wies bereits in die Zukunft.

Das Hauptziel von Hitlers zunehmend aggressiver Außenpolitik waren Deutschlands Nachbarn im Osten und Südosten. Im Inneren von Nationalsozialisten unterwandert und außenpolitisch weitgehend isoliert, ergab sich Österreich dem deutschen Einmarsch am 12. März 1938 kampflos. Seinen "Anschluss" an das Deutsche Reich verkündete Hitler tags darauf in Wien unter dem Beifall einer großen Menschenmenge. Gegen die erneute Verletzung des Versailler Vertrages protestierten Frankreich und Großbritannien wiederum nur schwach.

Auf eine Art Anschluss Österreichs hatte Hitler jahrelang hingearbeitet. Dagegen entschloss er sich Ende 1937 relativ spontan, bei günstiger Gelegenheit die mit Frankreich verbündete Tschechoslowakei "auszuschalten". Seitdem ließ er insgeheim den Krieg gegen sie vorbereiten. Propagandistisch und diplomatisch trieb er die Regierung in Prag mit unerfüllbaren Forderungen in die Enge, vor allem jener nach Abtretung der überwiegend deutsch besiedelten Sudetengebiete. Der drohende Krieg rief im Sommer 1938 Frankreich und Großbritannien auf den Plan. Weil beide Länder letztlich nicht kriegsbereit waren, gaben sie Ende September 1938 auf der Münchener Konferenz Hitlers Forderungen nach. Ohne den Rückhalt ihrer Schutzmächte sah sich auch die tschechische Regierung hierzu genötigt, worauf die Wehrmacht umgehend das Sudetenland besetzte.

Ein halbes Jahr später offenbarte Hitler der Welt auf skrupellose Weise sein eigentliches Ziel. Aus fadenscheinigen Gründen brach er sein Versprechen von München, die Tschechoslowakei nach ihren Abtretungen unangetastet zu lassen. Schon kurz danach hatte er die Wehrmacht insgeheim mit der "Zerschlagung der Rest-Tschechei" beauftragt. Am 15. März 1939 war es soweit: Von Hitler erpresst, ergaben sich das Land und seine Armee der einmarschierenden Wehrmacht kampflos. Böhmen und Mähren wurden schnell besetzt und als "Protektorat" unter deutsche Aufsicht gestellt, die Slowakei abgetrennt und zu einem deutschen Satellitenstaat faschistischer Prägung umgebildet.

Das Finale zum Krieg

Frankreich und Großbritannien mussten einsehen, dass ihre Politik der Beschwichtigung ("Appeasement") gescheitert war. Angesichts eines offenbar unersättlichen Diktators waren beide Westmächte nicht länger zum Frieden um jeden Preis bereit. Am 30. März 1939 gaben sie Garantieerklärungen für Polen ab, das sich als nächstes Land deutschen Forderungen ausgesetzt sah. Man stellte sich auf einen Krieg mit Deutschland ein und verstärkte die Rüstungsanstrengungen. Tatsächlich fasste Hitler bereits im März 1939 den Entschluss zum Krieg gegen Polen, weil es seine Forderungen bezüglich Danzig und des Danziger Korridors zurückwies und ein Bündnis mit Deutschland verweigerte. Die Garantien der Westmächte für Polen nahm er nicht ernst. Ihre bis dahin gezeigte Nachgiebigkeit sagte ihm, dass sie weiterhin einen "großen" Krieg scheuen würden, vor allem wenn ein deutscher Sieg über Polen schnell Fakten schaffte. Am 3. April 1939 beauftragte er die Wehrmacht, ab dem 1. September für den Angriff bereit zu sein ("Fall Weiß"). Ende April kündigte er den deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag.

Hitler über seine grundlegende politisch-militärische Strategie im August 1939

"Alles, was ich unternehme, ist gegen Russland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen, und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden. Ich brauche die Ukraine, damit man uns nicht wieder wie im letzten Kriege aushungern kann."

Hitler über seine grundlegende politisch-militärische Strategie, geäußert gegenüber dem Schweizer Carl Jacob Burckhardt, Hoher Kommissar des Völkerbundes für die Freie Stadt Danzig, bei dessen Besuch in Hitlers Residenz "Berghof" (Obersalzberg) am 11. August 1939. Die Glaubwürdigkeit dieser Überlieferung wird auch angezweifelt. In jedem Fall gibt das Zitat die Strategie Hitlers, wie sie aus zahlreichen anderen Fakten rekonstruiert werden kann, treffend wieder.

Quelle: Carl Jacob Burckhardt, *Meine Danziger Mission 1937-1939*, München 1960, S. 348.

Die nachfolgende Entwicklung stellte Hitlers außenpolitisches Kalkül in Frage. Denn die Westmächte zeigten sich fest entschlossen, ihm diesmal Widerstand entgegenzusetzen. Die britische Regierung nahm sogar Verhandlungen mit der Sowjetunion auf, um sie in eine große Allianz gegen Deutschland einzubinden. Gleichzeitig zerschlugen sich Hitlers Hoffnungen auf Verbündete. Italien ging zwar am 22. Mai 1939 ein Militärbündnis mit Deutschland ein ("Stahlpakt"), verweigerte aber seinen Beistand für den Fall eines Krieges mit den Westmächten. Und Japan trat dem "Stahlpakt" gar nicht erst bei.

Um seine Absicht nicht aufgeben zu müssen, vollzog Hitler im Sommer 1939 eine politische Kehrtwende: Er suchte das Bündnis mit seinem ideologischen Todfeind, der Sowjetunion, als er günstige Vorzeichen hierfür sah. Nach kurzen Verhandlungen überraschten beide Mächte die Welt am 23. August mit dem Abschluss eines Nichtangriffsvertrages. In einem geheimen Zusatzprotokoll grenzten sie ihre Interessensphären in Osteuropa ab und teilten Polen unter sich auf. Hitler hatte damit nicht nur im Osten freie Hand gegen Polen, sondern in Stalin sogar einen aktiven Partner gewonnen. Seine Motive und damit seine grundlegende Strategie Mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen begann der Zweite Weltkrieg. Am 1. September 1939 sprach Hitler vor dem Reichstag und begründete den Angriff als Reaktion auf angebliche polnische Aggressionen. (© Deutsches Rundfunkarchiv) verriet er im vertraulichen Gespräch dem Schweizer Diplomaten Carl J. Burckhardt.

Mit diplomatischen Manövern verschleierte die deutsche Seite in den letzten Augusttagen ihren bereits laufenden Truppenaufmarsch. Um in der eigenen Bevölkerung Kriegsbegeisterung zu wecken, schürte die NS-Propaganda schon seit Wochen die antipolnische Stimmung. Übergriffe gegen "Volksdeutsche" in Polen wurden zu Gräuelmärchen aufgebaut. Um einen Vorwand für den Angriff bemüht, inszenierten schließlich SS-Agenten in polnischen Uniformen Verletzungen der deutschen Grenze.

Mit gespielter Empörung verkündete Hitler am 1. September 1939 vor dem Reichstag, dass seit dem frühen Morgen "zurückgeschossen" werde. Der Zweite Weltkrieg hatte begonnen.

Erklärung Hitlers vor dem Reichstag am 1. September 1939 zum deutschen Überfall auf Polen

"[...] Ich habe daher gestern Abend der britischen Regierung mitgeteilt, dass ich unter diesen Umständen auf Seiten der polnischen Regierung keine Geneigtheit mehr finden kann, mit uns in ein wirklich ernstes Gespräch einzutreten.

Damit sind diese Vermittlungsvorschläge gescheitert. Denn unterdes war als Antwort auf diesen Vermittlungsvorschlag erstens die polnische Generalmobilmachung gekommen und zweitens neue schwere Gräueltaten. Diese Vorgänge haben sich nun heute Nacht abermals wiederholt. Nachdem schon neulich in einer einzigen Nacht 21 Grenzzwischenfälle zu verzeichnen waren, sind es heute Nacht 14 gewesen, darunter drei ganz schwere.

Ich habe mich daher nun entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, die Polen seit Monaten uns gegenüber anwendet.

(Die Abgeordneten erheben sich und bringen dem Führer stürmische Ovationen.)

Wenn nun Staatsmänner im Westen erklären, dass dies ihre Interessen berühre, so kann ich eine solche Erklärung nur bedauern. Sie kann mich aber nicht eine Sekunde in der Erfüllung meiner Pflicht wankend machen.

(Bravorufe und Händeklatschen)

Ich habe es feierlich versichert und wiederhole es, dass wir von diesen Weststaaten nichts fordern und nie etwas fordern werden. Ich habe versichert, dass die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland eine endgültige ist. Ich habe England immer wieder eine Freundschaft und, wenn notwendig, das engste Zusammengehen angeboten. Aber Liebe kann nicht nur von einer Seite geboten werden, sie muss von der anderen ihre Erwiderung finden. Deutschland hat keine Interessen im Westen. Unser Westwall ist zugleich für alle Zeiten die Grenze des Reiches. Wir haben auch keinerlei Ziel für die Zukunft und diese Einstellung des Reiches wird sich nicht mehr ändern.

Die anderen europäischen Staaten begreifen zum Teil unsere Haltung. Ich möchte hier vor allem Italien danken, das uns in dieser ganzen Zeit unterstützt hat. Sie werden aber auch verstehen, dass wir für die Durchführung dieses Kampfes nicht an eine fremde Hilfe appellieren wollen.

(Heilrufe)

Wir werden diese unsere Aufgabe selber lösen. Die neutralen Staaten haben uns ihre Neutralität versichert, genau so, wie wir sie ihnen schon vorher garantierten. Es ist uns heiliger Ernst mit dieser Versicherung, und solange kein anderer ihre Neutralität bricht, werden wir sie ebenfalls peinlichst achten; denn was sollten wir von ihnen wünschen oder wollen?

Ich bin glücklich, Ihnen nun von dieser Stelle aus ein Ereignis mitteilen zu können. Sie wissen, dass Russland und Deutschland von zwei verschiedenen Doktrinen regiert werden. Es war nur eine Frage, die geklärt werden musste: Deutschland hat nicht die Absicht, seine Doktrin zu exportieren. Im Augenblick, in dem Sowjetrussland seine Doktrin nicht nach Deutschland zu exportieren, und in dem Augenblick, in dem Sowjet-Russland seine Doktrin nicht nach Deutschland zu exportieren gedenkt, sehe ich keine Veranlassung mehr, dass wir auch nur noch einmal gegeneinander Stellung nehmen sollen!

(Stürmischer Beifall)

Wir sind uns beide darüber klar: Jeder Kampf unserer Völker gegeneinander würde nur anderen einen Nutzen abwerfen.

(Lebhafte Zurufe: "Sehr richtig!")

Daher haben wir uns entschlossen, einen Pakt abzuschließen, der zwischen uns beiden für alle Zukunft jede Gewaltanwendung ausschließt, (Bravo! und Händeklatschen) der uns in gewissen europäischen Fragen zur Konsultierung verpflichtet, der uns das wirtschaftliche Zusammenarbeiten ermöglicht und vor allem sicherstellt, dass sich die Kräfte dieser beiden großen Staaten nicht gegeneinander verbrauchen.

Jeder Versuch des Westens, hier etwas zu ändern, wird fehlschlagen! Und ich möchte das eine hier versichern: Diese politische Entscheidung bedeutet eine ungeheure Wende für die Zukunft und ist eine endgültige.

(Bravorufe und Händeklatschen)

Ich glaube, das ganze deutsche Volk wird diese politische Einstellung begrüßen!

(Erneuter lebhafter Beifall)

Russland und Deutschland haben im Weltkrieg gegeneinander gekämpft und waren beide letzten Endes die Leidtragenden. Ein zweites Mal soll und wird das nicht mehr geschehen!

(Stürmischer Beifall)

Der Nichtangriffs- und Konsultativpakt, der am Tage seiner Unterzeichnung bereits gültig wurde, hat gestern die höchste Ratifikation in Moskau und auch in Berlin erfahren.

(Bravo! und Händeklatschen)

In Moskau wurde dieser Pakt genau so begrüßt, wie Sie ihn hier begrüßen. Die Rede, die der russische Außenkommissar Molotow hielt, kann ich Wort für Wort unterschreiben.

Unsere Ziele: Ich bin entschlossen:

erstens die Frage Danzig,

zweitens die Frage des Korridors zu lösen und

drittens dafür zu sorgen, dass im Verhältnis Deutschlands zu Polen eine Wendung eintritt, die ein friedliches Zusammenleben sicherstellt!

(Stürmischer Beifall)

Ich bin dabei entschlossen, so lange zu kämpfen, bis entweder die derzeitige polnische Regierung dazu geneigt ist, diese Änderung herzustellen, oder bis eine andere polnische Regierung dazu bereit ist!

(Erneuter stürmischer Beifall.)

Ich will von den deutschen Grenzen das Element der Unsicherheit, die Atmosphäre ewiger Bürgerkriegsähnlicher Zustände entfernen.

(Beifall)

Ich will dafür sorgen, dass im Osten der Friede an der Grenze kein anderer ist, als wir ihn an unseren anderen Grenzen kennen.

Ich will dabei die notwendigen Handlungen so vornehmen, dass sie nicht dem widersprechen, was ich Ihnen hier, meine Herren Abgeordneten, im Reichstag selbst als Vorschläge an die übrige Welt bekanntgab.

Das heißt, ich will nicht den Kampf gegen Frauen und Kinder führen!

(Lebhafter Beifall)

Ich habe meiner Luftwaffe den Auftrag gegeben, sich bei den Angriffen auf militärische Objekte zu beschränken. Wenn aber der Gegner glaubt, daraus einen Freibrief ablesen zu können, seinerseits mit umgekehrten Methoden zu kämpfen, dann wird er eine Antwort erhalten, dass ihm Hören und Sehen vergeht!

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Polen hat nun heute Nacht zum erstenmal auf unserem eigenen Territorium auch durch reguläre Soldaten geschossen.

(Pfuirufe)

Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen!

(Lebhafter Beifall)

Und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten!

(Beifall) [...]"

Quelle: Verhandlungen des Reichstags. 4. Wahlperiode. Band 460. Stenographische Berichte 1939-1942. 3. Sitzung, Freitag, 1. September 1939, S. 45-48 (Ausschnitt nach der überlieferten stenografischen Mitschrift).

Weiterführende Literatur:

- Carlos Collado Seidel, Der Spanische Bürgerkrieg. Geschichte eines europäischen Konflikts, München 2006.
- Wilhelm Deist u.a., Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, Stuttgart 1979 (=Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 1).
- Helmut-Dieter Giro, Die Remilitarisierung des Rheinlands 1936. Hitlers Weg in den Krieg?, Essen 2006.
- Roland G. Förster (Hrsg.), "Unternehmen Barbarossa". Zum historischen Ort der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis Herbst 1941, München 1993.
- Karl-Heinz Janßen/Fritz Tobias, Der Sturz der Generäle. Hitler und die Blomberg-Fritsch-Krise 1938, München 1994.

- Klaus-Jürgen Müller, Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime, 1933–1940, Stuttgart 1969.
- Ders., Armee und Drittes Reich 1933-1939. Darstellung und Dokumentation, unter Mitarbeit von Ernst Willi Hansen, Paderborn 1987.
- Erwin Oberländer (Hrsg.), Hitler-Stalin-Pakt. Das Ende Ostmitteleuropas?, Frankfurt am Main 1989.
- Erwin A. Schmidl, Der "Anschluss" Österreichs. Der deutsche Einmarsch im März 1938, Bonn 1994.
- Rainer F. Schmidt, Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933 – 1939, Stuttgart 2002.
- Stefanie Schüler-Springorum, Krieg und Fliegen. Die Legion Condor im Spanischen Bürgerkrieg, Paderborn 2010.
- Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007 (engl. Orig. 2006).
- Bernd Wegner (Hrsg.): Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum Unternehmen Barbarossa, München und Zürich 1991.
- Bernd-Jürgen Wendt, Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes, München 1987.
- Jürgen Zarusky/Martin Zuckert (Hrsg.), Das Münchener Abkommen von 1938 in europäischer Perspektive, München 2013.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: by-nc-nd/3.0/de/ Autor: Dr. Thomas Vogel für bpb.de

Der Krieg in Europa

Von Dr. Thomas Vogel

30.4.2015

Oberstleutnant Dr. Thomas Vogel, geboren 1959, ist Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Sein Interesse gilt schon länger der Militäropposition im ‚Dritten Reich‘ und dem Widerstand von Soldaten gegen den Nationalsozialismus. Seit einigen Jahren befasst er sich intensiver mit verschiedenen Aspekten der Kriegsführung im Zeitalter der Weltkriege, jüngst vor allem mit der Koalitionskriegsführung. Er hat u. a. veröffentlicht: "Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime, 5. Aufl., Hamburg u.a. 2000 (Hrsg. und Autor); Wilm Hosenfeld: "Ich versuche jeden zu retten." Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, München 2004 (Hrsg. und Autor); Tobruk 1941: Rommel's Failure and Hitler's Success on the Strategic Sidelines of the ‚Third Reich‘, in: Tobruk in the Second World War. Struggle and Remembrance, hrsg. v. G. Jasiński und J. Zuziak, Warschau 2012, S. 143-160; "Ein Obstmesser zum Holzhacken." Die Schlacht um Stalingrad und das Scheitern der deutschen Verbündeten an Don und Wolga 1942/43, in: Stalingrad. Eine Ausstellung des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr, hrsg. v. G. Piecken, M. Rogg, J. Wehner, Dresden 2012, S. 128-141; A War Coalition Fails in Coalition Warfare: The Axis Powers and Operation Herkules in the Spring of 1942, in: Coalition Warfare: An Anthology of Scholarly Presentations at the Conference on Coalition Warfare at the Royal Danish Defence College, 2011, hrsg. v. N. B. Poulsen, K. H. Galster, S. Nørby, Newcastle upon Tyne 2013, S. 160-176; Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Der deutsche Aufmarsch in ein kriegerisches Jahrhundert, München 2014 (Co-Hrsg. und Autor).

Mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg, wobei das Kampfgeschehen zunächst fast völlig auf den europäischen Kontinent beschränkt blieb. Als Bündnispartner der Kriegsparteien erschienen im Hintergrund bereits die Großmächte Japan und die Vereinigten Staaten. Der europäische Krieg trug somit von Beginn an den Keim eines Weltkrieges in sich.

Den deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 erwiderten Großbritannien und Frankreich am 3. September mit ihrer Kriegserklärung an Deutschland. Damit war jener "große" Krieg entfesselt, den Hitler eigentlich vermeiden wollte. Dennoch konnte von einem Weltkrieg noch keine Rede sein, weil das Kampfgeschehen vorerst fast völlig auf den europäischen Kontinent beschränkt blieb. Mit dem britischen Empire und dem französischen Kolonialreich waren allerdings sofort große Teile der Welt einbezogen. Als baldige Bündnispartner der Kriegsparteien erschienen im Hintergrund bereits die Großmächte Japan und die Vereinigten Staaten, die ihrerseits auf einen Konflikt zusteuerten. Der europäische Krieg trug somit von Beginn an den Keim eines Weltkrieges in sich.

"Blitzkrieg" gegen Polen und "Sitzkrieg" im Westen

Wegen der Gefahr eines Zweifrontenkrieges wollte Deutschland einen schnellen Sieg über Polen erringen. Entsprechend stellte es seine Streitkräfte auf. An der Rheingrenze beließ man relativ wenige Truppen, die einen französischen Angriff möglichst lange aufhalten sollten. Drei Viertel des Feldheeres, darunter alle motorisierten und gepanzerten Verbände, traten zum Angriff gegen Polen an. Zwei Heeresgruppen mit etwa 1,5 Millionen Soldaten drangen aus Nord- bzw. Südwesten in Richtung Warschau vor. Schnell errang die überlegene deutsche Luftwaffe die Luftherrschaft. Der Zangenangriff des Heeres stieß auf die Masse der polnischen Armee und brach deren teils heftigen Widerstand in mehreren Schlachten. Am 18. September war der Gegner geschlagen, der Feldzug im Wesentlichen beendet. Die polnische Armee war vom deutschen Angriff nicht überrascht worden. Er traf sie aber noch im Aufmarsch und deshalb nicht ganz verteidigungsbereit. Die polnische Regierung hatte die Mobilmachung verzögert, um keinen deutschen Angriff zu provozieren.

Das Schicksal Polens war endgültig besiegelt, als auf deutschen Druck hin am 17. September 1939 die Rote Armee nach Polen eindrang und innerhalb weniger Tage den schwach verteidigten Osten des Landes besetzte. In der Mitte war die Hauptstadt Warschau bald von deutschen Truppen eingeschlossen. Nach heftigen Bombardements aus der Luft und durch Artillerie kapitulierten ihre

Verteidiger am 27. September. Zu einer polnischen Gesamtkapitulation kam es nicht. Bereits am 19. September hatte der polnische Oberbefehlshaber seinen restlichen Truppen den Rückzug nach Ungarn und Rumänien befohlen. Dort zunächst interniert, wurde aus ihnen später eine Exilmiliz formiert, die auf alliierter Seite kämpfte. Sie unterstand der polnischen Exilregierung in Frankreich, die später nach London wechselte.

Das polnische Territorium wurde am 28. September von den Besatzungsmächten neu aufgeteilt. Deutschland fiel die westliche Hälfte mit Warschau zu. Die Militärverwaltung wurde dort bald von einem nationalsozialistischen Besatzungsregime abgelöst, das mit brutaler Gewalt die Polen, vor allem die Juden, unterdrückte. Als Vorboten dieses Terrors hatten "Einsatzgruppen" der SS bereits während der Kämpfe einen Vernichtungskrieg gegen die polnische Zivilbevölkerung begonnen. Ihren gezielten Mordaktionen fielen bis Ende 1939 mehrere zehntausend Menschen, hauptsächlich Juden sowie Angehörige der geistig und politisch führenden Schichten, zum Opfer.

Die NS-Propaganda feierte mit großem Aufwand den deutschen "Blitzkrieg"-Erfolg und verdrängte, dass die Wehrmacht 45.000 Tote und Verwundete zu beklagen hatte. Darüber hinaus waren erhebliche Mengen an Kriegsgerät zerstört worden oder ausgefallen, was die Kampfkraft der Wehrmacht über Monate deutlich verringerte. Auf der anderen Seite waren über 200.000 polnische Soldaten im Kampf gegen die Wehrmacht getötet oder verwundet worden, 700.000 gingen in deutsche Kriegsgefangenschaft.

Eher harmlos war inzwischen der Krieg im Westen verlaufen. Großbritannien und Frankreich brachten keine Entlastungsoffensive zugunsten ihres bedrängten polnischen Verbündeten zuwege, obwohl die deutsche Westgrenze im Herbst 1939 militärisch nur schwach verteidigt war. Gedämpft durch eine pazifistische Stimmung im eigenen Land, verharrte die starke französische Armee in der Defensive, genauer: in und hinter den Befestigungen der Maginot-Linie. So lieferte man sich an der deutsch-französischen Grenze noch monatelang einen weitgehend kampflosen "Sitzkrieg". Großbritannien entsandte im Herbst 1939 ein Expeditionskorps nach Frankreich und unternahm kleinere Luftangriffe gegen militärische Ziele in Deutschland. Stark herausgefordert war es durch deutsche Kriegsschiffe und U-Boote, die seit Kriegsbeginn weltweit seine Handelsschifffahrt schädigten.

Nebenkrieg in Skandinavien und "Blitzkrieg" im Westen

Sofort nach Ende des Feldzuges in Polen verlegte die Wehrmacht alle verfügbaren Kräfte an die Rheingrenze, um einen möglichen Angriff der Westmächte abzuwehren. Schon bald wurde hieraus der Aufmarsch für eine deutsche Offensive nach Westen ("Fall Gelb"). Den Auftrag, diese vorzubereiten, erteilte Hitler Anfang Oktober 1939, nachdem die britische Regierung ein "Friedensangebot" abgelehnt hatte. Um Großbritannien endlich zu unterwerfen, sollten zunächst Frankreich und die neutralen Benelux-Staaten erobert werden. Die Militärführung war hiervon wenig begeistert, einige hohe Offiziere dachten sogar an Staatsstreich. Vor dem großen und wohl vorbereiteten Gegner hatte man – auch in Erinnerung an den Ersten Weltkrieg – keinen Respekt.

Der Generalstab des Heeres tat sich mit dem Entwurf eines Offensivplans lange Zeit schwer. Ein frontales Durchstoßen der Maginot-Linie wurde bald verworfen. Schließlich sollte ein Angriff über die Niederlande und Belgien nach Nordfrankreich die Kanalküste in Besitz bringen. Doch viele erinnerte dies an den unglückseligen Schlieffen-Plan des Ersten Weltkriegs. Gezwungenermaßen verschob Hitler den Angriff immer wieder, zuletzt bis in das Frühjahr 1940. So erhielt Generalleutnant Erich von Manstein die Gelegenheit, ihn für eine andere Operationsidee zu gewinnen. Demnach sollte ein nördlicher Angriff auf Belgien die Masse der britisch-französischen Streitkräfte dorthin ziehen. In deren Rücken würde dann der Hauptstoß weiter südlich über Luxemburg und die Ardennen erfolgen. Das unwegsame Gelände dort machte den später "Sichelschnitt" genannten Plan sehr riskant, bot aber den Vorteil der Überraschung und die Möglichkeit, die britisch-französischen Hauptkräfte abzuschneiden und zu vernichten.

Karten und Grafiken: "Der Krieg in Europa" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/204467/karten-und-grafiken-der-krieg-in-europa>)

Vorher noch kam es zu einer deutschen Intervention in Skandinavien. Ende 1939 wurde die Absicht der Westalliierten bekannt, Finnland in seinem Abwehrkampf gegen die Sowjetunion zu unterstützen und dabei über das neutrale Norwegen und Schweden militärisch vorzugehen. Dies aber hätte Deutschland seiner lebenswichtigen Erzimporte aus Nordschweden beraubt. Um dem zuvorzukommen, ließ Hitler eilig die Besetzung Norwegens vorbereiten. Das Unternehmen "Weserübung" begann am 9. April. Fast kampflos wurde Dänemark besetzt. Gleichzeitig landeten deutsche Truppen per Flugzeug und Schiff in Norwegen, wo sie auf mehr Widerstand stießen. Die Kämpfe verschärften sich, als bald ein alliiertes Landungskorps eindrang. Besonders kritisch wurde die Lage in Narvik, wo die Deutschen von einer gegnerischen Übermacht abgeschnitten wurden. Der Feldzug war gewonnen, als die Alliierten Ende Mai 1940 infolge der deutschen Westoffensive ihre Streitkräfte abzogen und das Land preisgaben. Mit Norwegen hatte Deutschland eine wertvolle Basis für die Seekrieg im Atlantik und den Luftkrieg gegen Großbritannien erobert. Die Kriegsmarine bezahlte den deutschen Erfolg teuer. Ihre eingesetzte Flotte war durch britische Seestreitkräfte und norwegische Küstenverteidigung zum größten Teil versenkt oder schwer beschädigt worden.

Noch während der Kämpfe in Norwegen eröffnete die Wehrmacht am 10. Mai 1940 ihre Offensive im Westen. Luxemburg kapitulierte kampflos am selben Tag, die Niederlande nach einigem Widerstand am 14. Mai. Deren Regierung flüchtete, wie kurz darauf die norwegische, ins Exil nach London. Gegen Belgien und Frankreich brachte der "Sichelschnitt"-Plan schnell den erhofften Erfolg. Der deutsche Hauptstoß, dabei die meisten Panzerdivisionen, durchbrach die schwache französische Verteidigung zwischen Dinant und Sedan. Die Alliierten, deren Hauptkräfte weiter nördlich in Belgien gebunden waren, hatten nicht mehr genügend Reserven, um den anschließenden deutschen Vorstoß nach Westen aufzuhalten. Der schloss Ende Mai die alliierte Hauptmacht – 200.000 britische und 120.000 französische Soldaten – bei Dünkirchen am Ärmelkanal ein. Ein überraschender Haltebefehl Hitlers bescherte dem Gegner das "Wunder von Dünkirchen": Als die Wehrmacht am 4. Juni die Stadt endlich einnahm, waren fast alle Eingeschlossenen auf die britische Insel evakuiert worden. Dort bildeten sie den Grundstock der britischen Heimatarmee bzw. einer französischen Exil-Armee.

Bereits am 28. Mai 1940 hatte Belgien kapituliert. Für Frankreich wurde die Lage aussichtslos, als es seiner Armee nicht mehr gelang, eine neue, wirksame Verteidigung aufzubauen. In kurzer Zeit zerschlug die Wehrmacht jeden Ansatz hierzu und eroberte die Nordhälfte sowie die gesamte Atlantikküste Frankreichs. Am 14. Juni besetzte sie kampflos die Hauptstadt Paris, aus der die Regierung geflohen war. Der neue Ministerpräsident, Marschall Philippe Pétain, suchte sofort um Waffenstillstand nach, der am 22. Juni 1940 bei Compiègne unterzeichnet wurde. Demnach blieb der eroberte Teil Frankreichs weitgehend deutsch besetzt. Das restliche Frankreich wurde unter Auflagen dem autoritären Regime von Pétain überlassen, das sich in Vichy niederließ. Im deutschen Interesse sollte es auch die Kontrolle über das französische Kolonialreich behalten. Dies machte ihr sogleich die frei-französischen Exil-Regierung streitig, die sich in London unter dem jungen General Charles de Gaulle bildete.

Am Rande des Geschehens trat Italien, das dem Kampf an der Seite seines Verbündeten zunächst ausgewichen war, am 10. Juni 1940 doch noch in den Krieg ein, um den absehbaren militärischen Erfolg nicht ganz Deutschland überlassen zu müssen. Bei dem Versuch, die relativ schwache französische Verteidigung der Alpengrenze zu überwinden, blamierte sich die italienische Armee gehörig. Hitlers Vertrauen in die militärische Stärke Italiens war beschädigt.

Niederlage "über" England und Hitlers Wendung nach Osten

Nach dem Erfolg gegen den "Erbfeind" Frankreich genoss Hitler in Deutschland ein Ansehen wie nie zuvor. Nicht nur die NS-Propaganda feierte ihn als "größten Feldherrn aller Zeiten", was seine Selbstüberschätzung als militärischer Führer weiter förderte. Kaum im Besitz der französisch-belgischen Kanalküste, wandte er sich dem einzig verbliebenen Gegner zu: Großbritannien. Weil die neue britische Regierung unter Winston Churchill noch weniger geneigt war, sich ihm zu beugen, wies er am 16. Juli 1940 die Wehrmacht an, bis September eine Invasion der Insel vorzubereiten. Doch gelang es nie, die entscheidende Voraussetzung für das "Unternehmen Seelöwe" zu schaffen: Vergeblich versuchte die Luftwaffe im Sommer und Herbst 1940, die Luftherrschaft über Südengland und dem Ärmelkanal zu erringen. Gegen die unerwartet starke, radargestützte britische Luftverteidigung erlitt sie so hohe Verluste, dass sie schließlich ihre Einsätze deutlich einschränken musste. Stillschweigend wurde die Invasionsabsicht bis zum Jahresende aufgegeben. Die "Luftschlacht um England" endete für die Wehrmacht mit ihrer ersten großen Niederlage. Hauptziel waren die britische Luftwaffe und Luftfahrtindustrie gewesen. Zuletzt griff die Luftwaffe verstärkt Zielen in englischen Städten an. Obwohl ihre Angriffe primär der militärischen und wirtschaftlichen Infrastruktur galten, verursachten sie Tausende zivile Todesopfer und provozierten hierdurch Gegenschläge durch britische Bomber auf deutsche Städte.

Der Fehlschlag gegen Großbritannien zwang Hitler dazu, seine Strategie zu überdenken. Er entschloss sich, seiner eigentlichen Zielsetzung folgend, zum baldmöglichen Angriff auf die Sowjetunion. In diesem Sinn hatte er sich bereits am 31. Juli 1940 im engsten militärischen Kreis geäußert. Nachdem er seine britischen Pläne vorerst zurückstellen musste, beauftragte er die Wehrmacht am 18. Dezember damit, den Angriff bis zum 15. Mai 1941 vorzubereiten ("[Fall Barbarossa](http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/203046/fall-barbarossa) (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/203046/fall-barbarossa>)"). Gleichzeitig baute Deutschland seine bündnispolitische Position aus. Hitlers Initiative führte am 27. September 1940 zum Dreimächtepakt, der die "Achse Rom-Berlin" um ein strategisches Bündnis mit Japan erweiterte. Das sollte vor allem die Vereinigten Staaten, die sich bereits für Großbritannien stark machten, von einem Kriegseintritt abschrecken. Dem Pakt traten im November 1940 Ungarn, Rumänien und die Slowakei bei, gefolgt von Bulgarien und Jugoslawien im März 1941. Finnland schloss sich faktisch an. Damit formierte Deutschland frühzeitig eine Koalition und sicherte sich das Aufmarschgebiet für den Krieg gegen die Sowjetunion.

Hitlers "Weisung Nr. 21: Fall Barbarossa" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/203046/fall-barbarossa>)

Erheblich gestört wurde die Vorbereitung des Unternehmens "Barbarossa" durch Deutschlands wichtigsten Verbündeten Italien. Dem "Führer" nacheifern, versuchte der "Duce", den italienischen Machtbereich gewaltsam auszudehnen. Schnell wurde deutlich, dass seine Armee damit überfordert war. Vom italienischen Libyen aus kaum nach Ägypten eingedrungen, wurde sie im Dezember 1940 von einer kleinen britischen Armee vernichtend geschlagen. Als diese im Gegenzug bereits halb Libyen erobert hatte, sah sich Hitler zum Eingreifen genötigt. Er entsandte im Januar 1941 das Deutsche Afrikakorps unter Generalleutnant Erwin Rommel, der die Briten zurückschlug. Seiner Offensive ging erst im Sommer an der ägyptischen Grenze vorerst die Luft aus.

Desaströs endete im November 1940 auch der italienische Überfall auf Griechenland. Eine griechische Gegenoffensive schlug die Italiener weit nach Albanien zurück. Als Schutzmacht entsandten die Briten eine Armee nach Griechenland. Unruhe, gar Gegner auf dem Balkan wollte Hitler wegen seines Vorhabens gegen die Sowjetunion nicht dulden. Als Ende März 1941 die deutschfreundliche Regierung in Belgrad gestürzt wurde, gab er den Befehl zum Losschlagen. Am 6. April überfielen deutsche, italienische und ungarischen Armeen Jugoslawien und erzwangen nach wenigen Tagen die Kapitulation. Gleichzeitig warf ein deutscher Angriff (Unternehmen "Marita") von Bulgarien aus Griechenland nieder. Den Abschluss bildete Ende Mai die Eroberung von Kreta in einer verlustreichen See- und Luftlandeaktion ("Unternehmen Merkur"). Den Briten gelang es gerade noch, die Masse ihres Expeditionskorps von dort zu evakuieren.

Auf diese Weise hatten sich kurz vor dem beabsichtigten Überfall auf die Sowjetunion eher ungewollt neue Kriegsschauplätze für Deutschland eröffnet, die erhebliche Kräfte der Wehrmacht dem großen Vorhaben entzogen. Außerdem verzögerte sich dessen Beginn um wichtige sechs Wochen.

Weiterführende Literatur:

- Antony Beevor, Der Zweite Weltkrieg, München 2014 (engl. Orig. 2012).
- Jochen Böhler, Der Überfall. Deutschlands Krieg gegen Polen, Frankfurt am Main 2009.
- Jörg Echternkamp, Die 101 wichtigsten Fragen – Der Zweite Weltkrieg, München 2010.
- Karl-Heinz Frieser, Blitzkrieg-Legende. Der Westfeldzug 1940, München 1995.
- Elke Fröhlich, Der Zweite Weltkrieg. Eine kurze Geschichte, Stuttgart 2013.
- Ian Kershaw, Wendepunkte. Schlüsselentscheidungen im Zweiten Weltkrieg 1940/41, München 2008 (engl. Orig. 2007).
- Christoph Kleßmann (Hrsg.), September 1939. Krieg, Besetzung, Widerstand in Polen, Göttingen 1997.
- Malte König, Kooperation als Machtkampf. Das faschistische Achsenbündnis Berlin-Rom im Krieg 1940/41, Köln 2007.
- Klaus A. Maier u. a., Die Errichtung der Hegemonie auf den europäischen Kontinent, Stuttgart 1979 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 2, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt).
- Rolf-Dieter Müller, Der Zweite Weltkrieg, Stuttgart 2004 (= Handbuch der deutschen Geschichte, Band 21).
- Rolf-Dieter Müller, Der letzte deutsche Krieg 1939-1945, Stuttgart 2005.
- Hans-Martin Ottmer, "Weserübung" – Der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen im April 1940, München 1994.
- Richard Overy, The Battle Of Britain: Myth and Reality, London 2010.
- Gerhard Schreiber, Bernd Stegemann, Detlev Vogel, Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der "non belligeranza" Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, Stuttgart 1984 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 3, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt).
- Gerhard Schreiber, Kurze Geschichte des Zweiten Weltkriegs, München 2005.
- Gerhard L. Weinberg, Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Stuttgart 1995 (engl. Orig. 1994).



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Weltkrieg

Von Dr. Thomas Vogel

30.4.2015

Oberstleutnant Dr. Thomas Vogel, geboren 1959, ist Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Sein Interesse gilt schon länger der Militäropposition im ‚Dritten Reich‘ und dem Widerstand von Soldaten gegen den Nationalsozialismus. Seit einigen Jahren befasst er sich intensiver mit verschiedenen Aspekten der Kriegsführung im Zeitalter der Weltkriege, jüngst vor allem mit der Koalitionskriegsführung. Er hat u. a. veröffentlicht: "Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime, 5. Aufl., Hamburg u.a. 2000 (Hrsg. und Autor); Wilm Hosenfeld: "Ich versuche jeden zu retten." Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, München 2004 (Hrsg. und Autor); Tobruk 1941: Rommel's Failure and Hitler's Success on the Strategic Sidelines of the ‚Third Reich‘, in: Tobruk in the Second World War. Struggle and Remembrance, hrsg. v. G. Jasiński und J. Zuziak, Warschau 2012, S. 143-160; "Ein Obstmesser zum Holzhacken." Die Schlacht um Stalingrad und das Scheitern der deutschen Verbündeten an Don und Wolga 1942/43, in: Stalingrad. Eine Ausstellung des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr, hrsg. v. G. Piecken, M. Rogg, J. Wehner, Dresden 2012, S. 128-141; A War Coalition Fails in Coalition Warfare: The Axis Powers and Operation Herkules in the Spring of 1942, in: Coalition Warfare: An Anthology of Scholarly Presentations at the Conference on Coalition Warfare at the Royal Danish Defence College, 2011, hrsg. v. N. B. Poulsen, K. H. Galster, S. Nørby, Newcastle upon Tyne 2013, S. 160-176; Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Der deutsche Aufmarsch in ein kriegerisches Jahrhundert, München 2014 (Co-Hrsg. und Autor).

Als Deutschland am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfiel, hatte es bereits einen Großteil von Europa besetzt. Ein Erlass Hitlers erlaubte den deutschen Soldaten ein brutales Vorgehen gegen die sowjetische Zivilbevölkerung. Und die Militärführung erließ in eigener Initiative nicht nur mörderische "Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare". Sie nahm von vorneherein auch ein Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener billigend in Kauf.

Im Juni 1941 schien der Krieg in Europa so gut wie entschieden. Ein Großteil des Kontinents war von Deutschland besetzt. Mit zahlreichen Ländern stand es im Bündnis, mit der Sowjetunion scheinbar in einem freundschaftlichen Verhältnis. Die neutralen Staaten unterhielten wenigstens wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland, wenn sie nicht gar, wie Spanien, mit Hitler sympathisierten. Als einziger verbliebener deutscher Gegner war Großbritannien in Europa weitgehend isoliert. Dank seiner Insellage und seines Empires hatte es Freiheit und Unabhängigkeit bewahren können. Seit 1940 wurde es durch die Vereinigten Staaten zunehmend unterstützt, die mit dem Leih- und Pachtgesetz vom 18. Februar 1941, das massive Rüstungshilfe für Gegner der Achsenmächte erlaubte, von ihrer Neutralität abrückten. Deutschland selbst entlastet schließlich Großbritannien, als es sich im Juni 1941 gegen die Sowjetunion wendete.

Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion

Nach Vorplanungen seit dem Sommer traf die Wehrmacht auf Weisung Hitlers ab Dezember 1940 konkrete Vorbereitungen für einen Krieg gegen die Sowjetunion ("Fall Barbarossa"). Diesen Krieg hatte Hitler von Anfang an führen wollen. Er war das Kernstück seines ideologischen Programms, das sich gegen Kommunismus und Judentum richtete. Gegen die Sowjetunion, wo Hitler den "jüdischen Bolschewismus" am Werk sah, sollte daher kein üblicher Eroberungskrieg, sondern ein rassenideologisch begründeter Vernichtungskrieg geführt werden. Vorgesehen war, einen Großteil der dortigen Bevölkerung zu töten, einen kleinen Teil zu "germanisieren" und den Rest zu versklaven oder zu vertreiben. Hierdurch sollte "Lebensraum im Osten" für die Ansiedlung von Deutschen entstehen. Dasselbe Motiv hatte bereits dem Krieg gegen Polen zugrunde gelegen.

Im Sinne dieses mörderischen Konzepts wurde die Wehrmacht zu einer erbarmungslosen Kriegsführung verpflichtet. Am 30. März 1941 schwor Hitler die Generalität auf den besonderen Charakters des anstehenden Feldzuges ein. Am 13. Mai erging ein Erlass, der den Soldaten ein brutales Vorgehen gegen die sowjetische Zivilbevölkerung erlaubte. In eigener Initiative erließ das

Oberkommando der Wehrmacht am 6. Juni "Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare" der Roten Armee, wonach diese nach ihrer Gefangennahme zu "erledigen" waren.

Diese völkerrechtswidrigen Befehle fanden nur vereinzelt Widerspruch und wurden später weitgehend befolgt. Von vorneherein nahm die Militärführung überdies ein Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener billigend in Kauf. In der Folge sollten über die Hälfte der 5,7 Millionen Rotarmisten, die bis Kriegsende in deutsche Gefangenschaft gerieten, wegen schlechter Verpflegung, Unterbringung und medizinischer Versorgung umkommen. Schließlich ließ sich die Wehrmacht von der SS auch noch zum Komplizen des geplanten Massenmordes an einem Teil der sowjetischen Bevölkerung machen, den die Nationalsozialisten als rassistisch minderwertig und politisch missliebig betrachteten: Wie schon in Polen waren SS-Einsatzgruppen dazu bestimmt, die Morde im Gefolge der Armeen weitgehend selbstständig, aber in Abstimmung mit den militärischen Stellen auszuführen.

Der Antrag des Oberkommandos des Heeres auf Überprüfung des "Kommissarbefehls" wird von Hitler abgelehnt

"Hauptquartier, den 23. 9. 1941

Oberkommando des Heeres

General zur besonderen Verwendung beim Oberbefehlshaber des Heeres

An OKW/L

zu Händen des Herrn Generalmajor Warlimont

Betr. Politische Kommissare

Es wird gebeten, die Notwendigkeit der Durchführung des "Kommissar"-Erlasses in der bisherigen Form im Hinblick auf die Entwicklung der Lage zu überprüfen. Von Befehlshabern, Kommandeuren und aus der Truppe wird gemeldet, daß sich eine Lockerung des Kampfwillens auf russischer Seite dadurch erreichen lasse, wenn den Kommissaren, die ohne Zweifel die Hauptträger des erbitterten und verbissenen Widerstandes seien, der Weg zur Aufgabe des Kampfes, zur Übergabe oder zum Überlaufen erleichtert würde.

Zur Zeit ist es so, daß der Kommissar auf jeden Fall sein sicheres Ende vor Augen sieht; darum kämpft eine große Zahl bis zuletzt und zwingt auch die Rotarmisten mit den brutalsten Mitteln zum erbitterten Widerstand.

Gerade in der augenblicklichen Kampflage, wo bei den hohen Ausfällen, mit der Abnahme des Zuflusses von personellen und materiellen Kräften, bei der Vermischung der Verbände, der Unsicherheit der Führung Lockerungserscheinungen auf russischer Seite da und dort sich zu zeigen beginnen, könnte eine Lähmung des allgemeinen Kampfwillens durch Brechung des Widerstandes der Kommissare nicht unerhebliche Erfolge zeitigen und unter Umständen viel Blut sparen.

Die Erreichung des Ziels müßte in geeigneter Form mit propagandistischen Mitteln verschiedenster Art angestrebt werden.

Auch der Oberbefehlshaber des Heeres glaubt, daß die vorstehenden Auffassungen, die ihm persönlich bei allen Heerestruppen vorgetragen worden sind, vom militärischen Standpunkt durchaus beachtlich sind und eine Überprüfung der bisherigen Behandlungsweise der Kommissare zweckmäßig erscheinen lassen.

i.A.
gez. Müller"

darunter wurde auf dem Brief handschriftlich von General Alfred Jodl vermerkt:

"Der Führer hat jede Änderung der bisher erlassenen Befehle für die Behandlung der politischen Kommissare abgelehnt. Jodl, 26.9.1941"

Quelle: Bundesarchiv, Abt. Militärarchiv, RW 4/v. 578.

Das Unternehmen "Barbarossa" und sein Scheitern vor Moskau

Derart vorbelastet und ohne Kriegserklärung erfolgte am 22. Juni 1941 der deutsche Überfall auf breiter Front zwischen Ostsee und Schwarzen Meer. In der Sowjetunion hatte man den deutschen Aufmarsch durchaus bemerkt. Dennoch war die Rote Armee nicht wirklich abwehrbereit. Stalin hatte im Vertrauen auf das zuletzt gute und vertraglich geregelte Verhältnis mit Deutschland jede Provokation vermeiden wollen. Erst recht stand damals kein sowjetischer Angriff auf Deutschland bevor. Selbst im deutschen Generalstab kam man zu diesem Schluss. Das straft die NS-Propaganda Lügen, die den deutschen Angriff als Präventivkrieg zu rechtfertigten suchte.

Auch gegen die Sowjetunion strebte die deutsche Führung einen "Blitzkrieg"-Erfolg an. In einem kurzen Feldzug sollte die Rote Armee noch vor Einbruch des Winters 1941 vernichtend geschlagen und der Krieg mit der Einnahme von Moskau beendet werden. Hierfür bot die Wehrmacht mit 3,3 Millionen Soldaten mehr denn je auf. Sie war ihrem direkten Gegner an Truppenstärke sogar leicht überlegen. Ihre eigene Erfolgsserie und die zuletzt schwache Vorstellung des Gegners im "Winterkrieg" 1939/40 gegen Finnland machte die Deutschen siegesgewiss. Der anfängliche Verlauf des Unternehmens "Barbarossa" schien ihnen Recht zu geben. In den ersten Wochen stießen ihre drei Heeresgruppen mehrere hundert Kilometer weit in das Baltikum, nach Weißrussland und in die Ukraine vor. Dabei machten sie Hunderttausende von Gefangenen und erbeuteten oder zerstörten große Mengen an Kriegsgerät. Jedoch gelang es nicht, die Rote Armee vernichtend zu schlagen. Große Teile von ihr konnten sich durch Rückzug retten und zur Verteidigung neu formieren. Bereits im August 1941 beurteilte daher der Chef des Generalstabes des Heeres, Franz Halder, die eigenen Aussichten skeptischer, zumal die deutschen Kräfte gegen seinen Willen zersplittet wurden. Hitler hatte, ohne das ursprüngliche Hauptziel Moskau aufzugeben, zusätzlich die Eroberung von Leningrad und der Ukraine befohlen. Für ersteres reichten die Kräfte nicht mehr; daher ging man zur Belagerung der Millionenstadt über, um sie auszuhungern. Von Norden war Leningrad durch die finnische Armee blockiert. Diese war gleichzeitig mit der Wehrmacht in den Krieg gegen die Sowjetunion gezogen, um jene Landesteile zurückzuerobern, die Finnland 1939/40 an die Sowjetunion verloren hatte. Zwar ging die selbstbewusste finnische Demokratie kein formales Bündnis mit Hitler ein; doch die Bedrohung durch den übermächtigen sowjetischen Nachbarn ließ sie faktisch zum wichtigsten "Waffenbruder" Deutschlands an der Ostfront werden. Gemeinsam mit einer deutschen Armee im äußersten Norden konnten die Finnen die Rote Armee von ihrer 1000 km langen Grenze zur Sowjetunion bis zum Sommer 1944 fernhalten.

Erfolgreicher als vor Leningrad war die Wehrmacht im Spätsommer 1941 in der Ukraine. Wieder nahm sie ganze sowjetische Armeen gefangen, errang jedoch erneut keinen entscheidenden Sieg. Anfang Oktober 1941 konzentrierte sie ihre Kräfte erneut im Mittelabschnitt, um Moskau doch noch vor dem Winter zu erobern ("Unternehmen Taifun"). Nach zwei Monaten zäher Kämpfe gegen wachsenden Widerstand waren ihre Spitzen nur noch 30 km von ihrem Ziel entfernt, als der Winter mit großer Kälte hereinbrach. Das für einen Sommerfeldzug ausgerüstete deutsche Heer war materiell verschlissen und personell am Ende seiner Kräfte, der Angriff kam zum Erliegen. Verstärkt durch frische Truppen aus Sibirien, ging die Rote Armee am 5. Dezember 1941 zur Gegenoffensive über. Darunter brach die Heeresgruppe Mitte fast zusammen. Nach stellenweise fluchtartigem Rückzug konnte sie ihre Front erst Wochen später und in erheblicher Entfernung von Moskau wieder stabilisieren. Der "Blitzkrieg"

gegen die Sowjetunion war gescheitert – aus heutiger Sicht eine Vorentscheidung über den Ausgang des gesamten Krieges.

Karten und Grafiken: "Weltkrieg" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/204435/karten-weltkrieg>)

Ungeachtet dessen richtete sich im besetzten Territorium, soweit es nicht als Frontgebiet oder militärisches Hinterland der Wehrmacht unterstand, eine deutsche Zivilverwaltung ein. Sofort begannen die systematische Unterdrückung der Bevölkerung und wirtschaftliche Ausbeutung des Landes. Den Mord- und Terroraktionen von SS, deutscher Polizei und einheimischer Hilfspolizei fielen in kurzer Zeit Hunderttausende Zivilisten, vorwiegend Juden, zum Opfer. Als Vorwand diente oft die Partisanenbekämpfung. Das brutale Vorgehen verschaffte Partisanengruppen, die sich aus versprengten Rotarmisten gebildet hatten, weiteren Zulauf. Ab 1942 von Moskau aus straff organisiert und gelenkt, beeinträchtigte bald eine ganze "Partisanenarmee" die deutsche Kriegsführung, terrorisierte aber auch die eigene Bevölkerung.

Rückschlag der Achsenmächte in Nordafrika

Im Ergebnis ähnlich wie an der Ostfront sah es inzwischen auf dem Nebenkriegsschauplatz in Nordafrika aus. Die Offensivkraft der deutsch-italienischen Armee unter Erwin Rommel hatte sich im Sommer 1941 an der libysch-ägyptischen Grenze erschöpft. Ihr Nachschub aus Italien über das Mittelmeer wurde durch britische See- und Luftstreitkräfte, die sich auf die Inselfestung Malta stützen konnten, wirkungsvoll behindert. Gleichzeitig brachten Geleitzüge über Malta Verstärkungen für die britische 8. Armee nach Ägypten. Diese trat am 18. November 1941 mit großer Übermacht zur Gegenoffensive an. Rommel musste die Belagerung der Hafenfestung Tobruk aufgeben und sich bald aus der gesamten Cyrenaika zurückziehen. Zur Jahreswende 1941/42 befand er sich wieder am Ausgangspunkt seiner Offensive ein Jahr zuvor. Nach furiosem Beginn endete das Jahr 1941 für die Achsenmächte in Europa also ungünstig. An allen Fronten war ihr Vormarsch gestoppt worden, vielerorts hatten sie sogar den Rückzug antreten müssen. So wurde die Krise auf dem Schlachtfeld auch zu einer Führungskrise. Am 19. Dezember 1941 entließ Hitler den Oberbefehlshaber des Heeres und übernahm selbst dessen Funktion.

Ausweitung zum Weltkrieg: Krieg in Fernost

Der überraschende Kriegseintritt Japans half Hitler über die Fehlschläge hinweg. Euphorisch versprach er sich hiervon einen entscheidenden strategischen Vorteil. Am 7. Dezember hatte eine japanische Flotte die Hauptbasis der US-Pazifikflotte in Pearl Harbor auf Hawaii überfallen; fast gleichzeitig griffen Vorboten einer japanischen Invasion die britischen Kronkolonien Hongkong und Singapur an. Tags darauf erklärten die Vereinigten Staaten und Großbritannien Japan den Krieg. Beide hatten in den Monaten vor dem Überfall, herausgefordert durch die immer aggressivere japanische Expansionspolitik in Ostasien, ihre Wirtschaftssanktionen gegen Japan verschärft. Das autoritäre Regime in Tokio hatte aber nicht einlenken wollen, sondern sein Heil im Angriff gesucht.

Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Japan vom 8. Dezember 1941

"Declaring that a state of war exists between the Imperial Government of Japan and the Government and the people of the United States and making provisions to prosecute the same.

Whereas the Imperial Government of Japan has committed unprovoked acts of war against the Government and the people of the United States of America:

Therefore be it Resolved by the Senate and House of Representatives of the United States of America in Congress assembled, That the state of war between the United States and the Imperial Government of Japan which has thus been thrust upon the United States is hereby formally declared; and the

President is hereby authorized and directed to employ the entire naval and military forces of the United States and the resources of the Government to carry on war against the Imperial Government of Japan; and, to bring the conflict to a successful termination, all the resources of the country are hereby pledged by the Congress of the United States."

Kriegserklärung Japans an die Vereinigte Staaten und Großbritannien vom 8. Dezember 1941

"By the grace of Heaven, Emperor of Japan [Emperor Shōwa], seated on the throne occupied by the same dynasty from time immemorial, enjoin upon ye, Our loyal and brave subjects: We hereby declare War on the United States of America and the British Empire. The men and officers of Our Army and Navy shall do their utmost in prosecuting the war. Our public servants of various departments shall perform faithfully and diligently their respective duties; the entire nation with a united will shall mobilize their total strength so that nothing will miscarry in the attainment of Our war aims.

To ensure the stability of East Asia and to contribute to world peace is the far-sighted policy which was formulated by Our Great Illustrious Imperial Grandsire [Emperor Meiji] and Our Great Imperial Sire succeeding Him [Emperor Taishō], and which We lay constantly to heart. To cultivate friendship among nations and to enjoy prosperity in common with all nations, has always been the guiding principle of Our Empire's foreign policy. It has been truly unavoidable and far from Our wishes that Our Empire has been brought to cross swords with America and Britain. More than four years have passed since China, failing to comprehend the true intentions of Our Empire, and recklessly courting trouble, disturbed the peace of East Asia and compelled Our Empire to take up arms. Although there has been reestablished the National Government of China, with which Japan had effected neighborly intercourse and cooperation, the regime which has survived in Chungking, relying upon American and British protection, still continues its fratricidal opposition. Eager for the realization of their inordinate ambition to dominate the Orient, both America and Britain, giving support to the Chungking regime, have aggravated the disturbances in East Asia. Moreover these two Powers, inducing other countries to follow suit, increased military preparations on all sides of Our Empire to challenge Us. They have obstructed by every means Our peaceful commerce and finally resorted to a direct severance of economic relations, menacing gravely the existence of Our Empire. Patiently have We waited and long have We endured, in the hope that Our government might retrieve the situation in peace. But Our adversaries, showing not the least spirit of conciliation, have unduly delayed a settlement; and in the meantime they have intensified the economic and political pressure to compel thereby Our Empire to submission. This trend of affairs, would, if left unchecked, not only nullify Our Empire's efforts of many years for the sake of the stabilization of East Asia, but also endanger the very existence of Our nation. The situation being such as it is, Our Empire, for its existence and self-defense has no other recourse but to appeal to arms and to crush every obstacle in its path.

The hallowed spirits of Our Imperial Ancestors guarding Us from above, We rely upon the loyalty and courage of Our subjects in Our confident expectation that the task bequeathed by Our forefathers will be carried forward and that the sources of evil will be speedily eradicated and an enduring peace immutably established in East Asia, preserving thereby the glory of Our Empire.

In witness whereof, we have hereunto set our hand and caused the Grand Seal of the Empire to be affixed at the Imperial Palace, Tokyo, this seventh day of the 12th month of the 15th year of Shōwa, corresponding to the 2,602nd year from the accession to the throne of Emperor Jimmu."

Am 11. Dezember erklärten Deutschland und Italien den Vereinigten Staaten den Krieg. Damit war der Krieg in Europa endgültig zum Weltkrieg geworden. Hitler hatte eine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten lange vermeiden, aber keine Rücksicht mehr nehmen wollen, nachdem diese ihre Neutralität faktisch aufgegeben hatten und zuletzt eindeutig für Großbritannien Partei nahmen. Damit wurde die deutsche Kriegserklärung auch begründet. Ohne echte strategische Alternativen, verband

Hitler mit diesem Schritt die Hoffnung, dass der gemeinsame Krieg mit Japan einen großen Teil des anglo-amerikanischen Kriegspotenzials nach Fernost ablenken würde. Doch konnte er auf den japanischen Verbündeten nicht unbedingt bauen. Der tat ihm nämlich nicht den Gefallen, seinen Neutralitätspakt mit Moskau zu brechen und durch einen Angriff auf Sibirien die deutsche Ostfront zu entlasten. Weil sie hierüber seit Oktober 1941 Gewissheit besaß, hatte es die Sowjetführung gewagt, ihre fernöstlichen Grenzen von Truppen zu entblößen, um sie rechtzeitig und erfolgreich vor Moskau in den Kampf gegen die Wehrmacht zu werfen. Dies macht einmal mehr deutlich, welch globale Dimension der europäische Krieg bereits vor "Pearl Harbor" erreicht hatte.

Kriegserklärung Deutschlands an die Vereinigten Staaten vom 11. Dezember 1941

"Herr Geschäftsträger! Nachdem die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika von Ausbruch des durch die englische Kriegserklärung an Deutschland vom 3. September 1939 heraufbeschworenen europäischen Krieges

an alle Regeln der Neutralität in immer steigendem Maße zugunsten der Gegner Deutschlands auf das Flagranteste verletzt, sich fortgesetzt der schwersten Provokationen gegenüber Deutschland schuldig gemacht hat, ist sie schließlich zu offenen militärischen Angriffshandlungen übergegangen.

Am 11. September 1941 hat der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika öffentlich erklärt, daß er der amerikanischen Flotte und Luftwaffe den Befehl gegeben habe, auf jedes deutsche Kriegsfahrzeug ohne weiteres zu schießen. In seiner Rede vom 27. Oktober ds. Js. hat er noch ausdrücklich bestätigt, daß dieser Befehl in Kraft sei. Gemäß diesem Befehl haben seit Anfang September ds. Js. amerikanische Kriegsfahrzeuge deutsche Seestreitkräfte systematisch angegriffen. So haben amerikanische Zerstörer, z. B. die "Greer", die "Kearny" und die "Reuben James", planmäßig das Feuer auf deutsche U-Boote eröffnet. Der Staatssekretär der amerikanischen Marine, Herr Knox, hat selber bestätigt, daß amerikanische Zerstörer deutsche U-Boote angegriffen haben. Ferner haben die Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika auf Befehl ihrer Regierung deutsche Handelsschiffe auf dem offenen Meere völkerrechtswidrig als feindliche Schiffe behandelt und gekapert.

Die Reichsregierung stellt daher fest: Obwohl sich Deutschland seinerseits gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika während des ganzen gegenwärtigen Krieges streng an die Regeln des Völkerrechts gehalten hat, ist die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika von anfänglichen Neutralitätsbrüchen endlich zu offenen Kriegshandlungen gegen Deutschland übergegangen. Sie hat damit praktisch den Kriegszustand geschaffen.

Die Reichsregierung hebt deshalb die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika auf und erklärt, daß sich unter diesen durch den Präsidenten Roosevelt veranlaßten Umständen auch Deutschland von heute ab als im Kriegszustand mit den Vereinigten Staaten von Amerika befindlich betrachtet.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ribbentrop, 11. Dezember 1941"

Das deutsche Bündnis mit Japan ließ wegen der großen Entfernung, aber auch zu unterschiedlicher politischer und militärischer Interessen keine enge Zusammenarbeit erwarten. Hierzu sollte es auch nie kommen. Dennoch setzte Hitler damals aus gutem Grund große Hoffnungen auf Japan. Dessen Streitkräfte hatten der US-Flotte in Pearl Harbor einen schweren, wenngleich keinen entscheidenden Schlag versetzt. In den Monaten danach eroberten sie fast ganz Südostasien und die dortigen amerikanischen, britischen und niederländischen Kolonien. Schon waren Australien und Indien von japanischen Angriffen bedroht, die Gegner im gesamten ostasiatisch-pazifischen Raum in die Defensive gedrängt. Erst in der See- und Luftschlacht um Midway im Juni 1942 sowie danach im Kampf um Neu-Guinea und Guadalcanal stießen die Japaner an ihre Grenzen, und die Alliierten

konnten eine Wende im Pazifikkrieg einleiten.

Nach dem "Schock" von Pearl Harbor brauchte es einige Zeit, bis sich das große personelle und wirtschaftliche Potenzial der Vereinigten Staaten für den Krieg voll entfalten konnte. In Deutschland war man sich bewusst, dass die Zeit für den Gegner arbeitete. Doch wurde das amerikanische Kriegspotenzial ebenso unterschätzt wie die Entschlossenheit von Premierminister Winston Churchill und US-Präsident Franklin D. Roosevelt. Bereits im August 1941 hatten sich beide Staatsmänner auf gemeinsame Grundwerte ihrer Außenpolitik geeinigt und der "Nazi-Tyrannei" den Kampf angesagt (Atlantik-Charta). Auf dieser Grundlage schlossen sich am 1. Januar 1942 insgesamt 26 Staaten, darunter die USA, Großbritannien, die Sowjetunion und China als Hauptalliierte, zum Kampf gegen die Achsenmächte und mit dem Ziel einer neuen Weltfriedensordnung in den Vereinten Nationen zusammen. Ebenfalls zur Jahreswende 1941/42 konkretisierte sich die anglo-amerikanische Allianz: Man bildete ein gemeinsames Oberkommando und traf die grundlegende strategische Entscheidung, sich zuerst auf den Kampf gegen Deutschland zu konzentrieren ("Germany first"). So hatte sich Anfang 1942 eine übermächtige Anti-Hitler-Koalition gebildet, die nur noch genügend Kraft zum Gegenschlag sammeln musste.

Neue Anläufe der Achsenmächte: Der Weg nach El Alamein und Stalingrad

Die nationalsozialistische Führung und viele Deutsche verschlossen sich schon aus ideologischer Verblendung der Einsicht, dass diese Entwicklung über kurz oder lang zu ihrer Niederlage führen musste. Geschickt schürte die NS-Propaganda Zuversicht, vor allem mit dem Blick nach Nordafrika. Dort hatte Rommel die Initiative zurückgewinnen können, weil der Gegner stark vom Geschehen im Fernen Osten beansprucht wurde. Rommels Angriff Ende Januar 1942 überraschte die Briten und schlug sie bis zum Sommer in mehreren Etappen weit nach Ägypten zurück. Dabei eroberte er am 21. Juni 1942 die Festung Tobruk, das Symbol des britischen Widerstandes. Während dies in London zur Regierungskrise führte, stand Rommel auf dem Gipfel seines Erfolgs und wurde von Hitler zum Feldmarschall befördert. Sein weiterer Vorstoß nach Osten zum Suez-Kanal musste jedoch scheitern, weil Hitler letztlich nicht bereit war, ihn auf Kosten des Krieges gegen die Sowjetunion, wo die Wehrmacht soeben wieder zum Angriff überging, massiver zu unterstützen. Eine letzte britische Widerstandslinie bei El Alamein, nur noch 100 km von Alexandria entfernt, brachte Rommels abgekämpfte Truppe im Juli 1942 zum Stehen. Während sie sich den Sommer über bei vergeblichen Durchbruchsversuchen abnutzte, ohne ausreichend versorgt zu werden, konnten sich die Briten erheblich verstärken. Wieder zogen diese dabei aus dem Besitz von Malta einen entscheidenden Vorteil. Schließlich ging Ende Oktober 1942 der neue britische Oberbefehlshaber Bernard Montgomery mit gewaltiger Übermacht in die Offensive. Rommel musste erneut den weiten Rückzug antreten – diesmal endgültig.

Rommels zeitweiliger Erfolg eröffnete überraschend strategische Alternativen für die deutsche Kriegsführung. Selbst Hitler spielte mit ihnen, blieb letztlich aber auf "seinen" Krieg gegen die Sowjetunion fixiert, den er trotz des Rückschlags vor Moskau noch zu gewinnen hoffte. Als neuer Oberbefehlshaber des Heeres war er zum fast unumschränkten Feldherrn geworden. Immer eigenmächtiger diktierte er die Operationsplanung und -führung und degradierte seine Generalstäbe zu bloßen Erfüllungsgehilfen. So trug auch der Plan für eine neue Offensive im Osten "[Fall Blau \(http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Operationsplanung%20Blau%20und%20sowjetische%20Angriffserwartungen.pdf\)](http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Operationsplanung%20Blau%20und%20sowjetische%20Angriffserwartungen.pdf)", mit deren Vorbereitung er die Wehrmacht am 5. April 1942 beauftragte, seine Handschrift. Wegen der großen Verluste des Vorjahres war an einen Angriff auf gesamter Front nicht mehr zu denken. Die Offensive sollte im Sommer nur vom Südabschnitt der Ostfront ausgehen und zielte auf die Kaukasusregion mit ihren bedeutenden Erdölfeldern. Zuvor sollten durch einen konzentrischen Vorstoß nach Stalingrad die sowjetischen Streitkräfte westlich des Don vernichtet werden. Da selbst hierfür die eigenen Kräfte nicht ausreichten, war man auf die Verbündeten, die schon zum "Unternehmen Barbarossa" beigetragen hatten, nun geradezu angewiesen. Politisch mehr oder weniger unter Druck gesetzt, sagten Rumänien, Italien, Ungarn, die Slowakei und Kroatien

insgesamt über eine Dreiviertel Million Soldaten zu. Sie stellten damit ein Drittel aller Offensivkräfte.

Als die deutsche Sommeroffensive am 28. Juni 1942 begann, überraschte sie den Gegner, der mit einem neuen Großangriff auf Moskau gerechnet hatte. Entsprechend gut kam der Angriff der Heeresgruppe Süd in den ersten Wochen voran. Das veranlasste Hitler schon nach einigen Tagen zu der folgenschweren Entscheidung, nunmehr gleichzeitig in den Kaukasus und nach Stalingrad vorzustoßen. Hierzu wurden die Kräfte der Heeresgruppe geteilt. Auf diese Weise zersplitterte der deutsche Angriff, der auch unter wachsenden Nachschubproblemen litt. Überdies verstiefe sich Hitler immer mehr auf die Eroberung von Stalingrad. Diese Aufgabe blieb der deutschen 6. Armee unter Generaloberst Friedrich Paulus überlassen, die dafür aber zu schwach war. Ihr gelang bis Anfang September 1942 noch die Einschließung der Wolga-Metropole. Danach verwickelten die Verteidiger der Stadt, durch Patriotismus und brutalen Druck des Sowjetregimes zum äußersten Widerstand angetrieben, die Deutschen in einen erbitterten Häuserkampf.

Feldpostbrief des Gefreiten Alfred R. aus dem Kessel von Stalingrad in die Heimat

Ihr Lieben! Heute am 8. Januar [1943] will ich Euch wieder ein paar Zeilen schreiben. Ich weiß nicht genau, ob Ihr auch meine ganzen Briefe erhalten habt oder erhaltet. Jedenfalls schreibe ich an Euch so oft, wie es mir das Papier überläßt. Und ich glaube auch, daß Ihr Euch auch ein bißchen freut, wenn die Postfrieda einen Brief oder so etwas ähnliches von mir anbringt. Na ja, ich weiß noch ganz genau, wie es so hergeht. Wenn dann der Kurt aus dem Stall nach dem Mittagessen kommt, setzt er sich gewiß auf das Sofa und liest meine oder andere Briefe genau und vielleicht auch mit Überlegung durch. Damals als ich noch bei Euch gewesen bin, war es wenigstens so! Und ich glaube auch, daß Kurt sich auch bei diesen Zeilen wieder auf den alten Platz setzt. Sonst geht es mir noch ganz gut. Das einzige, was uns fehlt, ist das Essen und Urlaub. Kann oder darf ja nichts genaues schreiben.

ieber Kurt, ich glaube, daß Du schon längst aus meinen Briefen schlau geworden bist? In was für einem dreckigen Zustand wir uns immer noch befinden! Es ist eben die Festung Stalingrad! Da wirst Du doch gewiß schon im Bilde sein ... Bei dieser Verpflegung geht es nicht mehr lange. Die Infanteristen fallen ja schon um wie die Fliegen. Aber bald muß ja was geschehen, um uns aus diesem Elend zu retten. Wie geht's Euch allen noch? Lieber Kurt, glauben kannst Du mir ruhig, denn aus der Luft werde ich Euch ja so was nicht schreiben. Ich habe jetzt bald gute 10 Wochen keine Post aus der Heimat. Also sehr verschlossen wird man hier. Lieber Kurt und [...], wenn ich mal auf Urlaub kommen sollte, dann werdet Ihr sehr staunen über meinen Körper. Also, mager bin ich wie ein halbverfrorener Hund! Kräfte, die ich früher mal gehabt habe, sind verschwunden. Wenn ich 3 bis 4 Kilometer gelaufen bin, dann stolpert man über jeden kleinen Stein. Ich glaube kaum, daß Ihr mich erkennen werdet. Aber schließlich bin ich noch innerlich derselbe R. Nur äußerlich ändert man sich. Und das ist ja schließlich erklärlich. 200 g Brot, 50 g Fleisch und 50 g Butter. Das ist die Verpflegung pro Tag. Mittags gibt es nur Wassersuppe mit bißchen Pferdefleisch. Was der Landser so aushält, ist gar nicht zu beschreiben.

Aber Hunger tut weh. Man kommt auf alle unmöglichen Gedanken. Also, wenn ich mal zu Euch komme, dann werde ich Euch mal so bißchen Eßbares machen, was Ihr vielleicht noch nicht gegessen habt. Ich habe bestimmt schon allerhand gegessen, Anni, Du weißt doch auch von früher: Aber es ist einfach nicht zu glauben, wenn man nicht selbst sieht. Sonst weiß ich nichts zu schreiben, aber ich hoffe, daß Ihr auch mit diesen Zeilen zufrieden seid. Erzählen könnte ich Euch ja noch viel mehr. Aber das Beste ist, Schnauze halten und aushalten. Liebe Anni und Kurt, grüßt so die besten Freunde von mir, die noch bei Euch in der Nähe sind ... Jetzt will ich schließen, in der Hoffnung, daß wir uns recht bald und gesund wiedersehen werden. Seid jetzt nochmals begrüßt aus weitem Osten von Gefreitem Alfred R.

Quelle: Jens Ebert (Hrsg.) Stalingrad – eine deutsche Legende, Hamburg 1992, S. 71 f.

Erneut hatte die deutsche Führung die personellen, materiellen und moralischen Reserven des

Gegners unterschätzt. Am 19. November startete dieser sogar eine große Gegenoffensive (Operation "Uranus") und schloss die 6. Armee in Stalingrad ein. Gezielt hatte die Rote Armee die deutsche Front in den Abschnitten der schlecht ausgerüsteten Rumänen angegriffen und durchbrochen. Da Ersatzversuche von außen scheiterten und Hitler den Ausbruch der 6. Armee verbot, war diese zum Untergang verurteilt. Ihre Reste kapitulierten, fast verhungert und erfroren, Ende Januar/Anfang Februar 1943. Von ihren einst 200.000 Soldaten ging über die Hälfte in Gefangenschaft, die nur wenige Tausend überlebten. Alle anderen waren zuvor gefallen oder verwundet ausgeflogen worden. Mehrfach höhere Verluste beklagte die sowjetische Seite, nicht zuletzt unter der Stadtbevölkerung, die schon früh deutschen Luftangriffen ausgesetzt war.

Deutschland und seine von ihm dominierten Verbündeten hatten 1942 in Europa und Nordafrika einen zweiten Anlauf unternommen, ihre Gegner doch noch in die Knie zu zwingen. Ein trügerischer Erfolg bescherte ihrem Machtbereich bis zum Herbst die größte Ausdehnung während des gesamten Krieges. Dass sie damit ihre Kräfte überdehnten, wurde spätestens zum Jahreswechsel 1942/43 deutlich, als sie an den Brennpunkten des Geschehens geschlagen waren. Erkennbar wendete sich das Blatt zugunsten der Alliierten, deren größeres Machtpotenzial allmählich wirksam wurde. Erfolg und Scheitern hatte die Wehrmacht mit höheren Verlusten denn je bezahlt.

Strategischer Bombenkrieg und U-Boot-Krieg

Lange Zeit war die deutsche Bevölkerung in der Heimat vom Krieg weitgehend verschont geblieben. In Großbritannien war man jedoch entschlossen, Deutschland auf die vorerst einzige mögliche Weise direkt anzugreifen, und baute deshalb die strategische Luftwaffe weiter aus. Ihr neuer Befehlshaber, Luftmarschall Arthur Harris, intensivierte seit dem Frühjahr 1942 den Bombenkrieg gegen deutsche Städte. Um die Bevölkerung zu demoralisieren, ließ er dabei auch planmäßig zivile Ziele angreifen, was zur Zerstörung der ersten deutschen Innenstädte und zu einer stark steigenden Zahl toter und verletzter Einwohner führte. Zur Vergeltung gab Hitler, dessen Strategie bis dahin hauptsächlich auf die militärische und wirtschaftliche Infrastruktur in England gezielt hatte, jetzt sogenannte Terrorangriffe gegen englische Städte frei. Deren Wirkung blieb jedoch wegen der Schwäche der deutschen Bomberwaffe begrenzt.

Der deutsche Luftkriegs-Historiker Horst Boog über die Wende im Bombenkrieg zwischen Deutschland und Großbritannien im Frühjahr 1942

"Die Wende zum Terrorbombenkrieg als Regel und nicht mehr nur als Ausnahme kam mit den britischen Brandbombenangriffen auf die militärisch-rüstungswirtschaftlich völlig uninteressanten Altstädte von Lübeck und Rostock jeweils am Ende der Monate März und April 1942. Sie wurden ohne erkennbaren militärischen oder kriegswirtschaftlichen Vorteil für den Angreifer völlig zerstört. Die bereits mit der Direktive des Air Staff vom 14. Februar 1942 gegebene Absicht der Briten zur Terrorisierung der Zivilbevölkerung war nun unverkennbar. Am 14. April befahl Hitler daher, *"daß der Luftkrieg gegen England in erhöhtem Maße angriffsweise zu führen ist. Hierbei sollen solche Ziele im Vordergrund stehen, deren Bekämpfung möglichst empfindliche Rückwirkungen für das öffentliche Leben mit sich bringt. Neben der Bekämpfung von Hafen- und Industrieanlagen sind hierzu auch im Rahmen der Vergeltung Terrorangriffe gegen Städte durchzuführen."* Man sieht, daß dies kein reiner Terrorluftkrieg sein sollte, von dem man sich ohnehin nicht viel versprach, sondern auch ein Krieg gegen militärisch relevante Ziele. Aber das Terrorbombardement der Intention nach war nun freigegeben. Der klägliche, durchaus unbefriedigende Verlauf dieses unter der Bezeichnung "Baedeker"-Angriffe mit sehr geringen Kräften für wenige Monate im Sommer 1942 geführten unterschiedslosen Bombenkrieges gegen kleinere, kaum verteidigte, kulturhistorisch bedeutsame Landstädte wie York und Bath usw. ist anderswo beschrieben."

Quelle: Horst Boog, Strategischer Luftkrieg in Europa und Reichsluftverteidigung 1943-1944, in: Horst Boog, Gerhard Krebs, Detlev Vogel, Das Deutsche Reich in der Defensive. Strategischer Luftkrieg in Europa, Krieg im Westen und in Ostasien 1943-1944/45, Stuttgart München 2001 (= Das Deutsche

Reich und der Zweite Weltkrieg, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 7), S. 330.

Der britische Luftkriegs-Historiker Richard Overy über die Wende im Bombenkrieg zwischen Deutschland und Großbritannien im Frühjahr 1942

"Dennoch gab es Ende Frühjahr 1942 und Anfang Frühjahr 1944 noch zwei letzte Wellen von deutschen Bombardements, mit denen man Vergeltung für die inzwischen wesentlich schwerere Bombardierung deutscher Städte üben wollte. Die erste Welle, die sogenannten "Baedeker-Angriffe", fiel in den April und Mai 1942. Die Bezeichnung nach dem bekannten Reiseführer geht auf Freiherr von Stumm, den Stellvertretenden Pressechef des Auswärtigen Amtes zurück. Er hatte angekündigt, dass fortan alle der im Reiseführer mit drei Sternen gekennzeichneten Gebäude angegriffen würden. Die Bezeichnung blieb haften, obwohl Goebbels den Gedanken, mit der "Zerstörung von Kulturwerten zu prahlen", auf das schärfste ablehnte. Meist wurden die Angriffe der Luftflotte 3 als Reaktion auf die Bombardierung der historischen Hafenstädte Lübeck und Rostock verstanden, bei denen die RAF die mittelalterlichen Stadtzentren vernichtete. Die Hauptangriffe auf Rostock erfolgten jedoch erst, als die Baedeker-Angriffe bereits begonnen hatten. Tatsächlich hatte das erneute Aufleben der Bombardierungen noch einen anderen Grund: Sie reagierten auf den Angriff, den die RAF Anfang März 1942 gegen Paris flog. Hitler war aufgebracht, weil das künstlerische und architektonische Erbe der französischen Hauptstadt bedroht war, das die deutsche Luftwaffe 1940 verschont hatte, und verlangte von der Luftflotte 3 einen Vergeltungsangriff auf London. Göring, der es nach der langen Untätigkeit der Luftwaffe im Westen kaum noch erwarten konnte, dass die Bombardements wieder aufgenommen wurden, befahl General Jeschonnek, dem Generalstabschef der Luftwaffe, auch britische Industrieziele anzugreifen. Nachdem am 28. und 29. März 1942 zwei Drittel der historischen Altstadt Lübecks zerstört worden waren, änderte Hitler den Befehl ab: Statt sich auf London zu beschränken, sollte die Luftwaffe jetzt weitere Städte von besonderem historischen oder kulturellen Wert angreifen. Als Revanche für die RAF-Attacken erhielten die Bombergeschwader dieses Mal auch die Erlaubnis zu Angriffen auf die Bevölkerung. Göring vertrat jedoch die Auffassung, dass dadurch wenig zu erreichen sei, und befahl seinen Besatzungen, stattdessen sinnvolle militärische oder wirtschaftliche Ziele anzugreifen."

Quelle: Richard Overy, Der Bombenkrieg. Europa 1939 bis 1945, Berlin 2014 (engl. Orig. 2013), S. 183f.

Weit größere Sorgen bereiteten den Briten und ihren Alliierten die rasch gestiegene Anzahl deutscher U-Boote. Befreit von der Zurückhaltung gegenüber den Vereinigten Staaten, schädigten diese den für Großbritannien lebenswichtigen Schiffsverkehr im Atlantik schwer und erzielten 1942 ihre mit Abstand beste Versenkungsbilanz. Allerdings waren die Versorgung der Insel sowie die Vorbereitung der alliierten Offensive in Europa nie ernsthaft gefährdet. Das inzwischen voll angelaufene US-Bauprogramm für Frachtschiffe glich die Versenkungen zuletzt mehr als aus. Zudem verbesserten die Alliierten im zweiten Halbjahr 1942 ihre Abwehrmaßnahmen. Der Versenkungserfolg je U-Boot nahm merklich ab, immer mehr Boote gingen verloren. Es war absehbar, dass Deutschland diesen Seekrieg nicht gewinnen würde.

Weiterführende Literatur:

- Antony Beevor, Stalingrad, München 1999 (engl. Orig. 1998).
- Horst Boog u. a., Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1984 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt).
- Horst Boog u. a., Der globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941-1943, Stuttgart 1990 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 6, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt).
- Jörg Echternkamp, Die 101 wichtigsten Fragen – Der Zweite Weltkrieg, München 2010.
- Jürgen Förster (Hrsg.), Stalingrad. Ereignis – Wirkung – Symbol, München 1992.
- Elke Fröhlich, Der Zweite Weltkrieg. Eine kurze Geschichte, Stuttgart 2013.
- Gabriel Gorodetsky, Die große Täuschung. Hitler, Stalin und das Unternehmen "Barbarossa", Berlin 2001 (engl. Original 1999).
- Christian Hartmann, Unternehmen Barbarossa. Der deutsche Krieg im Osten 1941-1945, München 2011.
- Jochen Hellbeck, Die Stalingrad-Protokolle. Sowjetische Augenzeugen berichten aus der Schlacht, Frankfurt am Main 2012.
- Peter Herde, Pearl Harbor, 7. Dezember 1941. Der Ausbruch des Krieges zwischen Japan und den Vereinigten Staaten und die Ausweitung des europäischen Kriegs zum Zweiten Weltkrieg, Darmstadt 1985.
- Johannes Hürter, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2007.
- Ian Kershaw, Wendepunkte. Schlüsselentscheidungen im Zweiten Weltkrieg 1940/41, München 2008 (engl. Orig. 2007).
- Martin Kitchen, Rommel's Desert War. Waging World War II in North Africa, 1941-1943, Cambridge 2009.
- Rolf-Dieter Müller, Der letzte deutsche Krieg 1939-1945, Stuttgart 2005.
- Bogdan Musial, Sowjetische Partisanen 1941–1944. Mythos und Wirklichkeit, Paderborn 2009.
- Bianka Pietrow-Ennker (Hrsg.), Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt am Main 2000.
- Dieter Pohl, Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944, München 2008.
- Ralf Georg Reuth, Entscheidung im Mittelmeer. Die südliche Peripherie Europas in der deutschen Strategie des Zweiten Weltkrieges 1940-1942, Koblenz 1985.
- Felix Römer, Der Kommissarbefehl – Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42,

Paderborn 2008.

- Gerhard Schreiber, Kurze Geschichte des Zweiten Weltkriegs, München 2005.
- Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Neuauflage, Bonn 1991.
- Gerhard L. Weinberg, Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Stuttgart 1995 (engl. Orig. 1994).



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: by-nc-nd/3.0/de/ Autor: Dr. Thomas Vogel für bpb.de

Kriegswende

Von Dr. Thomas Vogel

30.4.2015

Oberstleutnant Dr. Thomas Vogel, geboren 1959, ist Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Sein Interesse gilt schon länger der Militäropposition im ‚Dritten Reich‘ und dem Widerstand von Soldaten gegen den Nationalsozialismus. Seit einigen Jahren befasst er sich intensiver mit verschiedenen Aspekten der Kriegsführung im Zeitalter der Weltkriege, jüngst vor allem mit der Koalitionskriegsführung. Er hat u. a. veröffentlicht: „Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime, 5. Aufl., Hamburg u.a. 2000 (Hrsg. und Autor); Wilm Hosenfeld: „Ich versuche jeden zu retten.“ Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, München 2004 (Hrsg. und Autor); Tobruk 1941: Rommel’s Failure and Hitler’s Success on the Strategic Sidelines of the ‚Third Reich‘, in: Tobruk in the Second World War. Struggle and Remembrance, hrsg. v. G. Jasiński und J. Zuziak, Warschau 2012, S. 143-160; „Ein Obstmesser zum Holzhacken.“ Die Schlacht um Stalingrad und das Scheitern der deutschen Verbündeten an Don und Wolga 1942/43, in: Stalingrad. Eine Ausstellung des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr, hrsg. v. G. Piecken, M. Rogg, J. Wehner, Dresden 2012, S. 128-141; A War Coalition Fails in Coalition Warfare: The Axis Powers and Operation Herkules in the Spring of 1942, in: Coalition Warfare: An Anthology of Scholarly Presentations at the Conference on Coalition Warfare at the Royal Danish Defence College, 2011, hrsg. v. N. B. Poulsen, K. H. Galster, S. Nørby, Newcastle upon Tyne 2013, S. 160-176; Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Der deutsche Aufmarsch in ein kriegerisches Jahrhundert, München 2014 (Co-Hrsg. und Autor).

Die Niederlage in Stalingrad markiert einen Wendepunkt des Zweiten Weltkrieges. Schon bald befanden sich deutsche Truppen an allen Fronten auf dem Rückzug. Am 6. Juni 1944 schließlich landeten alliierte Truppen in der Normandie und leiteten damit das letzte Kapitel der Befreiung Europas ein.

Die unmittelbaren Folgen von Stalingrad

Das NS-Regime konnte nicht verhindern, dass die Umstände und das katastrophale Ausmaß der Niederlage von Stalingrad in der deutschen Bevölkerung bald bekannt wurden. Viele Deutsche deuteten sie als einen Wendepunkt des Krieges. Nicht wenige rechneten damit, dass ihr Land den Krieg verlieren würde. Dagegen ließen sich andere von Propagandaminister Joseph Goebbels anstecken, der am 18. Februar 1943 zum ‚totalen Krieg‘ aufrief, um den Siegeswillen der Bevölkerung zu stärken. Geschickt lenkte die NS-Propaganda von den Ursachen des Debakels ab und glorifizierte den Untergang der 6. Armee als heroischen und militärisch sinnvollen Opfergang.

In der Tat, wenngleich ohne Absicht, trug die späte Kapitulation der 6. Armee dazu bei, eine sehr viel größere Katastrophe der Wehrmacht zu verhindern. Weil sie hierdurch mehrere sowjetische Armeen fesselte, erreichte eine neue sowjetische Offensive ab Mitte Dezember 1942 nicht genügend Durchschlagskraft, um die gesamte deutsche Heeresgruppe A im Kaukasus abzuschneiden. Nur mit Mühe ließ sich Hitler zum Rückzug von dort bewegen, und die Heeresgruppe entkam mit knapper Not. Schließlich brachte eine weitere sowjetische Offensive Mitte Januar 1943 die deutsche Front am mittleren Don zum Einsturz und zerschlug mit der ungarischen Armee die letzte der Verbündeten. Bis Ende März hatte die Rote Armee das gesamte im Vorjahr von der Wehrmacht eroberte Gebiet zurückgewonnen. Erst eine Gegenoperation von Generalfeldmarschall Erich von Manstein bei Charkow konnte sie vorerst stoppen.

Gegenüber den monatlich über 100.000 Toten, Verwundeten und Vermissten der Wehrmacht erlitt die Rote Armee im Winter 1942/43 noch sehr viel höhere Verluste. Im Unterschied zur Wehrmacht konnte sie diese dank ihrer vielfach größeren Personalreserven ausgleichen. Auch Waffen und Ausrüstung erhielt sie genügend. Hierzu trugen britische und amerikanische Hilfslieferungen bei. Vor allem aber hatte die Sowjetunion ihre eigene Rüstungsproduktion auf das Mehrfache der deutschen gesteigert. Dies war möglich, weil in einer beispiellosen Anstrengung gleich nach dem deutschen Überfall die meisten Industrieanlagen aus dem Westen in das Ural- und Wolgagebiet, nach Westsibirien und

Mittelasiens evakuiert worden waren. Unter den Arbeitsbedingungen des vom Sowjetregime verordneten "totalen Krieges" erreichte die Rüstungsproduktion dort rasch quantitative wie qualitative Höchstleistungen

Alliierte Landung und Endkampf in Nordafrika

Die heftigen Schlachten des Winters hatten beide Parteien Ende März 1943 so erschöpft, dass an der Ostfront bis zum Sommer relative Ruhe eintrat. Dafür wurde der Machtbereich der Achsenmächte, von Hitler zur "Festung Europa" erklärt, längst anderen Ortes massiv bedroht. Eine alliierte Armee unter US-General Dwight D. Eisenhower war am 8. November 1942 an der marokkanischen und algerischen Küste gelandet (Operation "Torch"). Den Widerstand der französischen Kolonialtruppen dort hatten sie schnell überwunden. Weil ihnen ein direktes Eingreifen in Europa noch zu riskant erschien, wollten die Westalliierten auf diese Weise endlich ihren sowjetischen Verbündeten entlasten, der freilich auf die Eröffnung einer "echten" zweiten Front in Frankreich drängte. Das Unternehmen galt deshalb nicht nur Rommels deutsch-italienischer Armee, die sich auf dem Rückzug vor der britischen 8. Armee fast schon wieder in Libyen befand. Es bedrohte vielmehr die gesamte Südflanke der "Achse" und damit Deutschlands Hauptverbündeten Italien.

Hitler sah diese Entwicklung erst recht mit Sorgen, weil er die innenpolitisch angeschlagene Position Mussolinis kannte. So entschloss er sich trotz der angespannten Lage im Osten zum massiven Eingreifen. Innerhalb weniger Tage errichteten hastig zusammengezogene deutsche und italienische Truppen in der französischen Kolonie Tunesien einen Brückenkopf und brachten den alliierten Angriff aus Algerien im Dezember 1942 zum Stehen. Dagegen musste Rommel, von Montgomery verfolgt, bis Ende Januar 1943 Libyen aufgeben und sich ebenfalls nach Tunesien zurückziehen. Hier fasste er alle deutschen und italienischen Truppen in der "Heeresgruppe Afrika" zusammen. Sie erzielte anfangs kleinere Erfolge gegen die unerfahrenen US-Truppen, wurde aber bald durch die weit überlegenen Alliierten auf den Raum Tunis zurückgedrängt, wo sie schließlich Mitte Mai 1943 kapitulierte. Als Folge dieses "zweiten Stalingrad" gingen 270.000 Deutsche und Italiener in Gefangenschaft. Rommel allerdings war bereits im März auf Befehl Hitlers ausgeflogen worden. Mit der alliierten Landung hatte sich auch Hitlers Rücksichtnahme auf die Regierung in Vichy erledigt; noch im November 1942 ließ er den von ihr kontrollierten Teil Frankreichs besetzen.

Die Konferenz von Casablanca und der Kampf um Italien

Nach ihrem Erfolg in Nordafrika stand das weitere Vorgehen der Westalliierten längst fest. Im Januar 1943 hatten sich Churchill, Roosevelt und ihre militärischen Spitzen in Casablanca darauf geeinigt, von Tunesien über Sizilien nach Süditalien vorzustoßen, um Italien aus dem Bündnis mit Deutschland zu brechen. Die geplante große Invasion in Frankreich verschob man auf das Jahr 1944, weil sie mehr Vorbereitungszeit erforderte. Inzwischen sollte eine amerikanische Bomberflotte die britische Luftoffensive auf Deutschland verstärken. Überhaupt versprachen die Vereinigten Staaten, gegen Deutschland nicht nachzulassen, obwohl sie eine Großoffensive im Pazifik beabsichtigten, wo die Japaner in die Defensive gedrängt worden waren. Die Konferenz schloss mit der Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation ("unconditional surrender") Deutschlands, Italiens und Japans.

Karten und Grafiken: "Kriegswende" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/204436/karten-kriegswende>)

Der Vorstoß nach und in Italien entwickelte sich für die Alliierten langsamer und verlustreicher als erwartet. Nach ihrer Landung auf Sizilien am 10. Juli 1943 (Operation "Husky"), der bis dahin größten triphibischen, also zu Lande, zu Wasser und in der Luft durchgeführten Operation des Weltkrieges, brachten sie die Insel bis Mitte August in ihren Besitz. Widerstand leistete letztlich nur eine kleine deutsche Armee, während sich die große italienische Garnison kampfmüde zeigte. Als die Deutschen deshalb die Führung an sich rissen, kam es zu ersten blutigen Konflikten zwischen deutschen und italienischen Soldaten. Die Alliierten zogen hieraus jedoch keinen entscheidenden Vorteil. Die

Wehrmacht konnte fast alle kampffähigen Truppen, die Italiener ein Drittel ihrer Armee über die Straße von Messina auf das Festland evakuieren.

Während die Alliierten sich darauf vorbereiteten, auf dem italienischen Festland Fuß zu fassen, bahnte sich der Kriegsaustritt des kriegsmüden Landes an. Diktator Mussolini war am 25. Juli 1943 von den eigenen Gefolgsleuten abgesetzt worden. Der neue Regierungschef, Marschall Pietro Badoglio, schloss insgeheim einen Waffenstillstand mit den Alliierten. Dessen Bekanntgabe am 8. September 1943 überraschte die Deutschen nicht. Den Abfall des Verbündeten sahen sie als "Verrat" an. In einer vorbereiteten Blitzaktion entwaffnete die Wehrmacht ihre ehemaligen "Waffenbrüder", während König und Regierung zu den Alliierten flohen. Vielfach kam es zu Kriegsverbrechen an italienischen Soldaten; über 500.000 italienische "Militärinternierte" wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert, wo Tausende starben. Brutal gingen SS und Wehrmacht bei der Partisanenbekämpfung gegen die Zivilbevölkerung vor. Diese wurde zudem von den Milizen eines neuen faschistischen Staates terrorisiert, den Mussolini in Norditalien von Hitlers Gnaden gründete.

Zeitlich koordiniert mit dem italienischen Waffenstillstand waren die Alliierten Anfang September 1943 an der Küste Süditaliens gelandet. Sie trafen auf eine Wehrmacht, die sich nach der schnellen Überwältigung der italienischen Armee ganz auf die Abwehr des Gegners konzentrieren konnte. Vor allem die Hauptlandung im Golf von Salerno (Operation "Avalanche") tat sich deshalb schwer. Der deutsche Oberbefehlshaber Süd, Generalfeldmarschall Albert Kesselring, hatte inzwischen alle seine Kräfte bündeln können, um den anschließenden Vorstoß der Alliierten nach Mittelitalien wirksam zu verzögern. An Zahl und Material deutlich unterlegen, wurden die Deutschen durch das gebirgige Gelände begünstigt. In gut ausgebauten Stellungen 100 km östlich von Rom ("Gustav-Linie") brachten sie den Gegner im Januar 1944 für vier Monate zum Stehen. Verlustreiche Kämpfe entbrannten hier vor allem um den deutsch besetzten Monte Cassino mit seiner berühmten Abtei, die ein alliierter Luftangriff völlig zerstörte. Erst als den Alliierten Mitte Mai 1944 anderswo ein Durchbruch gelang, gab die Wehrmacht die "Gustav-Linie" auf und wich bis August zur vorbereiteten "Goten-Linie" auf den Apennin zwischen ligurischer und adriatischer Küste zurück. Hier blieb die alliierte Offensive, nachdem sie am 4. Juni 1944 kampflos Rom befreit hatte, bis zum Frühjahr 1945 erneut stecken. Dann begann der Endkampf um Oberitalien, in dem die Wehrmacht bis Kriegsende allmählich auf den Alpenrand zurückgedrängt wurde. Längst hatten die Alliierten ihren Schwerpunkt nach Frankreich verlagert, wo sie im Juni und August 1944 an zwei Stellen gelandet waren. Auch wenn die Westalliierten in Italien nur mühsam vorankamen und dabei starke Verluste erlitten, erreichten sie doch ihr strategisches Ziel: Sie fesselten viele deutsche Divisionen und entlasteten damit die Rote Armee.

Sowjetische Offensive und deutscher Rückzug im Osten

Die sowjetischen Streitkräfte trugen nach wie vor die Hauptlast des Kampfes gegen die Wehrmacht, die wiederum zwei Drittel ihres Heeres gegen die Rote Armee einsetzte. Wenigstens dem Kräfteeinsatz nach wurde der Krieg in Europa also an der Ostfront entschieden. Dort war die Wehrmacht durch die sowjetische Winteroffensive 1942/43 zurückgeschlagen und in die Defensive gedrängt worden. Dabei hatten sich beide Parteien derart erschöpft, dass die Front von April bis Juni 1943 weitgehend stabil blieb. Selbst Hitler sah ein, dass die Wehrmacht zu einer neuen Großoffensive nach Art des Vorjahres nicht mehr in der Lage war. Er wollte aber jeden weiteren Rückzug vermeiden, vor allem das wirtschaftlich wichtige Donez-Gebiet nicht aufgeben. Deshalb sollte die Wehrmacht mit einer begrenzten Operation die Initiative zurückgewinnen und die erwartete neue Großoffensive des Gegners schon im Ansatz ersticken. Eine kriegsentscheidende Schlacht war also nicht beabsichtigt. Im Ergebnis startete am 5. Juli 1943 das "Unternehmen Zitadelle" gegen den großen sowjetischen Frontvorsprung von Kursk. Der Angriff in erheblicher zahlenmäßiger Unterlegenheit war äußerst gewagt, kam auch nur teilweise gut voran, hatte dort aber die sowjetische Front bereits in erhebliche Bedrängnis gebracht, als Hitler am 13. Juli den Angriff abbrechen ließ und das ganze Unternehmen aufgab. Damit wurden Eliteverbände des Heeres für die Verlegung nach Italien frei, wo es den Zusammenbruch des wichtigsten Verbündeten zu verhindern galt. Die alliierte Landung in Sizilien am 10. Juli hatte Hitler alarmiert und diese strategische Entscheidung treffen lassen.

Bei Kursk, wo die größte Panzerschlacht des Weltkrieges stattfand, erlitt die Wehrmacht große, aber keineswegs katastrophale Verluste an Soldaten und Waffen; jene der Roten Armee waren relativ und vor allem absolut deutlich höher. Doch machten deren fast unerschöpfliche Reserven einen deutschen Erfolg von vorneherein sehr unwahrscheinlich. Ihre ganze Wucht bekam die Wehrmacht sogleich zu spüren. Ab Mitte Juli 1943 wurde die mittlere und südliche Ostfront in einer ganzen Reihe von sowjetischen Gegenangriffen Zug um Zug zurückgedrängt. Mit Führungsgeschick und Glück verhinderte die Wehrmacht einen Durchbruch. Im November 1943 hatte die Rote Armee die Osthälfte der Ukraine zurückgewonnen, war zuletzt sogar über den Dnjepr vorgestoßen, hatte dabei Kiew erobert und eine deutsche Armee auf der Krim abgeschnitten. An der südlichen Ostfront gab sie die Initiative nicht mehr ab. Im Winter 1943/44 befreite sie auch die westliche Ukraine; im April 1944 überschritten ihre Spitzen die Grenze nach Rumänien. Die Erfolge der Roten Armee waren, weil ohne Rücksicht auf sie, mit sehr hohen Verlusten erkauft. Aber auch die Kräfte der Wehrmacht schwanden zusehends, ohne dass sie diese im Unterschied zum Gegner auch nur annähernd ersetzen konnte. Einen großen Teil der eigenen Verluste hatte Hitler zu verantworten, der immer verbissener seinen Generälen den Rückzug auch in aussichtsloser Lage verbot und das Halten der Front um jeden Preis befahl. Nach einem "Führerbefehl" vom 8. März 1944 sollten sich deutsche Truppen in "festen Plätzen" vom Gegner einschließen lassen und ihn, bis zur letzten Patrone kämpfend, so lange wie möglich binden. Die bewegliche, Kräfte sparende Kampfführung wurde aufgegeben.

"Führerbefehl" zur Einrichtung von "festen Plätzen" und "Ortsstützpunkten" vom 8. März 1944.

"Aufgrund verschiedener Vorfälle befehle ich:

1. Es ist zu unterscheiden zwischen:

"festen Plätzen" unter je einem "Kommandant des festen Platzes" und "Ortsstützpunkten" unter je einem "Kampfkommandant".

Die "festen Plätze" sollen die gleichen Aufgaben wie die früheren Festungen erfüllen. Sie haben zu verhindern, dass der Feind diese operativ entscheidenden Plätze in Besitz nimmt. Sie haben sich einschließen zu lassen und dadurch möglichst starke Feindkräfte zu binden. Sie haben dadurch mit die Voraussetzung für erfolgreiche Gegenoperationen zu schaffen.

Die "Ortsstützpunkte" sollen bei feindlichen Durchbrüchen zäh verteidigte Stützpunkte in der Tiefe der Kampfzone sein. Bei ihrer Einbeziehung in die HKL sollen sie den Rückhalt der Abwehr und bei feindlichen Einbrüchen die Angelpunkte und Eckpfeiler der Front und die Ausgangspunkte für Gegenangriffe bilden.

2. Der "Kommandant des festen Platzes" soll ein besonders ausgesuchter, harter Soldat sein und möglichst im Generalsrang stehen. Seine Ernennung erfolgt durch die betr. Heeresgruppe. Der Kommandant des festen Platzes ist persönlich durch den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe zu verpflichten.

Der Kommandant des festen Platzes haftet mit seiner Soldatenehre für die Erfüllung seiner Aufgaben bis zum letzten.

Nur der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe persönlich kann mit meiner Genehmigung den Kommandanten des festen Platzes von seinen Aufgaben entbinden und eine etwaige Aufgabe des festen Platzes anordnen.

Der Kommandant des festen Platzes untersteht dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe bzw. der betroffenen Armee, in deren Bereich der feste Platz liegt. Eine weitere Unterstellung unter Kommandierende Generale darf nicht erfolgen.

Dem Kommandanten des festen Platzes unterstehen außer der Sicherheits- und Gesamtbesatzung alle darüber hinaus in dem festen Platz befindlichen oder sich sammelnden Personen, ganz gleich ob Soldaten oder Zivilisten und unbeschadet ihres Dienstranges oder ihrer Dienststellung.

Der Kommandant des festen Platzes hat Wehrmachtbefugnisse und die Disziplinarstrafgewalt eines Kommandierenden Generals. Zur Durchführung seiner Aufgaben sind ihm fliegende Kriegsgerichte und Standgerichte beizugeben.

Der Stab des Kommandanten des festen Platzes ist durch die betroffene Aufgaben auf dem Kommando Wege zu bilden. Die Besetzung der Chefstelle erfolgt durch OKH auf Antrag der Heeresgruppe.

3. Die Besatzung des festen Platzes gliedert sich in

Sicherheitsbesatzung und

Gesamtbesatzung.

Die Sicherheitsbesatzung muss dauernd in dem festen Platz vorhanden sein. Ihre Stärke ist von dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe festzulegen. Sie richtet sich nach der Größe des Platzes und nach den ihr obliegenden Aufgaben (Vorbereitung und Ausbau der Verteidigung, Halten des festen Platzes gegen handstreichartige Überfälle oder örtliche Teilangriffe des Feindes).

Die Gesamtbesatzung muss dem Kommandanten des festen Platzes so rechtzeitig zugeführt werden, dass sie vor drohendem planmäßigem Angriff des Feindes die Verteidigungsstellungen in Ordnung bezogen hat und eingewiesen ist. Ihre Stärke ist von dem Oberkommando der Heeresgruppe je nach der Größe des festen Platzes und der ihr zufallenden Aufgabe (entscheidende Verteidigung des festen Platzes) festzulegen.

4. Der "Kampfkommandant" ist ein Organ des Truppenführers. Er wird von diesem eingesetzt, untersteht ihm und bekommt von ihm seinen Kampfauftrag. Sein Rang richtet sich nach der Bedeutung des Ortes in der Kampfzone und der Stärke der Besatzung. Seine Aufgaben verlangen besonders energische und krisenbewährte Offiziere.

5. Die Stärke der Besatzung des "Ortsstützpunktes" richtet sich nach der Bedeutung des Ortes und den zur Verfügung stehenden Kräften. Sie ist durch die dem Kampfkommandanten vorgesetzte Dienststelle zu befehlen.

6. Aufgaben der "Kommandanten der festen Plätze" und der "Kampfkommandanten" sowie ein Verzeichnis der festen Plätze und die von den Heeresgruppen einzureichenden Meldungen enthalten die Anlagen.

7. Alle bisher über Kampfkommandanten gegebenen Befehle treten hiermit außer Kraft."

Quelle: Walter Hubatsch (Hrsg.), Hitlers Weisungen für die Kriegsführungen. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Frankfurt am Main 1962, S. 243 f.

Im Frühjahr 1944 musste auch die Heeresgruppe Nord vor einer sowjetischen Offensive bis an die Grenze des Baltikums zurückweichen. Hierdurch wurde Leningrad endlich von der deutschen Belagerung erlöst. Durch Hunger, Kälte und deutsche Luftangriffe waren seit Ende 1941 eine Million Einwohner der Stadt – also etwa jeder Dritte – ums Leben gekommen. Im Süden der Ostfront säuberte die Rote Armee bis Mitte Mai noch die Krim von der Wehrmacht und ihren rumänischen Verbündeten. Dann legte sie an der gesamten Front eine notwendige Kampfpause ein. Der Wehrmacht war hier eine kurze Ruhe vor dem nächsten Sturm vergönnt, während der deutsche Machtbereich an seinem anderen Ende gerade ins Wanken geriet.

Alliierte Landung in Frankreich und deutscher Rückzug im Westen

Was Stalin immer dringlicher gefordert hatte, bereiteten seine westlichen Verbündeten verstärkt seit 1943 vor: die Eröffnung einer "zweiten Front" auf dem europäischen Kontinent vor, deren Stoß direkt auf Deutschland zielte. Hierfür wurde eine große Landung an der Küste der Normandie (Operation "Overlord") geplant, der eine Landung an der südfranzösischen Küste (Operation "Dragoon") folgen sollte. Auf ihrer Konferenz in Teheran Ende November 1943 beschlossen Churchill, Roosevelt und Stalin, "Overlord" im Mai 1944 durchzuführen, was man bald auf den 6. Juni 1944 verschob. In Großbritannien wurden für das Vorhaben vier Armeen – zwei amerikanische, eine kanadische und eine britische – sowie starke Luft- und Seestreitkräfte zusammengezogen. Die größte triphibische Operation der Geschichte kündigte sich an. Den Oberbefehl über das Unternehmen mit Truppen aus neun Staaten erhielt erneut US-General Dwight D. Eisenhower.

Für die deutsche Führung verdichteten sich Ende 1943 die Hinweise auf eine alliierte Invasion in Nordfrankreich im Frühjahr 1944. Vom Gegner geschickt getäuscht, erwartete man sie weniger in der Normandie, sondern überwiegend an der engsten Stelle des Ärmelkanals. So wurden dort die Küstenbefestigungen besonders verstärkt. Regie führte dabei Generalfeldmarschall Rommel, seit kurzem Oberbefehlshaber der in Nordfrankreich, Belgien und Holland stationierten Heeresgruppe B. Das Rückgrat der Küstenverteidigung bildete der "Atlantikwall", ein vom Nordkap bis zur spanischen Grenze reichendes Stellungs- und Bunkersystem, das seit 1942 im Bau und erst teilweise fertiggestellt war. Die Besatzung des "Atlantikwalls" sollte eine Invasionsarmee unbedingt abwehren, noch bevor diese an Land Fuß fassen konnte. Denn für eine Schlacht im Hinterland besaß die Wehrmacht zu wenig mobile, kampfkraftige Divisionen. Das änderte sich bis zuletzt nicht wesentlich, obwohl Hitler der Abwehr einer Invasion höchsten Vorrang einräumte. Die starke Beanspruchung an der Ostfront sowie in Italien ließ für Verstärkungen im Westen wenig Spielraum.

Schließlich landeten die Alliierten am 6. Juni 1944 ("D-Day") an vier Küstenabschnitten der Normandie zwischen Caen und Cherbourg. Hier bildeten sie noch am selben Tag erste Brückenköpfe und erreichten damit, unter weniger Verlusten als befürchtet, ihr erstes Ziel. Heftige Luftangriffe und das Artilleriefeuer der Landungsflotte hatten geholfen, die deutsche Verteidigung zu überwinden. Da Hitler noch mit einer Landung anderenorts rechnete, hielt er die Reserven vorerst zurück. Behindert durch die übermächtige alliierte Luftwaffe, kamen sie schließlich zu spät, um die Brückenköpfe zerschlagen oder auch nur einzämmen zu können. Dabei begingen Soldaten einer SS-Panzerdivision am 10. Juni 1944 das größte Massaker des Krieges im Westeuropa: Auf ihrem Anmarsch ermordeten sie 642 Einwohner des Dorfes Oradour-sur-Glane aus Rache für einen Partisanenüberfall. Noch im Juni erweiterten die Alliierten ihre Basis mit der Eroberung der gesamten Halbinsel Cotentin. Über künstliche Häfen schafften sie bis Ende Juli 1944 eineinhalb Millionen Soldaten mit schweren Waffen nach Frankreich; die Heeresgruppe B erhielt gleichzeitig nur knapp 15.000 als Ersatz – bei Verlusten auf jeder Seite von über 100.000 Gefallenen, Verwundete oder Vermissten. Auch Rommel war schwer verwundet worden. Nach dem Attentat und Staatstreich des 20. Juli 1944 geriet er in den Verdacht, daran beteiligt gewesen zu sein. Am 14. Oktober zwang ihn Hitler deshalb zum Selbstmord.

Am 15. August 1944 landete eine alliierte Armee auch an der Côte d'Azur (Operation "Dragoon") und zwang die deutschen Truppen zum Rückzug aus Süd- und Südwestfrankreich. In der Normandie waren die Alliierten inzwischen aus ihren Brückenköpfen ausgebrochen, schlossen zwei deutsche Armeen bei Falaise ein und zerschlugen sie. Sie waren nun nicht mehr aufzuhalten. Am 25. August kapitulierte der deutsche Kommandant von Paris kampflos und übergab die Stadt gegen Hitlers Befehl unzerstört. Die Deutschen gaben den Kampf um Frankreich auf und wichen zur deutschen Westgrenze zurück. Die nachdrängenden Alliierten befreiten bis Mitte September 1944 Belgien und Luxemburg. Erst an der Reichsgrenze zwischen Trier und Aachen mussten sie innehalten. Ihre Logistik kam wegen fehlender Umschlaghäfen nicht mehr nach. Die meisten großen französischen Hafenstädte wurden immer noch – teilweise bis Kriegsende – von deutschen Besatzungen wie Festungen verteidigt. Außerdem zwang der wachsende deutsche Widerstand an der Reichsgrenze die Alliierten zur Vorsicht.

Nur in Ostfrankreich drängten sie den Gegner relativ mühelos bis an Saar und Oberrhein zurück. Dagegen scheiterte das große britische Luftlandeunternehmen "Market Garden" am 28. September 1944 bei Arnheim verlustreich. Südlich davon konnte die US-Armee nach harten Kämpfen am 21. Oktober Aachen einnehmen, während ihr Angriff im Hürtgenwald unter großen Verlusten steckenblieb.

Zusammenbruch der deutschen Ostfront

Abgelenkt durch die alliierte Invasion in Frankreich, vernachlässigte die deutsche Führung die Ostfront. Die nächste sowjetische Großoffensive (Operation "Bagration"), die am 22. Juni 1944 gegen die weit nach Weißrussland vorragende Front der Heeresgruppe Mitte losbrach, traf diese in schlechter Verfassung. In kurzer Zeit zerschlug der vielfach überlegene Gegner die schwache Heeresgruppe, der zudem eine starke Partisanenarmee in den Rücken fiel, und stieß fast ungehindert mehrere hundert Kilometer nach Westen vor. Mit Verlusten von fast 400.000 Soldaten erlitt die Wehrmacht ihre größte Niederlage des gesamten Krieges. Irrationale Halte-Befehle Hitlers hatten nicht wenig dazu beigetragen, woraufhin Generalstabschef Kurt Zeitzler zurücktrat. Der sowjetische Angriff kam erst Ende Juli/Anfang August 1944 an der Weichsel wegen Nachschub Schwierigkeiten zum Stehen. Allerdings hatte auch die Rote Armee enorme Verluste erlitten, zuletzt durch kleinere deutsche Gegenschläge. Ihre realen Probleme sowie das politische Kalkül Stalins verhinderten auch substantielle Hilfe für die polnische Untergrundarmee, deren Aufstand gegen die deutsche Besatzung von Warschau am 1. August ausbrach. SS und Wehrmacht benötigten dennoch mehrere Wochen, um den Aufstand systematisch und blutig niederzuschlagen. Der Streit um die Bewertung des Geschehens belastet das polnisch-russische Verhältnis bis heute.

Die Niederlage der Heeresgruppe Mitte bereitete gleich die nächste deutsche Katastrophe vor: Der schnelle und weitreichende sowjetische Vorstoß bedrohte die gesamte Heeresgruppe Nord in ihrer Existenz, weil Hitler sich erneut einem rechtzeitigen Rückzug verweigerte. Schließlich trennte ein sowjetischer Durchbruch zur Ostsee bei Memel Mitte Oktober 1944 die deutsche Front und kesselte die Heeresgruppe mit einer halben Million Soldaten im westlichen Lettland ein. Dort hielt sie auf Befehl Hitlers das zur "Festung Kurland" erklärte Gebiet bis zum Kriegsende. Bereits am 10. Oktober hatten sowjetische Truppen die alte Reichsgrenze in Ostpreußen überschritten. Inzwischen war Deutschland im hohen Norden ein wichtiger Verbündeter verloren gegangen: Finnland hatte sich unter dem Druck einer sowjetischen Offensive von Deutschland losgesagt und am 19. September 1944 zu relativ günstigen Bedingungen einen Waffenstillstand mit Moskau geschlossen. Dafür musste sie den Kampf gegen die deutsche Armee in Lappland aufnehmen. Die zog sich unter systematischer Zerstörung der einheimischen Infrastruktur nach Norwegen zurück, das bis zur Gesamtkapitulation am 8. Mai 1945 unter deutscher Kontrolle blieb.

Vor allem im Süden drohte sich die Ostfront durch den Abfall der deutschen Verbündeten auf dem Balkan vorzeitig aufzulösen. Im Fall von Ungarn beugte Hitler dem bereits im März 1944 vor, indem er Budapest besetzen ließ – mit mörderischen Folgen für die vielen ungarischen Juden. Dagegen scheiterte der gewaltsame Versuch, die rumänische Hauptstadt Bukarest wieder unter Kontrolle zu bringen, wo am 23. August 1944 die deutschfreundliche Regierung Antonescu gestürzt worden war. Den Schaden hatte die deutsch-rumänische Heeresgruppe Südukraine, die von einer sowjetischen Großoffensive bereits stark angeschlagen war. Die neue Regierung entzog ihr alle unterstellten Verbände und erklärte Deutschland den Krieg. Die Reste der Heeresgruppe retteten sich zunächst über die Karpaten. Mit Rumänien hatte Deutschland den – auch wegen der Erdölfelder von Ploiești – wichtigsten Bundesgenossen auf dem Balkan verloren. Noch schneller als Rumänien geriet Bulgarien unter sowjetischen Einfluss. Es löste sich Anfang September 1944 von Deutschland und erklärte seinem ehemaligen Verbündeten den Krieg. Der schnelle sowjetische Vorstoß über Rumänien und Bulgarien kam jedoch zu spät, um den beiden deutschen Heeresgruppen in Griechenland und Südjugoslawien den Rückzug nach Ungarn abzuschneiden. Den behinderte dafür ganz erheblich die aus einer kommunistischen Partisanenbewegung entstandene jugoslawische Volksbefreiungsarmee unter Josip Broz "Tito". Gemeinsam mit Tito eroberte die Rote Armee am 20. Oktober 1944 Belgrad und ließ dann Jugoslawien und die nach Kroatien zurückgedrängten deutschen Truppen links liegen.

Sie konzentrierte sich ganz auf das strategisch wichtigere Ungarn. Dort war gerade der langjährige Machthaber Miklós Horthy, der insgeheim in Moskau um Frieden nachgesucht hatte, von der SS gestürzt und durch ein Hitler-treues faschistisches Regime ersetzt worden. Die von ihm ausgerufene totale Mobilmachung konnte das Blatt aber nicht mehr wenden. Auch kleinere deutsche taktische Erfolge wie in der Panzerschlacht von Debrecen hielten den mehrfach überlegenen Gegner letztlich nicht auf. Nachdem ein sowjetischer Frontalangriff auf Budapest Anfang November 1944 verlustreich gescheitert war, wurde die Stadt bis zum 25. Dezember systematisch eingeschlossen. Hitler hatte sie bereits am 1. Dezember zur "Festung" erklärt und die deutsch-ungarische Besatzung zum rücksichtslosen Kampf um jedes Haus verpflichtet. Ihm war dieses letzte "Bollwerk" im Südosten ebenso wichtig wie dem Gegner, der in Budapest das Einfallstor nach Österreich sah.

Kriegswende im Pazifik und Niedergang Japans

Der Niedergang der Achsenmächte hatte Hitlers "Festung Europa" bis zum Jahresende 1944 auf die Grenzen des "Großdeutschen Reichs" schrumpfen lassen. Auch diese "Festung" war angesichts der militärischen Lage und Kräfteverhältnisse ein fragiles Gebilde, das den nächsten alliierten Ansturm aus West und Ost absehbar nicht aushalten würde. In ähnlicher Lage befand sich die "Achse" inzwischen an ihrem weit entfernten anderen Ende: Japan hatte seinen Machtbereich in Ostasien und im Pazifik bis zum Sommer 1942 gewaltig ausdehnen können, ihn damit jedoch überdehnt. Verlustreiche See-, Luft- und Landschlachten im pazifischen Raum brachten es in die Defensive. Noch 1942 holten die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten im Pazifik zum erfolgreichen Gegenschlag aus. Ihnen kam zugute, dass sie den Funkverkehr des Gegners weitgehend entschlüsseln und daher mitlesen konnten. Ihre Strategie des "Insel-Springens" ("Island Hopping") brachte sie in den Folgejahren mittels einer Reihe triphibischer Operationen Japan immer näher. Der erbitterte Widerstand der japanischen Garnisonen und Seestreitkräfte verursachte dabei große Verluste auf beiden Seiten. Ihre südliche Angriffsachse führte die Alliierten von Australien aus über den Südwest-Pazifik im Oktober 1944 auf die Philippinen, ihre nördliche von Hawaï aus über den Zentral-Pazifik im Juli 1944 auf die Marianen-Inseln. Nun war Japan in Reichweite der neuen amerikanischen Bomber vom Typ B-29. Als nächstes Zwischenziel fasste man Iwo Jima und Okinawa ins Auge, die ersten Inseln des japanischen Mutterlandes. Ebenfalls im Juli 1944 begann der Niedergang Japans am anderen Ende seines Machtbereiches. Sein Angriff von Birma aus auf Britisch-Indien scheiterte und führte zu einer britischen Gegenoffensive, die Birma bis Mai 1945 befreite. Dagegen behauptete Japan vorerst seine Herrschaft über weite Teile Chinas, weil ihm der innerchinesische Konflikt zwischen Chiang Kai-shek und Mao Tse-tung in die Hände spielte.

Weiterführende Literatur:

- Katriel Ben Arie, Die Schlacht bei Monte Cassino 1944, Freiburg 1985.
- Hans-Jürgen Bömelburg, Eugeniusz Cezary Król, Michael Thomae (Hrsg.), Der Warschauer Aufstand 1944. Ereignis und Wahrnehmung in Polen und Deutschland, Paderborn 2011.
- Horst Boog, Gerhard Krebs, Detlev Vogel, Das Deutsche Reich in der Defensive. Strategischer Luftkrieg in Europa, Krieg im Westen und in Ostasien 1943-1944/45, Stuttgart München 2001 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 7, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt).
- Jörg Echternkamp, Die 101 wichtigsten Fragen – Der Zweite Weltkrieg, München 2010.
- Douglas Ford, The Pacific War. Clash of Empires in World War II, London 2012.
- Karl-Heinz Frieser (Hrsg.) Die Ostfront 1943/44. Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten,

Stuttgart 1984 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 8, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt).

- Jörg Ganzenmüller, Das belagerte Leningrad 1941-1944. Eine Stadt in den Strategien von Angreifern und Verteidigern, Paderborn 2005.
- Carlo Gentile, Wehrmacht und Waffen-SS im Partisanenkrieg. Italien 1943-1945, Paderborn 2012.
- Lutz Klinkhammer, Amedeo Osti Guerrazzi, Thomas Schlemmer (Hrsg.), Die "Achse" im Krieg. Politik, Ideologie und Kriegsführung 1939–1945, Paderborn, München 2010.
- Peter Lieb, Unternehmen Overlord. Die Invasion in der Normandie und die Befreiung Westeuropas, München 2014.
- Joachim Ludewig, Der deutsche Rückzug aus Frankreich 1944, Freiburg i. Br. 1994.
- Manfred Menger, Deutschland und Finnland im zweiten Weltkrieg. Genesis und Scheitern einer Militärrallianz, Berlin (Ost) 1988.
- Rolf-Dieter Müller, Der letzte deutsche Krieg 1939-1945, Stuttgart 2005.
- Ders., An der Seite der Wehrmacht. Hitlers ausländische Helfer beim "Kreuzzug gegen den Bolschewismus" 1941–1945, Berlin 2007.
- Richard Overy, Russlands Krieg 1941-1945, Reinbek 2003 (engl. Orig. 1997).
- Jürgen Rohwer, Eberhard Jäckel (Hrsg.), Die Funkaufklärung und ihre Rolle im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1979.
- Gerhard Schreiber, Kurze Geschichte des Zweiten Weltkriegs, München 2005.
- Klaus Schmider, Partisanenkrieg in Jugoslawien 1941-1944, Hamburg 2002.
- Hans Umbreit (Hrsg.), Invasion 1944, Hamburg, Bonn, Berlin 1998.
- Gerhard L. Weinberg, Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Stuttgart 1995 (engl. Orig. 1994).



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Endphase und Kriegsende

Von Dr. Thomas Vogel

30.4.2015

Oberstleutnant Dr. Thomas Vogel, geboren 1959, ist Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Sein Interesse gilt schon länger der Militäropposition im ‚Dritten Reich‘ und dem Widerstand von Soldaten gegen den Nationalsozialismus. Seit einigen Jahren befasst er sich intensiver mit verschiedenen Aspekten der Kriegsführung im Zeitalter der Weltkriege, jüngst vor allem mit der Koalitionskriegsführung. Er hat u. a. veröffentlicht: "Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime, 5. Aufl., Hamburg u.a. 2000 (Hrsg. und Autor); Wilm Hosenfeld: "Ich versuche jeden zu retten." Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, München 2004 (Hrsg. und Autor); Tobruk 1941: Rommel's Failure and Hitler's Success on the Strategic Sidelines of the ‚Third Reich‘, in: Tobruk in the Second World War. Struggle and Remembrance, hrsg. v. G. Jasiński und J. Zuziak, Warschau 2012, S. 143-160; "Ein Obstmesser zum Holzhacken." Die Schlacht um Stalingrad und das Scheitern der deutschen Verbündeten an Don und Wolga 1942/43, in: Stalingrad. Eine Ausstellung des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr, hrsg. v. G. Piecken, M. Rogg, J. Wehner, Dresden 2012, S. 128-141; A War Coalition Fails in Coalition Warfare: The Axis Powers and Operation Herkules in the Spring of 1942, in: Coalition Warfare: An Anthology of Scholarly Presentations at the Conference on Coalition Warfare at the Royal Danish Defence College, 2011, hrsg. v. N. B. Poulsen, K. H. Galster, S. Nørby, Newcastle upon Tyne 2013, S. 160-176; Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Der deutsche Aufmarsch in ein kriegerisches Jahrhundert, München 2014 (Co-Hrsg. und Autor).

Im Winter 1944/45 kam es zum letzten größeren, verzweifelten Versuch der Wehrmacht, den Vormarsch der Alliierten im Westen doch noch zu stoppen. Die "Ardennen-Offensive" scheiterte aber und verzögerte den Angriff der Westalliierten auf Deutschland nur um sechs Wochen.

Radikalisierung der Kriegsführung

Die sich abzeichnende Niederlage machte die Regime in Japan und Deutschland in der zweiten Jahreshälfte 1944 noch fanatischer. Beide Länder griffen auch zu neuen Methoden der Kriegsführung. Mit begrenztem Erfolg setzte Japan ab Herbst 1944 Kampfflieger ("Kamikaze") und Kleinst-U-Boote ("Kaiten") für Selbstmordangriffe gegen alliierte Kriegsschiffe ein. So weit ging das NS-Regime nicht; es mobilisierte aber mit allen Mitteln die letzten Kräfte für den Krieg. Seine Propaganda verbreitete Angst und Schrecken vor dem Gegner und peitschte der Bevölkerung den "Glauben an den Endsieg" ein. Joseph Goebbels presste als "Generalbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz" ab Juli 1944 Massen neuer Wehrpflichtiger aus der deutschen Bevölkerung heraus. Auch die Partei schaltete sich immer häufiger ein. Die Gauleiter der NSDAP wurden für Aufstellung und Einsatz von Einheiten des "Deutschen Volkssturms" zuständig, den Hitler am 28. September 1944 ins Leben gerufen hatte. Dieses letzte Aufgebot aus meist älteren Männern war schlecht ausgebildet und bewaffnet, blieb militärisch weitgehend wertlos und erlitt hohe Verluste. Radikaler noch war das Konzept einer Guerilla-Kriegsführung hinter den gegnerischen Linien, das auf den "Reichsführer SS" Heinrich Himmler zurückging. Seine hierfür im September 1944 gegründete "Werwolf"-Organisation verübte bei Kriegsende vereinzelt Mordanschläge auf deutsche NS-Gegner, blieb aber militärisch wirkungslos, wenngleich allein ihre Existenz erhebliche Nervosität unter den alliierten Streitkräften verursachte.

Hitlers Erlass über die Bildung des "Deutschen Volkssturms" vom 25.09.1944

"Nach fünfjährigem schwersten Kampf steht infolge des Versagens aller unserer europäischen Verbündeten der Feind an einigen Fronten in der Nähe oder an den deutschen Grenzen. Er strengt seine Kräfte an, um unser Reich zu zerschlagen, das deutsche Volk und seine soziale Ordnung zu vernichten. Sein letztes Ziel ist die Ausrottung des deutschen Menschen.

Wie im Herbst 1939 stehen wir nun wieder ganz allein der Front unserer Feinde gegenüber. In wenigen

Jahren war es uns damals gelungen, durch den ersten Großeinsatz unserer deutschen Volkskraft die wichtigsten militärischen Probleme zu lösen, den Bestand des Reiches und damit Europas für Jahre hindurch zu sichern. Während nun der Gegner glaubt, zum letzten Schlag ausholen zu können, sind wir entschlossen, den zweiten Großeinsatz unseres Volkes zu vollziehen. Es muß und es wird uns gelingen, wie in den Jahren 1939 bis 1941 ausschließlich auf unsere eigene Kraft bauend, nicht nur den Vernichtungswillen der Feinde zu brechen, sondern ihn wieder zurückzuwerfen und solange vom Reich abzuhalten, bis ein die Zukunft Deutschlands, seiner Verbündeten und damit Europas sichernder Friede gewährleistet ist.

Dem uns bekannten totalen Vernichtungswillen unserer jüdisch-internationalen Feinde setzen wir den totalen Einsatz aller deutschen Menschen entgegen.

Zur Verstärkung der aktiven Kräfte unserer Wehrmacht und insbesondere zur Führung eines unerbittlichen Kampfes überall dort, wo der Feind den deutschen Boden betreten will, rufe ich daher allen waffenfähigen deutschen Männer zum Kampfeinsatz auf.

Ich befehle:

1. Es ist in den Gauen des Großdeutschen Reiches aus allen waffenfähigen Männern im Alter von 16 bis 60 Jahren der deutsche Volkssturm zu bilden. Er wird den Heimatboden mit allen Waffen und Mitteln verteidigen, soweit sie dafür geeignet erscheinen.
2. Die Aufstellung und Führung des deutschen Volkssturms übernehmen in ihren Gauen die Gauleiter. Sie bedienen sich dabei vor allem der fähigsten Organisatoren und Führer der bewährten Einrichtungen der Partei, SA, SS, des NSKK und der HJ.
3. Ich erinne den Stabschef der SA, Schepmann, zum Inspekteur für die Schießausbildung und den Korpsführer der NSKK, Kraus, zum Inspekteur für die motortechnische Ausbildung des Volkssturms.
4. Die Angehörigen des deutschen Volkssturms sind während ihres Einsatzes Soldaten im Sinne des Wehrgesetzes.
5. Die Zugehörigkeit der Angehörigen des Volkssturms zu außerberuflichen Organisationen bleibt unberührt. Der Dienst im deutschen Volkssturm geht aber jedem Dienst in anderen Organisationen vor.
6. Der Reichsführer SS ist als Befehlshaber des Ersatzheeres verantwortlich für die militärischen Organisationen, die Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung des deutschen Volkssturms.
7. Der Kampfeinsatz des deutschen Volkssturms erfolgt nach meinen Weisungen durch den Reichsführer SS als Befehlshaber des Ersatzheeres.
8. Die militärischen Ausführungsbestimmungen erläßt als Befehlshaber des Ersatzheeres der Reichsführer SS Himmler, die politischen und organisatorischen in meinem Auftrage Reichsleiter Bormann.
9. Die Nationalsozialistische Partei erfüllt vor dem deutschen Volk ihre höchste Ehrenpflicht, indem sie in erster Linie ihre Organisationen als Hauptträger dieses Kampfes einsetzt.

Führer-Hauptquartier, den 25. September 1944

Der Führer: Adolf Hitler

Der Leiter der Parteikanzlei: M. Bormann

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht: Keitel

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei: Dr. Lammers"

Quelle: Walther Hofer (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945*, Frankfurt am Main 2. Aufl. 1957, S. 252 f.

Vorzeitige deutsche Niederlagen im Luft- und Seekrieg

Während sich die alliierten Heere aus Ost und West den deutschen Grenzen näherten, legten alliierte Bomberflotten von bis zu 1.000 Flugzeugen die deutschen Großstädte in Schutt und Asche. Seit Anfang 1943 erhielt das britische *Bomber Command* Unterstützung durch eine US-Luftflotte in Großbritannien, ab Ende 1943 durch eine weitere in Süditalien. Arbeitsteilig unternahmen die Briten ihre Einsätze nachts, die Amerikaner bei Tag. Auch in ihrer Zielsetzung unterschieden sich beide. Die britische Strategie versuchte, durch Terrorangriffe die Moral der Bevölkerung zu erschüttern ("moral bombing"). Gemessen an ihrem Ziel, dadurch den baldigen (moralischen) Zusammenbruch der deutschen Bevölkerung zu erreichen, blieb sie letztlich erfolglos, obwohl der alliierte Luftkrieg in Deutschland fast eine halbe Million Menschen tötete und ein Fünftel aller Wohnungen zerstörte. Dagegen konzentrierten sich die Amerikaner auf die Zerstörung der deutschen Rüstungsindustrie. Mit gezielten Angriffen gegen die deutsche Flugzeugindustrie sicherten sich die Alliierten im Sommer 1944 die Luftherrschaft über Deutschland. Danach legten ihre Bomberflotten die deutsche Kriegsführung nach und nach lahm, indem sie Schlüsselindustrien zerstörten. Sie trugen damit wesentlich zur Beendigung des Krieges bei. Die deutsche Luftverteidigung schoss insgesamt über 15.000 Bomber mit 100.000 Mann Besatzung ab, konnte aber gegen die wachsende Überzahl der Alliierten nichts ausrichten. Auch technisch geriet sie ins Hintertreffen. Ihre Radarsysteme wurden vom Gegner bald wirkungsvoll gestört. Ab Frühjahr 1944 schützten leistungsstarke Begleitjäger die US-Bomberflotten, was deren anfänglich hohen Verluste durch deutsche Jagdflugzeuge deutlich verringerte. Hingegen war die schwache deutsche Bomberwaffe zu echten Gegenschlägen nicht mehr in der Lage, wie eine letzte kleine Luftoffensive gegen Großbritannien im Frühjahr 1944 zeigte. Nun setzte die NS-Führung auf Angriffe mit "Vergeltungswaffen" wie der V1 und V2, die zwar viele Menschenleben kosteten und große Schäden verursachten, den Kriegsverlauf aber nicht mehr änderten.

Karten und Grafiken: "Kriegsende" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/204437/karten-und-grafiken-kriegsende>)

Auch den Seekrieg verlor Deutschland vorzeitig. Dies galt zunächst für den Seekrieg über Wasser. Seine noch im Aufbau befindliche Überwasserflotte konnte sich mit der britischen Seemacht nicht annähernd messen. Umso härter trafen sie frühe Verluste wie die des Panzerschiffs "Admiral Graf Spee" 1939 und des Schlachtschiffs "Bismarck" 1941 oder gar der Verlust der halben Einsatzflotte während des Unternehmens "Weserübung" 1940. Mehr als schmerzhafte Nadelstiche konnten die deutschen Schiffe ihren Gegnern nie zufügen, und selbst das gelang in der zweiten Kriegshälfte immer weniger. Anders die deutschen U-Boote. Im Handelskrieg bald sehr erfolgreich und schon zur kriegsentscheidenden Waffe stilisiert, erlitten sie im Frühjahr 1943 schwere Rückschläge. Verbesserte Abwehrmaßnahmen der Alliierten und die Entschlüsselung des deutschen Funkverkehrs durch die Briten ("Ultra"), ließen die Erfolge der U-Boote einbrechen und ihre eigenen Verluste dramatisch ansteigen. Selbst ein überzeugter Nationalsozialist wie ihr neuer Oberbefehlshaber, Großadmiral Karl Dönitz, sah sich deshalb im Mai 1943 gezwungen, die U-Boote aus ihrem Hauptkriegsgebiet Nordatlantik zurückzuziehen. Sehr spät war erst unter ihm die Marinerüstung auf den U-Boot-Krieg konzentriert worden. Die wachsende alliierte Übermacht zur See beschränkte den Einsatz der Kriegsmarine fortan im Wesentlichen auf das Küstenvorfeld. Kurz vor Kriegsende erhielt sie eine wichtige Aufgabe bei der Evakuierung von Truppen und Zivilbevölkerung über die Ostsee.

Letzte deutsche Offensiven und alliierter Sturm auf die "Festung Deutschland"

Im Winter 1944/45 sorgte Hitlers Willen für den letzten größeren, fast schon verzweifelten Versuch der Wehrmacht, den Vormarsch der Alliierten im Westen doch noch zu stoppen. Unter großer Geheimhaltung vorbereitet, überrannte am 16. Dezember 1944 eine Offensive der Heeresgruppe B mit drei Armeen die relativ schwachen amerikanischen Linien im Grenzland zwischen Eifel und Ardennen (Unternehmen "Wacht am Rhein"). Ihr Ziel war das 200 km entfernte Antwerpen, seit kurzem wichtigster Nachschubhafen der Alliierten auf dem Kontinent. Zudem hoffte man, die britisch-kanadische Heeresgruppe unter Feldmarschall Montgomery in den Niederlanden abzuschneiden. Wachsender Widerstand des Gegners und eigene Nachschubprobleme brachten den Angriff am 24. Dezember zum Stehen, nachdem er 80 km tief in die Ardennen vorgedrungen war. Das alliierte Oberkommando unter General Eisenhower erholtete sich von der Überraschung schnell, brachte alle verfügbaren Reserven zum Einsatz und warf die Angreifer bis Ende Januar 1945 auf ihre Ausgangspositionen zurück. Auch ein Masseneinsatz von 900 deutschen Flugzeugen am 1. Januar änderte daran nichts; er führte nur zum endgültigen Ruin der Luftwaffe. Die deutsche Ardennen-Offensive kostete beide Seiten noch in letzter Minute hohe Verluste. Für die Amerikaner wurde sie zur blutigsten Schlacht des ganzen Krieges. Sie konnten jedoch ihre Verluste leicht ersetzen, während diese auf deutscher Seite an der Substanz zehrten. Wegen der Ermordung amerikanischer Kriegsgefangener während der Kämpfe mussten sich später zahlreiche SS-Soldaten vor einem US-Militärgericht verantworten.

Mit der Ardennen-Offensive hatte Hitler noch einmal alles auf eine Karte gesetzt, aber letztlich nur den Angriff der Westalliierten auf Deutschland um sechs Wochen verzögert. Hierfür waren die besten Divisionen des Heeres verschlissen, Hunderte Panzer und Flugzeuge sowie unersetzbliche Mengen an Munitions- und Treibstoffreserven vergeudet worden. Sie fehlten im Osten, als dort die Rote Armee ab dem 12. Januar 1945 mit neuer Kraft zum lange erwarteten Großangriff über Narew und Weichsel antrat. Die deutsche Front brach schnell zusammen. Schon Ende des Monats war die nördliche Heeresgruppe im Raum Königsberg eingekesselt, wo sie erst vom Kriegsende erlöst wurde. Der sowjetische Hauptstoß ging geradewegs nach Westen, befreite dabei am 27. Januar das Vernichtungslager Auschwitz und erreichte am 31. Januar die Oder beiderseits von Frankfurt. Nur noch 80 km vom Zentrum Berlins entfernt, bildete hier die 1. Weißrussische Front unter Marschall Georgi K. Schukow sofort erste Brückenköpfe, musste sich dann aber sammeln und aufrischen, während die benachbarten Fronten in Pommern und Schlesien nachzogen. Die Atempause ermöglichte es den zerschlagenen deutschen Truppen, sich im Rahmen der hastig gebildeten Heeresgruppe Weichsel entlang von Oder und Neiße neu zur Verteidigung zu formieren. Zu ihrem Oberbefehlshaber bestellte Hitler, erbost über das "Versagen" seiner Generale, im Januar 1945 den "Reichsführer SS" Heinrich Himmler, löste ihn aber schon im März wegen Unfähigkeit wieder ab. Gleichzeitig ging Himmlers Polizeiapparat brutal gegen jeden Deutschen vor, der keinen Kampfwillen mehr zeigte. Aus demselben Grund fällten ab Februar 1945 neuartige Standgerichte von Wehrmacht und SS Tausende Todesurteile gegen deutsche Soldaten und Zivilisten.

Dass die Ostfront so schnell zusammenbrach, lag auch an Hitler selbst, der die letzten Panzer-Reserven aus dem Westen lieber der Heeresgruppe Süd in Ungarn zukommen ließ. Dort war die Rote Armee im Januar 1945 vor Budapest aufgehalten worden und durch kleinere deutsche Gegenschläge teilweise sogar in die Defensive geraten. Hitler sah die Chance zum großen Gegenschlag, auch um die letzten großen deutschen Ölreserven in Westungarn zu sichern. Für den Entsatz von Budapest war es bald zu spät; die Stadt fiel nach siebenwöchiger Belagerung am 13. Februar 1945. Der Kampf hatte die Rote Armee über 300.000 Tote und Verwundete gekostet, die deutsch-ungarischen Verteidiger einiges weniger. Dessen ungeachtet ging die frisch verstärkte Heeresgruppe Süd Anfang März zwischen Budapest und Plattensee überstürzt und bei schlechtem Wetter zum Angriff über und scheiterte bereits im Ansatz (Unternehmen "Frühlingserwachen"). Einer sofortigen Gegenoffensive der Roten Armee hielt sie nicht stand. Halte-Befehle Hitlers änderten daran nichts. Anfang April räumte sie, weiter unterstützt von ungarischen Truppen, die südlich Slowakei und das Burgenland. Die nachdrängende Rote Armee nahm bis zum 12. April fast kampflos Wien ein, wobei sie vom Widerstand

der Wehrmacht und der Einwohner gegen die NS-Herrschaft profitierte. Danach gingen die Kämpfe in Österreich allmählich zu Ende. Die sowjetischen Kräfte konzentrierten sich auf die Einschließung der letzten intakten deutschen Heeresgruppe in Böhmen, die schließlich am 11. Mai 1945 kapitulierte. Die langwierigen Kämpfe in Ungarn hatten zur Folge, dass Süddeutschland ein sowjetischer Einmarsch erspart blieb.

Ähnlich schwer taten sich im Frühjahr 1945 zunächst die Alliierten an der deutschen Westgrenze. Die unerwartet heftige deutsche Gegenwehr im Hürtgenwald, in den Ardennen und zuletzt im Januar 1945 im Elsass ließ sie vorsichtig werden. Ihr Respekt galt nicht zuletzt der grenznahen deutschen "Siegfried-Linie" – bis sich herausstellte, dass sie kein Hindernis war. Auch die deutsche Führung überschätzte den Wert dieser Verteidigungsline, die sich auf die Bunker des "Westwalls" zwischen Kleve und Lörrach stützte. Verstärkt um ihre letzten strategischen Reserven, gingen die Alliierten am 8. Februar 1945 zwischen Mosel und Waal in die Offensive, um den Mittel- und Niederrhein als Basis für den weiteren Vorstoß in das Ruhrgebiet und die Mitte Deutschlands zu gewinnen. Behindert durch schlechtes Wetter und unwegsames Gelände, erreichten sie erst nach einem Monat den Rhein, wo ihnen am 7. März die unzerstörte Brücke von Remagen in die Hände fiel. Bald gelang es ihnen an weiteren Stellen, Brückenköpfe rechts des Rheins zu bilden. Die deutschen Linien waren danach schnell durchbrochen, und die Alliierten stießen zügig in das Innere Deutschlands vor. Unter dem Druck ihrer Angriffe ging der Zusammenhang der deutschen Verteidigung zusehends verloren; sie ließ sich von Berlin aus immer schlechter koordinieren und kontrollieren. Größeren Widerstand leisteten die im Ruhrgebiet eingekesselte Heeresgruppe B sowie die "Festung Harz", die am 16./17. April bzw. am 20. April kapitulierten. Bereits am 28. März hatte General Eisenhower das alliierte Vorgehen neu ausgerichtet. Demnach blieb der britisch-kanadischen Heeresgruppe weiterhin die Eroberung von Norddeutschland überlassen. In den Kampf um Berlin wollte er dagegen nicht mehr eingreifen. Die Rote Armee hatte ihn schon zu ihrer Sache gemacht. Zudem befürchtete Eisenhower zu hohe eigene Verluste. Daher endete der amerikanischen Vorstoß durch die Mitte Deutschlands an der Elbe, wo sich am 25. April 1945 erstmals amerikanische und sowjetische Truppen trafen. Aus Mitteldeutschland mussten sich die US-Truppen bald zurückziehen, weil es nach den Beschlüssen der Konferenz von Jalta (4.-11. Februar 1945) Teil der sowjetischen Besatzungszone wurde. Zuvor fielen den Amerikanern die dorthin ausgelagerten Kunst- und Goldschätze des "Dritten Reichs" und die Elite der deutschen Rüstungsforschung in die Hände. Die Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald bei Weimar am 15. April konfrontierte sie mit dem Grauen des "Dritten Reichs". Eisenhower verschaffte sich persönlich einen Eindruck davon, während seine Aufmerksamkeit als Oberbefehlshaber Süddeutschland galt. Die Nachricht vom angeblichen Rückzug des NS-Regimes und der Wehrmacht in eine "Alpenfestung" hatten ihn bewogen, mit starken Kräften dorthin einzuschwenken, zumal die ihm unterstehende französische Armee bereits eigenmächtig in den deutschen Südwesten vorgedrungen war. Die "Alpenfestung" erwies sich jedoch schon bald als Hirngespinst aus deutschen Wunschvorstellungen und Fehlschlüssen alliierter Geheimdienste. Auf ihrem Weg nach Süden eroberte die US-Armee Mitte/Ende April 1945 die nationalsozialistischen Vorzeigestädte Nürnberg ("Stadt der Reichsparteitage") und München ("Stadt der Bewegung"). Am 5. Mai stellte sie auf dem Brenner-Pass die Verbindung mit den aus Italien vorstoßenden amerikanischen Truppen her. Die Westalliierten hatten ihren Beitrag zur Befreiung Deutschlands von der NS-Herrschaft geleistet.

Endkampf um Berlin und Untergang des "Dritten Reichs"

Ein eigenes Drama vollzog sich während der letzten Kriegswochen im Kampf um die Reichshauptstadt Berlin, die damals noch etwa zweieinhalb Millionen Einwohner zählte. Erst durch ihre Eroberung war der Untergang des "Dritten Reichs" zu erwarten, weil Hitlers Anwesenheit sie zur Schaltzentrale der deutschen Kriegsführung machte. Der Diktator hatte sich entschlossen, in der Hauptstadt zu bleiben und ihr Schicksal mit dem seinen zu verbinden. Schon länger war er der Überzeugung, dass Deutschland und "das deutsche Volk" mit ihm siegen oder untergehen würden. Diese Haltung des "Alles oder Nichts" bestimmte nun erst recht Hitlers politisch-militärisches Handeln. Am 19. März 1945 erließ er den so genannten Nero-Befehl, der allen militärischen und zivilen Stellen gebot, beim Rückzug in Deutschland nur "verbrannte Erde" zu hinterlassen. Auf die Zukunft der Deutschen, die sich in seinen Augen als zu schwach und deshalb "lebensunwert" erwiesen hatten, wollte er bewusst keine Rücksicht mehr nehmen. Das Ende seiner Herrschaft stand ihm selbst klar vor Augen, als die Rote Armee Ende Januar 1945 die Oder erreicht hatte und den Sturm auf Berlin vorbereitete. Ende Februar bezog er mit seinem engsten Stab wegen der häufigen Luftangriffe den "Führerbunker" unter der Reichskanzlei. Hier hielt er die Fäden in der Hand, auch wenn ihn sein fortschreitender körperlicher und geistiger Verfall für die Realität zunehmend unempfänglich machte. Bis fast zuletzt erhielten Regierungsmitglieder und Vertreter der militärischen Zentralen aus dem Berliner Umland ihre Anweisungen durch ihn persönlich. Am Ende in Berlin abgeschnitten, genügten ihm die noch funktionierenden Nachrichtenverbindungen. Das bekam sogar sein "Kronprinz" Hermann Göring zu spüren. Als der am 23. April 1945 von Berchtesgaden aus ultimativ die Nachfolge des "Führers" "anzutreten versuchte, ließ dieser ihn von Berlin aus wegen Hochverrats verhaften.

Hitlers Befehl zu Zerstörungsmaßnahmen im Reichsgebiet vom 19. März 1945 ("Nero-Befehl")

"Der Kampf um die Existenz unseres Volkes zwingt auch innerhalb des Reichsgebietes zur Ausnutzung aller Mittel, die die Kampfkraft unseres Feindes schwächen und sein weiteres Vordringen behindern. Alle Möglichkeiten, der Schlagkraft des Feindes unmittelbar oder mittelbar den nachhaltigsten Schaden zuzufügen müssen ausgenutzt werden. Es ist ein Irrtum zu glauben, nichtzerstörte oder nur kurzfristig gelähmte Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen bei der Rückgewinnung verlorener Gebiete für eigene Zwecke wieder in Betrieb nehmen zu können. Der Feind wird bei seinem Rückzug uns nur eine verbrannte Erde zurücklassen und jede Rücksichtnahme auf die Bevölkerung fallen lassen. Ich befehle daher:

- 1) Alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören.
- 2) Verantwortlich für die Durchführung dieser Zerstörung sind die militärischen Kommandobehörden für alle militärischen Objekte einschließlich der Verkehrs- und Nachrichtenanlagen, die Gauleiter und Reichsverteidigungskommissare für alle Industrie- und Versorgungsanlagen sowie sonstige Sachwerte; den Gauleitern und Reichsverteidigungskommissaren ist bei der Durchführung ihrer Aufgabe durch die Truppe die notwendige Hilfe zu leisten.
- 3) Dieser Befehl ist schnellstens allen Truppenführern bekanntzugeben, entgegenstehende Weisungen sind ungültig."

Quelle: Bundesarchiv, Abt. Militärarchiv, RM 7/237.

Den Endkampf um Berlin eröffneten am 16. April 1945 zwei sowjetische Fronten mit Angriffen aus ihren Brückenköpfen an Oder und Neiße gegen die letzten deutschen Verteidigungslien im Osten. Hieraus entwickelte sich die größte Schlacht des Krieges auf deutschem Boden. Die sowjetischen Befehlshaber standen dabei unter Zeitdruck aus Moskau, wo man den schnellen Vorstoß der westlichen

Verbündeten nach Osten misstrauisch verfolgte. Die Hauptlast des Angriffs trugen die 1. Weißrussische Front und ihre fast eine Million Soldaten unter Marschall Georgi K. Schukow. Erst nach drei Tagen und unter großen Verlusten durchbrach ihr Frontalangriff mit siebenfacher Überlegenheit die starken Stellungen der deutschen 9. Armee auf den Seelowert Höhen nördlich von Frankfurt/Oder. Danach war sie nicht mehr aufzuhalten. Im Verein mit der 1. Ukrainischen Front schloss sie Berlin bis zum 25. April ein. In völliger Verkennung der Verhältnisse hoffte Hitler auf Befreiung der Truppen von außen (Entsatz) durch die Armee von General Walther Wenck, die westlich von Berlin gerade erst aufgestellt wurde. Ihr Angriff Ende April verhalf immerhin Teilen der inzwischen abgeschnittenen 9. Armee zum Aus- und Durchbruch nach Westen. Gemeinsam retten sich auf diese Weise 90.000 deutsche Soldaten und zivile Flüchtlinge vor der Roten Armee in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Dieses Ziel hatten damals fast überall an der zerfallenden deutschen Ostfront nicht nur die gewöhnlichen Soldaten, sondern auch die militärischen Führer. Die sowjetischen Truppen zogen derweil ihren Einschließungsring um Berlin immer enger. Im verlustreichen Häuser- und Straßenkampf gegen die knapp 100.000 Verteidiger aus Wehrmacht, SS, Volkssturm und Hitlerjugend drangen sie zur Stadtmitte vor und erreichten am 30. April 1945 das Regierungsviertel. Als er das erfuhr, begingen Hitler und seine frisch angetraute Ehefrau Eva Braun Selbstmord; tags darauf tötete auch Goebbels, dessen Propaganda bis zuletzt den Glauben an den Endsieg verbreitete, sich selbst und seine Familie. Am 2. Mai kapitulierte der Stadtkommandant, General Helmuth Weidling. Der Kampf in und um Berlin war beendet. Er hatte die Rote Armee 350.000 Tote und Verwundete gekostet, die deutsche Seite kaum weniger; wieder gingen Zehntausende deutsche Soldaten in Gefangenschaft. In dem Inferno waren auch Tausende Berliner Einwohner umgekommen, viele durch Mordkommandos des eigenen Regimes, die jeden mit dem Tod bedrohten, der sich kriegsmüde oder gar kapitulationswillig zeigte.

Das "Dritte Reich" überdauerte den Diktator und den Untergang der Reichshauptstadt nur kurz. Noch am Vortag seines Selbstmords hatte Hitler Großadmiral Karl Dönitz zu seinem Nachfolger bestimmt. Der war mit anderen hochrangigen Militärs und NS-Größen, darunter Heinrich Himmler, in das noch weitgehend unbesetzte Schleswig-Holstein ausgewichen. Am 3. Mai 1945 bildet er in Flensburg eine "geschäftsführende Reichsregierung", die den Krieg zunächst fortsetzte. Kriegs- und Handelsmarine evakuierten bis zuletzt über zwei Millionen deutsche Soldaten und Zivilisten aus dem Osten und retteten sie damit vor dem sowjetischen Zugriff. Ebenfalls von Flensburg aus hielt das Oberkommando der Wehrmacht die Verbindung mit seiner abgeschnittenen Südgruppe im bayerisch-österreichischen Alpenraum sowie nach Böhmen und Mähren, Holland, Dänemark, Norwegen und Kurland, zu den Kanalinseln und einigen französischen Atlantikhäfen, wo immer noch deutsche Besetzungen aushielten. Die kurze Herrschaft von Dönitz war einerseits vom Geist des alten NS-Regimes geprägt. So hielten Militärgerichte weiter gnadenlos die Disziplin aufrecht und ließen bis zuletzt Soldaten für relativ geringe Vergehen hinrichten. Andererseits sah sich Dönitz der selbstzerstörerischen Untergangspolitik Hitlers nicht verpflichtet. Vielmehr beugte sich sein Regime, nach kurzem Sträuben, der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation und wurde zu ihrem Sachwalter in mehreren Schritten. Ohnmächtig musste es zunächst die eigenmächtige Kapitulation der deutschen Truppen in Italien anerkennen. Aktiv vereinbarte es am 5. Mai mit der britischen Seite die Kapitulation des deutschen Nordraumes einschließlich Holland und Dänemark. Schließlich erklärte Generaloberst Jodel im Auftrag von Dönitz am 7. Mai 1945 in Eisenhowers Hauptquartier in Reims die Gesamtkapitulation aller deutschen Streitkräfte. Sie trat am folgenden Tag in Kraft und beendete den Zweiten Weltkrieg in Europa. Auf sowjetischen Wunsch wurde der Akt durch Generalfeldmarschall Keitel am 8. Mai im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst wiederholt. Am selben Tag stellten in Flensburg britische Soldaten die Regierung Dönitz unter ihre Aufsicht, bevor deren Mitglieder schließlich am 23. Mai 1945 verhaftet wurden. Die Alliierten machten damit dem "Dritten Reich" auch politisch ein Ende und übernahmen selbst die Regierungsgewalt auf dem Territorium des Deutschen Reichs.

Die Kapitulationsurkunden von Reims und Berlin-Karlshorst. (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/201392/kapitulationsurkunden-von-reims-und-berlin>)

KAPITULATIONSERKLAERUNG

"1. Wir, die hier Unterzeichneten, handelnd in Vollmacht fuer und im Namen des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht, erklaeren hiermit die bedingungslose Kapitulation aller am gegenwaertigen Zeitpunkt unter deutschem Befehl stehenden oder von Deutschland beherrschten Streitkraefte auf dem Lande, auf der See und in der Luft gleichzeitig gegenueber dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditions Streitkraefte und dem Oberkommando der Roten Armee.

2. Das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht wird unverzueglich allen Behoerden der deutschen Land-, See- und Luftstreitkraefte und allen von Deutschland beherrschten Streitkraeften den Befehl geben, die Kampfhandlungen um 23:01 Uhr Mitteleuropaeischer Zeit am 8. Mai einzustellen und in den Stellungen zu verbleiben, die sie an diesem Zeitpunkt innehaben und sich vollstaendig zu entwaffen, indem sie Waffen und Geraete an die oertlichen Alliierten Befehlshaber beziehungsweise an die von den Alliierten Vertretern zu bestimmenden Offiziere abliefern. Kein Schiff, Boot oder Flugzeug irgendeiner Art darf versenkt werden, noch duerfen Schiffsruempfe, maschinelle Einrichtungen, Ausruestungsgegenstaende, Maschinen irgendwelcher Art, Waffen, Apparaturen, technische Gegenstaende, die Kriegszwecken im Allgemeinen dienlich sein koennen, beschaeidigt werden.

3. Das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht wird unverzueglich den zustaendigen Befehlshabern alle von dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditions Streitkraefte und dem Oberkommando der Roten Armee erlassenen zusaetzlichen Befehle weitergeben und deren Durchfuehrung sicherstellen.

4. Diese Kapitulationserklaerung ist ohne Praejudiz fuer irgendwelche an ihre Stelle tretenden allgemeinen Kapitulationsbestimmungen, die durch die Vereinten Nationen und in deren Namen Deutschland und der Deutschen Wehrmacht auferlegt werden moegen.

5. Falls das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht oder irgendwelche ihm unterstehenden oder von ihm beherrschte Streitkraefte es versaeumen sollten, sich gemaess den Bestimmungen dieser Kapitulations-Erklaerung zu verhalten, werden das Oberkommando der Roten Armee und der Oberste Befehlshaber der Alliierten Expeditions Streitkraefte alle diejenigen Straf- und anderen Massnahmen ergreifen, die sie als zweckmaessig erachten.

6. Diese Erklaerung ist in englischer, russischer und deutscher Sprache abgefasst. Allein massgebend sind die englische und die russische Fassung.

Unterzeichnet zu Berlin am 8. Mai 1945

gez. von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine)

gez. Keitel (Chef des Oberkommandos der Wehrmacht)

gez. Stumpff (Chef des Generalstabes der Luftwaffe)

fuer das Oberkommando der deutschen Wehrmacht."

Kriegsende in Fernost

Unbeeindruckt vom Niedergang des deutschen Verbündeten und vom Kriegsende in Europa, führte Japan seinen Krieg im Frühjahr 1945 fort, obwohl die eigene militärische Lage bereits verzweifelt war. Im Pazifik hatten die Alliierten die japanischen Streitkräfte auf das Vorfeld des Mutterlandes zurückgedrängt; letzteres war seit dem Herbst 1944 immer heftigeren amerikanischen Luftangriffen ausgesetzt. Dennoch konnten sich friedenswillige Kreise innerhalb der japanischen Regierung gegen die unnachgiebige Militärführung nicht durchsetzen. Diese hegte trotz gegenteiliger Signale aus Moskau Illusionen, sich mit der Sowjetunion verständigen, zumindest aber deren Neutralität erhalten zu können. Vor allem glaubte man, dass der bekannte fanatische Widerstand japanischer Soldaten die Alliierten von einer Invasion Japans abschrecken würde. Tatsächlich hatten die Alliierten im März und im April 1945 trotz eines erdrückenden Material- und Waffeneinsatzes nur unter großen Verlusten die ersten japanischen Inseln Iwo Jima bzw. Okinawa erobern können. Die US-Streitkräfte rechneten deshalb bei einer Besetzung der Hauptinseln mit mehreren 100.000 Toten und Verwundeten. Dennoch hielten die Vereinigten Staaten die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation Japans aufrecht, zumal sich dort die Militärpartei weiterhin unbeugsam zeigte. Die Haltung des neuen US-Präsidenten Harry S. Truman – sein Vorgänger Roosevelt war am 12. April gestorben – verhärtete sich sogar. Am 16. Juli 1945 erfuhr er vom ersten erfolgreichen Test einer amerikanischen Atombombe in der Wüste von New Mexico. Truman verfügte nun über eine Waffe, mit der sich die Kapitulation Japans relativ mühelos erzwingen ließ. Die Westalliierten erneuerten deshalb am 26. Juli auf der Konferenz von Potsdam ihre entsprechende Forderung. Da die japanische Regierung weiterhin taktierte und wohl auch, um der sowjetischen Kriegserklärung an Japan zuvorzukommen, befahl Truman seiner Luftwaffe den Einsatz der Atombombe. Ihre beiden Abwürfe zerstörten am 6. bzw. 9. August 1945 die Großstädte Hiroshima und Nagasaki und töteten insgesamt 100.000 Menschen sofort. Auf andere Weise schwer getroffen wurde Japan am 8. August durch die Kriegserklärung der Sowjetunion, die damit den bestehenden Neutralitätspakt brach. Innerhalb kurzer Zeit eroberte die übermächtige Rote Armee die japanischen Vasallenstaaten in China, die japanische Kolonie Korea sowie japanisches Territorium auf Sachalin und den Kurilen. Trotz dieser Schläge rangen sich Regierung und Militärführung in Tokio erst am 15. August zur bedingungslosen Kapitulation durch, nachdem der japanische Kaiser nachdrücklich dafür gesprochen hatte. Am 2. September 1945 unterzeichneten Außenminister und Generalstabschef entsprechende Urkunden auf einem in der Bucht von Tokio liegenden amerikanischen Schlachtschiff in Anwesenheit des US-Oberkommandierenden Douglas Mac Arthur und anderer alliierter Repräsentanten. Fast auf den Tag genau sechs Jahre nach seinem Ausbruch in Europa hatte der Zweite Weltkrieg in Fernost sein Ende gefunden.

Weiterführende Literatur:

- Gar Alperovitz, Hiroshima. Die Entscheidung für den Abwurf der Bombe, Hamburg 1995 (engl. Orig. 1995).
- Antony Beevor, Berlin 1945. Das Ende, München 2002 (engl. Orig. 2002).
- Robert Bohn, Jürgen Elvert (Hrsg.), Kriegsende im Norden. Vom heißen zum kalten Krieg, Stuttgart 1995.
- Horst Boog, Gerhard Krebs, Detlev Vogel, Das Deutsche Reich in der Defensive. Strategischer Luftkrieg in Europa, Krieg im Westen und in Ostasien 1943-1944/45, Stuttgart München 2001 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 7, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt).
- Jörg Echternkamp, Die 101 wichtigsten Fragen – Der Zweite Weltkrieg, München 2010.
- Joachim Fest, Der Untergang. Hitler und das Ende des Dritten Reichs, Berlin 2002.

- Roland G. Foerster (Hrsg.), Seelower Höhen 1945, Hamburg 1998.
- Karl-Heinz Frieser (Hrsg.), Die Ostfront 1943/44. Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten, Stuttgart 1984 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 8, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt).
- Elke Fröhlich, Der Zweite Weltkrieg. Eine kurze Geschichte, Stuttgart 2013.
- Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995.
- Ulrich Herbert, Axel Schildt (Hrsg.), Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944-1948, Essen 1998.
- Jörg Hillmann, John Zimmermann (Hrsg.), Kriegsende 1945 in Deutschland, München 2002.
- Andreas Kunz, Wehrmacht und Niederlage. Die bewaffnete Macht in der Endphase der nationalsozialistischen Herrschaft 1944 bis 1945, München 2005.
- Rolf-Dieter Müller, Der letzte deutsche Krieg 1939-1945, Stuttgart 2005.
- Ders. (Hrsg.), Das Deutsche Reich in der Defensive. Strategischer Luftkrieg in Europa, Krieg im Westen und in Ostasien 1943-1944/45, München 2008 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 10. Erster Halbband, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt).
- Richard Overy, Die Wurzeln des Sieges. Warum die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen, Stuttgart 2000 (engl. Orig. 1995).
- Ders., Der Bombenkrieg. Europa 1939-1945, Berlin 2014 (engl. Orig. 2013).
- Gerhard Schreiber, Kurze Geschichte des Zweiten Weltkriegs, München 2005.
- Krisztián Ungváry, Die Schlacht um Budapest. Stalingrad an der Donau 1944/45, München 1999.
- Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, Zürich 1995.
- Gerhard L. Weinberg, Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Stuttgart 1995 (engl. Orig. 1994).



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Kriegsfolgen

Von Dr. Thomas Vogel

30.4.2015

Oberstleutnant Dr. Thomas Vogel, geboren 1959, ist Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Sein Interesse gilt schon länger der Militäropposition im ‚Dritten Reich‘ und dem Widerstand von Soldaten gegen den Nationalsozialismus. Seit einigen Jahren befasst er sich intensiver mit verschiedenen Aspekten der Kriegsführung im Zeitalter der Weltkriege, jüngst vor allem mit der Koalitionskriegsführung. Er hat u. a. veröffentlicht: "Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime, 5. Aufl., Hamburg u.a. 2000 (Hrsg. und Autor); Wilm Hosenfeld: "Ich versuche jeden zu retten." Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, München 2004 (Hrsg. und Autor); Tobruk 1941: Rommel's Failure and Hitler's Success on the Strategic Sidelines of the ‚Third Reich‘, in: Tobruk in the Second World War. Struggle and Remembrance, hrsg. v. G. Jasiński und J. Zuziak, Warschau 2012, S. 143-160; "Ein Obstmesser zum Holzhacken." Die Schlacht um Stalingrad und das Scheitern der deutschen Verbündeten an Don und Wolga 1942/43, in: Stalingrad. Eine Ausstellung des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr, hrsg. v. G. Piecken, M. Rogg, J. Wehner, Dresden 2012, S. 128-141; A War Coalition Fails in Coalition Warfare: The Axis Powers and Operation Herkules in the Spring of 1942, in: Coalition Warfare: An Anthology of Scholarly Presentations at the Conference on Coalition Warfare at the Royal Danish Defence College, 2011, hrsg. v. N. B. Poulsen, K. H. Galster, S. Nørby, Newcastle upon Tyne 2013, S. 160-176; Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Der deutsche Aufmarsch in ein kriegerisches Jahrhundert, München 2014 (Co-Hrsg. und Autor).

6 Millionen europäische Juden fielen dem Rassewahn der Nationalsozialisten zum Opfer, in weiten Teilen Europas war jüdisches Leben ausgelöscht. Mit insgesamt 60-70 Millionen Toten steht der Zweite Weltkrieg für die Tragödie des 20. Jahrhunderts. Eine bipolare Weltordnung entstand, das Gesicht Europas veränderte sich völlig.

Tod und Verwundung im Krieg

Der Zweite Weltkrieg bedeutete in erster Linie eine menschliche Tragödie. Die Kriegshandlungen selbst sowie ihre unmittelbaren Folgen hatten weltweit etwa 60 bis 70 Millionen Menschen das Leben gekostet, in der Mehrzahl Zivilisten. Allein die Sowjetunion beklagte 27 Millionen Tote, knapp die Hälfte davon Angehörige der Roten Armee, von denen wiederum jeder Vierte nicht im Kampf fiel, sondern in deutscher Kriegsgefangenschaft umkam. Dagegen hatte der Aggressor Deutschland mit 6,35 Millionen Toten – weit überwiegend Soldaten – sowohl absolut wie auch im Verhältnis zur Bevölkerungszahl deutlich weniger gelitten. Ein ähnliches Bild ergibt sich für den Fernen Osten. China verzeichnete als Hauptleidtragender der japanischen Aggression zwischen 1937 und 1945 etwa 13,5 Millionen Tote, Japan dagegen "nur" 3,76 Millionen. In Indien wiederum, das lediglich am Rande Kriegsschauplatz geworden war, waren allein zwei Millionen Menschen infolge kriegsbedingter Nahrungsmittelverknappung verhungert. Am stärksten gelitten hatte jedoch Polen mit sechs Millionen Toten. Jeder sechste Einwohner des Landes war ums Leben gekommen. Diese Schreckensbilanz verbindet sich mit derjenigen des Mordes an den europäischen Juden. Denn jeder zweite getötete Pole war jüdischen Glaubens. Insgesamt fielen während des Krieges etwa sechs Millionen europäische Juden dem nationalsozialistischen Rassenwahn zum Opfer. In weiten Teilen Europas war jüdisches Leben so gut wie ausgelöscht.

Der Weltkrieg hatte überdies die Gesundheit von Millionen Menschen mehr oder weniger schwer und dauerhaft geschädigt. Ihre Zahl lässt sich auch nicht annähernd genau schätzen. Noch lange Zeit nach Kriegsende prägten körperlich schwer geschädigte Opfer des Krieges das Straßenbild in den betroffenen Ländern. Sie stellten jedoch nur die "Spitze eines Eisbergs" dar. Vielen Kriegsinvaliden war ihre Versehrtheit nicht anzusehen. Weitgehend unsichtbar blieben die vom Krieg verursachten seelischen Schäden. Allein in Deutschland lebten unmittelbar nach dem Krieg eineinhalb Millionen körperlich und seelisch Versehrte beider Weltkriege, die staatliche Versorgungsleistungen erhielten. Auf solche hatten im Jahr 2000 nach Angaben der deutschen Bundesregierung immerhin noch 372.069 Menschen Anspruch. Jenseits dieser offiziell erfassten Zahl hinterließen Frontkämpfe, Kriegsgräuel,

Holocaust, Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung eine ganze traumatisierte Generation. Auch wenn an dem Sachverhalt selbst kein Zweifel besteht, gibt es über Ausmaß und Folgen dieser Traumatisierung nur wenig gesicherte Erkenntnisse.

Politische Folgen

Um es vorweg zu nehmen: Der Zweite Weltkrieg veränderte das politische Gesicht der Welt gründlich. Zunächst bekamen die Verursacher des Krieges die politischen Folgen ihrer Niederlage schmerhaft zu spüren. Die alliierten Siegermächte hielten Deutschland wie Japan über Jahre besetzt und unterwarfen beide Länder ihrem politischen Willen. Deutschland war davon in besonderer Weise betroffen. Es verlor alle Gebiete, die es sich seit 1938 mehr oder weniger gewaltsam angeeignet hatte. Das ebenfalls von den Alliierten besetzte Österreich hatte sich bereits am 27. April 1945 für unabhängig erklärt. Doch blieb auch das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 nicht bestehen. Infolge des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 musste es seine Gebiete östlich von Oder und Neiße an Polen und die Sowjetunion abtreten und büßte damit ein Viertel seines Territoriums ein. Das übrig gebliebene Deutschland wurde von einem Alliierten Kontrollrat regiert, in dem die vier Siegermächte (Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion, Vereinigte Staaten) durch ihre Militärgouverneure vertreten waren. Mit Proklamationen, Befehlen, Gesetzen, Direktiven und Verordnungen machte er sich an die innere Umgestaltung Deutschlands und die Umerziehung der Deutschen. Er tat dies auf der Grundlage der Beschlüsse von Potsdam, welche Deutschland die Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung und Demontage verordneten. Allerdings ging die Gemeinsamkeit der Siegermächte bald verloren. Die vier Besatzungszonen, in die Deutschland eingeteilt worden war, entwickelten sich gemäß den politischen Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmacht durchaus unterschiedlich. Die drei Westmächte richteten in ihren Zonen demokratische Systeme ein. Dies ermöglichte bis 1948 den wirtschaftlichen Zusammenschluss der drei westlichen Zonen und schließlich 1949 die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, eines demokratischen westdeutschen Staates mit vorläufig noch eingeschränkter Souveränität. Dagegen verordneten die sowjetischen Besatzer ihrer Zone das pseudo-demokratische Modell einer "Volksdemokratie". Hieraus ging 1949 die Deutsche Demokratische Republik hervor. Eine kommunistische Diktatur nach sowjetischem Vorbild stellte sicher, dass das östliche Deutschland in völliger Abhängigkeit von Moskau blieb. Vor allem im geteilten Berlin entwickelte sich deshalb ein gespanntes Verhältnis zwischen den Alliierten, bis hin zur Blockade der westalliierten Sektoren durch die Sowjetunion in den Jahren 1948/49.

Diese Teilung Deutschlands 1949 machte deutlich, dass sich die Alliierten des Weltkrieges endgültig auseinandergelebt hatten. Das hatte nicht nur für Deutschland einschneidende Folgen, sondern veränderte Europa und die Welt. Diese Entwicklung lag im fundamentalen politisch-ideologischen Gegensatz zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion begründet. Der Zwang zum gemeinsamen Kampf gegen Hitler hatte diesen Gegensatz für die Zeit des Krieges verdeckt. Danach brach er sehr schnell auf, als die Sowjetunion ihre Eroberungen in Mittelost- und Südosteuropa skrupellos nutzte, um ihren Machtbereich dorthin dauerhaft auszudehnen und dies mit dem Export ihres totalitären Systems verband. In allen eroberten Ländern brachte sie Regime an die Macht, die ihr willfährig waren und sich auf die sowjetischen Bajonette und Panzer stützten. Schnell kam es hierüber zum Zwist mit den ehemaligen Verbündeten im Westen. Dort verstand man unter der Schaffung eines demokratischen und freien Europa, wie es die "Großen Drei" im Januar 1945 in Jalta vereinbart hatten, etwas anderes. Schon kurz nach Kriegsende sprach Churchill deshalb von einem "eisernen Vorhang", der sich auf Europa herabgesenkt habe, und meinte damit die Abschottung des unfreien sowjetischen Machtbereichs. Als schließlich auch Griechenland, die Türkei und der Iran von sowjetischer Intervention bedroht waren, brach der Konflikt 1947 offen aus. US-Präsident Truman versprach allen Ländern Wirtschafts- und Militärhilfe zur Verteidigung ihrer Freiheit und drohte der Sowjetunion sogar mit der Atomwaffe. Kaum zwei Jahre nach Kriegsende war ein "kalter" Krieg zwischen den früheren Verbündeten ausgebrochen, der Jahrzehnte dauern und das Weltgeschehen prägen sollte. Die Lager in Ost und West formierten sich in zwei großen Bündnissystemen: auf der einen Seite entstand 1949 die Nordatlantische Allianz (NATO) unter Führung der USA. Ihr stand ab 1955 die von Moskau dominierte – im Sprachgebrauch als Warschauer Pakt bekannte – Warschauer Vertragsorganisation

(WVO) gegenüber. An vorderster Front des Kalten Krieges fanden sich die beiden gerade gegründeten deutschen Staaten als Gegner wieder.

Karten und Grafiken: "Kriegsfolgen" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/204484/karten-und-grafiken-kriegsfolgen>)

Auch der Ferne Osten wurde Teil des Ost-West-Konflikts und der neuen, bipolaren Weltordnung. Japan kam nach seiner Niederlage relativ glimpflich davon. Es verlor nur kleinere Gebiete im Norden an die Sowjetunion; sein Mutterland blieb von einer Teilung verschont. Auch beschränkte sich die westliche Besatzungsmacht unter Führung der Vereinigten Staaten darauf, Japan in eine parlamentarische Demokratie umzuwandeln. Man gab sich mit der politischen Entmachtung des Tenno zufrieden und schaffte das den Japanern heilige Kaisertum nicht ab. Nach dem Abschluss eines Friedensvertrages 1952 entließen die Westalliierten Japan wieder in die Unabhängigkeit. Politischer Zündstoff ergab sich dagegen aus dem Konkurs des japanischen Machtbereichs auf dem asiatischen Festland. Der Konflikt um die ehemalige japanische Kolonie Korea verschärfte den Kalten Krieg hier 1950/51 sogar zu einem "heißen" Krieg. Viele sahen bereits den Dritten Weltkrieg heraufziehen. Als Verbündeter Nordkoreas und der Sowjetunion trat im Koreakrieg die junge Volksrepublik China unter Mao Tse-tung erstmals nach außen und militärisch massiv in Erscheinung und vervollständigte damit den Eindruck einer politisch-ideologisch zweigeteilten Welt.

Menschliches Elend nach dem Krieg

Kaum weniger als der Weltkrieg selbst verursachte die auf ihn folgende politische Neuordnung der Welt massenhaft weiteres menschliches Elend. Hier fällt zunächst der Koreakrieg auf, der etwa vier Millionen Zivilisten und eine Million Soldaten das Leben kostete. Weitere Millionen Menschen wurden obdachlos oder verschleppt. In Europa traf es vor allem jene Deutschen hart, die in den Ostgebieten des Reiches lebten oder außerhalb der Reichsgrenzen im östlichen und südöstlichen Europa oft schon seit Generationen siedelten. Ihre Flucht aus der Heimat hatte bereits in der Endphase des Krieges aus Furcht vor der nahenden Roten Armee begonnen. Sie war sehr oft von Übergriffen der nicht-deutschen einheimischen Bevölkerung begleitet. Häufig wurde dabei vormals selbst erlittenes Unrecht mit neuem Unrecht vergolten. Den "wilden" Vertreibungen bei Kriegsende folgte die systematische Vertreibung der Deutschen aus dem Osten aufgrund des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945. In Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei wurden nunmehr unter staatlicher Aufsicht die dort noch lebenden Deutschen in das Gebiet der alliierten Besatzungszonen zwangsumgesiedelt, nachdem ihr Eigentum zuvor bis auf das Handgepäck konfisziert worden war. Von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung waren zwischen 1944 und 1950 insgesamt 12 bis 14 Millionen Deutsche bzw. deutschstämmige Bürger anderer Staaten betroffen; mindestens 600.000, möglicherweise weit über eine Million, kamen dabei um. Opfer der ethnischen "Säuberungen" waren aber nicht nur Deutsche. Abermals traf es die leidgeprüften Polen mit Zwangsumsiedlungen, diesmal aufgrund der erneuten Annexion Ostpolens durch die Sowjetunion. Hauptsächlich von dort wurden bis zu eineinhalb Millionen Menschen nach Polen "repatriiert", wie es beschönigend hieß. Im Gegenzug schob man fast eine halbe Million Bürger ukrainischer Abstammung in die Ukraine ab; schließlich wurden innerhalb des neuen polnischen Staatsgebietes etwa 3,5 Millionen Menschen umgesiedelt. Auch die Balten blieben nicht verschont. Über eine Viertel Million von ihnen waren bereits 1944 vor der Roten Armee aus ihrer Heimat geflohen. Die anschließende brutale Sowjetisierung des Baltikums führte zur Deportation Zehntausender nach Sibirien.

In West- und Mitteldeutschland verschärfte die Aufnahme der aus dem Osten geflüchteten und vertriebenen Deutschen die ohnehin angespannte Lebenssituation. Auch weil die Besatzungsmächte die Versorgung der Bevölkerung vernachlässigten, starben im sogenannten Hungerwinter 1946/47 mehrere hunderttausend Deutsche an extremer Kälte und Lebensmittelnot. Allerdings war die Ernährungslage in den Ländern der Siegermächte, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, kriegsbedingt ebenfalls angespannt, in der Sowjetunion sogar derart katastrophal, dass dort in den Jahren 1946 bis 1948 zwei Millionen Menschen verhungerten. Besonders hart war das Leben in den

zerbombten deutschen Städten. Ein Großteil der Wohnungen und der Infrastruktur war zerstört, die Wasser- und Energieversorgung für einige Zeit zusammengebrochen. Aufgrund der schlechten medizinischen Versorgung und hygienischen Bedingungen verbreiteten sich Tuberkulose und Typhus. In mancher Hinsicht herrschten in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) die schlimmsten Verhältnisse. Die Besatzer betrieben hier eine besonders rücksichtslose Demontagepolitik, die mehr Industriekapazität zerstörte als zuvor der Bombenkrieg, und hielten sich damit schadlos für die von den Deutschen in der Sowjetunion angerichteten Zerstörungen. Kaum weniger brutal als zuvor das NS-Regime unterdrückten sie in ihrer Zone politisch Andersdenkende. Zehntausende Deutsche, zum Teil aus geringfügigem Anlass in Misskredit geraten, starben unter elenden Haftbedingungen in Lagern der SBZ, andere gar in der Sowjetunion. Dorthin waren viele zur Zwangsarbeit verschleppt worden. Nicht wenige wurden wegen vermeintlicher oder tatsächlicher "sowjetfeindlicher Betätigung" hingerichtet. Fast wehrlos waren die Frauen einer Willkür ganz anderer Art ausgesetzt. Im Unterschied zu den westlichen Besatzungszonen wurden sie in der SBZ massenhaft Opfer sexueller Gewalt durch Angehörige der Roten Armee, obwohl die Militärbehörden durchaus dagegen einschritten. Schätzungen gehen von bis zu zwei Millionen Opfern allein bis 1947 aus.

Kriegsgefangene und "Displaced Persons"

Ein eigenes Kapitel bildet das Schicksal der Kriegsgefangenen. Über 11 Millionen Angehörige von Wehrmacht und Waffen-SS waren in alliierte Kriegsgefangenschaft geraten, die allermeisten von ihnen in der Schlussphase des Krieges oder gar erst infolge der deutschen Kapitulation. Ihr Schicksal war, abhängig von der Gewahrsamsmacht, sehr unterschiedlich. Die geringsten Überlebenschancen hatten die fast 200.000 deutschen Soldaten in jugoslawischer Hand. In der Mehrzahl ist ihr Verbleib bis heute nicht völlig geklärt; jedenfalls kehrte nicht einmal die Hälfte zurück. Ein hartes Los traf auch die über drei Millionen deutschen Soldaten in sowjetischer Gefangenschaft. Mindestens eine halbe Million starben, die meisten infolge unmenschlicher Bedingungen in den Lagern, die anderen auf dem Weg dorthin oder schon bei der Gefangennahme. Andere Berechnungen kommen sogar auf eine Million Tote. Die Freilassung der Überlebenden zog sich lange hin, weil man sie als wertvolle Arbeitskräfte für den Wiederaufbau zurückhielt. Außerdem wurden Tausende in einer Welle von Scheinprozessen 1949/50 – meist unschuldig – zu Kriegsverbrechern abgestempelt und fast ausnahmslos zu langen Haftstrafen verurteilt. Der sich verschärfende Ost-West-Konflikt machte die deutschen Kriegsgefangenen überdies zum Spielball der internationalen Politik. Erst 1955/56 kehrten die letzten 10.000 Kriegsgefangenen nach Deutschland und Österreich zurück. Hier war die Freude getrübt, weil man erheblich mehr Heimkehrer erwartet hatte und sich nun mit dem Tod Hunderttausender Vermisster abfinden musste. Kaum leichter hatten es die 1,8 Millionen nicht-deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, darunter allein 600.000 Japaner, von denen über zehn Prozent durch Zwangsarbeit in Sibirien starben.

Offizielle Wiedergutmachung des unter Stalin an den sowjetischen Kriegsgefangenen begangenen Unrechts

"Beschluss des Zentralkomitee der KPdSU und Ministerrat der UdSSR vom 29. Juni 1956 über die Beseitigung der Folgen grober Verstöße gegen die Gesetzlichkeit in Bezug auf ehemalige Kriegsgefangene und ihre Familienangehörigen:

Das Zentralkomitee der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR stellen fest, dass im Großen Vaterländischen Krieg und in der Nachkriegszeit in Bezug auf Militärangehörige der Sowjetischen Armee und der Flotte, die sich in Gefangenschaft oder Einkesselung des Gegners befanden, grobe Verstöße gegen die sowjetische Gesetzlichkeit zugelassen wurden.

Die sowjetischen Soldaten haben im Großen Vaterländischen Krieg heldenhaft gegen die faschistischen Invasoren gekämpft und ihre Pflicht gegenüber der Heimat ehrlich und aufopferungsvoll erfüllt. Dennoch ist infolge der schwierigen Umstände der ersten Kriegsphase eine bedeutende Anzahl

sowjetischer Militärangehöriger, die sich in einer Einkesselung befanden, nach Erschöpfung aller Möglichkeiten zum Widerstand in Gefangenschaft geraten. Viele Militärangehörige gerieten verwundet oder verletzt in Gefangenschaft, nach Abschüssen in Luftkämpfen oder bei der Erfüllung von Kampfaufgaben im Hinterland des Gegners. Die sowjetischen Soldaten, die in Gefangenschaft waren, haben der Heimat die Treue gehalten, verhielten sich tapfer und ertrugen standhaft die Mühen der Gefangenschaft und den Hohn der Hitlerleute. Viele von ihnen flohen unter Lebensgefahr aus der Gefangenschaft, kämpften in Partisaneneinheiten gegen den Feind oder schlügen sich durch die Frontlinie zu den sowjetischen Truppen durch. Dessen ungeachtet und in Verletzung sowjetischer Gesetze brachte man den ehemaligen Kriegsgefangenen unbegründetes politisches Misstrauen entgegen, wandte grundlose Repressionen an und beschränkte gesetzeswidrig ihre Rechte.

Militärangehörige, die aus einer Einkesselung ausgebrochen, aus Gefangenschaft geflohen und von sowjetischen Einheiten befreit worden waren, wurden zur Überprüfung in Speziallager des NKVD verbracht, wo sie unter nahezu denselben Bedingungen wie Häftlinge der Besserungsarbeitslager festgehalten wurden.

Neben der Entlarvung einiger Personen, die tatsächlich Verbrechen begangen hatten, wurde eine große Zahl von Militärangehörigen, die ihre militärische Pflicht ehrlich erfüllt und sich in Gefangenschaft in keiner Weise befleckt hatten, im Ergebnis vielfacher Anwendung von ungesetzlichen, provokativen Untersuchungsmethoden während der Überprüfung unbegründet repressiert.

Den Familien von Militärangehörigen, die in Gefangenschaft geraten waren, wurden für den gesamten Krieg fälschlicherweise finanzielle Hilfen und alle festgesetzten Vergünstigungen aberkannt, unabhängig von den Gründen und Umständen der Gefangennahme dieser Militärangehörigen. Die Praxis, Offiziere, die in Gefangenschaft oder Einkesselung des Gegners gewesen waren, ohne Gerichtsverfahren zu Mannschaften zu degradieren und in Sturmbataillone zu schicken, stellte eine schwerwiegende Verletzung der Gesetzlichkeit dar.

Militärangehörige, die heldenhaft aus der Gefangenschaft geflohen waren oder sich in Gefangenschaft als ein Muster an Tapferkeit und Standhaftigkeit erwiesen hatten, wurden in keiner Weise belobigt.

Ab 1945 wurden alle befreiten und repatriierten Kriegsgefangenen, selbst dann, wenn überhaupt keine kompromittierenden Informationen gegen sie vorlagen, in Bataillonen zusammengefasst und zur Strafe zur ständigen Arbeit in Unternehmen der Kohle- und Holzindustrie in entlegene Regionen verschickt.

Die Staatssicherheitsorgane fuhren in der Nachkriegszeit fort, ehemalige Kriegsgefangene unbegründet zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen, wobei viele ungesetzlich repressiert wurden. Weite Verbreitung fanden verschiedene gesetzeswidrige Einschränkungen in Bezug auf ehemalige Kriegsgefangene und ihre Angehörigen in den Bereichen Arbeitsbeschaffung, gesellschaftliche Tätigkeit, beim Antreten einer Ausbildung, beim Wechsel des Wohnorts usw.

Eine falsche Einstellung gegenüber ehemaligen Kriegsgefangenen zeigte sich auch bei der Entscheidung der Frage ihrer Parteizugehörigkeit. Vielen Mitgliedern der KPdSU, die in den Kämpfen gegen den Feind Mut und Standhaftigkeit bewiesen und sich in der Gefangenschaft in keiner Weise befleckt haben, wurde und wird nicht selten noch heute die Wiederaufnahme in die Reihen der KPdSU verweigert. Diese groben Verstöße gegen die sowjetische Gesetzlichkeit, die hinsichtlich ehemaliger Kriegsgefangener zugelassen wurden, waren in erster Linie Folge der verbrecherischen Tätigkeit Berijas, Abakumovs und ihrer Handlanger, die massenhafte Willkür und Repressionen eingeführt hatten. Zur Verletzung der Gesetzlichkeit trugen auch Lücken in der sowjetischen Gesetzgebung über Kriegsgefangene bei.

All das widerspricht im Kern den Grundlagen unserer sozialistischen Ordnung, der sowjetischen Verfassung, den leninistischen Prinzipien des aufmerksamen und feinfühligen Umgangs mit sowjetischen Menschen. Die zugelassenen Verstöße fügen unserer Partei und dem Staat großen

moralisch-politischen Schaden zu. Die Atmosphäre von Misstrauen und Verdächtigungen gegen ehemalige Kriegsgefangene erzeugt unter ihnen und ihren Familienangehörigen Gefühle der Kränkung und Unzufriedenheit. Ein solcher Umgang mit ehemaligen Kriegsgefangenen wird von den Feinden unseres Staates für Propaganda unter den sowjetischen Bürgern genutzt, die sich noch im Ausland befinden, um sie von der Rückkehr in die Heimat abzuhalten und in antisowjetische Aktivitäten hineinzuziehen.

Zum Zweck der Beseitigung der groben Verstöße gegen die sowjetische Gesetzlichkeit, die in Bezug auf ehemalige Kriegsgefangene und ihre Familienangehörigen zugelassen wurden, beschließen das Zentralkomitee der KPdSU und der Ministerrat der Union SSR:

1. Die Praxis des wahllosen politischen Misstrauens gegen ehemalige sowjetische Militärangehörige, die sich in Gefangenschaft oder Einkesselung des Gegners befunden haben, ist als den Interessen des Sowjetischen Staates zuwiderlaufend zu verurteilen.

Militärangehörige, die heldenhaft aus der Gefangenschaft geflohen waren oder sich in Gefangenschaft als ein Muster an Tapferkeit und Standhaftigkeit erwiesen hatten, wurden in keiner Weise belobigt.

Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts-, Komsomol- und Wirtschaftsorgane sind zu verpflichten, die in ihrer Praxis existierenden, verschiedenen Einschränkungen in Bezug auf ehemalige Kriegsgefangene und ihre Familienangehörigen aufzuheben, insbesondere:

a) die Frage der Beschäftigung der genannten Personen zu prüfen und Maßnahmen zu treffen, um ihnen eine ihrer Qualifikation entsprechende Arbeit zu geben;

b) ihnen beim Eintritt in Hoch- und mittlere Lehrinrichtungen und Kurse keine Hindernisse in den Weg zu legen.

2. Die CK der [Kommunistischen] Parteien der Unionsrepubliken, die Regions-, Gebiets-, Stadt-, und Bezirkskomitees sowie die politische Hauptverwaltung des Verteidigungsministeriums der UdSSR haben die Fälle über die Parteizugehörigkeit ehemaliger Kriegsgefangener, die in Verbindung mit der Gefangenschaft unbegründet aus den Reihen der KPdSU ausgeschlossen wurden, zu überprüfen.

3. Dem Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR ist die Frage der Ausweitung des Geltungsbereichs des Ukaz des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 17. September 1955 über die Amnestierung sowjetischer Bürger, die im Großen Vaterländischen Krieg 1941-1945 mit den Okkupanten zusammengearbeitet haben, auf ehemalige Militärangehörige der Sowjetischen Armee und Marine, die wegen Gefangengabe an den Feind verurteilt wurden und die Strafe verbüßt haben oder verbüßen, vorzulegen.

4. Die Justizministerien der Unionsrepubliken und die Staatsanwaltschaft der UdSSR haben bei der Überprüfung der Gerichtsverfahren gegen ehemalige Militärangehörige der Sowjetischen Armee und Marine, die sich in Gefangenschaft befanden, diejenigen festzustellen, die unter durch die militärische Lage hervorgerufenen Umständen in Gefangenschaft gerieten und unbegründet als Vaterlandsverräter verurteilt wurden, und ihre Rehabilitierung im gesetzlich bestimmten Verfahren zu gewährleisten.

5. Die Juristische Kommission beim Ministerrat der UdSSR, die Staatsanwaltschaft der UdSSR und das Ministerium für Verteidigung der UdSSR haben dem Ministerrat der UdSSR Vorschläge über notwendige Präzisierungen und Ergänzungen der Artikel der Verordnung über Militärverbrechen, die die Verantwortung eines Militärangehörigen für Gefangengabe sowie für Verbrechen während der Gefangenschaft bestimmen, vorzulegen, ohne dabei eine Abmilderung der Strafe für die freiwillige Gefangengabe zuzulassen.

6. Es ist festzusetzen, dass, wenn die Gefangennahme nicht freiwillig war und der Militärangehörige

in Gefangenschaft keine Verbrechen gegen die Heimat begangen hat, die Dauer der Gefangenschaft, Einkesselung und [Spezialüberprüfung], auf die Dauer des Armeedienstes sowie die allgemeine Arbeitszeit und die ununterbrochene Beschäftigungszeit anzurechnen ist.

7. Das Ministerium für Innere Angelegenheiten der UdSSR (Gen. Dudorov) und das Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR (Gen. Serov) sind zu verpflichten, alle früheren Befehle und Instruktionen von NKGB und NKVD über ehemalige Kriegsgefangene, die dem vorliegenden Beschluss widersprechen, zu überprüfen und aufzuheben.

8. Das Verteidigungsministerium der UdSSR (Gen. Žukov) hat:

a) im individuellen Verfahren alle Fälle ehemaliger kriegsgefangener Offiziere, denen ihre Ränge ohne Gerichtsentscheidung aberkannt wurden, zu überprüfen und sie in allen notwendigen Fällen wieder in den Offiziersrang einzusetzen, und denjenigen, die Pensionsansprüche haben, eine Pension zu gewähren;

b) ehemalige Kriegsgefangene, die verwundet oder aus Gefangenschaft geflohen waren, aber nicht mit Regierungsauszeichnungen geehrt wurden, zur Auszeichnung vorzuschlagen;

c) dem Ministerrat der UdSSR Vorschläge über notwendige Änderungen und Ergänzungen der Verordnung über die finanzielle Versorgung von Militärangehörigen in Gefangenschaft sowie über die pensionsrechtliche Absicherung dieser Militärangehörigen und ihrer Familien vorzulegen;

d) die Frage über die Einführung entsprechender Ergänzungen in die geltenden Statuten der Sowjetischen Armee und der Kriegsmarine, die die Einstellung des sowjetischen Soldaten zur Gefangenschaft definieren, zu prüfen.

9. Das Kulturministerium der UdSSR (Gen. Michajlov) hat in Abstimmung mit dem Verteidigungsministerium der UdSSR die Vorbereitung künstlerischer Erzeugnisse, die dem heldenhaften Verhalten der sowjetischen Soldaten in faschistischer Gefangenschaft, ihren kühnen Fluchten aus der Gefangenschaft und dem Kampf in Partisaneneinheiten gegen den Feind gewidmet sind, in die Themenpläne der Verlage, Filmstudios, Theater und Kultur-Erziehungseinrichtungen aufzunehmen.

In der Partei-, Sowjet- und Militärpresse sind Artikel, Erzählungen und Skizzen über die Heldenataten sowjetischer Soldaten in faschistischer Gefangenschaft zu publizieren.

10. Das Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR ist zu verpflichten, über das „Komitee für Heimkehr“ sowie die Union der Gesellschaften des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds der UdSSR die Maßnahmen des Zentralkomitees der KPdSU und der Sowjetischen Regierung hinsichtlich ehemaliger Kriegsgefangener, die in dem vorliegenden Beschluss dargelegt sind, den sowjetischen Bürgern, die sich im Ausland befinden, zur Kenntnis zu bringen, um ihre Rückkehr in die Heimat zu beschleunigen.

Der Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU N. CHRUŠ EV

Der Vorsitzende des Ministerrats der Union SSR N. BULGANIN"

Quelle: Rüdiger Overmans, Andreas Hilger, Pavel Polian (Hrsg.), Rotarmisten in deutscher Hand. Dokumente zu Gefangenschaft, Repatriierung und Rehabilitierung sowjetischer Soldaten des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 2012; S. 846-851.

Als weniger belastend und meist erheblich kürzer erfuhren deutsche Soldaten die amerikanische, britische und – mit Einschränkung – die französische Kriegsgefangenschaft. So waren vor allem die

etwa 380.000 deutschen Gefangenen in Lagern in den Vereinigten Staaten gut versorgt. Gefahr drohte ihnen hier noch am ehesten durch den Terror unverbesserlicher Nazis in den eigenen Reihen. Insgesamt gerieten 3,8 Millionen Deutschen in amerikanische Hand. Sie blieben zu 90 Prozent in Europa, wo sie der US-Armee zeitweise Versorgungsprobleme bereiteten. Einige Tausend starben. Die geringste Sterblichkeit herrschte in britischer Obhut. Ähnlich wie bei den Amerikanern genossen hier insgesamt 3,6 Millionen deutsche Soldaten, davon 400.000 in Lagern in Großbritannien, eine prinzipiell korrekte Behandlung. Im Vergleich dazu hatten etwa 700.000 Deutsche schwierige Haftbedingungen: Sie waren gleich nach Kriegsende von Amerikanern und Briten der französischen Armee überstellt wurden. Diese setzte ihre damit über 900.000 deutschen Gefangenen unter oft harten Bedingungen zu Aufräumarbeiten, beim Wiederaufbau, in Landwirtschaft und Industrie ein. Etwa 50.000 mussten Minen räumen, was jeden Zehnten das Leben kostete. Weil Frankreich nach dem Krieg selbst große Not litt, stand es auch um die materielle Versorgung seiner Kriegsgefangenen schlecht. So erklärt es sich, dass insgesamt etwa 30-40.000 von ihnen umkamen – eine relativ hohe Zahl für westliche Verhältnisse, doch weit entfernt vom Massensterben im Osten. Die Franzosen entließen auch als letzte westliche Siegermacht Ende 1948 die letzten deutschen Gefangenen. Die Amerikaner waren damit bereits im Juni 1947 vorangegangen.

Bericht des Wehrmachtssoldaten Johann Lampert, geboren 1918, über seine französische Kriegsgefangenschaft im Herbst 1945

"Die Bewachungsmannschaft bestand mit wenigen Ausnahmen aus deutschsprachigen Franzosen aus dem Elsass. Jeden Morgen um sieben Uhr mussten wir zum Zählappell auf dem Kasernenhof Aufstellung nehmen.

Bei einem dieser Zählappelle fiel plötzlich ein Schuss. Es sprach sich wie ein Lauffeuer herum, dass ein Marinemaaß auf seinem Lager von einem französischen Korporal erschossen worden sei. Der Maat war krank und hatte nicht auf dem Kasernenhof zum Appel antreten können. Der Korporal war als Deutschenhasser bekannt und früher bei der französischen Fremdenlegion gewesen. Im Lager nahm er einen hohen Posten ein. Wir alle waren empört und aufgeregt. Die Franzosen verstärkten daraufhin ihre Wachen, sie fürchteten eine Meuterei und ließen uns in die Unterkünfte marschieren. Einige weitere Schüsse fielen zwar noch, aber es dürfte sich dabei eher um Warnschüsse gehandelt haben. Letztlich blieb es im Lager ruhig. Die Angelegenheit wurde von der deutschen Lagerleitung in Form eines Gesuchs gemeldet, und angeblich sei daraufhin eine Kommission aus Genf gekommen, aber ich habe sie weder gehört noch gesehen. Dem Korporal ist nichts geschehen. Er schikanierte weiter die Leute und verbreitete, dass er nach den Gesetzen der Fremdenlegion keinen Fehler gemacht habe.

Mein Freiheitsdrang und der Wunsch, nach Hause zu kommen, wurden immer größer. Ich suchte überall im Lager nach Fluchtmöglichkeiten. Heilfroh war ich, als ich einen Job in der Küche bekam, der mich aus dem Lager hinausführte. Wir mussten mit dem Koch in den Schlachthof von St. Avold fahren, um Fleisch und Knochen abzuholen. Es war keine gute Ware, und trotz meines ständigen Heißhuners verging mir der Appetit auf Fleisch. Unsere mit Gewehren bewaffneten Wachen ließen uns keine Sekunde aus den Augen. Trotzdem bewegte mich der Gedanke an Flucht unablässigen.

Am Anschlagbrett wurde neben Bildern von deutschen Konzentrationslagern und Lagern für sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland außerdem Werbung für die Meldung zur Fremdenlegion ausgehängt. Das war für mich ein Hoffnungsschimmer und schien mir als Ausgangspunkt für eine Flucht günstiger zu sein als das Lager. Ohne mich lange zu besinnen, ließ ich mich als Bewerber für einen Dienst in der Fremdenlegion registrieren. Von da an wirkten meine Bewacher wie ausgewechselt, das erste Mal wurde ich von der Verwaltung höflich und sehr freundlich empfangen. Sie siezten mich und gaben mir völlig unerwartet ein schönes neues Khakihemd. Man sagte mir, ich solle morgen den Eintritt in die Fremdenlegion schriftlich bestätigen.

Mein väterlicher Freund hielt mich aber von meinem Vorhaben ab. Ich erschien nicht zum anberaumten Termin und unterschrieb nichts. Es dauerte nicht lange, und ich wurde von zwei bewaffneten

französischen Soldaten abgeholt und einem Colonel und seinen Beisitzern vorgeführt. Man kann nicht sagen, dass sie zimperlich mit mir umgingen. Als ich bei meiner Weigerung blieb, wurde ich mit Gewehrkolbenhieben und Fußtritten zurück in meine Unterkunft geprügelt. Durch meine unüberlegte Meldung zur Legion hatte ich meinen Arbeitsdienst bei der Lagerküche verloren und unterlag nun einer Sonderbewachung. Ich war der einzige, der sich zwar zur Fremdenlegion gemeldet, aber einen Rückzieher gemacht hatte. Seitdem wurde ich von meinen Kameraden "Legionär" genannt und nahm so etwas wie eine Anführerposition ein, was meinen Fluchtplänen nicht gerade zuträglich war. Als kurz darauf fünfzig Mann zu einem Minensuchkommando abkommandiert wurden, war ich dabei – ich wurde praktisch strafversetzt. Ich wunderte mich, dass ich das Khakihemd behalten durfte. Der Abschied von meinem väterlichen Freund war furchtbar und für uns beide sehr schmerzlich. So landete ich mit weiteren hundert Kameraden in einem kleinen Kriegsgefangenenlager an der Maginotlinie.

In einem größeren Steinbau, wahrscheinlich das frühere Wirtschaftsgebäude eines Gutshofes, wurden wir im Obergeschoß in einem der Säle untergebracht. Wir lagerten glücklicherweise auf einem dürtig mit Stroh ausgelegten Holzfußboden. Der Raum war für die hundert Mann sehr eng bemessen, aber daran hatten wir uns schon gewöhnt. Das Erdgeschoss hatten die französische Lagerleitung und die Bewachungsmannschaft belegt, während sich im Keller eine Feldküche, Magazine und sonstige Wirtschaftsräume befanden.

Unsere Bewachungsmannschaft rekrutierte sich zum großen Teil aus deutschsprachigen Franzosen. Seltsamerweise kam ich auch hier besser mit den Französisch sprechenden Bewachern aus. Sie schienen mir freundlicher und ehrlicher im Umgang mit uns. Bei Tauschgeschäften über den Lagerzaun waren es vor allem deutsch-französische Zivilisten und Militärs, die sich unsere Habseligkeiten hinüberwerfen ließen und einfach abhauten, ohne dass wir das verabredete Tauschobjekt bekamen.

Ich plante nun verstärkt meine Flucht, 90 Prozent der Insassen hatten dieselben Gedanken. Jedoch erschien es mir, dass die wenigsten ein volles Risiko eingehen würden. Ich wollte Weihnachten zu Hause bei meiner Familie sein und war zu allem bereit. Ich hatte während des Krieges eine zauberhafte, junge Frau kennengelernt. Wir hatten im August 1940 während eines Fronturlaubs geheiratet. Meine Frau hatte während des Krieges immer zu mir gehalten. Sie war mir in alle Garnisonsunterkünfte und Truppenübungsplätze in Deutschland nachgereist. In Bamberg brachte sie immer in Erfahrung, wenn ich während einer Bahnfahrt dort Aufenthalte hatte. So konnten wir uns einige Minuten sehen, bevor mich der Transport wieder an einen anderen Ort brachte. Meine Sehnsucht nach meiner Familie und meiner Heimatstadt wuchs von Tag zu Tag. Mein siebter Sinn warnte mich, nicht noch länger in diesem Lager zu bleiben. Wir waren in dieses Lager zum Minenräumen gekommen. Das Risiko, dabei sein Leben zu verlieren, war genauso groß wie das Risiko, das ich bei einer Flucht einging. Auf was sollte ich also noch warten?

Die Zeit für eine Flucht wurde knapp, denn es kündigte sich Frost und Schnee an. Im Schnee hätte man die Spur von flüchtenden Menschen ohne weiteres aufnehmen können. Wir waren eine Gruppe von sieben Mann, die sich unter dem Motto "Weihnachten zu Hause" zusammengeschlossen hatten. Im Januar 1946 sollte der Minenräumkurs beginnen. Bei irgendeiner Gelegenheit kam ich mit einem Ausbilder ins Gespräch, wobei ich ihm erklärte: "Ich habe bei der Wehrmacht keine Minen geräumt und werde auch hier keine räumen!" Er antwortete: "Wir haben unsere Mittel und Wege!" "Ich bin dazu nicht ausgebildet!" "Ihr werdet schon ausgebildet werden, keine Bange", lautete die Antwort. Mich ritt der Teufel: "Ihr kriegt mich nicht rein!" Er versicherte mir lächelnd, dass sie noch jeden in das Minenfeld bekommen hätten. Kameraden, die schon Minen geräumt hatten, erzählten mir, dass fast alle Ausbilder rigorose Kerle seine, die rücksichtslos vorgingen und vor nichts zurückschreckten. Den Kriegsgefangenen würde so lange vor die Füße geschossen, bis sie vor Angst in das Feld gingen. Manchen würde in die Füße geschossen, einige wären erschossen worden. Die offizielle Todesursache lautete immer: "Auf der Flucht verletzt" oder "Auf der Flucht erschossen". Meine Trotzreaktion bereute ich hinterher bitter, denn nun wurde ich mindestens dreimal pro Nacht in unregelmäßigen Zeiten kontrolliert. Die Franzosen hielten mich für einen Wortführer innerhalb der Unterkunft und richteten deshalb ein besonderes Augenmerk auf mich.

Quelle: Rüdiger Overmans, *Soldaten hinter Stacheldraht. Deutsche Kriegsgefangene des Zweiten Weltkriegs*, Berlin München 2000, S. 213-219.

Während die deutsche Kapitulation die Anzahl deutscher Kriegsgefangener schlagartig ansteigen ließ, befreite sie im Gegenzug die alliierten Soldaten in deutscher Gefangenschaft. Vor allem den gefangenen Sowjetsoldaten brachte dies aber keine wirkliche Freiheit, weil Stalin in Jalta die Alliierten auf die Heimführung (Repatriierung) sowjetischer Staatsbürger verpflichtet hatte. Die meisten hatten das Kriegsende allerdings gar nicht erlebt. Von den Deutschen als slawische "Untermenschen" betrachtet, waren sie ermordet worden, verhungert oder an den unmenschlichen Bedingungen in den Lagern zugrunde gegangen – mithin das größte deutsche Verbrechen des Krieges nach dem Mord an den Juden. Von insgesamt fünf Millionen konnten deshalb nur noch 1,8 Millionen auf Rückführung in die Heimat hoffen. Ein Großteil von ihnen wehrte sich verzweifelt dagegen, nicht wenige begingen Selbstmord. Trotz wachsender Skrupel sahen sich die Westalliierten durch das Jalta-Abkommen dazu gezwungen, die Rückführung aus ihrem Machtbereich auch gewaltsam durchzusetzen. Für die ehemaligen Kriegsgefangenen begann nun in der Heimat ein neues Martyrium. Weil sie nicht Stalins Heldenbild entsprachen, vielmehr als "Vaterlandsverräter" und "Kollaborateure" galten, wurden Tausende hingerichtet. Ein großer Teil verschwand für lange Zeit in Arbeitslagern. Glücklich konnte sich schätzen, wer lediglich Misstrauen und Benachteiligung durch Staat und Gesellschaft erfuhr.

Noch verzweifelter sahen bei Kriegsende die wirklichen Kollaborateure im zivilen und militärischen Bereich ihrem Schicksal entgegen. Etwa eine Million Sowjetbürger hatten in Wehrmacht, SS und deutscher Polizei entweder als einzelne "Hilfswillige" oder in Freiwilligen-Formationen gedient, viele aus Antikommunismus, teilweise aus Antisemitismus, andere einfach nur um zu überleben. Die größte Gruppe umfasste zuletzt 125.000 Soldaten in der "Russischen Befreiungsarmee" unter ihrem Oberbefehlshaber Andrej Wlassow, einem früheren Sowjet-General. Soweit sie nicht bereits der Roten Armee in die Hände gefallen waren, wurden die meisten Kollaborateure bei Kriegsende an die Sowjetunion ausgeliefert, wo sie das Schlimmste erwartete: das Führungspersonal – so auch Wlassow und seine Kommandeure – meist ein kurzer Prozess und die Hinrichtung, alle anderen lange Haft im Arbeitslager. Unter besonders dramatischen Umständen gingen die Kosaken-Verbände der Wehrmacht zugrunde, die am schmutzigen Partisanenkrieg in Jugoslawien beteiligt gewesen waren. Bei Kriegsende wichen sie mit ihrem großen zivil-familiären Anhang, insgesamt etwa 35.000 Menschen, nach Osttirol und Kärnten zurück. Die britische Armee dort wog sie zunächst in Sicherheit, lieferte sie dann aber Ende Mai/Anfang Juni 1945 rücksichtslos der sowjetischen Seite aus. Ihr absehbares Schicksal vor Augen, begingen Hunderte Kosaken an Ort und Stelle Selbstmord.

Die sowjetischen Kriegsgefangenen wie auch die ehemaligen "fremdvölkischen" Angehörigen von Wehrmacht und SS waren aber nur Teil einer noch größeren Gruppe von Menschen, welche die westlichen Siegermächte als Displaced Persons (DPs) bezeichneten. Zu diesen rechneten sie alle Zivilpersonen, die sich infolge des Krieges nun außerhalb ihrer Heimatländer befanden und ohne Hilfe nicht mehr dorthin zurückkehren konnten. Insgesamt handelte es sich um etwa 11 Millionen Menschen, hauptsächlich ehemalige Zwangsarbeiter aus fast allen Teilen Europas, daneben auch freiwillige zivile Arbeitskräfte, KZ-Häftlinge und die Kriegsgefangenen. Hinzu kam schließlich jenes große Heer von ausländischen deutschen Hilfstruppen und von Soldaten ehemals verbündeter Streitkräfte, die es zuletzt auf das Reichsgebiet verschlagen hatte. Zwei Drittel von ihnen befanden sich auf dem Gebiet der westlichen Besatzungszonen Deutschlands, wo sie im Unterschied zur Sowjetzone als DPs anerkannt waren. Besonders hilfebedürftig waren die jüdischen Überlebenden des Holocaust, allein in den Westzonen etwa 50-75.000 Menschen. Die DPs stellten für die Besatzungsmächte nicht nur ein erhebliches logistisches, sondern auch ein Problem für die innere Sicherheit in Deutschland dar. Neben der Versorgung und Repatriierung der DPs ging es daher immer auch um ihre Kontrolle. Zu diesem Zweck richteten die westlichen Siegermächte mehrere hundert Lager für DPs ein, die sie mit Unterstützung der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) betrieben. Bis Ende 1945 waren die meisten DPs repatriiert, vorrangig und zwangsweise die Sowjetbürger als mit Abstand stärkste Nationalität. Dagegen kam die Heimführung der polnischen DPs – mit über 900.000

Menschen nach den Franzosen die drittstärkste Gruppe – Ende 1946 zum Erliegen, nachdem bis dahin knapp die Hälfte repatriert worden war – aus der SBZ zwangsweise. Die kommunistische Machtübernahme in Polen machte die Heimkehr für die allermeisten nun nicht mehr erstrebenswert. Sie wurden stattdessen im westlichen Ausland oder gar in Westdeutschland sesshaft, wo bei Gründung der Bundesrepublik noch über 100.000 lebten und bald einen Rechtsstatus als "heimatlose Ausländer" erhielten.

Das Vermächtnis des Zweiten Weltkrieges: Vereinte Nationen und europäische Einigung

Das menschliche Leid, dass sie mit der Zwangsrepatriierung sowjetischer Staatsbürger erlebten, ließ die amerikanischen und britischen Verantwortlichen in Deutschland nicht gleichgültig. In der Praxis wurden deshalb die Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion aus dem Jalta-Abkommen immer stärker unterlaufen. Zu spät für die allermeisten Betroffenen reagierte man auch auf höchster politischer Ebene: Am 12. Februar 1946 verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Empfehlung, wonach Flüchtlinge und Displaced Persons künftig nicht mehr gegen ihren Willen in ihr Heimatland zurückgebracht werden sollten.

Mit den Vereinten Nationen wird ein positives Vermächtnis des Zweiten Weltkrieges sichtbar: das Bemühen der Staatengemeinschaft um eine globale Sicherheitsarchitektur. Ein erster Versuch in Gestalt des Völkerbundes war nach dem Ersten Weltkrieg gescheitert. Ein neuer Anlauf während des Zweiten Weltkrieges führte schließlich zum Erfolg. Sein Ursprung lag in der 1941 von Roosevelt und Churchill vereinbarten Atlantik-Charta und ihren Prinzipien für eine bessere, friedliche Weltordnung. Auf dieser Grundlage entwickelte sich aus dem Kriegsbündnis der "Vereinten Nationen" gegen Hitler und die Achsenmächte eine globale Organisation zur Sicherung des Weltfriedens, zur Einhaltung des Völkerrechts und zum Schutz der Menschenrechte. Konkret verständigten sich die alliierten Großmächte Anfang 1945 in Jalta auf die Gründung der Organisation der Vereinten Nationen (United Nations Organization; UNO), die schließlich auf der Konferenz von San Francisco besiegt wurde. Ende Juni 1945 unterzeichneten dort die Vertreter von 51 Staaten, die auf alliierter Seite kämpften, die [Charta der Vereinten Nationen](http://www.unric.org/de/charter) (<http://www.unric.org/de/charter>). Das Ende des Zweiten Weltkrieges bald danach ließ die neue Organisation nicht überflüssig werden – im Gegenteil. Die Entzweiung der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition, die Konfrontation beider Lager im ausbrechenden Kalten Krieg, aber auch der vom Weltkrieg angestoßene Prozess der Auflösung der Kolonialreiche machten deutlich, dass die Welt nicht friedlicher geworden war. Die Vereinten Nationen bewiesen ihre Notwendigkeit nun unter neuen Vorzeichen.

Ein noch stärkerer politischer Wille zu internationaler Sicherheit und friedlichem Zusammenleben entstand in Europa, wo beide Weltkriege ihren Ausgang genommen und gewütet hatten. Alte paneuropäische Bestrebungen, die nach dem Ersten Weltkrieg aufgekommen, aber unter den politischen Bedingungen der 1920er-Jahre gescheitert waren, lebten nun wieder auf. Als Alternative zum System europäischer Nationalstaaten, von dem in der Vergangenheit so viel Unfrieden ausgegangen war, erhielt die Vision von einem vereinten, föderalen Europa neuen Auftrieb. Für diese Idee trat nicht zuletzt Winston Churchill ein, der 1946 öffentlich von den "United States of Europe" nach amerikanischem Vorbild sprach.

Der "Eiserne Vorhang" in Europa - Ausschnitt aus der Rede Winston Churchills vom 5. März 1946 in Fulton/Missouri (USA)

"From Stettin in the Baltic to Trieste in the Adriatic an Iron Curtain has descended across the Continent. Behind that line lie all the capitals of the ancient states of Central and Eastern Europe. Warsaw, Berlin, Prague, Vienna, Budapest, Belgrade, Bucharest and Sofia; all these famous cities and the populations around them lie in what I must call the Soviet sphere, and all are subject, in one form or another, not only to Soviet influence but to a very high and in some cases increasing measure of control from

Moscow."

"Von Stettin an der Ostsee bis Triest an der Adria hat sich ein Eiserner Vorhang auf den Kontinent herabgesenkt. Dahinter liegen all die Hauptstädte der alten Staaten Mittel- und Osteuropas. Warschau, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia – all diese berühmten Städte und die Völker dort liegen, wie ich es nennen will, im sowjetischen Machtbereich, und alle sind auf die eine oder andere Weise nicht einfach nur sowjetischem Einfluss unterworfen, sondern in einem sehr hohen und in einigen Fällen zunehmendem Maß der Lenkung durch Moskau."

Quelle: Winston Churchill, *The Sinews of Peace*, abgedruckt bei Mark A. Kishlansky (Hrsg.), *Sources of World History*, New York 1995, S. 298-302. (Übersetzung Thomas Vogel).

Die auch auf seine Initiative zurückgehende "Europäische Bewegung" verhalf der Idee bald zum politischen Durchbruch. Mit der Gründung des Europarates legten schließlich 1949 zehn westeuropäische Staaten das Fundament für die politische Einigung des Kontinents. Zwei Jahre später trat die junge Bundesrepublik Deutschland dem Europarat bei. Der seitdem fortschreitende Prozess der europäischen Integration war lange auf das freie und demokratische Westeuropa begrenzt, bis er sich nach dem Ende des Kalten Krieges ab 1989/90 auch für die Staaten in Osteuropa öffnete. Er blieb dabei dem ursprünglichen Grundgedanken einer Werte- und Sicherheitsgemeinschaft verpflichtet. Somit kann sich, ähnlich wie die UNO, auch die Europäische Union von heute als ein Kind des Zweiten Weltkrieges betrachten.

Weiterführende Literatur:

- Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*, Frankfurt am Main 1995.
- Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.
- John Lewis Gaddis, *Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte*, München 2008.
- Ulrike Goeken-Haidl, *Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener während und nach dem Zweiten Weltkrieg*, Essen 2007.
- Atina Grossmann, *Juden, Deutsche, Alliierte. Begegnungen im besetzten Deutschland*, Göttingen 2012 (engl. Orig. 2007).
- Klaus-Dietmar Henke, Hans Woller (Hrsg.), *Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 1991.
- Wolfgang Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951*, Göttingen 1985.
- Holger Köhn, *Die Lager der Lager. Displaced Persons-Lager in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands*, Essen 2012.
- Andreas Kossert, *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, München 2009.
- Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955*, München 2000.

- Rolf-Dieter Müller, An der Seite der Wehrmacht. Hitlers ausländische Helfer beim "Kreuzzug gegen den Bolschewismus" 1941-1945, Berlin 2007.
- Ders. (Hrsg.), Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945. Erster Halbband. Die Militärische Niederwerfung der Wehrmacht, München 2008 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 10. Erster Halbband, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt).
- Ders. (Hrsg.), Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945. Zweiter Halbband. Die Folgen des Zweiten Weltkrieges, München 2008 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 10. Zweiter Halbband, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt).
- Norman M. Naimark: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1999.
- Klaus Neitmann, Jochen Laufer (Hrsg.): Demontagen in der Sowjetischen Besatzungszone und in Berlin 1945 bis 1948. Sachthematisches Archivinventar. Bearbeitet von Klaus Jochen Arnold, Berlin 2014.
- Rüdiger Overmans, Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg, München 1999.
- Ders., Soldaten hinter Stacheldraht. Deutsche Kriegsgefangene des Zweiten Weltkriegs, Berlin München 2000.
- Jan Rydel, Die polnische Besatzung im Emsland 1945-1948, Osnabrück 2003.
- Bernd Stöver: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991, München 2007.
- Ders., Geschichte des Koreakriegs. Schlachtfeld der Supermächte und ungelöster Konflikt, München 2013.
- Clemens Vollnhals (Hrsg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Dimensionen des "totalen Krieges"

21.1.2015

Die deutsche Kriegsgesellschaft

Eine mobilisierte "Volksgemeinschaft"?

Von Dr. habil. Jörg Echternkamp

30.4.2015

Dr. habil. Jörg Echternkamp, geboren 1963, ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Er hatte zahlreiche Lehraufträge an Universitäten im In- und Ausland; 2012/13 war er Inhaber der Alfred-Grosser-Gastprofessur am Institut d'Études Politiques (Sciences Po) in Paris. Echternkamp forscht und lehrt zur deutschen und europäischen Geschichte vom 18. zum 21. Jahrhundert; Schwerpunkte bilden derzeit die Gesellschafts- und Erinnerungsgeschichte der Weltkriege, der NS-Zeit und der deutschen Nachkriegsgeschichte. Zu seinen Publikationen zählen: (Hg.) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1-2: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945 (München 2004/2005; engl. Oxford 2008/2014), Die 101 wichtigsten Fragen: Der Zweite Weltkrieg, München 2010, Militär in Deutschland und Frankreich 1870-2010, Paderborn 2011 (hg. mit S. Martens), München 2012; Experience and Memory. The Second World War in Europe, Oxford 2010/2013 (hg. mit S. Martens); (Hg.), Wege aus dem Krieg im 19. und 20. Jahrhundert, Freiburg 2012; Die Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1969, Paderborn 2013; Gefallenengedenken im globalen Vergleich (hg. mit M. Hettling), München 2013; Soldaten im Nachkrieg 1945-1955, München 2014.

Die Gesellschaft im Nationalsozialismus kann man nicht allein unter dem Gesichtspunkt von Terror und Zwang betrachten. In der NS-Forschung werden deshalb seit einigen Jahren auch heikle Frage aufgeworfen. Sicher ist: Wie Nationalsozialismus und Krieg erlebt wurden, hing nicht zuletzt wesentlich davon ab, ob man in einer Großstadt lebte oder in der Provinz.

Der Krieg versetzte die deutsche Gesellschaft in einen neuen Zustand. Die Bedingungen, unter denen sich das "Dritte Reich" in den Friedensjahren stabilisiert hatten, änderten sich spätestens 1941/42 dramatisch. Die militärische Mobilisierung, der Bombenkrieg, die Zerstörungen und Verluste prägten den Alltag an der "Heimatfront" – mit diesem Begriff signalisierte die NS-Propaganda, dass sich auch die Zivilbevölkerung in einer Kampfsituation befand. Diese "Kriegsgesellschaft" steckte im Korsett der nationalsozialistischen Diktatur, in der die Mobilisierung "von oben" und die Selbstmobilisierung "von unten" zusammenwirkten.

Auf der einen Seite wuchs der Anpassungsdruck: Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) – die ja keineswegs geheim war! – blieb ein machtvoller Terrorinstrument. Sie gehörte seit dem Überfall auf Polen 1939 zum neu gegründeten Reichssicherheitshauptamt (RSHA), in das die Sicherheitspolizei und der parteieigene Sicherheitsdienst (SD) integriert wurden. Das Amt IV, die wohl wichtigste Untergliederung, war für die Bespitzelung und Bekämpfung der politischen Gegner zuständig. Die Gestapo verfügte seit 1939/40 sogar über eigene Haftstätten: die "Arbeitserziehungslager". Rund 200 solcher AEL, die nicht der SS, sondern örtlichen Gestapodienststellen unterstanden, gab es bis 1945. Mit dem Krieg erweiterte sich der Aktionsradius. Zum einen war die Gestapo nun auch mit der Überwachung der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter befasst; zum anderen spielte sie bei der Verfolgung, Deportation und Ermordung der Juden eine zentrale Rolle. Doch die ältere Vorstellung von der allgegenwärtigen, allmächtigen Terrortruppe ist überholt – und gilt mittlerweile selbst als Mittel der Einschüchterung. Weil das Personal nicht ausreichte, war die Gestapo auf die Mithilfe der Bevölkerung angewiesen: auf V-Leute und Denunzianten. Auf die setzte auch der Sicherheitsdienst (SD), der als Geheimdienst der NSDAP gegründet worden war. Im Ausland für Spionage und Gegenspionage zuständig, bespitzelte er im Inland die eigenen Volksgenossen und lieferte der Führung regelmäßig Stimmungsberichte ("Meldungen aus dem Reich").

"Stimmungsberichte" des SD

Der Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS erstellte seit Kriegsbeginn regelmäßig Berichte über

die Stimmung der deutschen Bevölkerung. Die geheimen Meldungen haben nichts mit moderner Meinungsforschung zu tun und sind nicht repräsentativ. Sie sollten das Regime, das keine öffentliche Kritik an seinem Kurs zuließ, in die Lage versetzen, seine Propaganda der jeweiligen innenpolitischen Lage anzupassen.

Die mitgehörten Meinungsäußerungen zeigen wiederum, dass die Bevölkerung diese Propaganda kritisch zu lesen wusste.

Meldungen aus den SD-Abschnittsbereichen vom 22. Juli 1944

"Allgemeines

Die allgemeine Stimmung aller Bevölkerungsschichten ist in der Berichtswoche weiterhin abgesunken. Die deutsche militärische Gesamtsituation erscheint der Bevölkerung, vor allem infolge der Verschärfung der Lage im Osten, als äußerst bedrohlich. (Mitteldeutschland) [...]

Die Vorgänge an der Ostfront haben die Stimmung weitester Kreise der Bevölkerung innerhalb weniger Tage auf den Nullpunkt herabsinken lassen. Invasionsfront, Italien und Vergeltungswaffen werden erst im weiten Abstand diskutiert. Die Verbreitung der unsinnigsten Gerüchte über den unaufhaltsamen Vormarsch der Russen trägt dazu bei, die ängstlichen Gemüter in einem starken Maße zu beeinflussen. (Südwestdeutschland) [...]

Osten

Was die Volksgenossen an der Entwicklung im Mittelabschnitt am nachhaltigsten beeindruckt hat, ist der Umstand, daß es – wie aus zahlreichen Erzählungen von Soldaten in der Bevölkerung weit verbreitet – sich nicht um einen normalen Rückzug zwar unter feindlichem Druck aber doch nach einem gewissen Plan gehandelt habe, sondern um einen ausgesprochenen Zusammenbruch der Mittelfront und um einen feindlichen Durchbruch erheblichen Ausmaßes. Es erscheint den Volksgenossen unbegreiflich, wie diese Entwicklung so rasch eintreten konnte. [...]

Stärkste Unruhe, namentlich unter Frauen, die ihre Kinder in die Ostprovinzen verschickt haben, führte teilweise zu erregten Szenen auf Dienststellen, wo die Rückführung gefordert wurde. Überall flackert Sorge und Beunruhigung bei den Frauen auf, welche ihre Angehörigen in den kritischen Teilen der Ostfront haben. Aus allen Kreisen, vornehmlich aber aus denen der Intelligenz, hört man größte Vorwürfe gegen die Führung, die es dazu habe kommen lassen, daß der Feind jetzt vor der Reichsgrenze steht. (Westdeutschland) [...]

Luftkrieg

Der Luftkrieg, insbesondere die letzten Luftangriffe auf die Stadt München, wirken weiterhin sehr stimmungsdrückend, obwohl die Bevölkerung überzeugt ist, daß durch den feindlichen Luftterror kaum eine Kriegsentscheidung zu unseren Ungunsten herbeigeführt werde. Sehr beunruhigt haben die Meldungen über die geringen Abschußzahlen bei dem mehrtägigen Bombenangriff auf München und insbesondere die Tatsache, daß die Abschüsse nur durch Flakartillerie erzielt wurde. (Süddeutschland) [...]

Neben den Ereignissen an der Ostfront findet der feindliche Luftterror stärkere Beachtung. Auch hier geht die Bevölkerung mehr ihren eigenen Gedanken nach und über die amtlichen Führungsmittel hinaus. Wenn z.B. in den letzten OKW-Berichten nur von "Flakabschüssen" und nicht von "Luftkämpfen" gesprochen wird, wenn in den Luftlagemeldungen der Abflug feindlicher Verbände schon nach einer Stunde gemeldet wird, dann schließt sehr häufig die Bevölkerung hieraus, daß die deutsche Abwehr durch Flugzeuge äußerst gering geworden ist und das die Terrorangriffe der letzten Zeit die Flugzeugproduktion stark beeinträchtigt habe. (Nordostdeutschland)"

aus: Meldungen aus dem Reich 1938 – 1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes

der SS, hrsg. von Heinz Boberach, Bd. 17, Herrsching 1984, S. 6651-6657.

Grafiken: "Die deutsche Kriegsgesellschaft" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/205510/grafiken-die-deutsche-kriegsgesellschaft>)

Wehrmachtsberichte

"Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt" – Diese immer gleiche Formulierung läutete die Wehrmachtsberichte ein, in denen das Regime vom ersten Tag des Krieges an in den Mittagsnachrichten die militärische Lage an allen Fronten im Sinne der Propaganda zusammenfasste. Als ein Instrument der psychologischen Kriegsführung wirkte es auch auf die Zivilbevölkerung an der sogenannten Heimatfront ein. Die namentliche Nennung eines Soldaten galt als Auszeichnung. Statt freier Journalisten berichteten Angehörige von Propagandakompanien (PK) über das Kriegsgeschehen. Ein Vergleich der Meldungen mit denen des Gegners war gefährlich, weil das Hören von "Feindsendern" als "Rundfunkverbrechen" streng bestraft wurde.

"Freitag, den 21. Juli 1944

Südöstlich von Caen setzte der Feind seine Angriffe mit stärkeren Infanterie- und Panzerkräften fort, ohne daß er wesentlichen Geländegewinn erzielen konnte. Auch im Raum nordwestlich von St. Lo zerschlugen unsere Truppen alle feindlichen Angriffsgruppen. Bei den Kämpfen am 18. und 19. Juli wurden in der Normandie 200 feindliche Panzer abgeschossen. Kampfflugzeuge versenkten im Seegebiet westlich Brest einen feindlichen Zerstörer und beschädigten zwei weitere schwer.

Bei Säuberungsunternehmen im französischen Raum wurden wiederum 285 Terroristen im Kampf niedergemacht.

Schweres V1-Vergeltungsfeuer liegt weiterhin auf dem Großraum von London.

In Italien fanden gestern größere Kampfhandlungen nur im adriatischen Küstenabschnitt statt, wo der Feind geringfügig an Boden gewinnen konnte. An der übrigen Front führte der Gegner an vielen Stellen örtliche Angriffe, die erfolglos blieben. Die 16. SS-Panzergrenadierdivision Reichsführer SS hat sich unter Führung des SS-Gruppenführers und Generalleutnants der Waffen-SS Simon bei den schweren Kämpfen an der ligurischen Küste durch besondere Standhaftigkeit und Tapferkeit ausgezeichnet. Torpedoboote beschädigten im Golf von Genua zwei britische Schnellboote.

Im Osten (Ostfront, Anm. d. Vlg.) dauern die Kämpfe im Raum von Lemberg und am oberen Bug mit unverminderter Heftigkeit an. Unsere Divisionen leisten den den Sowjets weiterhin zähen Widerstand und fügen ihnen hohe Verluste zu. Allein eine Panzergrenadierdivision schoß dort in den letzten Tagen 101 feindliche Panzer ab. Nördlich Brest-Litowsk warfen Truppen des Heeres und der Waffen-SS die Bolschewisten im Gegenangriff zurück. [...]

Nordamerikanische Bomberverbände griffen von Süden und Westen Orte in West-, Südwest- und Mitteldeutschland an. Besonders in Friedrichshafen, Wetzlar und Leipzig entstanden Schäden und Personenverluste. Durch Luftverteidigungs Kräfte wurden 47 feindliche Flugzeuge, darunter 45 viermotorige Bomber, abgeschossen. In der Nacht griff ein britischer Verband Orte im rheinisch-westfälischen Gebiet an. Störflugzeuge warfen außerdem Bomben auf das Stadtgebiet von Hamburg; 39 viermotorige Bomber wurden dabei zum Absturz gebracht. [...]"

aus: *Die Berichte des Oberkommandos der Wehrmacht 1939-1945, Bd. 5, Köln 2004, S. 223f.*

Auf der anderen Seite öffneten sich im Krieg Handlungsräume, in denen die Menschen mit den Kriegs-

und Diktaturerfahrungen umzugehen suchten und sich zum Teil "selbst mobilisierten". Im Sinne des Nationalsozialismus ergriffen sie die Initiative zu Ausgrenzung und Unterdrückung und trieben von sich aus die Mobilisierung für den Krieg voran. Beispielsweise beteiligten sich rund 500 Wissenschaftler an der "Arbeitsgemeinschaft für den Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften". Mit einem völkisch verstandenen Wissenschaftsverständnis stellten sich Experten, Professoren zumeist, in den Dienst der völkischen Neuordnung Europas. Sie entwarfen eine völkische Geographie, betrieben rasseideologische West-, später auch Ostforschung oder schrieben eine völkische Wehrverfassungsgeschichte – alles, um Hitlers Krieg und sein Konzept vom Lebensraum im Osten pseudowissenschaftlich zu flankieren. Im Krieg boomte auch, neben allerlei seichter Unterhaltung, die Kriegsliteratur des Ersten Weltkriegs, wie sie nicht nur die Frontbuchhandlungen massenhaft vertrieben.

Schüler sammeln Altmaterial - Erlaß des Reichsministers Bernhard Rust

Sammelaktionen gehörten zum Alltag der NS-Volksgemeinschaft. Gespendet wurde daher schon vor Kriegsbeginn: für das Winterhilfswerk, das Jugendherbergswerk, den Volksbund und für das Deutschtum im Ausland zum Beispiel.

Nach 1939 erforderte es die "kriegswirtschaftliche Lage" jedoch, dass Altmaterial als Rohstoffquelle in den Schulen nun auch systematisch gesammelt wurde.

Erlaß des Reichsministers Bernhard Rust vom 16. Februar 1940

"[...] Im Einvernehmen mit dem Reichskommissar für Altmaterialverwertung ersuche ich, [bei der Betreuung der Schulvorsammelstellen] nach folgenden Richtlinien zu verfahren:

1. Die Schulen stellen ... abgetrennte Räume, die für die Kinder leicht und ohne Gefahr erreichbar und gegen Witterungseinflüsse geschützt sind, für die Sammlung von Altmaterialien zu Verfügung, soweit solche vorhanden sind.

2. Die Kinder bringen außer Knochen (Erlaß vom 24. November 1939 – E II a 3006 E III –), deren Sammlung nunmehr überall aufzunehmen ist, folgende Alt- und Abfallstoffe aus der elterlichen und der benachbarten Haushaltung, in der ein schulpflichtiges Kind nicht vorhanden ist, in die Schule zur Ablieferung mit:

- a) täglich die Zeitung (auch Fachzeitung und illustrierte Zeitung),
- b) Stoffreste, unbrauchbare Bekleidungsstücke und sonstige Stoffabfälle,
- c) Eisen- und Metallteile, sofern diese gewichtsmäßig nicht zu schwer und ohne Gefährdung zu transportieren sind,
- d) Flaschenkapseln, Folien und Tuben,
- e) Korken.

Die Abrechnung mit dem Händler ist einem Lehrer (einer Lehrerin) zu übertragen.

[...]

Die Sammlung von Altmaterialien ist Kriegsdienst. Zur ihr wird die deutsche Schuljugend aufgerufen. Ich erwarte, daß sie ihre Pflicht tut.

Berlin, den 16. Februar 1940.

Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung

E II a 286 E III.“

Quelle: Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Amtsblatt des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Unterrichtsverwaltungen der Länder, S. 147.

zitiert nach: Nationalsozialismus und Schule. Amtliche Erlasse und Richtlinien 1933-1945, hrsg. und eingeleitet von Renate Fricke-Finkelnburg, Opladen 1989, S. 235f.



"Volksgemeinschaft als Terror und Traum" - Interview mit Norbert Frei (<http://www.bpb.de/mediathek/194406/volksgemeinschaft-als-terror-und-traum>)

Würde man die Gesellschaft im Nationalsozialismus allein unter dem Gesichtspunkt von Terror und Zwang betrachten, entstünde daher ein Zerrbild. In der NS-Forschung wird deshalb seit einigen Jahren die heikle Frage aufgeworfen, was denn die Zeitgenossen noch im Krieg als die "guten" Seiten des NS-Regimes wahrgenommen haben? Heikel ist die Frage insofern, als die Distanz zwischen dem heutigen Betrachter und dem Nationalsozialismus hier kleiner ausfällt als dort, wo es um die "böse" Seite des Regimes geht. Zugespitzt formuliert: Verbrecherische Politik findet längst keine Zustimmung mehr, doch wie verhält es sich etwa mit dem Gemeinschaftserlebnis bei

Massenveranstaltungen?

Bereits im Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit hatte ein Begriff im Mittelpunkt vieler politischen Debatten gestanden: "Volksgemeinschaft". Er hatte dem Bedürfnis der Deutschen, nicht zuletzt der national denkenden Sozialdemokraten und Juden, nach gleichberechtigter Zugehörigkeit entsprochen. Während liberale und linke Parteien den Integrationsaspekt betont hatten – auch die Arbeiter gehörten zur sozialistischen Volksgemeinschaft! – hatten die nationalkonservativen Parteien auf eine rasseideologisch überhöhte, antisemitische Definition der Gemeinschaft gesetzt, die durch "völkische" Ordnungsideen zusätzlich aufgeladen worden war. Sie betonten den Ausschluss sogenannter Gemeinschaftsfremder, vor allem der Juden. Wer kein "Volksgenosse" war, gehörte nicht länger zum Kreis der Staatsbürger.

"Danzig war deutsch, Danzig ist deutsch geblieben und Danzig wird von jetzt ab deutsch sein"

"Was auch immer dem einzelnen Deutschen nun in den nächsten Monaten oder auch Jahren an Schwerem beschieden sein mag, es wird leicht sein im Bewußtsein der unlösbaren Gemeinschaft, die unser ganzes großes Volk umschließt und umfaßt.

Wir nehmen Sie auf in diese Gemeinschaft mit dem festen Entschluß, Sie niemals mehr aus ihr ziehen zu lassen, und dieser Entschluß ist zugleich das Gebot für die ganze Bewegung und für das ganze deutsche Volk. Danzig war deutsch, Danzig ist deutsch geblieben und Danzig wird von jetzt ab deutsch sein, solange es ein deutsches Volk gibt und ein Deutsches Reich besteht.

Generationen werden kommen, und Generationen werden wieder vergehen. Und sie alle werden zurückblicken auf die 20 Jahre der Abwesenheit dieser Stadt als auf eine traurige Zeit in unserer Geschichte. Sie werden sich aber dann nicht nur erinnern der Schande des Jahres 1918, sondern sie werden sich dann mit Stolz auch besinnen auf die Zeit der deutschen Wiedererhebung und der Wiederauferstehung des Deutschen Reiches, jenes Reiches, das nun alle deutschen Stämme zusammengefaßt hat, das sie zusammenfügte zu einer Einheit, und für das wir nun einzutreten entschlossen sind bis zum letzten Hauch. Dieses Deutschland der deutschen Volksgemeinschaft aller deutschen Stämme, das Großdeutsche Reich - Sieg Heil!"

Auszug aus einer auf Tonträger erhaltenen Rede Adolfs Hitlers im Artushof in Danzig am 19. September 1939 zur Aufnahme der Danziger und Danzigerinnen in die deutsche "Volksgemeinschaft". Vorhanden im Bestand des DRA

Die Nationalsozialisten griffen diesen Schlüsselbegriff auf. Gleich nach ihrer Machtübernahme am 30. Januar 1933 setzten sie auf der einen Seite alles daran, das Programm durch eine entsprechende Gesetzgebung in die Tat umzusetzen. Die Juden, aber auch der eigene "erbkranke Nachwuchs" waren als Fremdkörper im deutschen "Volkskörper" gebrandmarkt worden, den es zu beseitigen galt. Auf der anderen Seite wurde die deutsche Mehrheitsgesellschaft im Zuge der Kriegsvorbereitung und während des Krieges als eine "wehrhafte" Volksgemeinschaft militarisiert und mobilisiert. Der Gemeinschaftsgedanke sollte die Nation zusammenschweißen und so auch die "Heimatfront" stärken. Diesem Selbstbild zufolge wäre die deutsche Kriegsgesellschaft als eine relativ gleichförmige, egalitäre Gemeinschaft zu verstehen. Die umgekehrte Vorstellung, dass die Menschen unter dem Druck der Kriegsgewalt weitgehend gleiche Erfahrungen gemacht haben, klingt noch heute etwa an, wenn von der Kriegsgeneration die Rede ist.

Wissenschaft und "Wehrhaftmachung": der Jurist Ernst Rudolf Huber als Beispiel

Ernst Rudolf Huber (1903-1990), gehörte zu den führenden Verfassungsrechtlern des "Dritten Reiches". Im Rahmen der "Wehrhaftmachung" wandte sich der Jurist, ein Schüler Carl Schmitts, der Rechtsgeschichte zu und veröffentlichte 1938 eine umfangreiche, völkisch grundierte Darstellung der Geschichte der deutschen Wehrverfassung

von der Germanenzeit bis in die 1930er Jahre. Darin überhöhte er die (historisch-konkrete) Wehrverfassung zu einem für die völkische Existenz notwendigen staatsbildenden Faktor. Seine historische Darstellung sucht den historischen Nachweis zu führen, die nationalsozialistische Aufrüstung sei die historisch notwendige, längst überfällige Wiederherstellung der Identität von Volk und Wehrmacht als Voraussetzung eines künftigen Großreichs. Herr und Staat erschien 1943 in einer zweiten Auflage; das Kapitel [...] wurde als separates Bändchen vertrieben. Nach 1945 wurde Huber durch seine achtbändige Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789 (1957-1991) bekannt.

"Der Kampf um Sein und Geltung, in dem das deutsche Volk nicht erst seit dem unmittelbaren Ausbruch des zweiten Weltkriegs, sondern seit Jahrzehnten eines sogenannten Friedens steht, hat bei uns schärfer als anderswo bewußt werden lassen, in welchem Maße die nationale Existenz von der nationalen Wehrkraft abhängig ist. [...] Das Heer ist eine der staatsbildenden Kräfte – das ist die tiefe Einsicht, zu der das Nachdenken über die Beziehungen von Volk und Wehrmacht führt. Daß die Wehrordnung unmittelbar der politischen Grundordnung eines Volkes, d.h. seiner Verfassung, zugehört, ist eine Einsicht, die mit der Erneuerung der deutschen Wehrfreiheit und Wehrhoheit wieder in das allgemeine Bewußtsein getreten ist. Das Wehrrecht ist nicht nur eine technische Regelung der Wehrorganisation und der Wehrverwaltung, sondern es ist vor allem ein unmittelbarer Ausdruck der politischen Ordnung, in der ein Volk zum Staat wird. (S. 13)

Die Wechselwirkung von Wehrordnung und politischer Gesamtverfassung [...] wird durch einen Blick über die Wandlungen der Wehrverfassung in der deutschen Geschichte bestätigt. [...] So wird jede historische Frage zum unmittelbar juristischen Problem, indem sie auf das Wesensgesetz gerichtet ist, das sich in der geschichtlichen Entwicklung entfaltet. (S. 19)
[...]

Mit dem Zusammenbruch der Wehrverfassung [1918/19] ging dem Volk jede Einheit und Ordnung verloren; es geriet außer Verfassung und versank im Chaos, im Umsturz und im Bürgerkrieg. Wenn es trotzdem gelang, den äußeren Rahmen eines an Gebiet und Menschen verstümmelten Reiches aus dieser Auflösung zu retten, so war es den Resten der alten Wehrmacht zu danken. In dem der große Marschall des Krieges [von 1914-1918, von

Hindenburg] an der Spitze des Heeres verblieb, indem es gelang, das Heer von den fernen Fronten geordnet in die Heimat zurückzuführen, indem freiwillige Verbände nach außen die offenen Grenzen des Reiches verteidigten und im Inneren den spartakistischen Aufruhr bezwangen, erbrachte die alte Wehrverfassung noch im Versinken ihre stärkste geschichtliche Leistung. Sie erhielt die äußersten Grundlagen des Reiches und schuf den Ansatz für einen neuen Aufbau des Volkes und für die Wiederherstellung des Volksheeres in einem erneuerten Reich."

aus: Ernst Rudolf Huber, Heer und Staat in der deutschen Geschichte, Hamburg 1938, 2. erw. Aufl. 1943; S. 13, 19, 442

Doch stimmt das? Führte der Krieg durch die Erfahrung von Gewalt, Verlust und Komplizenschaft tatsächlich zu einer Gleichheits- und Gemeinschaftserfahrung? Die Unterschiede zwischen den sozialen Klassen, wie sie aus dem Kaiserreich ins 20. Jahrhundert überdauert hatten, waren durch den Egalisierungsdruck im Nationalsozialismus nicht verschwunden – natürlich nicht – aber doch weniger spürbar geworden. Vor allem die Jüngeren hatten das Gefühl, in eine zukunftsträchtige Gesellschaftsform aufzubrechen, in der es zumindest für die "Arier" weniger auf die soziale Herkunft als auf die eigene Leistung ankam. Die "Kameradschaft" an der Front, die allgegenwärtige Todesgefahr und auch die staatlichen Eingriffe in den Markt, der die Klassenunterschiede hervorgebracht hatte, schliffen die sozialen Unterschiede ein Stück weit ab. An die Stelle der verschiedenen "sozialmoralischen Milieus" (M. Rainer Lepsius), etwa der Katholiken und Protestanten, der Arbeiterschaft, der ostelbischen Gutsbesitzer, trat die "wehrhafte Volksgemeinschaft". Das Regime sorgte dafür, dass der Lebensstandard bis in die zweite Kriegshälfte hinein für alle relativ hoch blieb, höher jedenfalls als in den besetzten Gebieten, auf deren Kosten die nationalsozialistische Konsumgesellschaft lebte. Die Zerstörung ganzer Wohnviertel durch die Flächenbombardements der Alliierten, die Rationierung von Lebensmitteln und die allgemeine Verknappung von Gütern, die Luxus erschweren: all das erhöhte die egalisierende Wirkung des Krieges. Hinzu kam in den ersten Kriegsjahren das Gefühl, gemeinsam auf der Siegerseite zu stehen – eine Kriegsbegeisterung, die bis zum Winter 1941/42 anhielt. Dazu gehörte etwa ein neuer Totenkult. An die Stelle der Trauer um die Gefallenen des Ersten Weltkriegs trat ihre Verherrlichung. Am Heldengedenktag, der 1934 den Volkstrauertag abgelöst hatte, feierte die Volksgemeinschaft ihre toten Helden, inklusive jener Männer, die in der Frühphase der NS-Bewegung "gefallen" waren.

Die Kriegserfolge kräftigten auch den "Hitler-Mythos" (Ian Kershaw). Die von der Propaganda verklärten Siege der "Blitzkriege" in Polen, Frankreich und auf dem Balkan wurde dem vermeintlich genialen "Feldherren" Hitler persönlich zugeschrieben. Allzu gerne waren viele bereit zu glauben, dass ihr Idol, einst Frontsoldat des Ersten Weltkriegs, von der Vorsehung auserkoren sei, Deutschland zu einer nie dagewesenen Großmachtstellung zu führen. Diese Führergläubigkeit – man lese nur einmal die Briefe an Hitler! – befeuerte die Siegeszuversicht, stärkte die Kampfmoral und wirkte positiv auf die militärische Leistung der Wehrmacht zurück. Auch wenn die Überzeugungskraft mit den Kriegsphasen schwankte und insgesamt geringer wurde: Der Mythos überdauerte die Wende von Stalingrad, schien doch allein Hitler in der Lage, das militärische Schicksal zu wenden und die Deutschen vor der Rache der Bolschewisten zu bewahren. Die Empörung, mit der viele auf das Attentat vom 20. Juli 1944 reagierten, belegte das ebenso eindrucksvoll wie die Willfähigkeit, mit der die Wehrmachtführung bis zuletzt Hitlers Befehle entgegennahm. Der Krieg sorgte insoweit für eine homogenerne Gesellschaft.

Schaut man jedoch noch näher hin, fiel die Kriegsgesellschaft verschiedenartiger aus, als es das Volksgemeinschaftskonzept nahelegt. Denn die Erfahrungen zwischen 1939 und 1945 unterschieden sich nach vielen Merkmalen. Dazu zählten das Geschlecht, die Trennung von Front und Heimat, die regionale Zugehörigkeit, das Alter, die sozialer Stellung und das kulturelle Milieu, um nur die wichtigsten zu nennen. So wandelte sich die Geschlechterrolle der Frauen. Aufgrund der langen Abwesenheit ihrer Ehemänner nahmen sie in der Familie und dann auch in der (Rüstungs-) Industrie ihren Platz ein, als das nationalsozialistische Ideal der "Deutschen Mutter" kriegsbedingt in den Hintergrund trat. Doch die Volksgenossinnen waren nicht nur gezwungenenmaßen im "Dritten Reich" aktiv. Auch aus eigenem Interesse wirkten viele zum Beispiel im "Hilfsdienst" der "NS-Frauenschaft" und des "Deutschen

Frauenwerkes" wie auch im zivilen Luftschutz mit, während rund 500.000 Frauen als Wehrmachthelferinnen Dienst an der Waffe taten, eine aufregende Zeit in Paris genossen oder, in Osteuropa, rassische Überlegenheitsgefühle auslebten.

Die Jugendlichen spielten für die NS-Propaganda eine besondere Rolle; in der Hitlerjugend, der "Kinderlandverschickung" oder im "Reichsarbeitsdienst" sollten sie im Sinne des Nationalsozialismus erzogen werden. Doch daneben gab es vor allem in den Großstädten eigene Formen jugendlicher Vergemeinschaftung: eigensinnige "Cliques", die sich der Kontrolle des Regimes entzogen. Nicht obwohl, sondern weil die Jugendlichen durch ihre Sozialisation im NS-Regime hohe Erwartungen an das Gemeinschaftserlebnis auch im Krieg hatten, fiel die Enttäuschung umso größer aus, als sie mit der Realität des Krieges konfrontiert und von ihren Freunden und ihrer Familie getrennt wurden. Das Schicksal vieler Großstadtkinder hing davon ab, ob sie auf dem Wege der "Kinderlandverschickung" (KLV) aus den bombengefährdeten Städten aufs Land gelangen konnten. Eine besondere Gruppe bildeten die "Ausgebombten", die ihre eigenen vier Wände verloren hatten und auf die Einquartierung bei Fremden angewiesen waren, denen dieses Schicksal erspart geblieben war. Die Zuweisung von Lebensmitteln folgte dem Prinzip der Nützlichkeitserwägung: Wer für die Gemeinschaft keine Leistung erbringen konnte, fiel aus der Normalversorgung heraus. Auch die sozialpolitischen Leistungen des Regimes wie die Ehestandsdarlehen und Familienbeihilfen folgten häufig rasseideologischen Kriterien.

Wie Nationalsozialismus und Krieg erlebt wurden, hing nicht zuletzt wesentlich davon ab, ob man in einer Großstadt lebte oder in der Provinz. Während das NS-Regime in den urbanen Zentren regelmäßig "präsent" und das Leben dort immer stärker vom Bombenkrieg geprägt war – im zerbombten Stadtzentrum wiederum weit mehr als am Stadtrand – sah das auf dem Lande und in Kleinstädten anders aus. Den Nationalsozialisten gelang es nur in geringem Maße, die in einem ländlichen Raum wie Württemberg tief verwurzelten Strukturen und bäuerlichen Milieus neu zu prägen oder durch ihre Idealisierung der deutschen "Scholle" die Bauern über ihr Gefühl der Benachteiligung hinwegzutäuschen, das durch den Wehrdienst noch verstärkt wurde. Anders als in Industrieregionen wie dem Ruhrgebiet herrschte in vielen Kleinstädten teils bis 1945 friedensähnliche Beschaulichkeit. Regionale Unterschiede zeigten sich auch in der Frage, ob jemand während des Krieges oder bei Kriegsende seine Heimatstadt verlassen musste, ob diese in russische Hände fiel, ob sie friedlich übergeben oder am Ende zerstört wurde, weil der "Volkssturm" das Feuer auf die anrückenden Alliierten eröffnet hatte. Über Leben und Tod entschied oftmals die "Uk-Stellung": wer etwa als Fachmann für "unabkömmlich" (uk) erklärt wurde, musste erst einmal nicht an die Front, was die Überlebenschancen deutlich erhöhte. Dagegen waren die Tage derjenigen Männer gezählt, die seit dem Winter 1941/42 an die Ostfront geschickt wurden.

Egon Bahr über den Beginn des Zweiten Weltkriegs

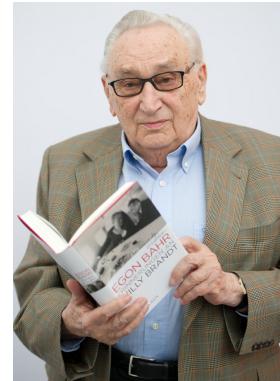
Egon Bahr, 93, wurde in Thüringen geboren und wuchs in Berlin auf. Der gelernte Journalist war ein enger Wegbegleiter Willy Brandts und ab 1972 Bundesminister für besondere Aufgaben.

"Ich versuchte, Mensch zu bleiben"

Herr Bahr, 1914 versammelten sich in den Großstädten begeisterte Menschen, um den Ersten Weltkrieg zu feiern. Als vor 75 Jahren, am 1. September 1939, der Zweite Weltkrieg begann, soll die Stimmung in Deutschland gedrückt gewesen sein. Stimmt das?

Ich war 17 Jahre alt und kann mich an keine Begeisterung erinnern.

Die Menschen waren in gedrückter Stimmung und wussten nicht, was vor ihnen steht. Um meine Situation zu erklären, muss ich zurückgreifen in das Jahr 1933. Da hat mein Vater gesagt: Wenn die Nazis kommen, kommt der Krieg. Und dann kam der Krieg gar nicht. Ganz im Gegenteil, als 1936 die Olympischen Spiele in Berlin stattfanden, fühlte sich mein Vater bedrückt, weil die ganze Welt kam und vor dem "Führer" und Reichskanzler Adolf Hitler einen Kotau machte. Und 1938 kam auch kein Krieg, da verhandelten die Nazis mit England und Frankreich über das Sudetenland in München und triumphierten. 1939 kam er – endlich, nach meinem damaligen Gefühl. Und ich fand ihn großartig. Denn nach zehn Tagen war Polen besiegt, dann wurden Norwegen und Dänemark blitzartig besetzt und 1940 war die Wehrmacht in der Lage, innerhalb von sechs Wochen Frankreich zu schlagen. Was das Kaiserreich nie geschafft hatte. Das empfand ich als imposant. Nicht ohne gleichzeitig gedacht zu haben, weil ich eine jüdische Großmutter hatte: Wenn wir gewinnen, ist es das Ende meiner Familie, mich eingeschlossen.



Egon Bahr, hier im März 2013 bei der Präsentation seines Buches über Willy Brandt. (© picture-alliance)

Das Wetter soll an diesem 1. September in Berlin überaus sonnig und warm gewesen sein. Eigentlich Friedensklima, oder?

Ich weiß noch genau, wie erstaunt ich war. Die Leute saßen in den Konditoreien, vor Cafés oder in Biergärten, fraßen Torten, vergnügten sich abends im Theater, in den Kinos oder Konzerten. Aber ich hatte gedacht, wenn der Krieg beginnt, kommen feindliche Flieger und es passiert Schreckliches. Von dem Abdunkeln der Fenster abgesehen, passierte überhaupt nichts Schreckliches. So hatte ich mir Krieg nicht vorgestellt. Das Leben ging einfach weiter.

Hitler sagte im Reichstag: "Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen", und im Sender Gleiwitz inszenierte die SS einen angeblichen polnischen Überfall. Haben Sie die Propagandalügen von einem deutschen Verteidigungskrieg geglaubt?

Nein, in keiner Minute. Gleiwitz habe ich für einen Trick gehalten. Dass es sich um einen deutschen Angriffskrieg handelte, war doch unbezweifelbar. Die Polen haben uns doch nicht angegriffen, um Gottes Willen. Die Polen waren militärisch schwach – das war schon damals offensichtlich – und gar nicht in der Lage, Deutschland herauszufordern. In Wirklichkeit war der deutsche Angriff der Anfang dessen, was mit dem deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrag ein paar Wochen vorher zwischen Ribbentrop und Molotow heimlich verabredet worden war: die Teilung Polens und die Eingliederung der baltischen Staaten.

Wann wurde Ihnen klar, dass es nicht bloß ein Angriffskrieg, sondern auch ein Vernichtungskrieg war?

Eine Ahnung davon habe ich bekommen, als ein Onkel von mir auf dem Anhalter Bahnhof einen halbstündigen Zwischenstopp machte. Er wollte sich verabschieden, weil er über Italien nach Schanghai emigrieren musste. Er kam aus dem KZ Oranienburg, er war kahl geschoren und ihm fehlten die Goldzähne, die ich an ihm immer so bewundert hatte. Er hat aber kein Wort gesagt von dem, was er erlebt hatte. Wir verabschiedeten uns ohne zu wissen, ob wir uns noch mal wiedersehen würden. Er hat überlebt und kam nach dem Krieg aus Schanghai zurück nach Berlin. Ein anderer Onkel hat versteckt in Berlin überlebt. Sogar die Großmutter hat überlebt, in einer Schrebergartenkolonie. Als sie einen Schlaganfall bekam, haben wir überlegt, ob wir sie im Falle des

Todes im Garten verbuddeln müssten. Zum Glück besaßen wir gute Freunde im ostpreußischen Elbing, die haben uns 1944 berichtet, wann ein Evakuierungszug nach Berlin kommen würde. Da haben wir die Großmutter im Rollstuhl zum Bahnsteig auf der Friedrichstraße gebracht und sie den Schwestern der Inneren Mission übergeben, als ob sie mit dem Zug gekommen sei, der gerade eingefahren war. So gelangte sie ins Erzgebirge, sie erhielt sogar Papiere und kehrte nach der Kapitulation nach Berlin zurück. So hat unsere Familie vielfach Glück gehabt.

Wie gerieten Sie dann in den Krieg?

Als ich hörte, dass ich bald eingezogen würde, habe ich mich freiwillig zur Luftwaffe gemeldet. Schon damals wollte ich nicht gerne laufen. 1942, nach einer harten Grundausbildung habe ich auf ein Kommando gehört: Alle Abiturienten rechts raus. Wir wurden nach Rendsburg gebracht, man hat uns dort zu unserem Bedauern die Flieger-Spiegel abgetrennt und stattdessen die roten Flak-Spiegel aufgenäht. Wir marschierten durch die Stadt, um die Sehenswürdigkeiten kennenzulernen, auf der einen Seite war das die Drehbrücke, auf der anderen Seite der Puff. Damit hatte es sich. In einem Offiziersbewerberregiment in Zingst auf dem Darß wurde ich an verschiedenen Flak-Geschützen ausgebildet. Dann war ein Jahr vorbei, in München bekam ich Marschpapiere für Minsk. Doch da gefiel es dem Führer und Reichskanzler, ins unbesetzte Frankreich einzumarschieren. Zwanzig Fahnenjunker wurden gebraucht, wie bei Preußens üblich wurde die Liste der Namen von oben nach unten durchgegangen. "Ba" steht zum Glück ziemlich weit vorne. Das war meine Rettung, denn so kam ich nach Frankreich.

Aus: Tagesspiegel vom 2. September 2014, Interview mit Egon Bahr - die Fragen stellte Christian Schröder.

"Wunschkonzert für die Wehrmacht" war eine äußerst populäre Radiosendung die ab 1939 zu Propagandazwecken ausgestrahlt wurde. Moderator Heinz Goedecke berichtet von der Mutter eines gefallenen Soldaten, die sich in Erinnerung an ihren Sohn das Lied "Gute Nacht, Mutter" wünscht. (© Deutsches Rundfunkarchiv) Deutlich wurden die Grenzen der Gemeinschaft und Gleichheit schließlich an einem zentralen Ort der Kriegsgesellschaft: im Bunker. Hier entschied sich, wie weit die Integrationskraft der Volksgemeinschaft reichte. Wer galt angesichts der Flächenbombardements der Alliierten für schutzwürdig? Und wie stand es im Keller um die Kriegsmoral? Der Luftschutz-Bunkerwart setzte die Luftschutzwarte ein, die den Zugang zum Bunker steuerten und für Ordnung sorgten. Seit 1942/43 war Männern zwischen 16 und 60 Jahren der Zutritt untersagt, sie sollten im Luftschutz kämpfen. Der Schutzraum blieb älteren Männern, Frauen und Kindern vorbehalten. Für Juden sollte es separate Räume geben; Kriegsgefangenen und "Ostarbeiter" war der Zutritt verboten – sie mussten sich ihre eigenen "Deckungsgräben" schaufeln. Zwangsarbeiter aus anderen Ländern durften mit in den Bunker, sofern noch Platz war.

So waren die Lasten des Krieges im Heimatgebiet von Anfang an unterschiedlich verteilt. Das Gleichheitsversprechen, das die Propagandaformel der "Volksgemeinschaft" gab, darf von Anfang an nicht für bare Münze genommen werden. Es verflüchtigte sich im Laufe des Krieges umso weniger, als der emotionale Kitt der militärischen Erfolge ausblieb. Auch die Vorstellung eines egalisierenden Sozialstaats, der durch Förderung und Umverteilung soziale Gerechtigkeit geschaffen habe, und sei es nur in der Mehrheitsgesellschaft, führt in die Irre. Spätestens seit der militärischen Niederlagen von Stalingrad im Winter 1942/43 nahmen die meisten Deutschen die nationalsozialistische Propaganda vom "Endsieg" kaum mehr ernst. Schließlich verblassete selbst der "Hitler-Mythos", der bis 1944/45 eine integrierende Wirkung entfaltet hatte. Als "Gröfaz" – als größter Feldherr aller Zeiten – wurde Hitler verspottet, der sich kaum noch in der Öffentlichkeit blicken ließ. Zwischen Apathie und Angst suchten die meisten Deutschen die letzten Kriegsmonate durchzustehen; zu massenhaftem Widerstand reichte es nicht. Auf den Fragmenten dieser "Zusammenbruchsgesellschaft" (Christoph Kleßmann) entwickelten sich nach dem Ende von Krieg und Diktatur und einer vierjährigen Besatzungsherrschaft zwei neue Staats- und Gesellschaftsordnungen. Für ihre soziale Integration und politische Legitimation waren die Bundesrepublik wie die DDR nicht zuletzt auf – unterschiedliche –

Deutungen des nationalsozialistischen Krieges angewiesen.

Weiterführende Literatur

- Sabine Behrenbeck, Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole, Vierow bei Greifswald 1996.
- Michael Buddrus, Totale Erziehung für den totalen Krieg : Hitlerjugend und nationalsozialistische Jugendpolitik, München 2003.
- Richard Evans, Das Dritte Reich, Bd. 3: Krieg, München 2009.
- Aly, Götz, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005.
- Frank Bajohr und Michael Wildt (Hrsg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009.
- Jörg Echternkamp, Im Kampf an der inneren und äußeren Front. Grünzüge der deutschen Gesellschaft im Zweiten Weltkrieg, in: ders. (Hrsg.), Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Ausbeutung, Deutung, Ausgrenzung, München 2005, S. 1-92 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg 9/2).
- Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, i.A. der Stiftung Deutsches Historisches Museum, Berlin, hrsg. von Hans-Ulrich Thamer und Simone Erpel, Dresden 2010.
- Ian Kershaw, Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung, Stuttgart 1999
- Rosemarie Killius, Frauen für die Front. Gespräche mit Wehrmachtshelferinnen. Mit einem Vorwort von Margarete Mitscherlich, Leipzig 2003
- Wolfgang König, Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft. "Volksprodukte" im Dritten Reich. Vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft, Paderborn 2004.
- Nicole Kramer, Volksgenossinnen an der Heimatfront. Mobilisierung, Verhalten, Erinnerung, Göttingen 2011.
- Franka Maubach, Die Stellung halten. Kriegserfahrungen und Lebensgeschichten von Wehrmachthelferinnen, Göttingen 2009.
- Jutta Mühlenberg, Das SS-Helferinnenkorps. Ausbildung, Einsatz und Entnazifizierung der weiblichen Angehörigen der Waffen-SS 1942-1949, Hamburg 2010.
- Sven Oliver Müller, Nationalismus in der deutschen Kriegsgesellschaft 1939-1945, in: Jörg Echternkamp (Hrsg.), Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Ausbeutung, Deutung, Ausgrenzung, München 2005, S. 9-92 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg 9/2).
- Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. ,Heimatfront ' und besetztes Europa, Darmstadt 2000.
- Sybille Steinbacher, Volksgenossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft, Göttingen 2007

- Jill Stephenson, Hitler's Home Front. Würtemberg under the Nazis, London 2006.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: by-nc-nd/3.0/de/ Autor: Dr. habil. Jörg Echternkamp für bpb.de

Kriegsideologie, Propaganda und Massenkultur

Von Dr. habil. Jörg Echternkamp

30.4.2015

Dr. habil. Jörg Echternkamp, geboren 1963, ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Er hatte zahlreiche Lehraufträge an Universitäten im In- und Ausland; 2012/13 war er Inhaber der Alfred-Grosser-Gastprofessur am Institut d'Études Politiques (Sciences Po) in Paris. Echternkamp forscht und lehrt zur deutschen und europäischen Geschichte vom 18. zum 21. Jahrhundert; Schwerpunkte bilden derzeit die Gesellschafts- und Erinnerungsgeschichte der Weltkriege, der NS-Zeit und der deutschen Nachkriegsgeschichte. Zu seinen Publikationen zählen: (Hg.) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1-2: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945 (München 2004/2005; engl. Oxford 2008/2014), Die 101 wichtigsten Fragen: Der Zweite Weltkrieg, München 2010, Militär in Deutschland und Frankreich 1870-2010, Paderborn 2011 (hg. mit S. Martens), München 2012; Experience and Memory. The Second World War in Europe, Oxford 2010/2013 (hg. mit S. Martens); (Hg.), Wege aus dem Krieg im 19. und 20. Jahrhundert, Freiburg 2012; Die Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1969, Paderborn 2013; Gefallenengedenken im globalen Vergleich (hg. mit M. Hettling), München 2013; Soldaten im Nachkrieg 1945-1955, München 2014.

Propaganda und Inszenierung waren in der Kommunikation der NS-Diktatur wichtig. Neben diesen auffälligen Instrumenten der Medienpolitik trug aber auch eine eher unauffällige Sprachpolitik zur Weltsicht im Sinne des Regimes bei. Gegen eine vielstimmige Öffentlichkeit setzten die Nationalsozialisten den offiziellen Sprachgebrauch. Die einfache, gefühlsbetonte und häufig appellierende Rede sollte an die Stelle der sachlichen Argumentation treten.

Zu den ideengeschichtlichen Bedingungen des Zweiten Weltkrieges zählte nicht nur in Deutschland ein Kriegsbild, das aus dem 19. Jahrhundert stammte. Es verherrlichte den Tod auf dem Schlachtfeld, erklärte die Gefallenen als Opfer des Vaterlandes zu Helden und überhöhte den Weltkrieg zu einem völkischen Existenzkampf. Mit seiner rassenideologischen Konstruktion einer nationalsozialistischen "Volksgemeinschaft" bildete der radikale Nationalismus einen zentralen Bestandteil der ideologischen Mixtur des Nationalsozialismus. Die Vorstellung von einem fortwährenden Kampf zwischen den "Volksgenossen" und ihren Feinden im Inneren wie außerhalb der Reichsgrenzen konnte an bekannte Deutungsmuster anknüpfen. Zu den "Feinden" der Nation zählten insbesondere Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten; der "jüdische Bolschewismus" bildete ein zentrales Feindbild im Krieg an der Ostfront.

Gefallenenkult

Nach innen führte dieses Weltbild zu einem zentralen Element der NS-Ideologie: dem Kult um die Gefallenen. Die NS-Bewegung hatte ihren Aufstieg nicht zuletzt der Anerkennung zu verdanken, die sie den toten "Kameraden" des Ersten Weltkriegs und zugleich den Veteranen von 1914/18 zollte. Der massenhafte Soldatentod gab nicht länger Anlass zu Trauergedächtnissen, sondern zu Veranstaltungen, auf denen die Weltkriegstoten – aber auch die Parteigenossen, die in der "Kampfzeit" vor 1933 ums Leben gekommen waren – als Helden gefeiert wurden. In der neuen Gedenkpraxis, die ältere Traditionen aufgriff, galten die "toten Helden" den Lebenden als Vorbilder, hatten sie doch ihre Bereitschaft bewiesen, ihr Leben für die Volksgemeinschaft einzusetzen, zu "opfern".

Der Heldenkult des Dritten Reiches spiegelte sich in mythischen Erzählungen, in Riten und in der Architektur. 1934 wurde der bisherige Volkstrauertag zu einem "Heldengedenktag" umgewidmet. 1939 ordnete Hitler an, diesen Feiertag auf den 16. März, den Jahrestag der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935, zu verlegen und damit aus dem Kirchenjahr herauszulösen. Nach der Machtübernahme war der Heldenkult zu einem pseudo-religiösen Massenphänomen geworden: In Filmen, Theaterstücken oder auch Thingspielen wurden die Toten gefeiert. Deshalb konnten viele Menschen in den Kriegsjahren auf diese Heldenerinnerungen zurückgreifen, um am Kriegsalltag nicht

zu verzweifeln. Angesichts der persönlichen Erfahrung des Verlustes eigener Angehöriger erschien das Ideal des "toten Helden" jedoch zunehmend unangemessen.

Eine ausgefeilte Propaganda sorgte dafür, dass den Deutschen in der Heimat und an der Front Botschaften vermittelten wurden, die nicht zuletzt das Kriegsgeschehen im Sinne des NS-Regimes interpretierten. Im Kriegsalltag entwickelten sich vermeintlich unpolitische Formen der Unterhaltung, die nicht nur der Ablenkung dienten. Das betrifft die nationalsozialistische Kulturpolitik ebenso wie die Medien. Zu den Lektionen, die Hitler im Ersten Weltkrieg von den Alliierten gelernt hatte, gehörte die Einsicht, dass die "Heimatfront" durch die Mobilisierung und Manipulation der Bevölkerung gestärkt werden musste – und konnte. Ihm und seinen Helfershelfern war von Anfang an klar: Der "totale Krieg" ließ sich ohne eine "geistige Kriegsführung" nicht gewinnen. Bereits ihren Aufstieg verdankten die Nationalsozialisten nicht nur dem Einsatz von Terror, sondern auch von Propaganda. "Unser Krieg wird in der Hauptsache mit Plakaten und Reden geführt", hatte Goebbels am 1. März 1932 in seinem Tagebuch notiert.

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

Ein eigenes Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP) unter Joseph Goebbels kontrollierte die Medien des Reiches – Presse, Rundfunk, Film und später auch Fernsehen – und lenkte ab 1939 die deutsche Propaganda im Ausland. Zum einen ging es konkret darum, das aktuelle Programm der Hoch- und Massenkultur zu regeln. So manche Theaterstücke wurden abgesetzt, andere ins Programm genommen. Goebbels Ministerium ordnete Spielfilm-Produktionen an, zensierte Buchmanuskripte und kontrollierte die "Truppenbetreuung". Zum anderen suchte das "Promi" – wie das RMVP im Volksmund hieß –, die Grundideen des Nationalsozialismus massenwirksam zu verbreiten: die Selbst- und Feindbilder ebenso wie die Vorstellungen von Rassismus, Heldenamt und Opferbereitschaft.

Doch die NS-Propaganda steckte in einem Dilemma: Auf der einen Seite sollte das Denken und Fühlen der Menschen so manipuliert werden, dass diese von sich aus im Sinne des Regimes handelten. Auf der anderen Seite schränkte die totale Kontrolle die Möglichkeiten eigenständigen Handelns weitgehend ein. Wer sich nicht mehr ernstgenommen fühlte, war kaum motiviert, sich für die Ziele des politischen Systems einzusetzen, das ihm diesen Einsatz offenbar nicht zutraute. Maximale Mobilisierung und Kontrolle bildeten deshalb einen Zielkonflikt. Um den Bogen nicht zu überspannen, war das NS-Regime auch deshalb darauf angewiesen, über die "Stimmung" der Bevölkerung zu unterschiedlichen Zeitpunkten des Krieges auf dem Laufenden zu sein. Schließlich setzte der Kriegserfolg einen starken "Wehrwillen" voraus. Das Regime setzte daher alle Hebel in Bewegung, die eigenen "Volksgenossen" auszuhorchen. Zahllose Spitzel, die sich unauffällig in eine Warteschlange reihten, bei Luftalarm im Bunker die Ohren spitzten oder im Hausflur lauschten, schrieben eifrig Berichte. Brach die "Haltung" ein, wollte man rechtzeitig gegensteuern können.

Massenkultur

Ein besonders wirkungsvolles Propagandainstrument bildete die neue Massenkultur, die allein der Unterhaltung diente. Radio und Kino vor allem waren im Alltag der Deutschen gegenwärtig. Diese Populärkultur, deren "Waren" in der Freizeit konsumiert wurden, öffnete daher ein größeres Einfallsstor für die geistige Kriegsführung als die sogenannte Hochkultur, die auf einen kleineren Kreis beschränkt blieb. In Goebbels' Augen sollte die Propaganda nicht nur gedankliche Impulse im Sinne des nationalsozialistischen Weltbildes setzen. Sie sollte auch unterhalten. Denn was bereits vor 1939 galt, traf während des Krieges erst recht zu: Die Menschen sollten von ihrem harten Alltag abgelenkt werden. Um die Volksgenossen trotz Bombenkrieg, Zerstörung und Verlusten bei Laune zu halten, setzte der Propagandaminister immer mehr auf den Spaßfaktor – mit Erfolg. Bis zum Ende des Kriegs hielt eine Mehrheit der Deutschen dem untergehenden Regime die Treue.

Wer im Krieg ins Kino ging, erlebte ein mehrteiliges Spektakel. Nach der Werbung folgte eine "

Wochenschau", dann ein Kulturfilm ("Ostraum – deutscher Raum" beispielsweise), schließlich der Hauptfilm. Die populäre und professionell gemachte *Wochenschau* – ab November 1940 gab es nur noch eine: die *Deutsche Wochenschau* – informierte das Publikum mit aufregenden Bildern. Spezielle Propaganda-Kompanien der Wehrmacht lieferten Bild- und Tonmaterial von der Front, das die Kriegsrealität idealisierte. Etwa seit dem Angriff auf die Sowjetunion waren die Spielfilme auf den Krieg abgestimmt. Neben Kriegsfilmen wie *U-Boote westwärts* (1941) zeigten die Kinos weiterhin Krimis, Melodramen und Revuefilme wie *Der weiße Traum* (1943). Der Wehrmachtsbericht erschien seit dem Überfall Polens täglich und wurde vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW) herausgegeben; Bericht vom 6. Juni 1944. (© Deutsches Rundfunkarchiv) Dem Rundfunk kam im Krieg besondere Bedeutung zu, weil er allein die zeitnahe Berichterstattung ermöglichte. Diese "Live-Berichte" von der Front erreichten 1943 16,2 Millionen Empfänger. Seit 1938 zu einem internationalen Werkzeug der Propaganda erweitert, beteiligte sich der Deutsche Rundfunk an der Schlacht, die im Äther gegen die Londoner BBC, die Stimme Amerikas oder Radio Moskau ausgefochten wurde. Ausländische Rundfunksender zu hören war streng verboten; die "Volksgenossen" sollten nicht von außen beeinflusst werden. Ab Juli 1940 übertrugen alle Reichssender dasselbe standardisierte Programm. Auch im Radio gingen Unterhaltungssendungen und politische Propaganda nahtlos ineinander über – Goebbels setzte auf den Mitnahmeeffekt. Zum Nachrichtenblock gehörte der Wehrmachtbericht; "Sondermeldungen" informierten über militärische Erfolge. Die Volksgemeinschaft fand sich nicht nur vor den Rundfunkgeräten, den "Volksempfängern", zusammen. Die Sendungen selbst verbanden Front und Heimat zu einer "Kampfgemeinschaft".

Zur Themenpalette gehörten etwa Filme, die Feindbilder verstärken sollten: vor allem die antisemitischen Hetzfilme, die 1940 ins Kino kamen, darunter der Kassenschlager "Jud Süß" (R: Veit Harlan) und "Der Ewige Jude" (R: Fritz Hippler) oder der anti-polnische Propagandafilm "Heimkehr" (1941). Andere Filme wie "Bismarck", "Ohm Krüger" oder "Carl Peters" (alle 1941) sollten das nationale Selbstbild stärken und Leitbilder des Führertums bieten. Wieder andere sollten Optimismus verbreiten und den Glauben an den Endsieg kräftigen; "Die große Liebe" (1942) verband dazu den Kriegsablauf mit Heldenmut und privatem Schicksal; Zarah Leander sang "Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschehen".



Zarah Leander singt im Film "Die Große Liebe" das Lied "Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschehen". © Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung (<http://www.bpb.de/mediathek/206001/die-grosse-liebe>)

Am Ende stand die Verklärung des heldenhaften Untergangs im Historienfilm "Kolberg" von Veit Harlan, der Anfang 1945 noch in einigen Kinos gezeigt wurde. Rund 400 Kinowagen ließen auch die Soldaten an der Front an dem Filmerlebnis der NS-Propaganda teilhaben. Auf den Kriegsschauplätzen sollte die "Truppenbetreuung" mit Fronttheatern, Musikorchester und Varietés die Moral der Soldaten stärken. Mit dem Schlager "Lili Marleen", den der deutsche Besatzungssender Belgrad ausstrahlte, landete Lale Andersen gar einen internationalen Hit. Das Rundfunkprogramm der beliebten "Wunschkonzerte" vereinte regelmäßig die Soldaten an der Front mit ihren Angehörigen im Reich. Das Oberkommando der Wehrmacht gab eigene Propagandazeitungen und -zeitschriften für die Truppe heraus. Bis September 1944 erschien beispielsweise *Die Wehrmacht* mit teilweise farbigen Fotos im gleichnamigen Verlag. Zur Bildpropaganda gehörten schließlich die Gemälde und Grafiken, mit denen deutsche Kriegsmaler und -zeichner dem heimischen Publikum Eindrücke von der Ostfront vermittelten, etwa von Land und Leuten, von Waffentechnik und Kameradschaft. Die Medien inszenierten die deutsche Kriegsgesellschaft als eine Erlebnisgemeinschaft.

Die Propagandamaschine lief freilich nicht immer reibungslos. Widersprüche gingen auf das Kompetenzgerangel zurück, das für das nationalsozialistische Herrschaftssystem typisch war. Ein krasses Beispiel: Die Meldungen von einem unmittelbar bevorstehenden Sieg in Russland, die der Reichspressechef Otto Dietrich herausgegeben hatte, standen im Gegensatz zu dem vorsichtigeren Ansatz von Goebbels, der im Falle von Enttäuschungen um die Glaubwürdigkeit der Propaganda fürchtete. Die überraschende Niederlage der 6. Armee in Stalingrad Anfang 1943 war deshalb für die NS-Propaganda ein Flopp. Rasch deutete sie den sinnlosen Tod zum heroischen Opfer um.

Totale Unterhaltung? Die kulturelle Kriegsführung 1939 bis 1945 in Film, Rundfunk und Theater

"Der Ausweitung des Unterhaltungsbereichs stand der Anspruch des Regimes gegenüber, diese Unterhaltung zu kontrollieren. Im Hinblick auf die Produktionsbedingungen gelang dies weitgehend; im Hinblick auf die Rezeption, auf den Prozess der Aneignung und Deutung jedoch nur teilweise. [...] Jede medial vermittelte Realität ließ und lässt Raum für eigene Konnotationen. [...] Zudem wurden Film- und Theaterbesuche sowie Radiohören als kontrollierte, gleichwohl individuelle Gegenwelten, als Flucht vor den Anforderungen des Regimes genutzt. Man ließ sich berieseln von der trivialen Handlung, hörte und schaute weg, auch wenn man direkte Beeinflussung vermutete, und entsprannte sich – vom zermürbenden Kriegsgeschehen und vom fordernden Gesinnungsregime. Die Strategie der nationalsozialistischen Medien-Propaganda, die Wünsche nach persönlichem Glück und Frieden als Motivation für den Einsatz an Front und Heimatfront aufzunehmen und zu funktionalisieren, verflüchtigte sich. Durch Kampf zum 'Endglück', an diese Botschaft glaubte spätestens seit Stalingrad kaum noch jemand. 'Totale Unterhaltung' ist daher ein Paradox, weil die Vielfalt und die Ambivalenz medialer Mittel sich gegen eine völlige politische Indienstnahme sperrn. Insofern blieb die totale Mobilisierung der Bevölkerung durch Unterhaltungsmedien eine Fiktion."

Quelle: Birthe Kundrus, *Totale Unterhaltung? Die kulturelle Kriegsführung 1939 bis 1945 in Film, Rundfunk und Theater*, in: Jörg Echternkamp (Hg.), *Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945. Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung*, München 2005, S. 93-157 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/2).



Der Film im Nationalsozialismus beginnt mit der Ausgrenzung – Interview mit Rainer Rother (<http://www.bpb.de/mediathek/194399/der-film-im-nationalsozialismus-beginnt-mit-der-ausgrenzung>)

Auch sollte man nicht auf das Trugbild hereinfallen, das Goebbels selbst von der durchschlagenden Wirkung seiner Propaganda entworfen hatte – deren Produkte bis heute als Quelle für die Geschichte des Dritten Reiches genutzt wird. Gleichwohl ist der Propagandaeffekt auch zum Kriegsende hin nicht zu unterschätzen. Die Menschen haben die Botschaften sicher nicht eins zu eins übernommen. Auf eine diffuse Weise schufen und stärkten sie jedoch eine emotionale Bereitschaft, sich der rassistisch definierten Volksgemeinschaft zugehörig zu fühlen. Doch im Unterschied zur Vorkriegszeit geriet das Verhältnis von Propaganda, Terror und "Kompromiss" im Krieg, vor allem nach Stalingrad, aus dem Gleichgewicht. Das NS-Regime musste nun noch stärker auf Terror setzen, um seine Herrschaft zu garantieren.

Dass der Krieg bis in den Mai 1945 dauerte, zeigt nicht zuletzt, wie sich die Nationalsozialisten die Folgebereitschaft der Bevölkerung auch ohne breite Zustimmung sichern und Menschen mobilisieren konnten, die alles andere als kriegsbegeistert waren.

Auch in der Diktatur drehte sich die Kommunikation nicht nur um Propaganda und Inszenierung. Neben diesen auffälligen Instrumenten der Medienpolitik trug eine eher unauffällige Sprachpolitik zur Weltsicht im Sinne des Regimes bei. Gegen eine vielstimmige Öffentlichkeit setzten die Nationalsozialisten den offiziellen Sprachgebrauch. Die einfache, gefühlsbetonte und häufig appellierende Rede sollte an die Stelle der sachlichen Argumentation treten. Die Bedeutung bestimmter Begriffe wurde eingeschränkt: Aus einem "Führer" wurde der Führer. Andere Wörter wurden ersetzt. Statt von Partisanen war im Krieg von Banditen die Rede, der alliierte Luftangriff galt als "Terrorangriff". Wieder andere, eigentlich negative Ausdrücke wie "fanatisch" und "rücksichtslos" wurden ins Positive gewendet. Die Militarisierung der Sprache erweckte den Eindruck, als fände der Krieg auch außerhalb der Kriegshandlungen statt, etwa in der "Erzeugungsschlacht" der Landwirtschaft. Schließlich lag eine wichtige Funktion der Sprachpolitik darin, Verbrechen zu verschleiern. Schlüsselbegriffe wie "Konzentrationslager", "Schutzhalt" und "Sonderbehandlung" sollten über den wahren Sachverhalt ebenso hinwegtäuschen wie das beschönigende "Frontbegradigung" im Wehrmachtbericht. Doch die Sprache im Nationalsozialismus war nicht allein die Sprache des Nationalsozialismus. In den eigenen vier Wänden konnten die Dinge beim Namen genannt werden – weshalb das Regime wiederum seine Spitzel auf die Privatgespräche ansetzte.

Weiterführende Literatur:

- Sabine Behrenbeck, Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole, Vierow 1996.
- Thymian Bussemer, Propaganda und Populärkultur. Konstruierte Erlebniswelten im Nationalsozialismus, Wiesbaden 2000.
- Ute Daniel, Wolfram Siemann (Hrsg.), Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung 1789-1989, Frankfurt am Main 1994.
- Gerald Diesener, Rainer Gries (Hrsg.), Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert, Darmstadt 1996.
- Wolf Donner, Propaganda und Film im "Dritten Reich", Berlin 1993.
- Birthe Kundrus, Totale Unterhaltung? Die kulturelle Kriegsführung 1939 bis 1945 in Film, Rundfunk und Theater, in: Jörg Echternkamp (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 9/2: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945, München 2005, S. 93-158.

- Harro Segeberg (Hg.), *Mediale Mobilmachung I: Das Dritte Reich und der Film*, München 2004.
- Waltraud Sennebogen, *Die Gleichschaltung der Wörter. Sprache im Nationalsozialismus*, in: Dietmar Süß, Winfried Süß (Hrsg.), *Das „Dritte Reich“. Eine Einführung*, München 2. Aufl. 2008, S. 165-183.
- Gerhard Stahr, *Volksgemeinschaft vor der Leinwand? Der nationalsozialistische Film und sein Publikum*, Berlin 2001.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit

Von Dr. habil. Jörg Echternkamp

30.4.2015

Dr. habil. Jörg Echternkamp, geboren 1963, ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Er hatte zahlreiche Lehraufträge an Universitäten im In- und Ausland; 2012/13 war er Inhaber der Alfred-Grosser-Gastprofessur am Institut d'Études Politiques (Sciences Po) in Paris. Echternkamp forscht und lehrt zur deutschen und europäischen Geschichte vom 18. zum 21. Jahrhundert; Schwerpunkte bilden derzeit die Gesellschafts- und Erinnerungsgeschichte der Weltkriege, der NS-Zeit und der deutschen Nachkriegsgeschichte. Zu seinen Publikationen zählen: (Hg.) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1-2: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945 (München 2004/2005; engl. Oxford 2008/2014), Die 101 wichtigsten Fragen: Der Zweite Weltkrieg, München 2010, Militär in Deutschland und Frankreich 1870-2010, Paderborn 2011 (hg. mit S. Martens), München 2012; Experience and Memory. The Second World War in Europe, Oxford 2010/2013 (hg. mit S. Martens); (Hg.), Wege aus dem Krieg im 19. und 20. Jahrhundert, Freiburg 2012; Die Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1969, Paderborn 2013; Gefallenengedenken im globalen Vergleich (hg. mit M. Hettling), München 2013; Soldaten im Nachkrieg 1945-1955, München 2014.

Bis zum Herbst 1944 blieb das Niveau der Versorgung der Menschen im Dritten Reich hoch. Dies erreichte das NS-Regime aber nur durch die menschenverachtende Ausbeutung von Arbeitskräften: zwölf Millionen Menschen aus fast ganz Europa mussten Zwangsarbeit leisten, etwa zweieinhalb Millionen kamen dabei zwischen 1939 und 1945 im Reich ums Leben, vor allem sowjetische Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge.

Als das NS-Regime den Krieg vom Zaun brach, war es auf eine Kriegswirtschaft eingestellt. Mit seiner Denkschrift zum Vierjahresplan hatte Hitler bereits 1936 die Weichen gestellt. Im Gegensatz zum Kriegsbeginn 1914 führte der Übergang zu einer Wirtschaftsordnung, in der die eigene Volkswirtschaft und die der eroberten Gebiete auf die Kriegsführung optimal abgestimmt wird, 1939 nicht zu einer Krise. Um innere Unruhen zu vermeiden, nahm das NS-Regime soweit es ging Rücksicht auf den Lebensstandard der "Volksgenossen" im Kriegsalltag.

Versorgung und Finanzierung

Damit alle ähnliche Konsummöglichkeiten hatten, lenkte das Regime den Markt für Verbrauchsgüter: Ab dem 1. September 1939 waren Fleisch, Fett, Butter, Käse, Vollmilch, Zucker und Marmelade nur noch auf Lebensmittelkarten erhältlich. Zwei Wochen später wurden auch Brot und Eier rationiert. Die militärische Expansion sorgte dann dafür, dass die Versorgung der "Volksgemeinschaft" bis 1944 dauerhaft gesichert war. Dass sich die Wehrmacht in der eroberten Sowjetunion weitgehend "aus dem Lande" ernährte, das heißt die dort produzierten Lebensmittel an die Besatzungstruppen abgegeben oder ins Deutsche Reich geliefert werden mussten, wirkte sich für die Deutschen ebenfalls günstig aus. Auch wenn von schwerwiegenden Problemen keine Rede sein konnte, verschlechterte sich die Versorgung mit Konsumgütern vorübergehend im April 1942, als die Rationen für Brot, Fleisch und Fett sowie ab Juni auch für Kartoffeln erstmals deutlich gekürzt wurden. Mit dem Vormarsch in Russland verbesserte sich die Situation dann jedoch wieder.

Dagegen war die Rohstoffversorgung auf den Import angewiesen. Weil die Deutschen ab April 1940 zu "Metallspenden" für die Rüstungsbetriebe aufgerufen wurden, sammelten Angehörige der Hitler-Jugend oder der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) immer wieder Alt- und Rohstoffe. Die Versorgungslage verbesserte sich durch den steigenden Import aus den südosteuropäischen Ländern nach Kriegsbeginn. Hinzu kam die Einfuhr von Futtergetreide, Hülsenfrüchten, Erdöl, Baumwolle und Erzen aus der UdSSR im Rahmen des Hitler-Stalin-Paktes. Insbesondere die Erweiterung des Wirtschaftsraums sicherte nun die (eigene) Versorgung mit Eisenerz unter anderem aus Schweden, Norwegen und Frankreich. Bezahlten wurden die westeuropäischen Lieferanten durch die jeweiligen

staatlichen Kreditinstitute; abgerechnet werden sollte erst nach Kriegsende.

Die Kriegswirtschaftsverordnung (KWVO) vom 4. September 1939 sah einen Zuschlag auf Bier, Tabakwaren und Branntweinerzeugnisse vor. Sie setzte zudem für Kriegswirtschaftsverbrechen drakonische Strafen fest. Mit der Todesstrafe musste im schlimmsten Fall rechnen, wer lebenswichtige Güter vernichtete, beiseite schaffte oder zurückhielt. Kostendeckend war all das nicht. Der Krieg wurde daher erneut durch Staatsverschuldung finanziert, bis die Finanzpolitik im Sommer 1944 zusammenbrach. Die Verschuldung verzehnfachte sich: von 33 Mrd. RM am 1. September 1939 auf 393 Mrd. RM Anfang 1944. Weil die Kaufkraft der privaten Haushalte relativ stabil blieb, das Warenangebot aber immer weiter abnahm, verlor die Reichsmark drastisch an Wert. Die Folge war eine Inflation, die erst nach dem Krieg durch die Währungsreform 1948 aufgefangen werden konnte.

Produktivität durch Planung?

Das NS-Regime versuchte, die Produktion zu steuern. Im Februar 1942, nach dem Unfalltod des Vorgängers Todt, beauftragte Hitler damit Albert Speer. Der junge Architekt erweiterte den Zuständigkeitsbereich des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion, wie es ab September 1943 hieß. Die "Zentrale Planung", ein gesamtwirtschaftlicher Planungsausschuss unter Hans Kehrl (1900-1984), steuerte binnen Kurzem die Verteilung von Rohstoffen, Kohle und Energie, Arbeitskräften und Transportkapazitäten. Tatsächlich stieg zwischen Anfang 1942 und Juli 1944 der Rüstungsindex von 100 auf 322. Auf dem Gipfel der Produktivität im Juli 1944 wurden fünfmal so viele Panzer hergestellt wie zweieinhalb Jahre zuvor. Und das, obwohl der alliierte Bombenkrieg zur selben Zeit am intensivsten war.

Grafiken: "Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/205581/grafiken-kriegswirtschaft-und-zwangsarbe>)

Sollte man deshalb von einem "Rüstungswunder" sprechen? Wirtschaftshistoriker weisen diesen Mythos von Speers Einfluss auf die Rüstung zurück. Das vermeintliche Wunder, das die NS-Propaganda im Zeichen des "totalen Krieges" feierte, ereignete sich nicht von heute auf morgen. Es resultierte vielmehr aus einer längerfristigen Entwicklung. Schaut man nämlich genauer hin, wurden die Speer zugeschriebenen Rationalisierungsmaßnahmen deutlich früher oder später getroffen, oder sie verpufften. Zugespitzt formuliert: Auch ohne Speer wäre es zu einem Anstieg der Produktivität gekommen. Er zeigt freilich auch, wie wenig das Potenzial des Reiches und der besetzten Gebiete bis dahin genutzt worden waren.

Zwangsarbeit – Grundlage der Kriegswirtschaft

Sicher ist: Das bis zum Herbst 1944 hohe Niveau der Versorgung im Dritten Reich setzte die menschenverachtende Ausbeutung von Arbeitskräften voraus. Der Krieg hätte nicht so lange geführt werden können ohne die zwölf Millionen Menschen aus fast ganz Europa, die für das Dritte Reich Zwangsarbeit geleistet haben: ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge, Häftlinge aus Gestapo- und "Arbeitserziehungslagern", Juden, Sinti und Roma. Allein im Sommer 1944 gab es 7,6 Mio. ausländische Arbeitskräfte, darunter mehr als 1,9 Millionen Kriegsgefangene und 5,7 Mio. zivile Arbeiterinnen und Arbeiter, zumeist aus Polen und der Sowjetunion. Etwa zweieinhalb Millionen dieser "Zwangsarbeiter" (wie die erst später gängige Bezeichnung lautet) sind zwischen 1939 und 1945 im Reich ums Leben gekommen, vor allem sowjetische Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge.

Im Verlauf des Krieges nahm die Zwangsarbeit zu; ab 1941/42 wurden die Bedingungen immer radikaler. Vertreter deutscher Unternehmen hielten in den besetzten Gebieten, vor allem in Polen und der UdSSR, Ausschau nach geeigneten Betrieben, die sie sich einverleiben konnten, bauten eigene Filialen auf und beuteten Einheimische als billige Arbeitskräfte aus. In Minsk zum Beispiel betrieb die Daimler-Benz AG ein Reparaturunternehmen für Wehrmacht-Kraftfahrzeuge. Mit 5000 Beschäftigten, darunter Kriegsgefangene, Einheimische und Menschen, die aus Weißrussland verschleppt worden

waren, galt die mit Unterstützung der Organisation Todt (OT) errichtete Firma als eine der größten Osteuropas.

Millionen Menschen wurden von den deutschen Besatzern, teils mit Hilfe von Kollaborateuren, zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt. Die meisten stammten aus Polen, der UdSSR und Frankreich. Firmen, die billige Arbeitskräfte benötigten, meldeten ihren Bedarf bei den Arbeitsämtern an. Zum "Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz" (GBA) ernannte Hitler im März 1942 den Gauleiter von Thüringen, Fritz Sauckel. Er gab der Arbeitsverwaltung und der Besatzungsverwaltung die jeweiligen Quoten vor. Die sowjetischen Kriegsgefangenen waren für die Zwangsarbeit zunächst nicht infrage gekommen. Nach der NS-Ideologie schien die Vorstellung geradezu absurd, die „rassisch minderwertigen slawischen Untermenschen“ aus Ost- und Südosteuropa ins Kernland der deutschen Volksgemeinschaft zu bringen und deren "Reinheit" und Sicherheit aufs Spiel zu setzen. Erst Ende 1941 wurde das Verbot aus schierer wirtschaftlicher Notwendigkeit aufgehoben.

Bericht der Gestapo über die "Stimmung" in der polnischen Bevölkerung vom 18. Juli 1941

"Die Exekution des ehemaligen polnischen Kriegsgefangenen B. wurde der Bevölkerung in der Nähe des Hinrichtungsortes nachträglich bekannt. Allgemein herrscht in der Bauernschaft die Auffassung vor, dass das Urteil hart aber gerecht war.

Die Arbeitgeber der polnischen Zivilarbeiter verhalten sich bei Auskunftserteilung den Gendarmeriebeamten gegenüber sehr zurückhaltend, weil sie Nachteile für ihre Betriebe durch die Polen befürchten. Diese Befürchtungen sind jedoch nicht ernst zu nehmen, weil die Hinrichtung auf die anwesenden 145 polnischen Zivilarbeiter einen tiefen Eindruck hinterlassen hat. Sie halten sich nach der Exekution äußerst zurück. Es wurde bekannt, dass auch die polnischen Zivilarbeiter das Urteil als gerecht anerkennen, zumal ihnen die angedrohte Strafe bei Verkehr mit deutschen Frauen bekannt war. In den Bezirken Haan und Hochdahl ist nach der Strafvollstreckung eine starke Arbeitslust bei den polnischen Zivilarbeitern festgestellt worden. Die Bevölkerung sprach nach etwa 10 Tagen schon nicht mehr über den Vorfall.

Die Lichtbilder von der Exekution überreiche ich als Anlage."

Quelle: Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland - RW 0058 Nr. 23027, Bl. 93.

Die "Fremdarbeiter" arbeiteten in der Landwirtschaft, in Bauunternehmen, im Bergbau, in Rüstungsbetrieben, im Handwerk und in Privathaushalten. In der Landwirtschaft lebten die Zwangsarbeiter – vor allem polnische und sowjetische Zivilarbeiter/innen und französische Kriegsgefangene – auf den Höfen in engem Kontakt zu den Bauern. Ausländer machten ab 1943 über die Hälfte der Arbeitskräfte auf dem Lande aus. Besonders hart war die Arbeit in der Bauwirtschaft, wo Baufirmen Bunker errichteten oder für Rüstungsfabriken arbeiteten. Ein Drittel der Beschäftigten bestand 1944 aus Zwangsarbeitern. 12.000 schufteten allein in Thüringen bei der Errichtung eines unterirdischen Flugzeugwerkes.

Bericht zur deutschen Wirtschaftslage 1943/44

"Für das Jahr 1944 ist der deutschen Kriegswirtschaft die Aufgabe größtmöglicher Steigerung aller kriegswichtigen Fertigungen unter gleichzeitiger Sicherung von Ernährung und sonstiger lebensnotwendiger Versorgung von Wehrmacht und Volk gestellt.

1. Auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft ist die Versorgung bis zur neuen Ernte sichergestellt. Für das kommende Landwirtschaftsjahr sind alle Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung des Versorgungsstandes getroffen.

2. Die Durchführung der notwendigen Produktionssteigerungen in allen Rohstoff- und Rüstungsbereichen setzt einen verstärkten Arbeitseinsatz voraus. Die Reserven an Arbeitskräften sind auch heute noch nicht voll ausgeschöpft. Arbeitsreserven sind unmittelbar in der Rüstungswirtschaft vorhanden. Auch innerhalb der Wehrmacht liegen Arbeitsreserven brach, die in Fortführung der begonnenen Aktionen durch weitere Umsetzungen und Auskämmungen aktiviert werden.

Im Verbrauchsgütersektor und innerhalb der staatlichen und kaufmännischen Verwaltung können durch Umsetzungen und sinnvolleren Einsatz der noch vorhandenen Arbeitskräfte Leistungssteigerungen erzielt werden. Weitere Reserven lassen sich durch systematische und ausnahmlose Heranziehung der noch unbeschäftigte weiblichen Arbeitskräfte, durch Bekämpfung der Fehlstunden und strengere Kontrolle der Krankheitsfälle aktivieren. Ebenso besteht durchaus noch die Möglichkeit zu weiteren Leistungserhöhungen.

Schließlich lässt auch eine weitere Mobilisierung von Arbeitskräften in den besetzten und befreundeten Ländern sowie eine straffere Lenkung im Ansatz der Ausländer entsprechend ihrer rassischen Eignung einen Leistungszuwachs erwarten. [...]

9. Voraussetzung für die Durchführung dieser Grundsätze ist die Durchdringung des ganzen Volkes mit der Überzeugung, dass es um das Letzte geht, und daß daher kein Opfer zu groß ist, um das Ziel, die Erringung eines siegreichen Friedens, zu erreichen. Dabei dürfen beim Einsatz weder Ausnahmen gefordert noch bewilligt werden, denn gerade für diese letzte Kraftanstrengung wird entscheidend sein, was die vornehmste Aufgabe einer Führung ist: das Vorbild."

Erstellt vom Planungsamt des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, PS 1946, Bl. 167–199, Bericht zur deutschen Wirtschaftslage 1943/44, zitiert nach: Jonas Scherner, Bericht zur deutschen Wirtschaftslage 1943/44. Eine Bilanz des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion über die Entwicklung der deutschen Kriegswirtschaft bis Sommer 1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007) 3, S. 499-546.

Walter Groß, Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, hält in Linz einen Vortrag über die Vorstellungen der nationalsozialistischen Rassen- und Bevölkerungspolitik. (© Deutsches Rundfunkarchiv) Im Reich entwickelte sich schon bald eine Stufenordnung der Ausländer nach rasseideologischen Kriterien. Ganz oben – unterhalb der deutschen "Herrenmenschen" – standen die Nord- und Westeuropäer, weiter unten die Polen und sowjetische Arbeitskräfte (die "Ostarbeiter"), am Ende "Zigeuner" und Juden.

Der einzelne Volksgenosse hatte durchaus einen Handlungsspielraum im Umgang mit Zwangsarbeitern. Das Propagandaplakat etwa, das die Deutschen aufforderte, mit den Fremden nicht am selben Tisch zu speisen, zeigte sowohl den rigiden Ausgrenzungswillen als auch den offenkundigen Regelungsbedarf. Die Bandbreite möglichen Handelns reichte von aktiver Beteiligung an Verbrechen bis zur offenen Auflehnung.

Zwangarbeit stand nur auf den ersten Blick in der Tradition des späten 19. Jahrhunderts, ausländische Saisonarbeiter anzuwerben. Sie war auch nicht bloß eine Folge- oder gar Randerscheinung des Krieges, sondern nachgerade ein Element der nationalsozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Zwangarbeit ließ die nach völkischem Ordnungsdenken formierte Gesellschaft erahnen, in der die arische Herrenrasse auf Millionen entrichteter Sklavenarbeiter zurückgreift. Zwangarbeiter und Zwangarbeiterinnen prägten den Kriegsalltag der Deutschen und waren spätestens ab 1942 nicht zu übersehen, weder im Reich noch in den besetzten Gebieten. Die Demütigung, Ausbeutung und "Vernichtung" rechtloser Menschen durch aufgezwungene Arbeit war ein öffentliches Verbrechen.

Weiterführende Literatur:

- Alltag Zwangsarbeit 1938-1945. Hg. Stiftung Topographie des Terrors /Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide. Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Schöneweide, Berlin 2013.
- Ralf Ahrens, Norbert Frei, Jörg Osterloh, Tim Schanetzky (Hrsg.), Flick. Der Konzern, die Familie, die Macht, München 2009.
- Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2007.
- Ralf Banken, Edelmetallmangel und Großraubwirtschaft. Die Entwicklung des deutschen Edelmetallsektors und die Degussa AG 1933-1945, Berlin 2009.
- Johannes Bähr, Die Dresdner Bank in der Wirtschaft des Dritten Reichs, München 2006.
- Neil Gregor, Stern und Hakenkreuz. Daimler-Benz im Dritten Reich, Berlin 1997.
- Rüdiger Hachtmann, Das Wirtschaftsimperium der deutschen Arbeiterfront 1933-1945. Göttingen 2012.
- Peter Hayes, Die Degussa im Dritten Reich. Von der Zusammenarbeit zur Mittäterschaft, 2. Aufl. München 2005.
- Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin 1985.
- Ludolf Herbst, Thomas Weihe (Hrsg.), Die Commerzbank und die Juden 1933-1945, München 2004.
- Andreas Heusler, Mark Spoerer und Helmuth Trischler (Hrsg.), Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit im "Dritten Reich", München 2010.
- Volkhard Knigge, Rikola-Gunnar Lüttgenau und Jens-Christian Wagner (Hrsg.), „Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg“ (Ausstellungskatalog), Essen 2012.
- Stephan H. Lindner, Hoechst. Ein I.G. Farbenwerk im Dritten Reich. München 2005
- Rolf-Dieter Müller, Der Manager der Kriegswirtschaft. Hans Kehrl – Ein Unternehmer in der Politik des Dritten Reichs, Essen 1999.
- Richard Overy, War and Economy in the Third Reich, Oxford 1995.
- Hans-Christoph Seidel, Der Ruhrbergbau im Zweiten Weltkrieg. Zechen – Bergarbeiter – Zwangsarbeiter. Essen 2010.
- Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Dritten Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart 2001.
- **Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Wanderausstellung "Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg". (<http://www.ausstellung-zwangsaarbeit.org/251>)**

- H.-U. Thamer, Wirtschaft und Gesellschaft unterm Hakenkreuz. (<http://www.bpb.de/39551>)
- Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus Siedler, München 2007.

Links

www.dz-ns-zwangssarbeit.de (<http://www.dz-ns-zwangssarbeit.de>)

www.alltag-zwangssarbeit.de (<http://www.alltag-zwangssarbeit.de>)



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Die Wehrmacht: Struktur, Entwicklung, Einsatz

Von Dr. Thomas Vogel

30.4.2015

Oberstleutnant Dr. Thomas Vogel, geboren 1959, ist Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Sein Interesse gilt schon länger der Militäropposition im ‚Dritten Reich‘ und dem Widerstand von Soldaten gegen den Nationalsozialismus. Seit einigen Jahren befasst er sich intensiver mit verschiedenen Aspekten der Kriegsführung im Zeitalter der Weltkriege, jüngst vor allem mit der Koalitionskriegsführung. Er hat u. a. veröffentlicht: "Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime, 5. Aufl., Hamburg u.a. 2000 (Hrsg. und Autor); Wilm Hosenfeld: "Ich versuche jeden zu retten." Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, München 2004 (Hrsg. und Autor); Tobruk 1941: Rommel's Failure and Hitler's Success on the Strategic Sidelines of the ‚Third Reich‘, in: Tobruk in the Second World War. Struggle and Remembrance, hrsg. v. G. Jasiński und J. Zuziak, Warschau 2012, S. 143-160; "Ein Obstmesser zum Holzhacken." Die Schlacht um Stalingrad und das Scheitern der deutschen Verbündeten an Don und Wolga 1942/43, in: Stalingrad. Eine Ausstellung des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr, hrsg. v. G. Piecken, M. Rogg, J. Wehner, Dresden 2012, S. 128-141; A War Coalition Fails in Coalition Warfare: The Axis Powers and Operation Herkules in the Spring of 1942, in: Coalition Warfare: An Anthology of Scholarly Presentations at the Conference on Coalition Warfare at the Royal Danish Defence College, 2011, hrsg. v. N. B. Poulsen, K. H. Galster, S. Nørby, Newcastle upon Tyne 2013, S. 160-176; Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Der deutsche Aufmarsch in ein kriegerisches Jahrhundert, München 2014 (Co-Hrsg. und Autor).

Den kommenden Krieg im Blick, begann der NS-Staat bereits 1933 ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm – ab 1935 unter offenem Bruch des Versailler Vertrages. Die Friedensstärke des Heeres wuchs innerhalb von sechs Jahren um mehr als das siebenfache, diejenige der Marine um das Fünffache. Bei Kriegsbeginn verfügte die Wehrmacht schließlich über 4,5 Millionen Soldaten.

Hervorgegangen aus der Reichswehr der Weimarer Republik, trugen die Streitkräfte des nationalsozialistischen Deutschland seit dem 15. März 1935 den Namen Wehrmacht. Mit ihren drei Teilen Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe wurde die Wehrmacht zum wichtigsten Instrument von Hitlers Eroberungspolitik während des Zweiten Weltkrieges.

Aufrüstung

Diesen Krieg im Blick, begann der NS-Staat bereits 1933 ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm. Umgesetzt wurde es zunächst unter Umgehung, ab 1935 unter offenem Bruch des Versailler Vertrages. Als Folge davon wuchs die Friedensstärke des Heeres innerhalb von sechs Jahren um mehr als das siebenfache, diejenige der Marine um das Fünffache. Fast aus dem Nichts entstand ab 1935 eine große Luftwaffe, obwohl durch den Versailler Vertrag eigentlich verboten. Ebenfalls 1935 wurde die Allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt, um die notwendige personelle Grundlage für die Aufrüstung zu schaffen. Die allgemeine Mobilmachung erhöhte die Gesamtstärke der Wehrmacht bis zum Kriegsbeginn am 1. September 1939 auf 4,5 Millionen Soldaten.

Für Deutschland besaß aufgrund seiner geopolitischen Lage schon immer die Armee die weitaus größte Bedeutung. So dienten auch in der Wehrmacht zu Kriegsbeginn fast neun von zehn Soldaten im Heer (3,7 Mio.), dagegen diente nur jeder zehnte Soldat in der neuen Luftwaffe (400.000) und sogar nur jeder 90. Soldat in der Kriegsmarine (50.000). Die Gesamtstärke stieg im Laufe des Krieges auf das Doppelte an (1943: 9 Mio.), wobei das Heer der mit weitem Abstand größte Wehrmachtteil blieb.

Führungsorganisation

Anfangs mit Vorsicht, doch Zug um Zug gewann Hitler die Kontrolle über den Militärapparat. Sofort nach dem Tod von Reichspräsident Paul von Hindenburg am 2. August 1934 ließ er die Soldaten auf sich als "Obersten Befehlshaber der Wehrmacht" vereidigen. Nach Kritik aus der Militärführung an seinem riskanten Kriegskurs Ende 1937 ergriff er wenig später eine günstige Gelegenheit, drängte den Reichskriegsminister, Werner von Blomberg, aus dem Amt und übernahm selbst die direkte Befehlsgewalt über die Wehrmacht.

Die Eidesformel der Soldaten der Wehrmacht:

"Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen."

An die Stelle des Kriegsministeriums trat am 4. Februar 1938 das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) unter Wilhelm Keitel, einem ihm besonders ergebenen General. Gleichzeitig brachte das Regime durch eine Intrige den Oberbefehlshaber des Heeres zu Fall und ersetzte ihn durch einen schwachen Nachfolger.

Im Krieg verschaffte sich Hitler mit Hilfe des OKW bestimmenden Einfluss auf die militärstrategische Planung und die Führung der militärischen Operationen. Seine Bedeutung als Feldherr wurde noch größer, als er Ende 1941 auch den direkten Oberbefehl über das Heer übernahm. Gleichzeitig zeigte er sich als militärischer Führer zunehmend überfordert. Das OKW war nicht in der Lage, dieses Defizit auszugleichen und die notwendige Funktion einer übergeordneten Führungsinstanz auszuüben. Vielmehr erhielten die Oberbefehlshaber von Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe ihre Befehle durch Hitler, besaßen direkten Zugang zu ihm und konnten daher das OKW überspielen. Weiter erschwert wurden militärische Planung und Führung auf höchster Ebene durch die Sonderstellung des Oberkommandos der Luftwaffe unter Reichsmarschall und Luftfahrtminister Hermann Göring.

■ Die Führung der Wehrmacht

Militärische Spitzengliederung im Krieg



Quelle: Thomas Vogel

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Bundeszentrale für politische Bildung, 2015, www.bpb.de



Die Führung der Wehrmacht (Grafik öffnet als hochauflösende PDF-Datei (http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/05_wehrmacht.pdf)) Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/ (bpb)

Diese militärische Spitzengliederung war trotz ihrer erheblichen Mängel von Hitler gewollt, weil sie ihn zur entscheidenden Autorität in allen wichtigen Fragen machte. So sicherte er seine persönliche Herrschaft. Insofern war sie typisch für den NS-Staat. Hitler nutzte die Rivalität unter den Wehrmachtteilen aus, deren Eigeninteressen die gemeinsame Kriegsführung zusätzlich behinderten.

Von der Zersplitterung der Führungsorganisation am stärksten betroffen war die Landkriegsführung. Der hierfür zuständige Generalstab im Oberkommando des Heeres (OKH) hatte mit Einrichtung des OKW bereits 1938 seinen Vorrang als erste militärische Beratungsinstanz der Politik verloren. Die Konkurrenz mit dem OKW führte ab 1940 zur Aufteilung der wachsenden Anzahl von Kriegsschauplätzen zwischen OKW und OKH. Ab Sommer 1941 war der Generalstab im Wesentlichen nur noch für den Hauptkriegsschauplatz Ostfront zuständig. Unter Hitler als direktem Vorgesetzten sah er sich ab 1942 immer mehr zu einem reinen Ausführungsorgan degradiert.

Kriegseinsatz

Trotz der Mängel an der Führungsspitze hatten die deutschen Feldzüge der ersten Kriegsjahre durchschlagenden Erfolg. Er beruhte nicht zuletzt auf einem allgemein hohen Ausbildungsstand der Soldaten und den Fähigkeiten der Truppenführer und ihrer Stäbe. Die in der deutschen Armee traditionelle Kultur des Führens mit Auftrag ("Auftragstaktik") machte die deutsche Landkriegsführung besonders flexibel und effizient. Mit zunehmender Kriegsdauer schlugen diese Faktoren weniger zu Buch, weil schlechter ausgebildete, oft minder taugliche Reservisten, zudem in unzureichender Zahl, die ausgebluteten älteren Jahrgänge ersetzen mussten. Zudem büßte die deutsche Kampfführung infolge von Hitlers starren Haltebefehlen ihre Beweglichkeit ein und wurde verlustreicher.

Auch wenn uns heute ein anderes Bild vor Augen stehen mag: Das Heer war alles andere als eine moderne Streitkraft, vor allem bei Kriegsbeginn. So blieb sein Motorisierungsgrad gering; anfangs bestand es zu 90 Prozent aus gewöhnlichen Infanterie-Divisionen, deren Personal wie im Ersten Weltkrieg zu Fuß marschierte. Überwiegend dienten noch Pferde als Zugmittel für Bagage und Artillerie. Auch waren die deutschen Truppen dem Gegner an Bewaffnung keineswegs überlegen. Gegen die französische Armee etwa konnte die Wehrmacht 1940 sogar deutlich weniger, technisch teilweise unterlegene Geschütze und Panzer aufbieten. Und die Rote Armee übertraf 1941 das deutsche Heer nicht nur an Kopfstärke erheblich, sondern besaß auch vielfach bessere Waffensysteme, zudem in deutlich höherer Stückzahl.

Modern und überlegen zeigte sich die Wehrmacht dagegen mit ihren Einsatzverfahren. Der neuartige geschlossene, weitgehend über Funk geführte Einsatz größerer Panzerverbände und motorisierter Infanterie revolutionierte den Bewegungskrieg. Die relativ wenigen "Schnellen Truppen" des Heeres errangen im engen Zusammenwirken mit Verbänden der Luftwaffe die deutschen Blitzkriegserfolge der Anfangsjahre. Ähnlich erfolgreich operierten zeitweise die deutschen U-Boote mit ihrer bereits im Ersten Weltkrieg entwickelten "Rudeltaktik" gegen Schiffskonvois der Alliierten.

Die Wehrmacht trat 1939 mit der weltweit stärksten Luftwaffe in den Krieg ein. Oberbefehlshaber Göring hatte den Vorrang ihrer Aufrüstung durchgesetzt. In den ersten Kriegsjahren verhalfen die Kampfflugzeuge und motorisierten Flak-Verbände der Luftwaffe den Angriffsoperationen des Heeres zum Erfolg. Zum Aufbau einer strategischen Bomberwaffe fehlten der Wille und die Kapazitäten. Eine erste Niederlage erlitt die Luftwaffe im Herbst 1940 in der "Luftschlacht um England". Ab 1942 zwang der zunehmende alliierte Bombenkrieg gegen deutsche Städte zu verstärkten Anstrengungen bei der Luftverteidigung. Mehr Jagdflugzeuge und Flakartillerie waren gefordert, was die Unterstützung für das Heer einschränkte. Doch blieb die deutsche Luftrüstung deutlich hinter jener der Alliierten zurück, und die alliierte Luftüberlegenheit wurde bald erdrückend. In den letzten Kriegsmonaten legte Treibstoff- und Pilotenmangel die fliegenden Verbände weitgehend lahm, und 200.000 Luftwaffen-Soldaten kamen als Infanteristen zum Einsatz.

Die Dominanz des Landkrieges ließ der kleinen Kriegsmarine nur eine Nebenrolle. Sie war der britischen Seemacht hoffnungslos unterlegen, erlitt schon bald große Schiffsverluste und blieb weitgehend auf die Bekämpfung der alliierten Handelsschifffahrt beschränkt. Deutsche U-Boote beeinträchtigten die Versorgung Großbritanniens und die alliierten Hilfslieferungen an die Sowjetunion erheblich, bis sie ab dem Frühjahr 1943 durch überlegene Aufklärungs- und Abwehrtechnik der Alliierten in die Defensive gezwungen wurden. Ungeachtet dessen hielt Großadmiral Karl Dönitz, treuer Gefolgsmann Hitlers und seit Anfang 1943 Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, an dieser Kriegsführung fest. Auch deshalb gingen drei Viertel der insgesamt über 1.000 gebauten U-Boote verloren, fast zwei Drittel aller U-Boot-Fahrer starben im Einsatz.

Wehrmacht und Nationalsozialismus

Führende Offiziere öffneten die Streitkräfte frühzeitig für die NS-Ideologie. So veranlasste der Reichswehrminister Anfang 1934, dass der rassistische "Arier-Paragraph" auch Anwendung auf Berufssoldaten fand; das Wehrgesetz von 1935 schloss alle "Nichtarier" vom aktiven Wehrdienst aus.

Im Krieg fasste der Nationalsozialismus in der Wehrmacht stärker Fuß. Die Militärführung zeigte sich bereits in Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 willig, das "Unternehmen Barbarossa" nach Hitlers Willen als rassenideologischen Vernichtungskrieg zu führen. In der Folge verstrickte sich die Wehrmacht in die verbrecherische Dimension dieses Krieges. Sie hatte Anteil an Mordaktionen gegen die russische Zivilbevölkerung unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Partisanen und trug Mitschuld am Hungertod von zwei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen sowie an der [Ermordung Tausender Politkommissare der Roten Armee](http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/200926/kommissarerlass) (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/200926/kommissarerlass>).

Im Zeichen des "totalen Krieges" führte die Wehrmacht Ende 1943 die Funktion des "Nationalsozialistischen Führungsoffiziers" ein. Bald bemühten sich mehrere tausend haupt- und nebenamtliche NSFO um die ideologische Festigung der Soldaten. Der [Umsturzversuch vom 20. Juli 1944](#) veranlasste die Führung, die Soldaten noch stärker auf das Regime einzuschwören. Durch Gesetz wurden die Soldaten ausdrücklich zum aktiven Eintreten für den Nationalsozialismus verpflichtet; der "Deutsche Gruß" ersetzte den traditionellen militärischen Gruß.

Gegen Kriegsende trieb das Regime die "Gleichschaltung" der Wehrmacht weiter voran. Bereits nach dem 20. Juli 1944 hatte Hitler dem "Reichsführer SS" Heinrich Himmler mit dem Befehl über das Ersatzheer eine Schlüsselposition in der Wehrmacht übertragen. Zu Lasten der Wehrmacht wurde die Waffen-SS mit Personal und Material bevorzugt ausgestattet. Vermehrt übernahmen SS-Generäle und besonders regimetreue Generäle der Wehrmacht die Regie an der Front. Sie führten vielerorts einen fanatischen Endkampf im Sinne Hitlers, was die Verluste ab Sommer 1944 drastisch ansteigen ließ. Insgesamt kamen 4,8 der 17,3 Millionen Soldaten, die im Krieg in der Wehrmacht dienten, ums Leben – ein Viertel davon allein in den letzten vier Kriegsmonaten.

Weiterführende Literatur:

- Omer Bartov, Hitler's Army. Soldiers, Nazis and War in the Third Reich, New York 1991.
- Martin van Creveld, Kampfkraft. Militärische Organisation und militärische Leistung 1939–1945, Freiburg 1989 (engl. Orig. 1982).
- Jürgen Förster, Die Wehrmacht im NS-Staat. Eine strukturgeschichtliche Analyse, München 2007.
- Jürgen E. Förster, The Dynamics of „Volksgemeinschaft“: The Effectiveness of the German Military Establishment in the Second World War, in: Allan R. Millet, Williamson Murray (Hrsg.), Military Effectiveness. Vol. 3 The Second World War, New Edition, New York 2010.
- Christian Hartmann, Johannes Hürter, Ulrike Jureit (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005.
- Geoffrey P. Megargee, Hitler und die Generäle. Das Ringen um die Führung der Wehrmacht 1933–1945, Paderborn u.a. 2006 (engl. Orig. 2000).
- Manfred Messerschmidt, Die Wehrmachtjustiz 1933–1945, Paderborn 2005.
- Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Deutsche Militärgeschichte in sechs Bänden

1648-1939, Bd. 4, Abschnitt VII Wehrmacht und Nationalsozialismus 1933-1939, München 1979.

- Klaus-Jürgen Müller, Das Heer und Hitler, Stuttgart 1969.
- Rolf-Dieter Müller, Hitlers Wehrmacht 1935 bis 1945, München 2012.
- Rolf-Dieter Müller, Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999.
- Christoph Rass, „Menschenmaterial“ – Deutsche Soldaten an der Ostfront. Innenansichten einer Infanteriedivision 1939–1945, Paderborn 2003.
- Felix Römer, Kameraden. Die Wehrmacht von innen, München, Zürich 2012.
- Wolfram Wette, Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden, Frankfurt am Main 2005.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Waffen, Militärtechnik und Rüstungspolitik

Von Dr. Thomas Vogel

30.4.2015

Oberstleutnant Dr. Thomas Vogel, geboren 1959, ist Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Sein Interesse gilt schon länger der Militäropposition im ‚Dritten Reich‘ und dem Widerstand von Soldaten gegen den Nationalsozialismus. Seit einigen Jahren befasst er sich intensiver mit verschiedenen Aspekten der Kriegsführung im Zeitalter der Weltkriege, jüngst vor allem mit der Koalitionskriegsführung. Er hat u. a. veröffentlicht: "Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime, 5. Aufl., Hamburg u.a. 2000 (Hrsg. und Autor); Wilm Hosenfeld: "Ich versuche jeden zu retten." Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, München 2004 (Hrsg. und Autor); Tobruk 1941: Rommel's Failure and Hitler's Success on the Strategic Side-lines of the ‚Third Reich‘, in: Tobruk in the Second World War. Struggle and Remembrance, hrsg. v. G. Jasiński und J. Zuziak, Warschau 2012, S. 143-160; "Ein Obstmesser zum Holzhacken." Die Schlacht um Stalingrad und das Scheitern der deutschen Verbündeten an Don und Wolga 1942/43, in: Stalingrad. Eine Ausstellung des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr, hrsg. v. G. Piecken, M. Rogg, J. Wehner, Dresden 2012, S. 128-141; A War Coalition Fails in Coalition Warfare: The Axis Powers and Operation Herkules in the Spring of 1942, in: Coalition Warfare: An Anthology of Scholarly Presentations at the Conference on Coalition Warfare at the Royal Danish Defence College, 2011, hrsg. v. N. B. Poulsen, K. H. Galster, S. Nørby, Newcastle upon Tyne 2013, S. 160-176; Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Der deutsche Aufmarsch in ein kriegerisches Jahrhundert, München 2014 (Co-Hrsg. und Autor).

Trotz des Verbots durch den Versailler Vertrag verlor Deutschland in den 1920er Jahren durch geheime Kooperation mit der Sowjetunion den Anschluss in der Panzer- und Luftrüstung nicht ganz. Die geheime Forschung und Erprobung in diesen Bereichen waren die Voraussetzung dafür, dass Deutschland ab 1935 in offener Aufrüstung seinen internationalen Rückstand ausgleichen konnte. Das galt vor allem für die neue Luftwaffe.

Das Bild des Zweiten Weltkrieges wurde wesentlich durch Waffen bestimmt, die schon im Ersten Weltkrieg zum Einsatz gekommen waren. Neue Kriegsmittel wie der Panzer, das Flugzeug und das U-Boot hatten damals ihr großes militärisches Potenzial gezeigt. Vor allem Panzer und Flugzeug erlebten deshalb in der Zwischenkriegszeit einen Entwicklungssprung. Gleichzeitig kam es in der Nachrichten-, Ortungs- und Kryptotechnik sowie in der Raumfahrt zu bahnbrechenden Fortschritten. Für militärische Zwecke nutzbar gemacht, beeinflussten viele dieser Technologien den Verlauf des Zweiten Weltkrieges erheblich.

Rüstungsschwerpunkte Flugzeuge und Panzer

In Deutschland hatten Entwicklung und Produktion militärischer Spitzentechnik 1919 vorerst ein jähes Ende gefunden. Der Versailler Vertrag verbot Deutschland den Bau und Besitz von Panzern, Militärflugzeugen und U-Booten. Durch geheime Kooperation mit der Sowjetunion in den 1920er-Jahren verlor es den Anschluss auf den Schlüsselgebieten der Panzer- und Luftrüstung jedoch nicht ganz. Die verdeckte Forschung und Erprobung waren die Voraussetzung dafür, dass Deutschland ab 1935 in offener, gewaltiger Aufrüstung seinen internationalen Rückstand weitgehend ausgleichen konnte. Das galt vor allem für die neue Luftwaffe. Bei Kriegsbeginn 1939 besaß sie ein überlegenes Jagdflugzeug (Messerschmidt Bf 109), ein leistungsfähiges Sturzkampfflugzeug (Junkers Ju 87) und einen modernen mittleren Bomber (Heinkel He 111). Mit allen drei Flugzeugtypen hatte sie während des Spanischen Bürgerkrieges (1936-1939) auch Einsatzerfahrung sammeln können.



Ein Sturzkampfflugzeug ("Stuka") Junkers Ju 87 beim Sturzangriff auf den Bahnhof einer polnischen Stadt im September 1939, gefilmt aus dem Flugzeug. Ausschnitt aus dem NS-Propagandafilm "Feldzug in Polen", der am 8. Februar 1940 uraufgeführt wurde. (© Bundesarchiv) (<http://www.bpb.de/mediathek/204881/stukaangriff-im-september-1939>)

Der Stand der Panzerrüstung überzeugte dagegen weniger. Die deutschen "Blitzkriege" der Anfangsjahre stützten sich überwiegend auf leichte, teils veraltete Panzer der Typen I und II aus deutscher Produktion, ergänzt um bessere aus tschechischer Beute. Polen, das nur wenige gleichwertige Panzer besaß, war damit relativ leicht zu bezwingen. Ganz anders war die Ausgangslage gegen das gut gerüstete Frankreich im folgenden Jahr: Ein risikanter Operationsplan und eine überlegene Führung ermöglichen dennoch den deutschen Sieg.

Erst 1941, gegen die Sowjetunion, konnte die Wehrmacht eine große Zahl moderne mittlere Panzer der Typen III und IV aufbieten. Sie waren jedoch dem neuen sowjetischen Panzer T-34 technisch deutlich unterlegen. Von ihm besaß die Rote Armee allerdings noch nicht sehr viele. Dafür war sie bei leichten Panzern in Zahl und Qualität deutlich im Vorteil. Auch verfügte nur sie über schwere Panzer. Wiederum glich die Wehrmacht ihre Materialunterlegenheit anfangs durch überlegene Planung und Führung aus. In den Folgejahren lieferten die deutschen Rüstungsschmieden Spitzenerzeugnisse wie die schweren Panzer der Typen V "Panther" (1943) und VI "Tiger" (1942). Als wirkungsvolle und preiswerte Ergänzung des Kampfpanzers erwies sich eine neuartige Artilleriewaffe: das 1940 eingeführte Sturmgeschütz. Sein Typ III wurde mit über 10.000 Exemplaren zum meistgebauten Vollketten-Panzer der Wehrmacht. Die deutschen Gegner zogen früher oder später mit kaum schlechteren, teils sogar besseren Panzer-Entwicklungen nach. Entscheidend war, dass Deutschland im Rüstungswettlauf allein gegen die Sowjetunion zahlenmäßig nicht mithalten konnte. Zu allem Überfluss leistete man sich eine große Typenvielfalt – und dies nicht nur beim Panzerbau, sondern auch in anderen Rüstungssparten.

■ Panzerkampfwagen des Zweiten Weltkrieges im Vergleich

Die Haupttypen der Deutschen und ihrer Gegner

Westfront 1940		Ostfront 1941		Ostfront 1944		Westfront 1944	
GER	FRA	GER	UdSSR	GER	UdSSR	GER	USA
Panzer II	Renault R 35	Panzer III	T 34/76	Panzer IV	T 34/85	Panzer IV	Sherman M4A1
 							
Besatzung		Besatzung		Besatzung		Besatzung	
3	2	5	4	5	5	5	5
 		 		 		 	
Gewicht		Gewicht		Gewicht		Gewicht	
8,9 t	10,6 t	20,3 t	26,3 t	25 t	32 t	25 t	30 t
 		 		 		 	
Höchstgeschwindigkeit		Höchstgeschwindigkeit		Höchstgeschwindigkeit		Höchstgeschwindigkeit	
40 km/h	20 km/h	40 km/h	55 km/h	40 km/h	55 km/h	40 km/h	40 km/h
 		 		 		 	
Reichweite*		Reichweite*		Reichweite*		Reichweite*	
200/130 km	140/80 km	170/100 km	450/260 km	180/120 km	300/160 km	180/120 km	190/- km
 		 		 		 	
Hauptbewaffnung		Hauptbewaffnung		Hauptbewaffnung		Hauptbewaffnung	
20 mm	37 mm	50 mm	76 mm	75 mm	85 mm	75 mm	75 mm
 		 		 		 	
Frontpanzerung		Frontpanzerung		Frontpanzerung		Frontpanzerung	
14,5 mm	43 mm	30 mm	45 mm	80 mm	45 mm	80 mm	51 mm
 		 		 		 	

*Reichweite auf der Straße bzw. im Gelände

Quelle: Thomas Vogel
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
Bundeszentrale für politische Bildung, 2015. [www.bpb.de](http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/06_panzer_vergleich.pdf)



Panzerkampfwagen des Zweiten Weltkrieges im Vergleich (Grafik öffnet im PDF) Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/ (bpb) (http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/06_panzer_vergleich.pdf)

Strukturen und Probleme der Rüstungspolitik

Wie schon im Ersten zeigte sich auch im Zweiten Weltkrieg, dass der Kriegserfolg wesentlich davon abhing, wie gut eine Volkswirtschaft zu diesem Zweck organisiert wurde. Weil Massenarmeen modern bewaffnet und ausgerüstet werden mussten, stellte die Steuerung der Rüstungsplanung, -forschung und -produktion eine zentrale Herausforderung dar. In dieser Hinsicht zeigte das "Dritte Reich" einmal mehr seine systemische Schwäche. Es bedurfte einer Munitionskrise bald nach Kriegsbeginn, damit Anfang 1940 ein Rüstungsministerium als zentrale Instanz geschaffen wurde. Aber erst der Druck des nachlassenden Kriegserfolges ermöglichte ab 1942 dem neuen Rüstungsminister Albert Speer tiefergehende Reformen. Er entzog die Rüstungsproduktion, zuerst nur jene für das Heer, dem Zugriff von Militär und Staatsapparat und übertrug der Industrie mehr Verantwortung. Das machte sie effizienter und steigerte ihren Ausstoß erheblich. Allerdings hatte Speer im militärischen Ressortegoismus einen zähen Gegner. Erst im Sommer 1943 konnte er die Marinerüstung unter seine Kontrolle bringen, ein weiteres Jahr später auch die Luftrüstung, nachdem der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Hermann Göring, Hitlers Vertrauen verloren hatte. Damit besaß Speer zehn Monate vor Kriegsende umfassende Zuständigkeit, wenn man von der wachsenden Konkurrenz der SS-Rüstungswirtschaft absieht.

Die Konzentration unter Speer behob bei weitem nicht alle Strukturdefizite. Auf die jeweiligen Probleme der Luftwaffe, der Marine und des Heeres mit der Ermittlung und Planung des eigenen Bedarfs hatte er nur bedingt Einfluss. Unter dieser Schwäche litt vor allem die Luftrüstung, die den Löwenanteil der deutschen Rüstungsressourcen verschlang. Obwohl spätestens 1943 der alliierte Bombenkrieg eine Stärkung der Luftverteidigung erforderte, zeigte sich die Luftwaffenführung unfähig, ihre vom Offensivdenken geprägte Rüstungspolitik neu auszurichten, zumal auch Hitler in seinem Vergeltungsdrang weiter auf die Offensive setzte. Es kam deshalb zu schwerwiegenden Fehlentscheidungen, so dass mancher Entwicklungsvorsprung gegenüber den Alliierten verspielt wurde. So wurde der weltweit erste in Serie gebaute Düsenjäger vom Typ Messerschmitt Me 262 ab Sommer 1944 unzweckmäßig eingesetzt; sein großes Potenzial als Abfangjäger blieb zunächst ungenutzt.

Die kaum gezügelte Konstruktionswut führte gerade im Flugzeugbau zu weiteren bemerkenswerten Ingenieursleistungen. Rüstungspolitisch waren es jedoch Fehlinvestitionen, weil Entwicklung und Produktion der neuen Typen die dramatisch schwindenden Ressourcen stark beanspruchten, ohne im ausgehenden Krieg noch größere militärische Wirkung zu entfalten. Obendrein hielt die Luftwaffe an Entwicklung und Produktion älterer, auch veralteter Flugzeugmuster ohne klare Schwerpunktsetzung fest. Dabei leistete sie sich mit dem viermotorigen Bomber Heinkel He 177 ihren teuersten Misserfolg überhaupt. Obwohl frühzeitig als Fehlkonstruktion erkennbar und selten im Einsatz, wurden zwischen 1942 und 1944 weit über 1.000 Exemplare hergestellt.

Das organisatorische Chaos in der deutschen Rüstung erwuchs fast zwangsläufig aus den politisch-militärischen Strukturen des "Dritten Reiches". Es hatte seine Ursache nicht zuletzt in der Person des "Führers" selbst. Viele Entscheidungen, auch im Detail, blieben von Hitler, folglich von Vorurteilen und Sonderwünschen eines Nicht-Fachmanns abhängig. So etwa konnte ihn erst Speer vom Vorteil moderner Fließbandproduktion gegenüber traditionellen Fertigungsmethoden überzeugen. Dagegen ließ er sich nicht vom starken Ausbau der Flak-Artillerie abbringen, obwohl sie im Vergleich mit dem Jagdflugzeug nachweislich das ineffektivere und ineffizientere Mittel der Luftverteidigung war. Und schließlich führte Hitlers Gigantomanie zur Verschwendungen erheblicher Mittel für die Entwicklung militärisch unsinniger, geradezu absurder Panzerprojekte (Panzer VIII "Maus"; 1000/1500-Tonnen-Panzer).

Kriegsende und "Wunderwaffen"

Als sich in der zweiten Kriegshälfte die Niederlage abzuzeichnen begann, setzte die NS-Führung ihre Hoffnung auf neue "Wunderwaffen", die das Blatt wenden sollten. Bald konnte die Propaganda auf Düsenflugzeuge und Super-Panzer verweisen. Daneben war 1944 eine neue Generation von U-Booten (Typen XXI und XXIII) im Bau, die den Seekrieg zu revolutionieren versprachen, weil sie sehr lange tauchen und schnell fahren konnten. Wie die meisten "Wunderwaffen" kamen jedoch auch sie technisch unausgereift und zu spät zum Einsatz. Zu lange hatten die Marineführung und Hitler nach einer großen Überwasserflotte gestrebt, die der anglo-amerikanischen Seemacht dennoch hoffnungslos unterlegen gewesen wäre, und deshalb Bau und Weiterentwicklung der U-Boote vernachlässigt.

Besondere "Wunderwaffen" kamen zum Zug, als angesichts der Verheerung deutscher Städte durch alliierte Bomber in Hitler der Wille nach "Vergeltung" weiter wuchs. Seine konventionelle Luftwaffe war hierfür bereits zu schwach, wie sich im Frühjahr 1944 zeigte. Deshalb erhielten äußerst aufwendige Fernwaffen-Projekte, die Hitler zuvor skeptisch beäugt hatte, nun als "V(ergeltungs)-Waffen" höchste Priorität. Bereits im Juni 1944 brachte die Luftwaffe ihren Marschflugkörper "V1" zum Einsatz. Das konkurrierende Heer folgte ab September mit der ballistischen Boden-Boden-Rakete "V2". Bis Ende März 1945 wurden 22.000 "V1" und 3.000 "V2" gegen englische, französische und belgische Städte eingesetzt. Sie töteten Tausende Menschen und verursachten große Schäden, blieben aber militärisch wirkungslos. Ein völliger Misserfolg war die "V3". Mit diesem gigantischen und kostspieligen Ferngeschütz wollte man London von der französischen Küste aus bombardieren. Es kam jedoch nie zum Einsatz.

Die Entwicklung einer echten "Wunderwaffe" gelang zuletzt dem Kriegsgegner: Die Vereinigten Staaten erzwangen mit dem Abwurf ihrer ersten Atombomben im August 1945 die Kapitulation Japans. Das "Dritte Reich" war dagegen vom Bau einer Atomwaffe zuletzt noch weit entfernt. Zwar hatten Politik und Militär die militärische Bedeutung der Entdeckung der Kernspaltung 1938 durch Otto Hahn bald erkannt und eine entsprechende Rüstungsforschung begründet. Wissenschaftliche und forschungspolitische Fehler sowie Aktionen der Kriegsgegner ließen diese jedoch nicht gedeihen. Aus Furcht vor einer deutschen Atomwaffe sicherten die Vereinigten Staaten ihrem "Manhattan"-Projekt ab 1942 ungleich konsequenter und mit erheblich mehr Mitteln den Erfolg.

Auf zwei weiteren Technologiefeldern von großer militärischer Bedeutung geriet Deutschland ebenfalls schon lange vor Kriegsende ins Hintertreffen. In der Ortungstechnik (Radar, Sonar) war sein britischer Gegner bald meist einen wichtigen Schritt voraus. Zum anderen überwanden britische und polnische Spezialisten im Laufe des Krieges die anfangs überlegene deutsche Verschlüsselungstechnik ("Enigma") im Funknachrichtenverkehr. Aus beidem zogen die Alliierten entscheidende Vorteile vor allem im Luft- und Seekrieg.

Weiterführende Literatur:

- Horst Boog, Die deutsche Luftwaffenführung 1935-1945. Führungsprobleme, Spitzengliederung, Generalstabsausbildung, Stuttgart 1982.
- Ralph Erskine, Der Krieg der Code-Brecher. Der Einbruch der Briten und Amerikaner in das mit der Chiffriermaschine Enigma gesicherte Funknetz der deutschen Kriegsmarine im 2. Weltkrieg, in: Akademie Aktuell, hrsg. von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München, Ausgabe 2/2002, S. 5-11. ([www.badw.de \(http://www.badw.de/aktuell/akademie_aktuell/2002/heft2/02_erskine.pdf\)](http://www.badw.de/aktuell/akademie_aktuell/2002/heft2/02_erskine.pdf))
- Heinz Dieter Hölsken, Die V-Waffen. Entstehung – Propaganda – Kriegseinsatz, Stuttgart 1984
- Rainer Karlsch, Hitlers Bombe. Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche, München 2005.
- Hartmut H. Knittel, Panzerfertigung im Zweiten Weltkrieg. Industrieproduktion für die deutsche Wehrmacht, Herford, Bonn 1988.
- Rolf-Dieter Müller, Albert Speer und die Rüstungspolitik im Totalen Krieg, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 5, Zweiter Halbband, Stuttgart 1999, S. 273-773.
- David Pritchard, Durch Raum und Zeit. Radarentwicklung und -einsatz 1904–1945, Stuttgart 1992 (engl. Orig. 1989).
- Eberhard Rössler, U-Boottyp XXI, Bonn 1986.
- Ralf Schabel, Die Illusion der Wunderwaffen. Die Rolle der Düsenflugzeuge und Flugabwehrraketen in der Rüstungspolitik des Dritten Reiches, München 1994.
- Guntram Schulze-Wegener, Die deutsche Kriegsmarine-Rüstung 1942-1945, Hamburg u.a. 1997.

Krieg und Holocaust

Von Dr. habil. Jörg Echternkamp

30.4.2015

Dr. habil. Jörg Echternkamp, geboren 1963, ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Er hatte zahlreiche Lehraufträge an Universitäten im In- und Ausland; 2012/13 war er Inhaber der Alfred-Grosser-Gastprofessur am Institut d'Études Politiques (Sciences Po) in Paris. Echternkamp forscht und lehrt zur deutschen und europäischen Geschichte vom 18. zum 21. Jahrhundert; Schwerpunkte bilden derzeit die Gesellschafts- und Erinnerungsgeschichte der Weltkriege, der NS-Zeit und der deutschen Nachkriegsgeschichte. Zu seinen Publikationen zählen: (Hg.) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1-2: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945 (München 2004/2005; engl. Oxford 2008/2014), Die 101 wichtigsten Fragen: Der Zweite Weltkrieg, München 2010, Militär in Deutschland und Frankreich 1870-2010, Paderborn 2011 (hg. mit S. Martens), München 2012; Experience and Memory. The Second World War in Europe, Oxford 2010/2013 (hg. mit S. Martens); (Hg.), Wege aus dem Krieg im 19. und 20. Jahrhundert, Freiburg 2012; Die Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1969, Paderborn 2013; Gefallenengedenken im globalen Vergleich (hg. mit M. Hettling), München 2013; Soldaten im Nachkrieg 1945-1955, München 2014.

Der Kern des Nationalsozialismus zeigte sich im Völkermord an den europäischen Juden. Die systematische, von Staats wegen organisierte und seit 1941 fabrikmäßig betriebene Tötung von sechs Millionen Juden war das spezifische NS-Verbrechen, in dem die nationalsozialistische Rassenpolitik ihren schrecklichen Höhepunkt fand.

Krieg und Genozid lassen sich nicht voneinander trennen. Das Regime führte den Krieg, um seine verbrecherischen Ziele zu erreichen, und ohne den Krieg wären die Massenverbrechen unmöglich gewesen. Kaum hatte der Angriff auf Polen begonnen, musste Hitler, der lange bemüht war, sich außenpolitisch als friedliebender Politiker darzustellen, keine Rücksicht mehr auf das Ausland nehmen. Die militärische Besetzung vor allem Ost- und Südosteuropas war die Voraussetzung für die Verfolgung und Ermordung von Millionen dort ansässiger Menschen, vor allem der Juden. Nun war es zudem möglich, entlegene, schwer zugängliche Konzentrations- und Vernichtungslager außerhalb des Reiches zu errichten. Mit der Kriegsanstrengung ließ sich zudem die Gewalt im Inneren des Reiches zusätzlich legitimieren.

Der radikale Antisemitismus wurde mit dem Sozialdarwinismus verbunden, der die Lehre von Charles Darwin, dass sich die Evolution der Arten mit ihrer natürlichen Auslese erklären lässt, auf die menschliche Gesellschaft anwandte. Deren Entwicklung wurde nun als ein ewiger Existenzkampf der Rassen gedeutet. Der "Bolschewismus" (so lautete der antikommunistische Kampfbegriff seit der Russischen Revolution) ließ sich in dieses Weltbild durch eine antisemitische Wendung einordnen. Insbesondere die NS-Propaganda griff das aus Russland stammende Feindbild des "jüdischen Bolschewismus" auf, das die Gegner der Revolution prägten, um diese mit einer Verschwörung der Juden zum Kampf für die Weltherrschaft zu erklären. Aus diesen Schlüsselementen setzte sich das Weltbild der nationalsozialistischen Machthaber zusammen. Das gilt insbesondere für Hitler selbst. Ohne ihn wäre der Genozid an den Juden in Europa ebenso wenig denkbar gewesen wie ohne die direkte oder indirekte Beteiligung von Millionen von Menschen – keineswegs allesamt radikale Antisemiten –, die ihrem "Führer" bereitwillig "entgegenarbeiteten" (Ian Kershaw). Die Konsequenz der Grundannahmen des Nationalsozialismus war klar: Der "Lebensraum", der im Osten für ein deutsches Kontinentalimperium gewonnen werden sollte, musste "judenfrei" sein – wie Europa insgesamt.



Raul Hilberg - Der Weg in den Holocaust (<http://www.bpb.de/mediathek/308/der-weg-in-den-holocaust>)

Bereits in den ersten Monaten der Eroberung Polens kam es im Zuge der Vernichtung der "polnischen Intelligenz" zu Massakern. Charakteristischer für diese frühe Kriegsphase sind gleichwohl zwei andere Konsequenzen der nationalsozialistischen Volkstumspolitik: die Deportationen und die Ghettosierung der Juden. Noch im Oktober 1939 begannen die Verschleppungen aus den annexierten Gebieten in den östlichen Teil des neuen deutschen Herrschaftsbereichs. Als deutlich wurde, dass eine großangelegte systematische Abschiebung nicht, wie geplant, realisierbar war, gingen die deutschen Besatzer dazu über, in den jeweiligen Gebieten Ghettos einzurichten. Durch den Krieg verschlimmerte sich auch die Lage der Juden im Reich und in den anderen europäischen Staaten, die seit 1939/40 im Herrschaftsbereich des NS-Regimes lagen. Im Reich hatten die Juden ja bereits seit sechs Jahren unter wachsendem Verfolgungsdruck gelitten. Nun wurden sie weitestgehend ausgegrenzt und immer häufiger in "Judenhäusern" isoliert. Bereits für diese Frühphase des Krieges 1939 bis 1941 lässt sich von einem Völkermord reden. Schließlich verloren zehntausende Juden ihr Leben – durch Deportation, Unterversorgung, Massenerschießung.

[An dieser Stelle befindet sich ein eingebettetes Objekt, das wir in der PDF-/EPUB-Version nicht ausspielen können. Das Objekt können Sie sich in der Online-Version des Beitrags anschauen: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/199409/krieg-und-holocaust>]

Massenerschießungen in Liepaja, Lettland. Quelle Youtube/Yad Vashem - Deutsch

Mit dem Angriff auf die Sowjetunion (UdSSR) am 22. Juni 1941 ging die genozidale Judenpolitik in ihre schrecklichste Phase über: den systematischen industriellen Massenmord an den europäischen Juden. Auf dem sowjetischen Territorium, das die Wehrmacht 1941/42 besetzte, lebten drei bis vier Millionen Juden, darunter die Bewohner der von der Sowjetunion nach dem Hitler-Stalin-Pakt annexierten baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, Ostpolens und Bessarabiens.

Je weiter das Ostheer vorrückte, desto größer wurde das System von SS, Polizei und militärischen Sicherungstruppen im Hinterland. Auch die Wehrmacht gehörte fallweise zum Mordapparat in diesem rasseideologischen Vernichtungskrieg. Denn ohne die logistische Unterstützung der Wehrmacht-Kommandanturen hätten SS- und Polizei die Massenverbrechen oft kaum begehen können. Zum Teil, etwa gleich zu Beginn des Feldzugs, waren Soldaten an Massenerschießungen auch direkt beteiligt. Insgesamt fielen den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD (des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS) rund eine Million Menschen zum Opfer; davon 500.000 bereits in den ersten Monaten, im Baltikum allein 320.000 Juden. Zu den anfangs meist männlichen Opfern zählten auch jene jüdischen Rotarmisten, die in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten waren: Schätzungsweise 50.000 wurden aufgrund ihrer jüdischen Herkunft erschossen oder der SiPo ausgeliefert. Dass vor allem in Litauen, der Ukraine und Polen auch nationalistische und antisemitische Milizen mit Duldung der Besatzungsmacht zur mörderischen Treibjagd auf Juden bliesen, verschlimmerte deren Lage weiter.

Für den systematischen Massenmord an den Juden in ganz Europa stellte Hitler im Herbst 1941 die Weichen. Ende 1941 begann sein Angriff auf das "Weltjudentum", wie er ihn 1939 vorhergesagt hatte. Während weit im Osten kaum ein Jude die deutsche Besetzung überlebt hatte, begann die "Endlösung".

"Protokoll der Wannsee-Konferenz" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/201442/protokoll-der-wannsee-konferenz>)

Um dieses umfassende Verbrechen besser zu koordinieren, rief der Leiter des RSHA (des Reichssicherheitshauptamtes) Reinhard Heydrich zu einer Konferenz am Berliner Wannsee. Auf der sog. Wannsee-Konferenz saßen Vertreter der beteiligten Institutionen an einem Tisch, um künftig Reibungsverluste durch Kompetenzstreitigkeiten zu vermeiden. Für die "Endlösung der europäischen Judenfrage" sollte "Europa vom Westen nach Osten durchgekämmt" werden; im Protokoll vom 20. Januar 1942 war die Rede von elf Millionen Juden. In der Villa am Wannsee wurde die "Endlösung" nicht beschlossen – der Massenmord fand ja längst statt – sie sollte vielmehr europaweit abgesprochen

werden. "Die Völkerwanderung der Juden werden wir in einem Jahr bestimmt fertig haben", verkündet Himmler vor SS-Führern in Berlin am 9. Juni 1942, "dann wandert keiner mehr. Denn jetzt muß eben reiner Tisch gemacht werden".

Die "Einsatzgruppen"

Das wichtigste Instrument der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik bildeten die sogenannten Einsatzgruppen der im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) zusammengefassten Sicherheitspolizei und des SD. Nach Kriegsbeginn folgten die von Heydrich aufgestellten "Einsatzgruppen" den gen Osten vorrückenden Wehrmachtstruppen auf dem Fuß. Dort nutzten sie ihre relativ großen Handlungsmöglichkeiten vor allem 1939 in Polen und 1941/42 in der Sowjetunion für Massenmorde. Bis 1942 wurden diese Einheiten, die zunächst als vorübergehende Maßnahme geplant waren, zu eigenen Dienststellen, von denen die in der Sowjetunion operierenden Einsatzgruppen A, B, C und D besondere Bekanntheit erlangten. Weitere Einsatzgruppen befanden sich in Nordafrika ("Tunis"), Kroatien (E), bei der Heeresgruppe Süd (F), in Ungarn 1944 (G), in der Slowakei 1944 (H); noch an der Ardennen-Offensive Ende 1944 nahmen zwei Einsatzgruppen (K und L) teil.

Die drei in der UdSSR eingesetzten "Höheren SS- und Polizeiführer" (HSSPF), die Himmler direkt unterstanden – Erich von dem Bach-Zalewski (1899-1972), Friedrich Jeckeln (1895-1946) und Hans Prützmann (1901-1945) –, steuerten die Massenerschießungen durch SS und Polizei; manches Mal legten sie auch selbst Hand an. Vier Einsatzgruppen standen im Mittelpunkt: im Norden die Einsatzgruppe A, in Weißrussland B, in der Ukraine C und am Schwarzen Meer D. Sie wurden, was lange unbeachtet geblieben ist, durch Einheiten der Ordnungspolizei aufgestockt, die zumeist den HSPPF, gelegentlich auch der Wehrmacht unterstellt waren. Die "ganz normalen Männer" (Christopher R. Browning) der Polizeibataillone beteiligten sich an den Mordaktionen ganz so wie die SiPo. Das traf auch auf Brigaden der Waffen-SS zu (die SS-Kavalleriebrigade und die 1. SS-Infanteriebrigade), die insbesondere in der Nordukraine und im südlichen Weißrussland rund 35.000 bzw. 17.000 Menschen ermordeten.

Jörg Echternkamp

Seit September 1941 waren Juden aus dem Reich und dem Protektorat in Städte im Osten für den "Arbeitseinsatz" deportiert worden. Ab März/April 1942 dann fielen auch die letzten moralischen Barrieren gegenüber den deutschen Juden. Die bereits deportierten Deutschen wurden im Osten ebenso erschossen wie die einheimischen Juden. Weitere Deportationen aus dem Reich folgten, teils in Ghettos, in denen zuvor polnische Juden gelebt hatten. Schließlich führten die ersten Transporte auf direktem Weg in ein Vernichtungslager, ab Ende 1942 vor allem nach Auschwitz. Im Juni 1943 hatten die Nationalsozialisten ihr Ziel erreicht. Im Reich lebten offiziell nur noch etwa 20.000 Juden: vor allem Ehepartner in "Mischehen", die allerdings wie die "Mischlinge" von der Gestapo drangsaliert wurden. Nur einigen tausenden Juden gelang es, unterzutauchen und sich bis zu ihrer Befreiung 1945 versteckt zu halten. In Berlin tauchte 1941 beispielsweise die 19-jährige Inge Deutschkron mit ihrer Mutter in die Illegalität ab; unter falscher Identität und in ständiger Lebensgefahr lebten sie (und ihre Beschützer) bis zur Befreiung 1945.

[An dieser Stelle befindet sich ein eingebettetes Objekt, das wir in der PDF-/EPUB-Version nicht ausspielen können. Das Objekt können Sie sich in der Online-Version des Beitrags anschauen: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/199409/krieg-und-holocaust>]

Marcel Reich-Ranicki über den Beginn der Deportationen aus dem Warschauer Ghetto. Quelle Youtube/Yad Vashem - Deutsch

Auf dem ehemals polnischen Gebiet spielte sich binnen kurzer Zeit der größte Teil des industrialisierten Massenmords ab. Als sich abzeichnete, dass Deportationen nach Osten wegen des Kriegsverlaufs in

absehbarer Zeit nicht möglich sein würden, forderten NS-Funktionäre schnelle Lösungen, um die verbliebenen Juden loszuwerden, insbesondere die arbeitsunfähigen. Die Seuchengefahr, die von den Ghettos ausging, das Versorgungsproblem und das vermeintliche Sicherheitsrisiko im Rücken der Wehrmacht, dazu die Bereitschaft der Berliner Zentralen zur Radikalisierung: Diese Faktoren wirkten derart zusammen, dass der Gauleiter des Warthelandes, Arthur Greiser (1897-1946), im Dorf Kulmhof (Chelmo) ein behelfsmäßiges Vernichtungslager bauen ließ. Hier verloren ab Dezember 1941 insgesamt 152.000 Menschen ihr Leben. Im besetzten Polen, im Generalgouvernement wurden drei weitere Vernichtungslager errichtet: im Distrikt Lublin ab November 1941 Belzec, dazu ab März 1942 Sobibor. Im Distrikt Warschau entstand nordöstlich der Stadt im Mai 1942 mit Treblinka das dritte Vernichtungslager. Güterzüge karrten täglich die Juden, aber auch Sinti und Roma, aus den geräumten Ghettos zu den Orten ihrer Ermordung. Zwischen Ende Juli und Mitte November 1942 verloren über zwei Millionen Menschen ihr Leben. Diese Zahl lag höher als in der Phase der Massenerschießungen durch die Einsatzgruppen bis Frühjahr 1942, höher auch als in der Zeit der größten Tötungsquote von Auschwitz 1943/44.

Opfer des Mordes an den europäischen Juden (Länder in Grenzen von 1937)	
Belgien	25.000
Deutschland	165.000
Estland	1.000
Frankreich	75.000
Griechenland	59.000
Niederlande	102.000
Italien	7.000
Jugoslawien	65.000
Lettland	67.000
Litauen	116.000
Österreich	65.000
Polen	3.000.000
Rumänien	350.000
Sowjetunion	1.000.000
Tschechoslowakei	260.000
Ungarn	270.000
Albanien, Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Nordafrika	2.800
Gesamtzahl	mind. 5.600.000

Darstellung nach: Dieter Pohl, Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1933-1945, Darmstadt 2003, S. 109.

Die Massenverbrechen in Polen und in den besetzten sowjetischen Gebieten gingen auf dem Zusammenwirken von Initiativen vor Ort einerseits und auf Erwartungen und Forderungen aus Berlin andererseits zurück. Dagegen wurde der Genozid an den Juden im übrigen Europa straff organisiert. Denn für die Deportation und Ermordung der restlichen europäischen Juden lag die Federführung weiterhin im Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Im Referat IV hielt dort Adolf Eichmann (1906-1962), der "Referent für Judenfragen", die Fäden in der Hand. Die Waggons mit den Opfern schickte der Bürokrat ganz pragmatisch zumeist in jene Vernichtungslager, die gerade Kapazitäten frei hatten: in Polen, im Reichskommissariat Ostland oder im Generalgouvernement. Ab Sommer 1942 hieß das Ziel meistens, ab Sommer 1943 fast ausschließlich: Auschwitz. Bis zur Befreiung des Lagers Ende Januar 1945 durch die Rote Armee fand etwa eine Million Menschen in Auschwitz den Tod.



Judendeportationen in von Deutschland besetzten Ländern –
Ethan Hollander im Interview (Englisch) (<http://www.bpb.de/mediathek/192744/judendeportationen-in-von-deutschland-besetzten-laendern>)

Der Wandel des KZ-Systems im Krieg

"Lange Zeit herrschte die Vorstellung, dass die meisten Opfer der NS-Herrschaft in Lagern interniert bzw. dort ermordet wurden. Und tatsächlich spielten die Lager eine bedeutende Rolle bei den nationalsozialistischen Verfolgungen. [Doch] die Zahl der Lager wie auch der Häftlinge erreichte erst während des Krieges, vor allem 1942/43, allmählich jene enormen Ausmaße, die das Bild bis heute prägen. Und die bekannten Konzentrationslager bildeten nur eine Kategorie unter vielen innerhalb des nationalsozialistischen Lageruniversums. Sie blieben zahlenmäßig in der Minderheit, wie sie auch nicht durchweg die wichtigsten Tatorte des Massenmordes darstellten. Vor dem Krieg war dies noch anders gewesen. Der größte Teil der Häftlinge aus den verfolgten Gruppen war in Konzentrationslagern eingesperrt, viele freilich auch innerhalb der Gefängnisse des 'normalen' Justizsystems. [...] Im Krieg verschärfte sich das Lagerregime deutlich: Entlassungen waren erheblich seltener, gerade Ausländer und die Juden unter den Häftlingen wurden besonders schlecht behandelt, und schließlich dienten die Konzentrationslager mehr und mehr als Orte für planmäßige Tötungen. [...] Im Winter 1941/42 begann eine allmähliche Umstrukturierung des KZ-Systems. Zunächst war vorgesehen, dass die SS einen Teil der sowjetischen Kriegsgefangenen in ihre Lager übernahm. [...] Gleichzeitig sollten für die gigantischen Bauprogramme des 'Generalplan Ost', die Ende 1941 konzipiert worden waren, sofort riesige Zahlen von Häftlingen zur Verfügung gestellt werden. Und schließlich lief um die Jahreswende 1941/42 der systematische Mord an den europäischen Juden an, der allmählich mit dem KZ-System verbunden wurde. Erst ab März 1942 gelangten Juden wieder in KZ, diesmal im Zusammenhang mit der 'Endlösung'. In den neu erbauten Lagern Auschwitz-Birkenau und Majdanek wurden sie entweder sofort nach Ankunft ermordet oder hatten als Zwangsarbeiter nicht mehr lange zu leben."

Quelle: Dieter Pohl, *Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1933-1945*, Darmstadt 2003, S. 136f.

Eichmann organisierte nicht nur die Deportation aus dem Reich, sondern auch aus weiteren europäischen Staaten: aus den verbündeten Staaten Kroatien und Slowakei, den besetzten Staaten Belgien und Frankreich einschließlich des zunächst nicht besetzten Territoriums der Kollaborationsregierung in Vichy, den Niederlanden und Griechenland, aus dem ehemals verbündeten Staaten Italien und Ungarn. Aus Ungarn wurden nach dem Einmarsch der Wehrmacht ab Mitte Mai 1944 binnen zwei Monaten 437.000 Juden nach Auschwitz verschleppt. Rund 320.000 wurden unmittelbar nach ihrer Ankunft getötet. Ihre Überreste wurden auf freiem Feld verbrannt. Das war die letzte und zugleich größte Verschleppung zur Vernichtung.



Ermordete im Zwangsarbeitslager Ohrdruf nahe Gotha, einem Außenlager des KZ Buchenwald. (©picture-alliance/AP)

Im gesamten Zeitraum zählten die Konzentrationslager schätzungsweise zwei Millionen (registrierte) Häftlinge. Bis zu 900.000 kamen infolge der Misshandlung, mangelnden Ernährung, katastrophalen hygienischen Bedingungen, durch Menschenversuche, Massenmorde oder im Zuge der Todesmärsche 1945 zu Tode. Hinzurechnen muss man die Zahl jener Juden, die nach ihrer Ankunft in Auschwitz und Majdanek sofort ermordet wurden und gar nicht erst in den eigentlichen Häftlingsbereich gebracht wurden.

Der Kern des Nationalsozialismus zeigte sich im Völkermord an den europäischen Juden. Die systematische, von Staats wegen organisierte und seit 1941 fabrikmäßig betriebene Tötung von sechs Millionen Juden war das spezifische NS-Verbrechen, in dem die nationalsozialistische Rassenpolitik ihren Höhepunkt fand. Doch dass die drakonische Judenverfolgung der Friedensphase nach Kriegsbeginn auf einen Genozid hinauslaufen würde, war nicht von Anfang an ausgemacht. Aber die Radikalität des nationalsozialistischen Weltbildes, die von moralischen Bedenken ungehemmte Gewaltbereitschaft seiner Anhänger, nicht zuletzt die fehlende Bereitschaft zum Widerstand machten den Massenmord zu einer Möglichkeit, die ab 1939 grausame Wirklichkeit wurde. Die Zahl der deutschen Täter im engeren Sinn wird mittlerweile auf 300.000 geschätzt; keine 500 wurden in der Bundesrepublik für ihre Beteiligung am Genozid verurteilt.

Weiterführende Literatur:

- Frank Bajohr, Dieter Pohl, Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006.
- Inge Deutschkron, Ich trug den gelben Stern, München 2013.
- Christian Gerlach, Krieg, Ernährung, Völkermord. Deutsche Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Zürich 2001.
- Wolfgang Benz, Der Holocaust, 7. Aufl., München 2008.
- Christopher R. Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die "Endlösung" in Polen. Mit einem Nachwort (1998), Reinbek 1998.
- Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 2: Die Jahre der Vernichtung 1939-1945, 2. Aufl., München 2006.
- Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde., 10. Aufl., Frankfurt am Main 2007.
- Raul Hilberg, Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945, Frankfurt am Main 2003.
- Eric A. Johnson, Der nationalsozialistische Terror. Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche, Berlin 2001.
- Peter Longerich, "Davon haben wir nichts gewusst!": Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933 – 1945, 2. Aufl., München 2007.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Soldatische Kriegserfahrungen

Zwischen Langeweile und Enthemmung

Von Dr. habil. Jörg Echternkamp

30.4.2015

Dr. habil. Jörg Echternkamp, geboren 1963, ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Er hatte zahlreiche Lehraufträge an Universitäten im In- und Ausland; 2012/13 war er Inhaber der Alfred-Grosser-Gastprofessur am Institut d'Études Politiques (Sciences Po) in Paris. Echternkamp forscht und lehrt zur deutschen und europäischen Geschichte vom 18. zum 21. Jahrhundert; Schwerpunkte bilden derzeit die Gesellschafts- und Erinnerungsgeschichte der Weltkriege, der NS-Zeit und der deutschen Nachkriegsgeschichte. Zu seinen Publikationen zählen: (Hg.) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1-2: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945 (München 2004/2005; engl. Oxford 2008/2014), Die 101 wichtigsten Fragen: Der Zweite Weltkrieg, München 2010, Militär in Deutschland und Frankreich 1870-2010, Paderborn 2011 (hg. mit S. Martens), München 2012; Experience and Memory. The Second World War in Europe, Oxford 2010/2013 (hg. mit S. Martens); (Hg.), Wege aus dem Krieg im 19. und 20. Jahrhundert, Freiburg 2012; Die Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1969, Paderborn 2013; Gefallenengedenken im globalen Vergleich (hg. mit M. Hettling), München 2013; Soldaten im Nachkrieg 1945-1955, München 2014.

So unterschiedlich wie die Einsätze und Einsatzorte der Soldaten fallen auch ihre zu Papier gebrachten Erfahrungen aus. Gleichwohl kann man von typischen Erfahrungen oder übergreifenden Phänomen sprechen. Mit Langeweile und Enthemmung lassen sich zwei Extreme beschreiben, zwischen denen sich der militärische Alltag bewegte.

Krieg ist Kampf: Zumindest vermitteln uns diesen Eindruck bis heute die Bilder der nationalsozialistischen Propaganda. Wir sehen vorwärtsstürmende Infanteristen, hören Granateinschläge und riechen förmlich den Pulverdampf. Doch nicht jeder, der sich freiwillig zur Wehrmacht gemeldet hatte oder eingezogen worden war, verbrachte den Krieg ganz oder teilweise im Frontgebiet. (Dass es sich um ein Gebiet unterschiedlicher Tiefe handelt, verdecken die Begriffe "Front" und "Frontlinie" leicht.) Hunderttausende Soldaten dienten fernab der Kampfzone und der, wie es seit dem Ersten Weltkrieg hieß, Hauptkampflinie (HKL), an der gerade die wichtigsten Kämpfe tobten. Stattdessen warteten sie in Ersatzbataillonen auf ihren Einsatz oder waren zu sogenannten rückwärtigen Diensten im Versorgungsraum hinter der Front, in der "Etappe", eingesetzt. Im Soldatenjargon "Etappenhengste" genannt, kümmerten sie sich zum Beispiel um den Nachschub, um Verwaltungsangelegenheiten oder Instandsetzungsarbeiten. Von den Soldaten der Marine war sogar nur eine Minderheit an den Frontkämpfen beteiligt.

Wieder andere befanden sich zu einem Urlaubs- oder Lazaretaufenthalt im Reichsgebiet. Nicht zu unterschätzen ist schließlich die Mobilität der Truppe. Jeden Tag waren zahllose Wehrmachtangehörige auf Dienstreise unterwegs: Sie befanden sich auf dem Weg in die Heimat, auf dem Rückmarsch zu ihrer Einheit oder wurden an einen neuen Frontabschnitt verlegt, etwa von der Ost- an die Westfront. Als die ersten Wehrmachtangehörigen dem Gegner in die Hände fielen, kam ein weiterer Erfahrungsraum hinzu: das Lagerleben als Kriegsgefangener im Gewahrsam der Alliierten, sei es in Großbritannien, den USA und Kanada, sei es in der Sowjetunion. Schließlich blieb jede Erfahrung ihrerseits von den jeweiligen Vorprägungen des Einzelnen, namentlich seinem Alter und seiner Herkunft, abhängig. All das wandelte sich im Kriegsverlauf erheblich. Kein Wunder, dass die Tagebücher, Feldpostbriefe und auch die Memoiren der Soldaten diese unterschiedlichen Erfahrungen widerspiegeln.

Aus dem Tagebuch Wilm Hosenfelds (Warschau)

Wilm Hosenfeld (1895-1952) war als Reserveoffizier bei der Oberfeldkommandantur in Warschau

eingesetzt. Er rettete vermutlich 12 Polen und polnischen Juden das Leben.

Bekannt wurde er später durch den Film "Der Pianist", in dem Roman Polański die Autobiographie Władysław Szpilmans (Der Pianist – Mein wunderbares Überleben) verfilmt. Vor dem Hintergrund der Einkesselung der 6. Armee bei Stalingrad und dem Rückzug des Afrika-Korps notierte er am 25. Januar 1943 das Folgende:

"[Warschau], 25. Januar 1943

Angesichts dieser Hiobsbotschaften ist es unbegreiflich, daß die Schandtaten gegen die polnische Bevölkerung sich eher noch steigern. Von ganz unglaublichen Vorgängen wird hier berichtet. In der Lubliner Gegend und bei Zamosc bei Krakau werden die Bauern aus ihren Dörfern vertrieben, Männer und Frauen in Lager verschickt, die alten Leute erschossen und die Kinder in Transportzügen irgendwohin verfrachtet.[1] Im Alter von 2-14 Jahren verschleppt man sie. Ein solcher Zug kam dieser Tage durch Warschau. Auf dem Bahnhof Praga wurden die Wagen geöffnet. Ein großer Teil war verhungert und erfroren. Die Zivilbevölkerung stürmte die Wagen und wollte die Kinder retten und mit nach Hause nehmen. Das wurde aber verboten, die Wagen wurden geschlossen, und der Zug fuhr mit den unglücklichen Kindern, ohne daß man die Toten herausnahm, weiter. Er soll irgendwohin nach Deutschland verschleppt werden. Man fragt sich, ob die Menschen, die das befehlen, wahnsinnig sind. In Warschau werden wahre Menschenjagden abgehalten, auf der Straße, sogar in die Kirchen und Privatwohnungen dringt die Polizei ein und verhaftet wahllos, wer ihr in die Hände fällt. Niemand weiß, was mit den Opfern geschieht. Ob man glaubt, wir verlieren den Krieg, und will die Zivilbevölkerung als Geiseln behalten, oder, wie ein Kamerad meint, es soll durch diese Schandtaten die Kluft und der Haß immer größer werden, daß es kein Zurück mehr für uns gibt als Vernichtungskampf bis zum letzten Mann."

Quelle: Thomas Vogel: "Ich versuche jeden zu retten". Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, München 2004

Fußnoten

1. Tatsächlich ließ der SS- und Polizeiführer des Distriktes Lublin, Odilo Globocnik, auf Befehl Hitlers mehr als 100.000 Bauern zwangsumsiedeln, um Platz für die Ansiedlung deutscher Kolonisten zu schaffen. Das Unternehmen scheiterte schließlich am wachsenden polnischen Widerstand. Die Bauern wurden in Auschwitz und Majdanek ermordet oder zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert; die Kinder kamen zur "Germanisierung" nach Deutschland.

Feldpostbrief eines Soldaten aus Gotenhafen (Gdynia) an seine Frau und seinen Sohn im Frühjahr 1945. Der Brief wurde nicht mehr zugestellt.

"Gotenhafen, den 23. März 1945

Meine liebe Marie und Georg!

Will Dir heute auch mal wieder ein Brieflein zukommen lassen. Bin immer gesund, was ich von meinen Lieben auch hoffe. Bei uns ist es heute schön Wetter, man kann sich direkt sonnen. Ich sitze alleine in der Stube und habe Telefonwache, und somit habe ich Zeit zum Schreiben. Die Sonne scheint einem ganz warm auf den Rücken, und da soll man Krieg führen – [das] ist arg für einen. Weißt, jetzt fängt das schöne Frühjahr wieder an und ich in weiter Ferne im Ungewissen, da kommt das Heimweh erst recht. Und daheim ist alles voller Arbeit, wo [sic!] ich Euch abnehmen sollte. Voriges Jahr konnte

ich nun noch alles säen und dieses Jahr müßt Ihr es alleine machen, und dazu hat man noch mehr zum Ansäen. Weißt, möchte gerne mal wieder in meine Gärten, wäre doch bestimmt vieles zum Richten. Aber alles muß ich Euch überlassen.

Wir haben genug noch zu essen, ich gebe immer noch ab an die arme Zivilbevölkerung. Weißt, man müßt mitansehen, wie so viele Haus und Hof haben müssen verlassen und wo genug zum Leben gehabt hätten [sic!], und jetzt haben sie kein Brot mehr. Der Krieg, das ist ein schweres Elend, und was er für Leid in die Familien bringt. Welche Familie bleibt da verschont?

Am Sonntag ist wieder der Palmsonntag, und voriges Jahr war man zu Hause in dieser Zeit. Der Kleine wird sich ja mächtig freuen auf den Osterhasen. Ich hätte ihm auch gerne etwas geschickt, aber [es] gehen ja keine Päckchen weg. Habe zwei Schachteln Schoko-Kola aufgespart und kann sie nicht wegschicken. Habe jetzt eine Schachtel verschenkt an kleine Kinder, weißt, wie die eine Freude hatten. Möchte nur meinen Liebling auch mal wieder sehen, der würde auch bestimmt eine Freude haben und nicht mehr weggehen von seinem Papa und vollends wenn er zu seiner Liesel darf und reiten. So wachsen die Kinder auf ohne ihren Vater, [es] ist eine schlechte Zeit. Der Nachbar B. ist auch gestorben. Vater schrieb es mir daneulich, so geht einer nach dem andern.

[...] Unserem Iwan seine Schlachtflugzeuge sind heute wieder schwer aktiv, Welle auf Welle kommt an und packen Ihre Sachen aus. Hoffentlich habt ihr nicht mehr soviel Alarm, damit ihr nur bei Nacht ruhig schlafen könnt, wenn man den ganzen Tag über draußen ist. Oder kommen sie zu Euch auch bei Tag?

Meine liebe Marie, wünsche Dir nur recht fröhliche und gesegnete Osterfeiertage. Habe Dir im letzten Brief 2 Bilder vom Kurland bei[ge]legt und lege heute wieder bei, hoffentlich bekommst Du sie, damit [Du] ein Andenken von mir hast. Haben uns in letzter Zeit noch einmal fotografiert [sic!], aber können sie zur Zeit nicht entwi[c]keln lassen.

Will nun für heute schließen und hoffe, daß mein Brief Euch alle gesund antrifft, wie er mich verläßt.

Sei, meine liebe Marie und Georg, von Herzen tausendmal begrüßt und geküßt von Deinem treuen Georg und Vater.

Auf Wiedersehen!"

Quelle: Jörg Echternkamp, Kriegsschauplatz Deutschland 1945. Leben in Angst – Hoffnung auf Frieden. Feldpost aus der Heimat und von der Front, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Paderborn 2006, S. 174f.

Gleichwohl kann man sinnvoll verallgemeinern, von jeweils typischen Erfahrungen sprechen oder übergreifende Phänomene betrachten. Mit Langeweile und Enthemmung lassen sich zwei Extreme beschreiben, zwischen denen der militärische Alltag sich bewegte. Auch wenn Militär in erster Linie für Aktion steht, löste die Routine militärischen Handelns schnell ein Gefühl der Langeweile aus, weil der Ernstfall wochen-, ja monatelang nicht eintrat. Der junge Heinrich Böll zum Beispiel langweilte sich als Soldat an der Westfront und im Ersatzbataillon entsetzlich, bevor er – endlich! – an die Ostfront verlegt wurde.

Aus den Briefen Heinrich Bölls an seine spätere Ehefrau

Heinrich Böll (1917-1985), nach einem LazarettAufenthalt in Frankreich in einem Ersatzbataillon im Kölner Raum stationiert, klagt in Briefen an seine künftige Ehefrau Annemarie Cech über die Langeweile des Soldatenalltags und schwärmt – wenige Tage nach dem Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 – von einem Fronteinsatz im Osten.

"[Köln-]Mülheim, den 6. November 1940

Warten müssen ist doch das Schlimmste. Wir Soldaten empfinden es auch als das Furchtbarste. Wir warten immer auf irgendetwas, auf Versetzung, Einsatz, Urlaub, auf die Erfüllung oder Dementierung irgendeines Gerüchts, und wenn nicht auf eines von diesen Dingen, so warten wir doch letztlich immer auf unsere Entlassung. [...] Oh, auf solche Dinge warten, die an sich gewiß sind, aber zeitlich nicht festgelegt, weißt Du, daß das die Hölle auf Erden ist. Wenn man doch irgendeine auch nur im geringsten interessante Beschäftigung hätte, eine Ablenkung, aber von 24 Stunden des Tages mindestens 16 seinen blödsinnigen Gedanken widmen können, das dürfte nicht sein. Ich kann auch gar nichts dazu tun, um irgendeine Funktion zu finden, die mich wenigstens beansprucht. So muß ich eben warten, warten. [...]"

"Wesseling, den 29. Juni 1941

... auch am Soldatentum zieht mich dieses Absolutgestelltsein ungeheuer an, und es reizt mich geradezu; deshalb ist meine soldatische Sehnsucht wirklich, immer an der Front zu sein ... gerade jetzt, wo wieder eine Offensive in Gang ist – und es muß doch herrlich sein, in diese unendliche Weite Rußlands vorzustoßen – ich leide maßlos darunter, so immer und immer den Krieg nur im Schatten nur in Schulen und Kasernen zu verleben und zum allergrößten Teil in dumpfen und dreckigen Stuben, wie ein in Ehren Gefangener, Du weißt es ... [...] das Leben an der Front (würde) mir lieber und erträglicher sein, trotzdem; es ist doch absoluter im Leid und in der Freude, verstehst du mich..."

Quelle: Heinrich Böll. *Briefe aus dem Krieg 1939-1945*, Bd. 1, hrsg. von Jochen Schubert, Köln 2001, S. 127 und S. 205.



4. Internationale Konferenz Sönke Neitzel
London School of Economics and Political Science
Kameradschaft als Bedürfnis –
Interview mit Sönke Neitzel (<http://www.bpb.de/mediathek/194400/kameradschaft-als-beduerfnis>)

Zu den soldatischen Erfahrungen des Krieges in Ost- und Südosteuropa dagegen gehörte die Enthemmung. Diese "Brutalisierung" hatte nicht eine Ursache, sondern lässt sich nur durch ein Bündel von Motiven und Umständen erklären, die Wissenschaftler/innen unterschiedlich gewichten. Die gesteigerte Gewaltbereitschaft hing damit zusammen, dass sich der Krieg im Osten von einem Bewegungs- zu einem Stellungskrieg wandelte, bevor er in einem verzweifelten Rückzugskrieg endete. Der Landser musste unter immer primitiveren Mitteln gegen einen moderner ausgerüsteten Feind um sein Überleben kämpfen. Diese

"Entmodernisierung" (Bartov) habe die Brutalisierung ebenso vorangetrieben wie die Auflösung der Gruppensolidarität. Die millionenfachen Verluste zerstörten den ursprünglichen Gruppengeist der sogenannten Primärgruppen und ließen den einzelnen Soldaten vereinsamen und verzweifeln. Die Militärjustiz drohte mit drakonischen Strafen – am Ende setzte das Regime fliegende Standgerichte ein –, denen bis zu 15.000 Männer zum Opfer fielen (im Ersten Weltkrieg waren es gerade einmal 58!). Diese rigide Disziplinierung habe, so lautet eine Vermutung, deshalb funktionieren können, weil man gleichzeitig die Zügel beim Verhalten gegenüber dem Gegner gelockert und Disziplinlosigkeit zugelassen habe, insbesondere bei der Partisanenbekämpfung. Die Mischung von Terror und Motivation hat, darauf deuten Interviewprotokolle hin, auch die Soldaten der Roten Armee angetrieben, die bei Stalingrad ihre Heimat verteidigten.

Zu den Erfahrungen, die den Brutalisierungsprozess auf deutscher Seite vorangetrieben haben, gehört schließlich eine verzerrte, von der NS-Ideologie beeinflusste Verzerrung der Wahrnehmung: Deutsche Soldaten sahen sich angesichts des Elends der Menschen in der Sowjetunion in ihrer Auffassung bestätigt, es mit "Untermenschen" zu tun zu haben. Wie ein Großteil der Zivilbevölkerung auch, glaubten sie lange an den "Hitler-Mythos" (vgl. Ian Kershaw) und waren gewiss, dass der Führer sie schon retten würde. Sie fühlten sich schließlich als Opfer, nicht als Täter. Doch welche Rolle genau spielte

die NS-Ideologie für das enthemmte Verhalten auch gegenüber Zivilisten und Kriegsgefangenen? In der privaten Feldpost und auch in den Stimmungsberichten, die das NS-Regime für die Truppe erstellen ließ, finden sich nationalsozialistische Deutungen und Versatzstücke der Goebbels-Propaganda eher selten. Wo sie auftauchten, bleibt noch die Frage, inwieweit sie über Lippenbekenntnisse hinausreichten und tatsächlich das Handeln der Soldaten radikalierten. Brauchte es die ideologische Rechtfertigung überhaupt?

"...heitere Erlebnisse aus den Feldzügen dieses Kriegs"

Die Sonderveröffentlichung des Völkischen Beobachters von 1943, von dessen Schriftleiter Wilhelm Utermann 1943 herausgegeben, ging auf ein Preisausschreiben des VB zurück. "Es wurden heitere Erlebnisse aus den Feldzügen dieses Kriegs gesucht.

Scherzworte von Kameraden, die in einer gefährlichen oder ernsten Situation durch ihren Humor die Stimmung wieder aufbügeln.", hieß es in der Einleitung.

"Er weiß Rat!"

38 Grad Kälte an der Abwehrfront im Osten. Die Bauneröfchen in der Feuerstellung spendeten wohltuende Wärme. Der vorgeschobene Beobachter funk: "Feuerkommando! – Feindliche Panzer! – Eile geboten!"

Alles läuft an die Geschütze und legt die Munition fertig. Und dann wartet alles, trampelnd und händeklopfend, und ob des eisigen Windes fluchtend. Es vergehen fünf Minuten, Es vergehen zehn Minuten. Ohne ein Kommando, ohne einen Schuß. Es vergehen fünf Minuten. "Feuerpause!" – Furchtbar wütend und schimpfend tarnen die verummerten Kanoniere die Geschütze wieder und bewegen sich zum Bunker zurück. Sie knurren von Blödsinn, Quatsch und Schikanen. Alles knurrt. Nur Schmidt-Sandbank vom Rhein meint: "Der Panzer hätt 'ne Radpann'. Solln mer ne Luftpumpe hinbringen? Dann kütt jä!"

Alles lacht herhaft und die Stimmung hat wieder ihr Gleichgewicht.

Wm. [Wachtmeister] Teipel"

"Das Fräulein Nummer!"

Februar 1942. Ein Regiment der Waffen-SS [i.O. Sigrune], das schon monatelang den eisernen Ring um Leningrad hält, gibt einen bunten Nachmittag. [...] Die schnittige Regimentskappel spielt den Eröffnungsmarsch, und dann betritt der Ansager die Rampe. Er begrüßt den mit Soldaten überfüllten Saal, die zumeist nur für wenige Tage aus den vorderen Linien abgelöst sind. In seiner Ansprache erwähnt er, daß alle Darbietungen von Soldaten für Soldaten gegeben würden. Unter großen Anstrengungen sei es ihm aber gelungen, einige weibliche Kräfte zu engagieren. Mit einer Blickwendung nach links ruft er laut "Fräulein Käthe!". Verheißungsvoll flügen mehrere hundert Augenpaare dorthin, wo eine mit Papier verhängte Türöffnung sichtbar ist. Und schon betritt eine Fee, mit allen weiblichen Reizen ausgestattet, die Rampe. Das Fräulein Nummer. Mit graziösen Bewegungen schreitet sie über die Rampe zur anderen Seite. Da ertönt plötzlich aus den Reihen der Landser, die sich am schnellsten von dem ungewohnten Anblick einer leichtbekleideten Frau erholt hatten, eine Stimme: "Fräulein Käthe, heute abend 8 Uhr am Eingang!" Schlafartig antwortet darauf das Fräulein Nummer mit tiefer Baßstimme: "Niet panemeio." (Ich verstehe nicht.)

Das Gelächter und der Applaus aller Anwesenden einschließlich des Generals nahm orkanartige Formen an. Die furchtbaren Kämpfe und Entbehrungen, sowie die mörderische Kälte des russischen Winters haben dem Landser den Humor nicht nehmen können."

Ogefr. [Obergefreiter] Rudi Bakenecker"

VG-Feldpost (Hg.), Darüber lache ich heute noch – Soldaten erzählen heitere Erlebnisse, Berlin 1943, Zitate S. 10 (Teipel), 45f. (Bakenecker)

■ Verpflegungsstärken der Kriegswehrmacht am 1.9.1943

Gesamtsumme aller durch die Wehrmacht verpflegten Personen: ca. 13 555 000 Personen

Gesamte Wehrmacht 9.823.000

Feldheer (einschließlich Lw. Felddivisionen)		Luftwaffe im Bereich des Feldheeres		Feldheer im Heimatkriegsgebiet, Generalgouvernement, Ostland und Ukraine
4.497.000 Heer	150.000 Luftwaffe	990.000		526.000
		Feldeinheiten d. Luftwaffe im Heimatkriegsgebiet, Generalgouvernement, Ostland und Ukraine	Waffen-SS im Feldheer	
		393.000	280.000	
		Ersatzeinheiten der Luftwaffe	Kriegsmarine im Bereich des Feldheers	Kriegsmarine
		363.000	170.000	472.000 Kriegsmarine
				106.000 Luftwaffe
				39.000 Heer
			Ersatzeinheiten der Waffen-SS	
				70.000
Ersatzheer				
1.734.000 Heer		33.000 Kriegsmarine		

Außerdem durch die Wehrmacht verpflegt 3.732.000

Waffen-SS und kasernierte Polizei in besetzten Gebieten und Heimat 600.000	Verbündete einschl. Osttruppen und Legionen 670.752 bei Feldheer und Luftwaffe	Wehrmachtgefolge 498.350 bei Feldheer und Luftwaffe	Kriegsgefangene und Internierte 316.399 bei Feldheer und Luftwaffe
	■ 822 Kriegsmarine	383.499 Heimatkriegsgebiet usw.	530.048 Heimatkriegsgebiet usw.
	207.646 Heimatkriegsgebiet usw.		11.974 Kriegsmarine
	60.000 Italienische Divisionen	84.974 Kriegsmarine	367.000 ital. Mil. Internierte

Quelle: BA-MA, RW 4/v, 489.

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Bundeszentrale für politische Bildung, 2015, www.bpb.de



Verpflegungsstärken der Kriegswehrmacht am 1.9.1943. Hier finden Sie die Grafik als hochauflösende PDF-Datei. (http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/07_verpflegungsst%C3%A4rken.pdf) Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/ (bpb)

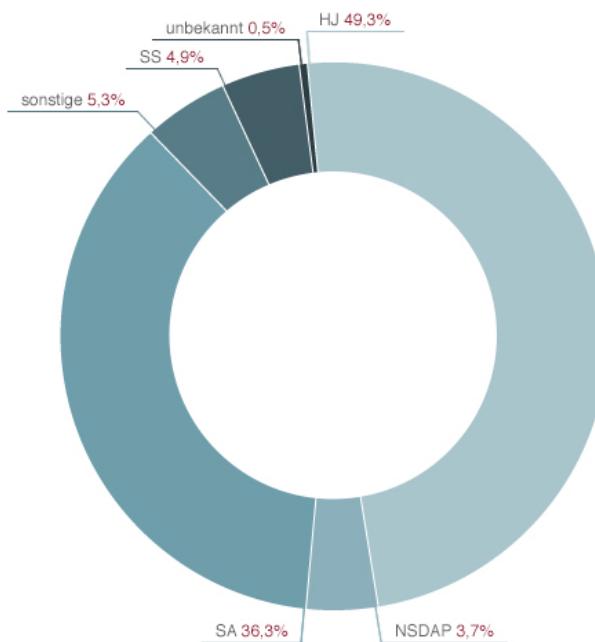
Allerdings wurden 1944/45 immer häufiger jüngere Männer an die Front geschickt, die sämtliche Erziehungsinstanzen des NS-Regimes durchlaufen hatten. Sie glaubten an ihren "Führer" und fühlten sich ihm verpflichtet. Für sie war klar: Ein Zusammenbruch wie 1918 durfte sich nicht wiederholen. Eine Kollektivbiografie der Mannschaften und Unteroffiziere der 253. Infanteriedivision, die während des Ostfeldzuges an der Ostfront eingesetzt war, hat beispielhaft gezeigt, dass die 18- bis 28-jährigen

Männer, die 1939 einberufen wurden, ein nationalsozialistisches Bild des Krieges im Kopf hatten, als sie ihren Marschbefehl erhielten. Rassistische Feindbilder und völkische Vorstellungen von Lebensraumeroberung wirkten zum mindesten im Hintergrund, auch wenn in der besonderen Situation andere Faktoren das konkrete Handeln und Deuten motiviert haben. Wie sehr sich manche Soldaten mit dem NS-Regime identifizierten, zeigte sich nicht zuletzt in den Kriegsgefangenenlagern im Ausland, wo zweifelnde Kameraden von Überzeugungstätern unter Druck gesetzt wurden.

Soldaten verarbeiteten ihre Eindrücke im konkreten Einsatzraum anhand ihres kulturellen Vorwissens, das nicht spezifisch nationalsozialistisch war. Zum einen gehörte dazu die Vorstellung von "Kameradschaft" als einem soldatischen Idealbild. Diese Vorstellung war deshalb so erfolgreich, weil sie die verschiedenen Erfahrungen, Einstellungen und Weltsichten des einzelnen Soldaten nicht als trennende Faktoren begriff, sondern integrierte. Das Kameradschaftskonzept gründete auf einer tief verankerten Tradition. Vor allem die nationalistischen Kriegervereine hatten nach 1918 das Bild einer egalitären Gemeinschaft von Kameraden gepflegt, das im "Kriegserlebnis" des Ersten Weltkriegs gründete. Kameradschaft gab dem Soldatentod einen Sinn, ohne vom eigenen aktiven Töten zu reden. Als Kameraden bildeten Soldaten vor allem eine Leidengemeinschaft, in der das christliche Motiv des Leidens für die Gemeinschaft eine wichtige Rolle spielte. Fürsorge und Trost gehörten zu dieser militärischen Kultur ebenso wie Komplizenschaft und Verschwiegenheit angesichts der Verbrechen im Krieg.

■ Mitgliedschaften in NS-Organisationen

Ergebnis einer Stichprobe aus 2.291 Soldaten einer deutschen Infanteriedivision



Das Diagramm zeigt am Beispiel einer Infanteriedivision, welche Instanzen der nationalsozialistischen Sozialisation deren Angehörige gegebenenfalls durchlaufen hatten. Insgesamt waren, auf die Stichprobe bezogen, 785 von 2291 Soldaten (= 34,26%) Mitglied in einer oder mehreren NS-Organisationen gewesen, 1506 Soldaten (= 65,74%) waren niemals Mitglied einer dieser Organisationen.

Quelle: Christoph Rass, "Menschenmaterial". Deutsche Soldaten an der Ostfront. Innenansichten einer Infanteriedivision 1939-1945, Paderborn 2003
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
Bundeszentrale für politische Bildung, 2015, www.bpb.de



Mitgliedschaften in NS-Organisationen. Hier finden Sie die Grafik als hochauflösende PDF-Datei. (http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/13_mitgliedschaften.pdf) Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/ (bpb)

Sozialer Zwang war die Kehrseite der sozialen Geborgenheit in der Gemeinschaft im Zeichen der Kameradschaft. Eins hatte sich nach 1918 gezeigt: Auch wenn die Soldaten aus einem verlorenen Krieg heimkehrten, konnten sie nur "mitreden", wenn sie am Fronterlebnis teilgehabt und durchgehalten hatten. Ansonsten drohten vorwurfsvolle Blicke. Zwar beugten sich längst nicht alle dieser "Moral des Mitmachens" (vgl. Thomas Kühne), doch dem Außenseiter in dieser Zwangsgemeinschaft waren enge Grenzen gesetzt – in welche Nische hätte er auch flüchten können? Geteilte Scham und der Druck, nur nicht aufzufallen, stärkten eine Gruppendynamik, die vor Denunziation schützte. Für die jüngeren

Soldaten bot die Kameradschaft, einschließlich der geteilten Erfahrung von Drill und Todesgefahr, von exzessivem Trinken und Bordellbesuchen, zudem die Möglichkeit, in die Männerwelt eingeführt zu werden.

Auch das Pflichtgefühl, das die Masse der Soldaten verinnerlicht hatte, lässt sich in diesem Zusammenhang als ein militärischer Wert verstehen, der nicht an einen ideologischen Inhalt gekoppelt war. Seine Pflicht zu tun und dafür bereit zu sein, auch Wehrlose zu töten, schien den meisten als Soldaten so lange legitim, wenn nicht selbstverständlich, wie die vollständige militärische Niederlage nicht offenkundig und jedes weitere Opfer sinnlos wurde.

Zum anderen zählten zum kulturellen Gewissen die Wertvorstellungen "Reinlichkeit" und "Ordnung". Immer wieder schildern die Briefe der Soldaten das Erlebte mit dem Gegensatzpaar von Sauberkeit und Schmutz. Ihre gesteigerte Gewaltbereitschaft lässt sich daher auch mit einem Überlegenheitsgefühl erklären, das mindestens auf die Zeit des Ersten Weltkriegs zurückging: Die Landser deuteten die Unterschiede, die sie zwischen Deutschland und "dem Osten" beobachteten, als ein durch eigene Erfahrungen vor Ort bestätigtes Kulturgefälle, das sie wiederum in den Begriffen von Reinlichkeit fassten. Der Gegner galt als schmutziger Barbar, der den "sauberer", kulturell höher stehenden Deutschen zu "infizieren" drohte. Der Krieg bestätigte und radikalierte die negativen Feindbilder der Soldaten. Die Rede von Ordnung und Sauberkeit haben dem Töten einen (zusätzlichen) Sinn gegeben und insofern das Verbrechen erleichtert. Das erklärt die Kaltschnäuzigkeit, mit der (heimlich abgehörte) Kriegsgefangene über das Töten von Zivilisten redeten. Sicher, Reinlichkeits- und Ordnungsvorstellungen waren ebenso wenig wie das Kameradschaftsideal nicht die Ursache für die Beteiligung am Vernichtungskrieg. Aber sie gehörten zu jenen kollektiven, vom Nationalsozialismus aufgegriffenen Deutungsmustern, die im Zusammenspiel mit den persönlichen Erfahrungen immer wieder zur Enthemmung führten.

Ausgewählte Literatur:

- Omer Bartov, Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges, Reinbek 1995.
- Veit Didczunet, Jens Ebert und Thomas Jander (Hrsg.), Schreiben im Krieg - Schreiben vom Krieg. Feldpost im Zeitalter der Weltkriege, Essen 2011.
- Jörg Echternkamp, Kriegsschauplatz Deutschland 1945. Leben in Angst – Hoffnung auf Frieden. Feldpost aus der Heimat und von der Front, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Paderborn 2006.
- Stephen G. Fritz, Frontsoldaten. The German soldier in World War II, Lexington/Ky 1995.
- Jochen Hellbeck, Die Stalingrad-Protokolle. Sowjetische Augenzeugen berichten aus der Schlacht, Frankfurt am Main 2012.
- Michaela Kipp, "Großreinemachen im Osten". Feindbilder in deutschen Feldpostbriefen im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 2014.
- Thomas Kühne, Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert, Göttingen 2006.
- Andreas Kunz, Wehrmacht und Niederlage. Die bewaffnete Macht in der Schlussphase der nationalsozialistischen Herrschaft zwischen Sommer 1944 und Frühjahr 1945, München 2005.

- Sönke Neitzel und Harald Welzer, Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben, Frankfurt am Main 2011.
- Christoph Rass, "Menschenmaterial". Deutsche Soldaten an der Ostfront. Innenansichten einer Infanteriedivision 1939-1945, Paderborn 2003.
- Rafael A. Zagovc, Gespräche mit der Volksgemeinschaft, in: Jörg Echternkamp (Hg.), Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945: Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung, Stuttgart 2005 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/2).
- John Zimmermann, Pflicht zum Untergang. Die deutsche Kriegsführung im Westen des Reiches 1944/45, Paderborn 2009.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-sa/3.0/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/)
(<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/>)

Europa unter nationalsozialistischer Besatzung

Von Dr. habil. Jörg Echternkamp

30.4.2015

Dr. habil. Jörg Echternkamp, geboren 1963, ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Er hatte zahlreiche Lehraufträge an Universitäten im In- und Ausland; 2012/13 war er Inhaber der Alfred-Grosser-Gastprofessur am Institut d'Études Politiques (Sciences Po) in Paris. Echternkamp forscht und lehrt zur deutschen und europäischen Geschichte vom 18. zum 21. Jahrhundert; Schwerpunkte bilden derzeit die Gesellschafts- und Erinnerungsgeschichte der Weltkriege, der NS-Zeit und der deutschen Nachkriegsgeschichte. Zu seinen Publikationen zählen: (Hg.) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1-2: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945 (München 2004/2005; engl. Oxford 2008/2014), Die 101 wichtigsten Fragen: Der Zweite Weltkrieg, München 2010, Militär in Deutschland und Frankreich 1870-2010, Paderborn 2011 (hg. mit S. Martens), München 2012; Experience and Memory. The Second World War in Europe, Oxford 2010/2013 (hg. mit S. Martens); (Hg.), Wege aus dem Krieg im 19. und 20. Jahrhundert, Freiburg 2012; Die Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1969, Paderborn 2013; Gefallenengedenken im globalen Vergleich (hg. mit M. Hettling), München 2013; Soldaten im Nachkrieg 1945-1955, München 2014.

Nie zuvor wurde Besatzungspolitik in einem solchen Maße von einer mörderischen Ideologie angetrieben. Die Ausgangsbedingungen in den betroffenen Ländern waren nicht zuletzt unter den rasseideologischen Gesichtspunkten verschieden. Ziel Hitlers war die Neuordnung Europas. Und ein Großreich vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer.

Es gibt kaum ein Land in Europa, das zwischen Oktober 1938 und Mai 1945 nicht zeitweise von deutschen Truppen besetzt oder zumindest vom NS-Regime beeinflusst worden ist. Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte, wäre ein großgermanisches Weltreich entstanden. Denn Hitlers Utopie "Wollt ihr den totalen Krieg?" Insbesondere dieser Ausruf zum Ende der Rede Joseph Goebbels während der Kundgebung der NSDAP im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943 erlangte dramatische Berühmtheit. Zuvor betonte der Propagandaminister jedoch auch den "europäischen Auftrag" der Wehrmacht. (© Deutsches Rundfunkarchiv) einer Neuordnung Europas ging über die allenthalben geforderte Revision der Versailler Ordnung und die Vorherrschaft Deutschlands in "Mitteleuropa" weit hinaus. Ihm schwebte von vornherein – das war neu – ein "rassereines" Großreich vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer vor, das die Grundlage seiner Weltherrschaft bilden sollte. Gleichwertige "germanische Völker" unter der Vorherrschaft des Großdeutschen Reiches sollten das Rückgrat einer neuen europäischen Raumordnung bilden, in der die ost- und südosteuropäischen slawischen Völker unterjocht würden. Der osteuropäische Raum bis zum Ural war als germanisches Siedlungsgebiet gedacht. Einheimische, die dem aus rasseideologischen Gründen im Wege standen – die Rede ist von mehr als 30 Millionen Menschen! –, sollten zuvor nach Sibirien vertrieben werden, sofern sie nicht zur Zwangsarbeit herangezogen wurden. Nichts anderes sah der "Generalplan Ost" vor, den der Leiter des "Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums", Heinrich Himmler, 1941 abgesegnet hatte. Nach dem Angriff auf die UdSSR wurde er in die Praxis umgesetzt. Ende 1942 erreichte das besetzte Territorium seine maximale Ausdehnung.

Erlass Hitlers zur "Festigung deutschen Volkstums" vom 7. Oktober 1939

"Die Folgen von Versailles in Europa sind beseitigt. Damit hat das Großdeutsche Reich die Möglichkeit, deutsche Menschen, die bisher in der Fremde leben mußten, in seinem Raum aufzunehmen und anzusiedeln

und innerhalb seiner Interessengrenzen die Siedlung der Volksgruppen so zu gestalten, daß bessere Trennungslinien zwischen ihnen erreicht werden. Die Durchführung dieser Aufgabe übertrage ich dem Reichsführer-SS nach folgenden Bestimmungen:

I.

Dem Reichsführer-SS obliegt nach meinen Richtlinien:

1. die Zurückführung der für die endgültige Heimkehr in das Reich in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen im Ausland,
2. die Ausschaltung des schädigenden Einflusses von solchen volksfremden Bevölkerungsteilen, die eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten,
3. die Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete durch Umsiedlung, im besonderen durch Seßhaftmachung der aus dem Ausland heimkehrenden Reichs- und Volksdeutschen.

Der Reichsführer-SS ist ermächtigt, alle zur Durchführung dieser Obliegenheiten notwendigen allgemeinen Anordnungen und Verwaltungsmaßnahmen zu treffen.

Zur Erfüllung der ihm in Absatz 1 Nr. 2 gestellten Aufgaben kann der Reichsführer-SS den in Frage stehenden Bevölkerungsteilen bestimmte Wohngebiete zuweisen.

II.

In den besetzten ehemals polnischen Gebieten führt der Verwaltungschef Ober-Ost die dem Reichsführer-SS übertragenen Aufgaben nach dessen allgemeinen Anordnungen aus. Der Verwaltungschef Ober-Ost und die nachgeordneten Verwaltungschefs der Militärbezirke tragen für die Durchführung die Verantwortung. Ihre Maßnahmen sind den Bedürfnissen der militärischen Führung anzupassen.

Personen, die zur Durchführung dieser Aufgaben mit Sonderaufträgen versehen sind, unterstehen insoweit nicht der Wehrmachtsgerichtsbarkeit.

III.

Die dem Reichsführer-SS übertragenen Aufgaben werden, soweit es sich um die Neubildung deutschen Bauerntums handelt, von dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft nach den allgemeinen Anordnungen des Reichsführers-SS durchgeführt.

Im übrigen bedient sich im Gebiete des Deutschen Reichs der Reichsführer-SS zur Durchführung seines Auftrages der vorhandenen Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden sowie der sonstigen öffentlichen Körperschaften und der bestehenden Siedlungsgesellschaften.

Falls über eine zu treffende Maßnahme zwischen dem Reichsführer-SS einerseits und der zuständigen obersten Reichsbehörde – im Operationsgebiet dem Oberbefehlshaber des Heeres – eine nach Gesetzgebung und Verwaltungsorganisation erforderliche Einigung nicht erzielt werden sollte, ist meine Entscheidung durch den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei einzuholen.

IV.

Verhandlungen mit ausländischen Regierungsstellen und Behörden sowie mit den Volksdeutschen, solange sich diese noch im Auslande befinden, sind im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen zu führen.

V.

Sofern für die Seßhaftmachung zurückkehrender Reichs- oder Volksdeutscher Grund und Boden im Gebiet des Reichs benötigt wird, so finden für die Beschaffung des benötigten Landes das Gesetz über die Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht vom 29. März 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 467) und die zu ihm ergangenen Durchführungsverordnungen entsprechende Anwendung. Die Aufgaben der Reichsstelle für Landbeschaffung übernimmt die vom Reichsführer-SS bestimmte Stelle.

VI.

Die zur Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Mittel stellt der Reichsminister der Finanzen

dem Reichsführer-SS zur Verfügung.

Berlin, 7. Oktober 1939

Der Führer und Reichskanzler

gez. Adolf Hitler

Der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung

gez. Göring

Generalfeldmarschall

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

gez. Dr. Lammers

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

gez. Keitel"

Quelle: Martin Moll (Hrsg.), "Führer-Erlasse" 1939-1945, Stuttgart 1997, S. 100-102.

Besetzung und Besatzung: Formen der Fremdherrschaft

Nie zuvor wurde Besetzungs politik in einem solchen Maße von einer mörderischen Ideologie angetrieben. Die Ausgangsbedingungen in den betroffenen Ländern waren nicht zuletzt unter den rasseideologischen Gesichtspunkten verschieden. Deshalb unterschieden sich die jeweiligen Besetzungsziele, die Okkupationspraxis sowie die Reaktionen und Handlungsspielräume der betroffenen Regierungen, Verwaltungen und gesellschaftlicher Akteure. Fünf Typen der Machtausübung lassen sich auseinanderhalten: die (übliche) Militärverwaltung, die (spezifisch nationalsozialistische) Zivilverwaltung, die Eingliederung in das eigene Staatsgebiet (Annexion), das (teilsouveräne) Protektorat sowie die Auftragsverwaltung.

Da die Niederlande und Norwegen als "germanische" Länder galten, wurden hier zivile "Reichskommissare" eingesetzt – Josef Terboven bzw. Arthur Seyß-Inquart –, die u.a. durch die Unterstützung einheimischer nationalsozialistischer Gruppierungen die Eingliederung vorbereiten sollten. In Dänemark, das nahezu kampflos besetzt worden war, aber formal souverän blieb, suchte ein "Reichsbevollmächtigter" (Werner Best) entsprechenden Einfluss auf die Regierung zu nehmen, bis 1943 der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark das Kommando übernahm. Belgien und Nordfrankreich standen bis 1944 unter Militärverwaltung; General Alexander von Falkenhausen wurde im Juli 1944 jedoch von Gauleiter Josef Grohé abgelöst, der als Reichskommissar fungierte.

Verwickelter waren die Verhältnisse in Frankreich. Nach dem Waffenstillstand am 22. Juni 1940 wurde das Land geteilt. Die nördliche Hälfte einschließlich der Industriegebiete sowie die französische Atlantikküste unterstanden der Militärverwaltung unter General Otto von Stülpnagel in Paris, der 1942 von seinem Vetter Carl Heinrich von Stülpnagel abgelöst wurde. Hier hatte der Kommandostab in der Militärverwaltung, die rund 1.200 Offiziere und Beamte zählte, den Befehl über die deutschen Besatzungstruppen, während der Verwaltungsstab die französische Verwaltung kontrollierte. Die nordfranzösischen Departements Nord und Pas de Calais wurden dem deutschen Militärbefehlshaber in Belgien unterstellt. Elsass und Lothringen, die Deutschland 1919 an Frankreich hatte zurückgeben müssen, wurden der Sache nach annektiert und der Zivilverwaltung der angrenzenden deutschen Gaue Baden und Saar-Pfalz zugeschlagen. Dagegen entstand im unbesetzten Süden Frankreichs

das Regime von Vichy: In dem Kurort residierte ab Juli 1940 eine neue französische Regierung von Hitlers Gnaden unter Marschall Philippe Pétain. Er herrschte über rund 40 Prozent des ehemaligen Staatsgebiets und seine Kolonien sowie 100.000 Soldaten. Ab dem 11. November 1942, nach der Landung der Alliierten in Nordafrika, ließ Hitler sicherheitshalber auch die Südzone besetzen.

Aufruf Charles de Gaulles vom 18. Juni 1940

"An alle Franzosen! Frankreich hat eine Schlacht verloren! Aber Frankreich hat nicht den Krieg verloren!"

Gelegenheitsregierende, die der Panik erlagen, konnten kapitulieren, ihre Ehre vergessen und das Land der Knechtschaft ausliefern. Dennoch ist nichts verloren!

Nichts ist verloren, weil dieser Krieg ein Weltkrieg ist. In dem freien Universum sind gewaltige Kräfte noch (gar) nicht zum Tragen gekommen. Eines Tages werden diese Kräfte den Feind zerschmettern. Frankreich muss an diesem Tag beim Sieg dabei sein. Dann wird es seine Freiheit und seine Größe wiedererlangen. Das ist mein Ziel, mein einziges Ziel!

Deshalb fordere ich alle Franzosen, wo immer sie sich befinden, dazu auf, sich mir anzuschließen im Kampf, im Opfergeist, in der Zuversicht.

Unser Land ist in Lebensgefahr.

Lasst uns gemeinsam kämpfen, um es zu retten.

Es lebe Frankreich!"

Quelle: *Stiftung Charles de Gaulle* (<http://www.charles-de-gaulle.de/der-aufruf-vom-18-juni.html>)

Während sich die Besatzungspolitik in Nord- und Westeuropa zwischen Unterdrückung und Kollaboration bewegte, zielte sie in Ost- und Südosteuropa dagegen von Anfang an auf Ausbeutung, Deportation, Ermordung. Die Tschechoslowakei war durch den Einmarsch der Wehrmacht ins Sudetenland am 1. Oktober 1938 und die Errichtung des "Protektorats Böhmen und Mähren" am 14./15. März 1939 noch ohne Kampfhandlungen zerschlagen worden. Fortan setzte die Okkupation fremden Staatsgebiets militärische Gewalt voraus. Weil die Besatzer auf "Lebensraum im Osten" aus waren, wurden die Länder annexiert oder unterworfen. Hitler und Stalin hatten Polen unter sich aufgeteilt. Die westpolnischen Gebiete fielen als Reichsgaue "Danzig-Westpreußen" und "Wartheland" dem Reich zu; im Osten entstand, einer Kolonie gleich, das "Generalgouvernement" unter Hans Frank. Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen gehörten zum "Reichskommissariat Ostland", die Ukraine zu einem weiteren Reichskommissariat, in dem einer der brutalsten Statthalter Hitlers, der Gauleiter von Ostpreußen Erich Koch, seine massenmörderische Herrschaft ausübte. Weil in der Sowjetunion der militärische Konflikt anhielt, stand dort etwa die Hälfte des eroberten Gebietes weiterhin unter Militärherrschaft. Diese war im Unterschied zu West- und Nordeuropa an die verschiedenen Armeen und Heeresgruppen gekoppelt und bezog die Verbündeten Rumänien ("Transnistrien") und Finnland (Ostkarelien) ein.

In den besetzten Gebieten der UdSSR brachten die Einsatzgruppen der SS im Rahmen der Germanisierungspolitik den Einheimischen millionenfachen Tod und Terror. Neben den radikalen Antisemitismus trat hier wie in Südosteuropa ein Antislawismus, der die Russen, dicht gefolgt von Weißrussen und Litauern, als "Untermenschen" auf die niedrigste Stufe in der rassistischen Hierarchie verwies. Weil sie 1940/41 dem Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan beigetreten waren, existierten die Balkanländer Ungarn, Rumänien und Bulgarien – wichtige Rohstoff- und Nahrungsmittellieferanten – als formal souveräne, jedoch zunehmend abhängige Staaten fort. Der Krieg in Südosteuropa wurde als Koalitionskrieg geführt, deshalb fiel die Okkupationspolitik komplexer

aus. Ungarn und der Satellitenstaat Slowakei wurden erst 1944 militärisch besetzt, im Rumänien General Ion Antonescu sicherten deutsche Verbände längst die Ölfelder. Besatzungstruppen befanden sich auch im ehemaligen Jugoslawien: im Satellitenstaat Kroatien, in dem Ante Paveli als Führer der faschistischen Ustascha herrschte; in Serbien, das unter deutscher Militärverwaltung stand; in Griechenland, das in eine deutsche und eine italienische Besatzungszone zerfiel. Die Wehrmacht marschierte nach dem Sturz Mussolinis 1943 schließlich auch in Italien ein; die italienischen Soldaten wurden entwaffnet und als "Italienische Militärinternierte" gefangen genommen. Eine Marionettenregierung in Salò verwaltete Norditalien. Zugleich wurde Südtirol annektiert, und die südosteuropäischen Besatzungsgebiete der Italiener fielen in deutsche Hand.

Besetzungsalltag

Unter diesen – wie bereits der grobe Überblick zeigt – vielfältigen okkupationspolitischen Rahmenbedingungen fiel der Besetzungsalltag verschieden aus. Im Verlauf des Krieges änderten sich zudem die Situation lokaler Bevölkerungen, ihre Ängste und Hoffnungen, ihre Alltagserfahrungen und Überlebensstrategien. Erstens verfolgten die Nationalsozialisten in ihrer Besatzungspolitik von Land zu Land unterschiedliche Absichten. Was die Wirtschaft betraf, stand mal die kurzfristige Ausbeutung der Ressourcen der besetzten Gebiete, mal der Aufbau einer europäischen "Großraumwirtschaft" im Mittelpunkt. Die verschiedenen Regionen machten ganz unterschiedliche Erfahrungen mit den wirtschaftlichen Eingriffen der Okkupationsmacht, die nicht zuletzt von den örtlichen Gegebenheiten abhingen. Zweitens wirkten sich die für das Herrschaftssystem typischen Kompetenzstreitigkeiten aus, insbesondere zwischen der Ministerialbürokratie in der Hauptstadt und den ausführenden Institutionen vor Ort. Drittens kamen die Deutschen im Besetzungsalltag nicht ohne die Zusammenarbeit mit der lokalen, regionalen und nationalen Verwaltung aus. Man brauchte einheimische, mehr oder minder freiwillige Helfershelfer, die den Besetzungsapparat am Laufen hielten. Organisation und Verwaltung folgten daher keiner klaren Linie. Gleichwohl sorgten die zentrale Steuerung und der ideologische Grundkonsens dafür, dass die Okkupation ähnlichen Prinzipien folgte.

"Ausländische Unterstützung für Hitlers Ostfront"

■ Ausländische Unterstützung für Hitlers Ostfront 1941 – 1945



Es handelt sich hier um die im Gesamtzeitraum mobilisierten Kräfte für verbündete Truppen, Wehrmacht, SS, Polizei und paramilitärische einheimische Verbände, die auf deutscher Seite gegen die Rote Armee kämpften. Nicht berücksichtigt sind volksdeutsche Wehrpflichtige, zum Beispiel aus Polen und Elsass-Lothringen, deren Anteil an der Ostfront nicht zu ermitteln ist. Die meisten Zahlenangaben in den Quellen und der Literatur enthalten einige Differenzen, insbesondere hinsichtlich der Russen.

Quelle: Rolf-Dieter Müller, *An der Seite der Wehrmacht: Hitlers ausländische Helfer beim "Kreuzzug gegen den Bolschewismus" 1941-1945*, Frankfurt/M. 2010
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2015, www.bpb.de



Ausländische Unterstützung für Hitlers Ostfront 1941 -1945. Hier finden Sie die Karte als hochauflösende PDF-Datei. (http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/02_unterstuetzung_ostfront.pdf) Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/ (bpb)

Am Kampf gegen die Rote Armee beteiligten sich bereits in der ersten Phase knapp eine Million Menschen (bei drei Millionen Wehrmachtssoldaten), vor allem ehemalige Bürger der Sowjetunion. Diese Größenordnung zwinge, so argumentiert der Militärhistoriker Rolf-Dieter Müller, zu einer Neubewertung der militärischen Dimension des Krieges im Osten. Er formuliert drei Thesen:

"1. Ohne den Einbau der verbündeten Armeen, von Hitler eher lustlos und ohne große Erwartungen betrieben, hätte die Wehrmacht 1941 niemals bis vor die Tore Moskaus marschieren können. Durch den Einsatz der finnischen, ungarischen und rumänischen Wehrpflichtigen konnte die Ostfront nach Norden und Süden erheblich ausgedehnt und abgedeckt werden. Bei 2000 Kilometern Frontlinie wurden 600 Kilometer von den Finnen gehalten, weitere 600 Kilometer von Ungarn und Rumänen. Auf diese Weise war die Wehrmacht in der Lage, die Masse des Ostheeres im Zentrum gegen Moskau zukonzentrieren. Die Bindung der sowjetischen Hauptarmee in der Ukraine hauptsächlich durch die deutschen Verbündeten ermöglichte den Erfolg [der Wehrmacht in] der größten Kesselschlacht der Weltgeschichte bei Kiew [1941].

2. Ohne die Mobilisierung zusätzlicher Kräfte der Verbündeten hätte Hitler 1942 seine neue Sommeroffensive in Richtung Wolga und Kaukasus nicht durchführen können. Sie sicherten die weite Flanke an Wolga und Don. So ermöglichten sie den riskanten Vorstoß zu den Ölfeldern des Kaukasus.

Dazu trugen auch Hunderttausende von einheimischen Freiwilligen bei, die als "Hilfswillige" oder in bewaffneten Formationen den Vormarsch der Wehrmacht unterstützten.

3. Spätestens nach der Katastrophe von Stalingrad konnte die Wehrmacht einen Zusammenbruch der Ostfront nur mit Hilfe der ausländischen Helfer verhindern. Ihre größte Bedeutung hatten sie bei der Sicherung des Hinterlandes und der Bekämpfung der Partisanen. [...] Auch im letzten Kriegsjahr hing die Mobilität der Wehrmacht nicht nur vom Treibstoff, sondern auch von fast einer Million Freiwilliger der osteuropäischen Völker ab."

Quelle: Rolf-Dieter Müller, An der Seite der Wehrmacht. Hitlers ausländische Helfer beim "Kreuzzug gegen den Bolschewismus" 1941-1945, Frankfurt am Main 2010, S. 243f.

Der durchgehend ideologische Charakter der NS-Besatzungspolitik spiegelte sich in Nord- und Westeuropa vor allem in der Propaganda und der Steuerung der Medien wider. Ob Presse, Film oder Theater: Die Kulturpolitik zielte auf die "Nazifizierung" der Gesellschaft. Die Gewaltherrschaft im Osten ließ für derartige kulturelle "Angebote" in der Regel keinen Raum. Von der Okkupationspraxis waren Frauen, Alte und Kinder besonders betroffen, weil die Männer eingezogen oder deportiert worden waren. Versorgungsprobleme und Korruption erschwerten das tägliche Leben vor allem der städtischen Bevölkerung. Die Angehörigen der Besatzungsmacht waren im Alltag präsent; viele Einheimische richteten sich darauf ein, manche Frauen unterhielten sexuelle Tauschverhältnisse mit den deutschen Soldaten. Vorteile genossen die "volksdeutschen" Minderheiten in Ost- und Südosteuropa, und auch Einheimische zogen ihren Vorteil aus dem Raub jüdischen Eigentums, der "Arisierung". Eine Form der Kollaboration bildete die Unterstützung der Sicherheitskräfte vor Ort. Vor allem in der Sowjetunion standen schätzungsweise 1,2 Millionen Männer im Dienst der deutschen Besatzer. Neben der möglichen, aber nicht notwendigen Nähe zum Nationalsozialismus lagen die Gründe für die Bereitschaft zur Kollaboration in der Aufstiegsmöglichkeit, in der Verbesserung der Lebenssituation, im Schutz vor Deportation und Zwangsarbeits, ja vor der eigenen Ermordung.

Widerstand

Wer nicht bereit war, die Besatzung als Notwendigkeit hinzunehmen und rechtzeitig geflohen oder in den Untergrund abgetaucht war, hofften auf einen Sieg der Anti-Hitler-Koalition und setzte auf Widerstand. London entwickelte sich zu einem Zentrum des Exils. Der britische Geheimdienst SOE, die Kommunistische Partei in der Sowjetunion (seit 1952 KPdSU) und schließlich der amerikanische Geheimdienst OSS bildeten Knotenpunkte im Netz der Widerstandsgruppierungen. Viele geflohene Politiker und Militärs versuchten von London aus, mit britischer Schützenhilfe die Diktatur im Deutschen Reich zu destabilisieren und den Widerstand in den besetzten Ländern zu stärken. Zunächst griffen die Männer und Frauen in Westeuropa auf Formen des zivilen Widerstandes zurück, auf Gegenpropaganda oder Streiks. Wer hätte schon bis 1941/42 gedacht, dass die Besatzungsherrschaft nicht von Dauer sein würde? Wie in Osteuropa von Beginn an, reagierte die Besatzungsmacht auf gewaltamen Widerstand mit sogenannten Vergeltungs-Aktionen. Die völkerrechtswidrigen Repressalien gegen (vermeintliche) Partisanen waren nicht selten rassistisch motiviert. Bei Geiselerschießungen in Serbien etwa betrug bereits 1941 das Verhältnis 1:100, das heißt für einen ermordeten Soldaten töteten die Exekutionskommandos befehlsgemäß hundert serbische Häftlinge. Rund eine halbe Million Menschen wurden im Zuge dieser, wie es im NS-Jargon hieß, "Bandenbekämpfung" allein in der Sowjetunion ermordet.

Zwar existierten Widerstandsgruppen in allen besetzten Ländern Europas, von einem "europäischen Widerstand" lässt sich gleichwohl nicht sprechen. Zu sehr klafften die politischen Vorstellungen auseinander. Regelmäßig galt der Kampf nicht nur dem Ende der Okkupation, sondern auch dem Beginn einer neuen Staats- und Gesellschaftsordnung. Selbst innerhalb eines Landes zogen die einzelnen Widerstandsgruppen aus politischen Gründen häufig nicht an einem Strang. In Frankreich zum Beispiel stellte die Gründung der Streitkräfte des Inneren (FFI) im Februar 1944 den Versuch dar, u.a. die Freien Französischen Streitkräfte (FFL) unter de Gaulle und die primär kommunistischen

Francs-Tireurs et partisans (FTP) unter eine Dachorganisation zu einigen. Angehörige der Résistance kämpften gegen das deutsche Besetzungsregime wie auch gegen die kollaborierende, ihrerseits antisemitische Vichy-Regierung. Sie spionierten für die Alliierten, verübten Attentate und sabotierten das Nachrichtenwesen oder die Bahnverbindung, vor allem nach dem Angriff auf die UdSSR im Juni 1941. Nach der Landung der Alliierten in der Normandie kämpften zahlreiche Résistants Seite an Seite mit den westlichen Alliierten.

In Polen entstand auf der einen Seite die Volksarmee (Armia Ludowa, AL), in der sich kommunistische Untergrundkämpfer zusammenfanden, und auf der anderen Seite die nationalpolnische "Heimatarmee" (Armia Krajowa, AK), die als militärische Gruppierung früh mit der Exilregierung in London zusammenarbeitete. Ihr vergeblicher Versuch, die Hauptstadt aus eigener Kraft zu befreien – der Warschauer Aufstand ab dem 1. August 1944 – ragt schon wegen der 160.000 Todesopfer aus den gewalttaten Aktionen des Widerstandes in Europa heraus.

In Russland kämpften Partisanen hinter der deutschen Frontlinie. Von Moskau gelenkt, unterstützten sie zunehmend die Rote Armee etwa durch das Sprengen der für die Wehrmacht wichtigen Eisenbahnstrecken 1944. In Griechenland einigten sich die Partisanen des "Nationalrepublikanischen Bundes" nur durch Druck von außen auf ein gemeinsames Vorgehen mit der kommunistischen "Nationalen Befreiungsarmee". Im ehemaligen Jugoslawien rivalisierten die Tschetniks – die nationalserbische Partisanenarmee – mit den kommunistischen Widerstandskämpfern unter Josip Broz ("Tito"). Dessen Armee, 1943/44 rund 300.000 Mann stark, fand schließlich die Unterstützung der Alliierten und erhielt selbst militärische Bedeutung. Dass Tito dann auch die jugoslawische Nachkriegsordnung gestalten konnte, bildete jedoch eine Ausnahme. In den meisten Fällen blieben die Gestaltungsmöglichkeiten der Widerstandsbewegungen nach 1945 hinter deren Erwartungen zurück.

Misst man schließlich die Neuordnungspolitik an ihrem eigenen Maßstab, fällt die Bilanz negativ aus. Zwar führte die auf Unterdrückung und Ausbeutung zielende Eroberungsstrategie bis 1942 tatsächlich zur Entstehung eines ausgedehnten Imperiums, das selbst die USA an Größe und Bevölkerungszahl übertraf. Doch in der Stärke des rasseideologischen Antriebs lag zugleich seine Schwäche. Wegen des ideologisch begründeten Größenwahns kamen selbst die westlichen Staaten nicht als Partner in Frage, von der Selbstüberhebung über die slawischen Völker ganz zu schweigen. Die Besatzer ließen die anfänglich deutschfreundliche Stimmung etwa der Ukrainer, welche die Wehrmacht zunächst als Befreier vom Joch Stalins begrüßt hatten, durch ihre eigene Mord- und Terrorpolitik in Feindschaft umschlagen, statt sie zur Stabilisierung ihrer Besatzungsherrschaft zu nutzen. So mangelte es dem "Tausendjährigen Reich" an tragfähigen Strukturen und qualifizierten Funktionsträgern.

Dank der militärischen Niederlage platzte die Utopie vom großgermanischen Reich. Eine friedliche, demokratische Europa-Idee setzte sich durch, die nicht zuletzt in den Konföderationsplänen des Widerstandes wurzelte. Die Erfahrungen von Besetzung, Terror und Widerstand lieferten auch den Stoff für die nationalen Gründungsmythen der Nachkriegsgesellschaften.

Ausgewählte Literatur:

- Johannes Bähr, Ralf Banken (Hrsg.), *Das Europa des "Dritten Reichs": Recht, Wirtschaft, Besatzung*, Frankfurt am Main 2005
- Rab Bennett, *The Moral Dilemmas of Resistance and Collaboration in Hitler's Europe*, Basingstoke 1999
- Wolfgang Benz, Johannes Houwink ten Cate, Gerhard Otto (Hrsg.), *Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939–1945*, 10 Bde., Berlin 1996–2001
- Philip W. Blood, *Hitler's Bandit Hunters: The SS and the Nazi Occupation of Europe*, Dulles/Va., 2006
- Jochen Böhler, Stephan Lehnstaedt (Hrsg.), *Gewalt und Alltag im besetzten Polen 1939–1945*, Osnabrück 2012
- Christoph Buchheim, Marcel Boldorf (Hrsg.), *Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945*, München 2012
- Philippe Burrin, *La France a l'heure allemande*, Paris 1995 (engl. u.d.T. *Under the Germans. Collaboration and Compromise*, New York 1996)
- Bernhard Chiari, *Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrussland 1941–1944*, Düsseldorf 1998
- Deutsches Historisches Institut Paris, *Frankreich unter deutscher Besatzung 1940–1945. Die deutschen und französischen Dienststellen*. (<http://www.adresses-france-occupee.fr>)
- Jürgen Elvert, *Mitteleuropa!: deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918–1945)*, Stuttgart 1999
- Bruno de Wever, Herman Van Goethem, Nico Wouters, *Local government in occupied Europe (1939–1945)*, Gent 2006
- Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944*, Hamburg 1998
- Robert Gildea, Anette Warring, Olivier Wieviorka (Hrsg.), *Surviving Hitler and Mussolini. Daily Life in Occupied Europe*, Oxford 2006
- Robert Grunert, *Der Europagedanke westeuropäischer faschistischer Bewegungen 1940–1945*, Paderborn 2012
- Isabel Heinemann, "Rasse, Siedlung, deutsches Blut": Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS, 1939–1945, Göttingen 2. Aufl. 2003
- Birgit Kletzin, *Europa aus Rasse und Raum. Die nationalsozialistische Idee der Neuen Ordnung*, Münster 2000, 2. Aufl. 2002
- Mark Mazower, *Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus*, München 2009

- Rolf-Dieter Müller, An der Seite der Wehrmacht. Hitlers ausländische Helfer beim "Kreuzzug gegen den Bolschewismus" 1941-1945, (Berlin 2007) Frankfurt am Main 2010
- Dieter Pohl, Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941-1944, (München 2008) Frankfurt am Main 2011
- Robert Seidel, Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939-1945, Paderborn 2006
- Jacques Semelin, Ohne Waffen gegen Hitler. Eine Studie zum zivilen Widerstand in Europa, Frankfurt am Main 1995
- Timothy Snyder, Bloodlands: Europa zwischen Hitler und Stalin. Beck, München 2011
- Joachim Tauber (Hrsg.), "Kollaboration" in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2006
- Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Handbuch zum Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Europa, Berlin 2011
- Wildt, Michael: Völkische Neuordnung Europas. In: Themenportal Europäische Geschichte (2007). (<http://www.europa.clio-online.de/2007/Article=202>)



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Von Dr. Thomas Vogel

8.9.2015

Oberstleutnant Dr. Thomas Vogel, geboren 1959, ist Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Sein Interesse gilt schon länger der Militäropposition im ‚Dritten Reich‘ und dem Widerstand von Soldaten gegen den Nationalsozialismus. Seit einigen Jahren befasst er sich intensiver mit verschiedenen Aspekten der Kriegsführung im Zeitalter der Weltkriege, jüngst vor allem mit der Koalitionskriegsführung. Er hat u. a. veröffentlicht: "Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime, 5. Aufl., Hamburg u.a. 2000 (Hrsg. und Autor); Wilm Hosenfeld: "Ich versuche jeden zu retten." Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, München 2004 (Hrsg. und Autor); Tobruk 1941: Rommel's Failure and Hitler's Success on the Strategic Sidelines of the ‚Third Reich‘, in: Tobruk in the Second World War. Struggle and Remembrance, hrsg. v. G. Jasiński und J. Zuziak, Warschau 2012, S. 143-160; "Ein Obstmesser zum Holzhacken." Die Schlacht um Stalingrad und das Scheitern der deutschen Verbündeten an Don und Wolga 1942/43, in: Stalingrad. Eine Ausstellung des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr, hrsg. v. G. Piecken, M. Rogg, J. Wehner, Dresden 2012, S. 128-141; A War Coalition Fails in Coalition Warfare: The Axis Powers and Operation Herkules in the Spring of 1942, in: Coalition Warfare: An Anthology of Scholarly Presentations at the Conference on Coalition Warfare at the Royal Danish Defence College, 2011, hrsg. v. N. B. Poulsen, K. H. Galster, S. Nørby, Newcastle upon Tyne 2013, S. 160-176; Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Der deutsche Aufmarsch in ein kriegerisches Jahrhundert, München 2014 (Co-Hrsg. und Autor).

Das Bild vom Widerstand Deutscher gegen Hitler und sein Regime während des Krieges ist vielfältig. Einige tausend Menschen boten dem Regime mutig die Stirn. In der deutschen Bevölkerung bildeten sie freilich eine verschwindende Minderheit.

Nach Hitlers Machtübernahme 1933 gelang es den Nationalsozialisten mit brutalen Methoden sehr bald, die politischen Gegner in Deutschland "auszuschalten". Andersdenkende wurden auf verschiedene Weise mundtot gemacht. Gleichzeitig bescherten Erfolge in der Wirtschafts- und Außenpolitik dem NS-Regime breiten Rückhalt in der deutschen Bevölkerung. Auch die konservativen Eliten sahen im Nationalsozialismus eher einen Bundesgenossen im Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus. Die Gewalttätigkeit des Regimes, die staatliche Verfolgung der deutschen Juden der anderen Minderheiten sowie und die Drangsalierung der christlichen Kirchen erregten deshalb selten offenen Widerspruch.

Anfänge einer Militäropposition

Auch aus der Wehrmacht kam wenig Kritik am Nationalsozialismus. Das Militär profitierte enorm von Hitlers Aufrüstungspolitik und trug dessen aggressive Außenpolitik jahrelang bereitwillig mit. Diese Eintracht wurde Anfang 1938 gestört, als Hitler den Reichskriegsminister sowie den Oberbefehlshaber des Heeres unter fragwürdigen Umständen entließ, nachdem sie vorsichtig Einwände gegen seine Außenpolitik erhoben hatten. Aber erst der gefährliche Kriegskurs, den Hitler fast gleichzeitig mit der Annexion Österreichs und gegenüber der Tschechoslowakei einschlug, führte zu ernsthaftem Widerspruch, wenigstens in Teilen der Militärführung. Vergebens versuchte der Generalstabschef des Heeres, Ludwig Beck, Hitler zum Einlenken und die Generalität zum gemeinsamen Protest zu bewegen.

Als Beck deshalb im August 1938 zurücktrat, hinterließ er in Berlin einen kleinen Kreis gleichgesinnter Offiziere aus dem Generalstab des Heeres und dem militärischen Nachrichtendienst, der "Abwehr". Diese Keimzelle einer Militäropposition knüpfte bald Verbindung zu Regimekritikern in anderen Teilen des Staatsapparates, vor allem im Auswärtigen Amt. Als sich im September 1938 die Sudetenkrise verschärfte, entstand hieraus eine erste Verschwörung zum Sturz des NS-Regimes. Ihr Motor war Oberstleutnant Hans Oster aus der "Abwehr". Er hatte die Unterstützung von Becks Nachfolger, Franz Halder, sowie des Befehlshabers im Berliner Wehrkreis, Erwin von Witzleben. Zum Staatsstreich kam es dennoch nicht; den Verschwörern fehlte ein Auslöser, als Hitler seine Ziele in der Sudetenkrise ohne

Krieg erreichte.

Nach Hitlers neuem außenpolitischen Triumph gaben die Verschwörer ihre Pläne vorerst auf. Ein Regime zu stürzen, das mehr Rückhalt denn je in der Bevölkerung besaß, erschien aussichtslos. Diese Einschätzung lähmte die Militäropposition bis weit in den Krieg hinein. Die anfangs erfolgreiche deutsche Kriegsführung ließ Gefolgschaft für einen Staatsstreich gerade in der Wehrmacht nicht erwarten. Eine neue Initiative, die im Herbst 1939 eine Ausweitung des Krieges verhindern wollte, scheiterte daher bereits im Ansatz. Oster ging deshalb so weit, die deutschen Angriffsabsichten im Westen an das Ausland zu verraten.

Entwurf für eine Regierungserklärung der Regierung Beck/Goerdeler aus dem Sommer 1944

"Nachdem uns die Geschäfte der Reichsregierung übertragen sind, ist es unsere Pflicht, die Grundsätze bekanntzugeben, nach denen wir die Regierung führen werden, und die Ziele mitzuteilen, die wir erstreben.

1. Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts. Die Regierung selbst muß darauf bedacht sein, jede Willkür zu vermeiden, sie muß sich daher einer geordneten Kontrolle durch das Volk unterstellen. Während des Krieges kann diese Kontrolle nur vorläufig geordnet werden. Einstweilen werden lautere, sachkundige Männer aus allen Ständen berufen werden; ihnen werden wir Rede und Antwort stehen, ihren Rat wollen wir einholen. Vor allem aber werden wir sie beauftragen, auf allen Gebieten genau die Erbschaft festzustellen, die wir übernommen haben. Jeder Deutsche wird mit uns mehr oder minder bewußt empfinden, wie schwer sie ist. Wir lehnen es ab, die Verantwortung Hitlers mit der von ihm eingeführten Beschimpfung des Gegners einzuleiten. Wir erachten es vielmehr für geboten, mit Anstand und Gewissenhaftigkeit die Tatsachen festzustellen, aus denen sich die Verantwortung ergeben wird. Soweit es der Krieg gestattet, wird der Bericht, den jene Männer verfassen werden, sofort bekanntgegeben werden; soweit das einstweilen möglich ist, wird die restlose Bekanntgabe erfolgen, sobald die Lage es gestattet.

Wir waren einst stolz auf die Rechtlichkeit und Redlichkeit unseres Volkes, auf die Sicherheit und Güte der deutschen Rechtspflege. Umso größer muß unser aller Schmerz sein, sie fast vernichtet zu sehen.

Keine menschliche Gemeinschaft kann ohne Recht bestehen; keiner, auch derjenige, der glaubt, es verachten zu können, kann es entbehren. Für jeden kommt die Stunde, da er nach dem Recht ruft. Gott hat uns in seiner Ordnung des Weltalls, in seiner Schöpfung der Menschen und in seinen Geboten die Notwendigkeiten des Rechts, seiner gerechten und unparteiischen Anwendung gesetzt. Er hat uns Einsicht und Kraft verliehen, die irdischen Einrichtungen zu seiner Sicherung zu schaffen. Es ist ein Verbrechen, dieser Ordnung nicht zu folgen. Dazu ist es notwendig, Unabhängigkeit, Unversetzbartheit und Unabsetzbarkeit der Richter wiederherzustellen. Wir wissen wohl, daß viele von ihnen nur unter dem Druck des äußersten Terrors gehandelt haben, aber es wird mit unbeugsamer Strenge nachgeprüft werden, ob darüber hinaus Richter das Verbrechen begangen haben, gegen Gesetz und Gewissen Recht zu sprechen. Sie werden entfernt werden; um das Vertrauen des Volkes in die Rechtspflege wiederherzustellen, werden Laien bei der Urteilsfindung in allen Strafsachen mitwirken. Das gilt auch für die vorläufig eingesetzten Standgerichte.

Das Recht wird gereinigt werden. Es ist nicht Sache des Richters, neues Recht zu schaffen; er hat das Gesetz anzuwenden und dies auf das peinlichste zu tun. Es ist nicht Sache des Richters, einer Weltanschauung Rechnung zu tragen, die selbst nicht weiß, was sie will und ihr Programm durch ihre Führer auf das schwerste verunstaltet sieht. Es ist unerträglich, daß Menschen verurteilt werden, die nicht wissen konnten, daß ihr Tun strafbar war. Soweit etwa der Staat etwa durch Gesetz Handlungen seiner Organe nachträglich für straffrei erklärt hat, die in Wahrheit strafwürdig sind, werden diese Befreiungsbestimmungen als mit der Natur des Rechts unvereinbar aufgehoben und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Das Recht wird jedem gegenüber, der es verletzt hat, durchgesetzt. Alle Rechtsbrecher werden der

verdienten Strafe zugeführt.

Die Sicherheit der Person und des Eigentums werden wieder gegen Willkür geschützt sein. Nur der Richter darf nach dem Gesetz in diese persönlichen Rechte des einzelnen, die für den Bestand des Staates und für das Glück der Menschen unerlässlich sind, eingreifen.

Die Konzentrationslager werden aufgelöst, die Unschuldigen entlassen, Schuldige dem ordentlichen gerichtlichen Verfahren zugetführt werden.

Aber ebenso erwarten wir, daß niemand Lynchjustiz vollzieht. Wenn wir die Majestät des Rechts wiederherstellen wollen, müssen wir alle Energie gegen persönliche Vergeltung aufwenden, die aus der Leidenschaft über verletztes Recht, die aus der Verwundung der Seele menschlich nur zu begreiflich wäre. Wer irgendetwas auf dem Herzen hat, erstatte Anzeige, an welcher öffentlichen Stelle er will. Seine Anzeige wird an die richtige Stelle weitergeleitet werden. Aber die Anzeige muß wahr sein. Wahrheitswidrige Anzeigen werden bestraft, anonyme Anzeigen wandern in den Papierkorb.

2. Wir wollen die Moral wiederherstellen, und zwar auf allen Gebieten des privaten wie öffentlichen Lebens.

Die Korruption ist in unserem früher so reinen Volk von hohen und höchsten Würdenträgern in einem bisher in der Welt nicht dagewesenen Umfang großgezogen. Während draußen unsere Soldaten kämpfen, bluten und fallen, ihre Glieder verlieren, führen Männer wie Göring und andere Größen ein Luxusleben, rauben Edelsteine, Gemälde und sonstige Wertstücke, füllen ihre Keller und Böden mit Vorräten, fordern das Volk zum Durchhalten auf und drücken sich und ihren Anhang feige vor dem Opfer dort draußen. Alle Übeltäter werden mit der ganzen Strenge des Gesetzes zur Rechenschaft gezogen, unredlich erworbenes Gut wird eingezogen und den Geschädigten wiedergegeben werden. Die Uk-Stellungen aus politischen Gründen sind aufgehoben. Jeder wehrfähige Mann kann an der Front beweisen, was er ist und wie es mit seinem Willen zum Durchhalten steht. Das Mauldurchhalten wollen wir nicht mehr dulden.

Zur Sicherung des Rechts und des Anstandes gehört die anständige Behandlung aller Menschen. Die Judenverfolgung, die sich in den unmenschlichsten und unbarmherzigsten, tief beschämenden und gar nicht wiedergutzumachenden Formen vollzogen hat, ist sofort eingestellt. Wer geglaubt hat, sich am jüdischen Vermögen bereichern zu können, wird erfahren, daß es eine Schande für jeden Deutschen ist, nach einem unredlichen Besitz zu streben. Mit solchen Marodeuren und Hyänen unter den von Gott geschaffenen Geschöpfen will das deutsche Volk in Wahrheit auch gar nichts zu tun haben.

Wir empfinden es als eine tiefe Entehrung des deutschen Namens, daß in den besetzten Gebieten hinter dem Rücken der kämpfenden Truppe und ihren Schutz mißbrauchend, Verbrechen aller Art begangen worden sind. Die Ehre unserer Gefallenen ist damit besudelt.

Wer die Kriegszeit dort draußen benutzt hat, um sich die Taschen zu füllen oder sonst irgendwie einen Millimeter von der Linie der Ehre abgewichen ist, wird zur Rechenschaft gezogen werden. Die Strafe wird besonders hart sein für diejenigen, die von dieser Stunde ab noch bei irgendeinem Vergehen gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts und gegen die Gesetze der Menschlichkeit angetroffen werden. Die ersten Regeln der Menschlichkeit lernt der einzelne in der Familie. Sie als die Urzelle völkischer Gemeinschaft wieder zu gesunden, ist eine der vornehmsten Aufgaben des Staates. Dazu braucht er die Hilfe der Eltern, die Kraft der Religion, die Mitarbeit aller Kirchen. Nur auf einer ernsten, verantwortungsbewußten Vorstellung von der Lebensgemeinschaft der Ehe kann sich ein sauberes und gesundes Familienleben aufbauen. Der Doppelmoral muß der Kampf angesagt werden, wenn nicht unsere Kinder verkommen sollen; denn wie können Eltern Sauberkeit von den Kindern verlangen, die nicht selbst sich in Zucht halten und den Kindern das beste Beispiel geben. Das Leben unseres Volkes wird nur gesunden, wenn die Familien wieder gesund werden.

Wir wollen keine Spaltung unseres Volkes. Wir wissen, daß viele aus Idealismus, in Verbitterung über

das Diktat von Versailles und seine Auswirkungen über manche nationale Unwürde in die Reihe der Partei eingetreten sind, andere unter einem äußersten Zwang wirtschaftlicher und sonstiger Druckmittel. Das Volk darf sich nicht hiernach scheiden. Wir hoffen, daß wir uns alle darüber einig sind, daß die einzige Scheidung, die zu vollziehen ist, die zwischen Verbrechen und Gewissenlosigkeit auf der einen, zwischen Anstand und Sauberkeit auf der anderen Seite ist. Auf dieser Grundlage wollen wir die innere Aussöhnung des Volkes mit allen unseren Kräften betreiben. Denn nur wenn wir einig bleiben, allerdings auf der Grundlage von Recht und Anstand, können wir den Schicksalskampf, vor den Gott unser Volk zwingt, bestehen.

3. Der Lüge sagen wir Kampf an, die Sonne der Wahrheit soll ihre dicken Nebel auflösen. Unser Volk ist in der schamlosesten Weise über seine wirtschaftlichen, finanziellen und politischen sowie über die militärischen Ereignisse belogen worden. Die wahren Tatsachen werden festgestellt und bekanntgegeben werden, so daß sie jeder einzelne nachprüfen kann. Es ist ein grober Irrtum, anzunehmen, daß es einer Regierung gestattet sei, das Volk durch Lüge für ihre Ziele zu gewinnen. Gott kennt in seiner Ordnung keine doppelte Moral. Auch die Lügen der Regierungen haben kurze Beine und sind immer aus Feigheit oder Macht sucht geboren. Erfolg in der Behauptung der nationalen Stellung, Glück des Volkes und Seelenfrieden des einzelnen können nur auf Wahrhaftigkeit aufgebaut werden. Wir werden daher das übrige dazu tun, um ihr in jeder Unterrichtung des Volkes zu dienen. Wahrheiten sind häufig hart; aber das Volk, das sie überhaupt nicht mehr verträgt, ist ohnehin verloren. Der einzelne kann die rechte Kraft nur aufbringen, wenn er die Lage so sieht, wie sie ist. Der Bergsteiger, der die Höhe des zu erklimmenden Gipfels unterschätzt, der Schwimmer, der die zurückzulegende Strecke nicht richtig bemäßt, wird seine Kraft vorzeitig verbraucht sehen. Alles, was mit künstlicher Propaganda zu tun hat, ist daher aufgelöst; das gilt von dem Reichspropagandaministerium ebenso wie von den zur Schauspielerei, ja zur Gewissenlosigkeit mißbrauchten Propagandaformationen der Wehrmacht. Das Leben und Sterben unserer Soldaten bedarf keiner Propaganda; es ist in das Herz jeder deutschen Frau und Mutter, ja jedes Deutschen in der Heimat tief eingeprägt.

4. Die zerbrochene Freiheit des Geistes, des Gewissens, des Glaubens und der Meinung wird wiederhergestellt.

Die Kirchen erhalten wieder das Recht, frei für ihr Bekenntnis zu wirken. Sie werden in Zukunft vom Staate getrennt leben, weil sie nur in Selbständigkeit und unter Fernhaltung von aller aktiven politischen Betätigung ihrer Aufgabe gerecht werden können. Das Wirken des Staates wird von christlicher Gesinnung in Wort und Tat erfüllt sein; denn dem Christentum verdanken wir den Aufstieg der weißen Völker, verdanken wir die Fähigkeit, die schlechten Triebe in uns zu bekämpfen. Auf diese Bekämpfung kann keine völkische und staatliche Gemeinschaft verzichten. Aber echtes Christentum verlangt auch Duldsamkeit gegenüber den Andersgläubigen, ja gegenüber jedem Freidenker. Der Staat wird der Kirche wieder Gelegenheit geben, zudem sich im Sinne wahren Christentums lebendig zu betätigen, in Sonderheit auf den Gebieten der Wohlfahrtspflege und der Erziehung.

Die Presse soll wieder frei sein. Im Krieg muß sie sich den Beschränkungen unterwerfen, die in jedem Kriege für ein Land unerlässlich sind. Jeder, der eine Zeitung liest, soll erfahren, wer hinter dieser Zeitung steht. Der Presse wird es nicht wieder gestattet sein, bewußt oder fahrlässig die Unwahrheit zu sagen.

Die Schriftleiter werden durch eine straffe Ehrengerichtsbarkeit dafür sorgen, daß die Gesetze des Anstandes gegen jeden und die Pflicht gegenüber dem Wohle des Vaterlandes auch in der Presse beachtet werden.

5. Es ist vor allem die deutsche Jugend, die nach der Wahrhaftigkeit ruft. Wenn es eines Beweises für die göttliche Natur des Menschen bedürfte, hier haben wir ihn. Selbst die Kinder wenden sich in natürlicher Erkenntnis dessen, was wahr und gelogen ist, beschämt und empört von der ihnen zugemuteten Unwahrhaftigkeit der Gesinnung und Rede ab. Es war wohl das größte Verbrechen, diesen Wahrhaftigkeitssinn und mit ihm den Idealismus unserer Jugend zu mißachten und zu mißbrauchen. Wir wollen ihn daher schützen und stärken – der Jugend und ihrer Erziehung gilt eine

unserer Hauptsorgen. Diese Erziehung soll in erster Linie den Eltern überantwortet werden. In allen Schulen müssen die elementaren Grundkenntnisse einfach, lauter und sicher in das Kind eingepflanzt werden. Die Bildung muß wieder eine möglichst allgemeine, Herz und Verstand erfassende sein. Die vorzeitige Spezialisierung der Bildung, die an so vielem schuld ist, wird beseitigt werden. Sie ist unverantwortlich, da niemand voraussehen kann, wohin sich die besten Fähigkeiten des heranwachsenden Kindes entwickeln werden.

Die Erziehung muß wieder bewußt auf die christlich-religiöse Grundlage gestellt werden, ohne daß die christlichen Gesetze der äußersten Duldsamkeit gegenüber Andersgläubigen verletzt werden sollen. Auf dieser Grundlage muß das Erziehungsund Bildungswesen wieder ruhig und stetig geleitet und von dauernden Änderungen und Unruhen bewahrt bleiben.

6. Die Verwaltung muß neu geordnet werden. Es wird nicht umgestoßen werden, was sich bewährt hat. Aber es ist notwendig, sofort klare Verantwortung und die Freiheit zu selbständigen Entschlüssen wiederherzustellen. Unsere einst so stolze Verwaltung ist zu einem Haufen von sinnlos ausführenden Maschinen und Maschinchen geworden. Keiner wagt mehr, einen selbständigen und richtigen Entschluß zu fassen. Das Gegenteil werden wir von den Beamten verlangen. Mit wenig Schreibwerk sollen sie in größter Einfachheit das Rechte tun.

Der Beamte muß wieder in seiner ganzen Amtsund Lebensführung ein Beispiel werden; denn ihm hat das Volk öffentliche Hoheitsgewalt anvertraut. Diese darf nur ausüben, wer lauter ist, Sachkunde sich erworben, seinen Charakter gestählt und Leistungsfähigkeit bewiesen hat. Mit dem Parteibuchbeamten wird Schluß gemacht. Der Beamte soll wieder allein dem Gesetz und seinem Gewissen folgen. Er muß sich der Auszeichnung bewußt und würdig zeigen, daß die Volksgemeinschaft ihm ein sicheres Leben gewährt, während andere um das Allernotwendigste ringen müssen. Er soll, gesichert in seinem Ansehen und in seinen Rechten, aufgehen in dem idealen Streben, seiner besonderen Stellung durch besondere Pflichterfüllung gerecht zu werden.

Um den Beamten wieder dies einwandfreie Wirken zu ermöglichen und dem Volk eine Ausübung der öffentlichen Hoheitsgewalt durch Unwürdige zu ersparen, sind alle seit dem 1.1.1933 vollzogenen Ernennungen und Beförderungen für vorläufig erklärt. Jeder einzelne Beamte wird daraufhin durchgeprüft werden, ob er gegen Gesetz, gegen Disziplinarrecht oder gegen den von jedem Beamten geforderten Anstand verstoßen hat. Wird dies festgestellt, so werden die entsprechenden Folgerungen durch Bestrafung, Entlassung, Versetzung usw. vollzogen. Dabei werden Ehrengerichte der Beamten mitwirken. Vorläufige Beamte, deren Leistungen den Anforderungen ihres Amtes nicht entsprechen, werden in Stellungen, denen sie gewachsen sind, versetzt oder, wenn dies nicht möglich ist, entlassen werden. In die öffentlichen Büros gehört der Luxus nicht, sondern das Behagen gehört in die Wohnung des einzelnen. Die Behördenchefs sind angewiesen, sofort die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

7. Ordnung der Verwaltung, gerechte Verteilung und Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben sind nur möglich auf Grund einer Verfassung. Eine endgültige Verfassung kann erst nach Beendigung des Krieges mit Zustimmung des Volkes festgesetzt werden. Denn die Frontsoldaten haben einen Anspruch darauf, hierbei mit besonderem Gewicht mitzuwirken. So müssen wir uns alle vorläufig mit einer einstweiligen Verfassung begnügen, die gleichzeitig verkündet wird. An sie sind auch wir gebunden.

Preußen geht im Reich auf. Die preußischen Provinzen werden ebenso wie die übrigen deutschen Länder, teilweise zusammengefaßt, Reichsgaue. Der Selbstverwaltung dieser Reichsgaue, der Kreise und Gemeinden wird an öffentlichen Aufgaben übertragen, was irgendwie mit Reichseinheit und zielbewußter Führung des Reichs vereinbar ist. Echte Selbstverwaltung wird, sobald irgendwelche Wahlen möglich sind, wieder in Verbundenheit mit dem Volk hergestellt. Einstweilen wird durch vorläufige Anordnung dafür gesorgt, daß sie in ihre Verwaltungsund Beratungskörper lautere Männer beruft und selbstverantwortlich arbeiten kann.

In allen Reichsgauen wird die Aufsicht namens des Reichs durch Reichsstatthalter ausgeübt werden,

deren Ernennung unmittelbar bevorsteht. Sie werden sich gegenüber den Organen der Selbstverwaltung so weit wie möglich zurückhalten, aber ebenso tatkräftig für die Reichseinheit sorgen.

8. Die Wirtschaft kann im Kriege nur in der bisherigen Verfassung der Zwangswirtschaft und der überwachten Kreise fortgeführt werden. Solange ein Mangel an lebenswichtigen Gütern besteht, ist, wie jeder einsehen wird, eine freiere Wirtschaft nicht möglich, es sei denn, daß man über die Lebensinteressen der Minderbemittelten kaltherzig zur Tagesordnung übergehen wollte. Wir wissen sehr wohl, wie widerlich diese Wirtschaft ist, daß sie nicht, wie so häufig behauptet, den wahren Interessen des letzten Verbrauchers dient. Einstweilen können wir sie nur vereinfachen und von Unklarheiten, dem Durcheinander von Zuständigkeiten und dem Mangel an Verantwortungsbewußtsein befreien. Wir werden auch alle Maßnahmen aufheben, die zu tief in die Freiheiten des einzelnen eingegriffen haben und die ohne Überlegung und zwingende Notwendigkeit die wirtschaftlichen Existenzien in Handel, Handwerk, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft vernichtet haben.

Ist dies während des Krieges, wie übrigens in allen anderen kriegsführenden Staaten unvermeidbar, so verfolgen wir doch ebenso klar das Ziel der Wiederherstellung voller wirtschaftlicher Freiheit und den Weg zu den Gütern der Welt. Dieser darf nicht durch staatliche Eingriffe gestört werden, die Schöpfungsfreude und Schöpfungsmöglichkeit ersticken, sondern die wirtschaftliche Freiheit soll nur gebändigt werden durch das Recht, durch die Sicherung der Lauterkeit des Wettbewerbs und durch anständige Gesinnung. Autarkie ist angesichts der Rohstoffarmut unseres Vaterlandes und der Tatsache, daß wir uns aus unserem Boden allein nicht ernähren können, feiger Verzicht auf die Möglichkeit, an den Gütern und Leistungen der ganzen Welt durch Leistungsausch teilzunehmen.

Es ist das Ziel der gerechten Wirtschaftsordnung, daß jedem der seiner Leistung entsprechende Anteil an den Wirtschaftsgütern zuteil wird. Es handelt sich nicht nur darum, die freie Initiative des Kapitalbesitzes herzustellen und ihn zum Leistungskampf im Wettbewerb zu zwingen. Nein, auch der deutsche Arbeiter muß und wird Gelegenheit erhalten, an der Verantwortung schöpferisch teilzunehmen. Nur können auch wir ihn nicht von der Wirkung der in der Wirtschaft herrschenden natürlichen Gesetze entbinden.

Das Eigentum ist Grundlage jeden wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts; oder es sinkt der Mensch allmählich zum Tier herab. Es wird daher geschützt, nicht nur in der Hand des großen, sondern auch in der Hand des kleinsten Eigentümers, der nur Hausrat sein eigen nennt. Der Mißbrauch des Eigentums wird ebenso bekämpft werden wie die entbehrliche und die Unselbständigkeit der Menschen nur vermehrende Zusammenballung des Kapitals.

Die Ordnung des Wirtschaftens wird auf Selbstverwaltung aufgebaut werden. Das bisher geübte System der Gängelung von oben her wird aufgehoben. Es gilt, die Selbständigkeit des Entschlusses und damit die Verantwortung wieder zu wohltätiger Wirkung zu bringen; es gilt, das Vertrauen aller, auch der Arbeiter, in die Gerechtigkeit der wirtschaftlichen Ordnung in weitestem Umfange wiederherzustellen. Auch hier müssen Ehregerichte den Anstand sichern.

9. Daraus ergibt sich der Inhalt der auf Ausgleich gerichteten Staatspolitik, Sozialpolitik. Sie soll unverschuldete Schwäche schützen und die Möglichkeit geben, sich solidarisch gegen die Widrigkeiten dieses Lebens zu sichern. Sie soll ferner da eintreten, wo das Interesse, Ersparnisse (Kapital) zu erhalten, in Widerspruch gerät mit dem Interesse, die Arbeitskraft der jetzt Lebenden zu sichern. Solche Interessengegensätze können in Zeiten großer politischer und wirtschaftlicher Spannung auftreten. Es wäre sehr leichtfertig, sie so zu lösen, daß dabei einfach das Kapital, d.h. die Ersparnisse, vernichtet werden. Das würde dem kleinen Sparer ebensowenig gefallen, wie es den Interessen des Volksganzen dient, wenn etwa plötzlich alle Bauernhöfe und alle Industriebetriebe ohne Maschinen wären. Auf der anderen Seite haben diese Kapitalgüter alle keinen Wert, wenn sie nicht der Erhaltung der jetzt lebenden Menschen mehr nutzbar gemacht werden können. Also gilt es, mit Verantwortungsbewußtsein und Gewissenhaftigkeit einen gerechten Ausgleich zu finden, bei dem jeder einzelne sich von vornherein bewußt sein kann, daß von ihm wie von jedem anderen Opfer gebracht werden müssen.

Soweit zu solchen Ausgleichen Kraft und Verantwortung der einzelnen Berufs und Wirtschaftszweige nicht ausreichen, müssen alle wirtschaftenden Bürger eintreten, und äußerstensfalls muß ein gerechter Ausgleich auf den Schultern des ganzen Volkes durch den Staat gesichert werden. Soweit soziale Einrichtungen den Arbeiter betreffen, erhalten sie das Recht voller Selbstverwaltung.

Aber wir alle müssen wissen, daß der Staat keine unerschöpflichen Mittel hat. Auch er lebt nur von dem, was seine Bürger leisten und an ihn abgeben. Mehr, als er aus dieser Leistungskraft seiner Bürger zur Verfügung hat, kann auch er nicht an einzelne Bürger vergeben. Wir lehnen daher mit aller Klarheit und Entschiedenheit ab, Versprechungen auf wirtschaftliches Wohlleben zu geben. Jeder von uns weiß, daß derjenige, der seine Ersparnisse verwirtschaftet hat, besonders viel leisten muß, wenn er seinen gewohnten Lebensstand wiedergewinnen will. So ist es in der Familie, so in jedem Verein, und so auch im Staat. Alle anderen Vorstellungen sind sinnlos. Billige Verheißen, der Staat könne alles, sind gewissenlose Demagogie. Der Staat sei Ihr mit Euren Kräften. Wir und die Organe des Staates sind nur Eure Treuhänder. Jeder muß seine Kräfte regen. Es liegt auf der Hand, daß nach den ungeheuren Vernichtungen dieses Krieges unser aller Arbeitsleistung besonders groß sein muß, um Ersatz für Kleidung, für zerstörte Wohnungen und Arbeitsstätten sowie für vernichteten Hausrat zu schaffen. Und endlich wollen wir doch unseren Kindern wieder ein besseres Leben ermöglichen. Aber wir sind überzeugt, daß wir alle dazu fähig sind, wenn wir nur wieder in Recht, Anstand und Freiheit schaffen können.

10. Grundvoraussetzung gesunder Wirtschaft ist die Ordnung der öffentlichen Haushalte. Die Ausgaben müssen sich im Rahmen der echten Einnahmen halten, die Staat, Gau, Kreise und Gemeinden von ihren Bürgern beziehen können. Es erfordert Anstrengung, Charakter, Verzicht und Kampf, um diese Ordnung wiederzuerrichten; aber sie ist die wichtigste und unerlässliche Grundlage gesicherter Währung und allen wirtschaftlichen Lebens. Von ihr hängt der Wert aller Ersparnisse ab. Ohne sie ist auch der Außenhandel nicht möglich, auf den wir seit mehr als hundert Jahren angewiesen sind.

Die Steuern werden erhebliche sein; aber umso unbeugsamer werden wir für ihre sparsame Verwendung Sorge tragen. Es ist wichtiger, daß dem Bürger das zum Leben Notwendige gelassen wird, als daß die Verwaltungen sich mit prächtigen Einrichtungen versehen und Aufgaben in Angriff nehmen, die zu der einfachen Lebenshaltung der einzelnen in Widerspruch stehen. Solche Einsicht verlangen wir auch von der Wirtschaft, die sich wieder bewußt werden muß, daß Aufwendigkeit in der Verwaltung nur dem Behagen oder dem Geltungsbedürfnis einzelner dient, aber von allen in höheren Preisen oder von den Arbeitern in niedrigeren Löhnen getragen werden muß. Der Fortfall des ungeheuren Aufwandes der Partei ist schon ein Anfang der Heilung.

Die Grundlage geordneter Staatshaushalte ist seit 1933 durch unablässige und gewissenlose Vergeudung der Mittel durch Schuldenvermehrung verlassen. Es war bequem, dem Volke vorzugaukeln, daß es gelungen sei, den allgemeinen Wohlstand durch Verschwendungen zu heben. In Wahrheit war dies Mittel erbärmlich, denn es bestand in hemmungslosem Schuldenmachen. Wir werden daher gerade im Kriege, in dem jeder Staat gezwungen ist, ungeheure Ausgaben zu machen, die äußerste Einfachheit und Sparsamkeit in allen öffentlichen Diensten herstellen. An einen echten Ausgleich kann überall erst nach Abschluß dieses Krieges gegangen werden.

Wir sehen in den wachsenden Schuldenlasten aller kriegsführenden und neutralen Staaten eine ungeheuer große Gefahr. Sie bedrohen die Währungen. Jeder Staat wird sich nach diesem Kriege vor eine ganz außerordentlich schwierige Aufgabe gestellt sehen. Wir hoffen, für die Schuldentilgung Lösungen finden zu können, wenn es gelingt, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Völker wiederherzustellen.

11. Aber noch ist Krieg. In ihm gebührt unser aller Arbeit, Opfer und Liebe den Männern, die das Vaterland verteidigen. Ihnen haben wir alles an seelischen und materiellen Werten zuzuführen, was

wir irgend schaffen können. Mit ihnen stehen wir in Reih und Glied, aber nunmehr alle wissen, daß nur die zur Verteidigung des Vaterlandes und zum Wohle des Volkes notwendigen, nicht aber die der Eroberungssucht und dem Prestigebedürfnis eines Wahnsinnigen dienenden Opfer verlangt, und daß wir diesen Krieg fernhin mit reinen Händen, in Anstand, mit der Ehrenhaftigkeit, die jeden braven Soldaten auszeichnet, führen werden. Den bisherigen Opfern dieses Krieges gehört unsere volle Fürsorge. Verzärtelungen erwarten sie nicht, aber Liebe und Möglichkeit, aus ihrem Leben noch etwas Nützliches zu machen.

In der Sorge für die Front müssen wir das Notwendige mit der größten Klarheit und Einfachheit vereinigen, mit dem Hin und Her bombastischer unausführbarer Befehle, die heute von der Wirtschaft nicht herstellbare Mengen von Panzerwagen, morgen von Flugzeugen und übermorgen von anderen Waffen und Geräten verlangt, ist Schluß gemacht. Es wird nur das Nötige und Zweckmäßige gefordert werden. Im Gegensatz zu der bisherigen despotischen Tyrannie erwarten wir von jedem zur Ausführung Berufenen, daß er von sich aus auf Irrtümer und Unstimmigkeiten rechtzeitig hinweist.

12. Wir haben vor diesem Kriege gewarnt, der so viel Leid über die ganze Menschheit gebracht hat, und können daher in Freimut sprechen.

Wir waren und sind der Ansicht, daß es andere Möglichkeiten gab, unsere Lebensinteressen sicherzustellen. Verlangt die nationale Würde von uns zur Zeit den Verzicht auf bittere Anklage, so werden wir doch dafür sorgen, daß auch hier die Verantwortlichkeiten vollkommen klargestellt und die Verantwortlichen, soweit es Deutsche sind, zur Rechenschaft gezogen werden. So notwendig dies ist, wichtiger ist, daß wir dem Frieden zustreben. Wir wissen, daß wir nicht allein Herren über Krieg und Frieden sind; wir sind auf die anderen angewiesen. Wir wissen dies zwar, aber es wäre unwürdig, nun deswegen wehleidig zu sein. Wir müssen durchstehen und dürfen uns nicht wundern, wenn es aus dem Walde so herausschallt, wie hineingerufen wurde. Aber wir wollen nun endlich die Stimme des wahren Deutschland erheben. Der Reichskanzler wird über den Rundfunk unsere Gedanken über den Frieden bekanntgeben.

Wir sind tief davon durchdrungen, daß die Welt vor einer der ernstesten Entscheidungen steht, vor die die Völker und ihre Führer je bewußt sich gestellt sahen. Gott selbst gibt uns die Frage auf, ob wir der von ihm gesetzten Ordnung der Gerechtigkeit entsprechen und seine Gebote, Freiheit und Menschenwürde zu achten sowie einander zu helfen, [be]folgen wollen oder nicht. Wir wissen, daß diese Ordnung und diese Gebote furchtbar verletzt sind, seitdem die Völker die Bahn gesegneten Friedens im Jahre 1914 verlassen haben. Nun stehen wir vor der Frage, ob wir die bitteren Erfahrungen, die wir machen mußten, benutzt haben und uns der Aussöhnung, dem gerechten Ausgleich der Interessen und der Heilung der furchtbaren Schäden durch Zusammenarbeit zuwenden wollen.

In dieser Stunde müssen wir Euch zurufen, daß es unsere vornehmste Aufgabe ist, tapfer und geduldig den vielfach entehrten deutschen Namen wieder reinzuwaschen. Wir Deutschen allein können und müssen sie erfüllen. Davon, daß wir dies unerbittlich ernsthaft und aufrichtig tun, hängt unsere Zukunft in erster Linie ab, gleichgültig, wie sie sich materiell gestaltet. Denn Gott ist nicht dazu da, bei jeder billigen Gelegenheit als Vorsehung angerufen zu werden, sondern er fordert auch und wacht darüber, daß seine Ordnung und seine Gebote nicht verletzt werden. Es war eine furchtbare Verirrung, deren Wurzeln auf das unselige Diktat von Versailles zurückgehen und die in der Zwischenzeit manche von Deutschen nicht zu verantwortende Nahrung erhalten hat, anzunehmen, daß unsere Zukunft auf dem Unglück anderer Völker, auf der Unterdrückung und der Verachtung der Menschenwürde aufgebaut werden könne. Wir haben dagegen gekämpft und beklagen, daß wir erst heute öffentlich dieser Verirrung zu Leibe gehen können.

Wir alle wollen dem Ehrgefühl anderer Völker nicht zu nahe treten. Was wir für uns verlangen, müssen und wollen wir allen anderen zubilligen. Wir glauben, daß es im Interesse aller Völker liegt, daß der Friede ein dauerhafter wird. Das kann er nur, wenn er gerecht ist und der Zusammenarbeit der Arme, der Köpfe und der Herzen einen breiten Weg ebnet.

Vertrauen läßt sich nicht erzwingen und erreden. Aber was auch immer die Zukunft bringen möge: wir hassen die feige Beschimpfung des Gegners und sind davon überzeugt, daß alle Staatsführer nicht nur das Beste ihrer Völker, sondern ein fruchtbare Ende dieses Ringens wollen und mit uns bereit sind, alsbald die unmenschlichen und schließlich auf alle Völker zurückwirkenden Härten des leichtsinnig entfesselten totalen Krieges zu mildern. (Hier folgt eine aus der Lage sich ergebende Einschaltung.) In diesem Bewußtsein und im Vertrauen auf die innere Kraft unseres Volkes werden wir unbeirrt die Schritte tun, die wir ohne Schädigung unseres Volkes dem Frieden entgegen machen können. Wir wissen, daß das deutsche Volk es will.

Gehen wir wieder den Weg des Rechts, des Anstands und der gegenseitigen Achtung! In solchem Geist wollen wir alle unsere Pflicht erfüllen. Folgen wir ernsthaft und in allem den in unser Gewissen geschriebenen Geboten Gottes, auch dann, wenn sie uns hart ankommen, tun wir alles, um verwundete Seelen zu heilen und Leid zu mindern. Dann allein können wir die Grundlage für eine gesicherte Zukunft auch unseres Volkes in einer wieder von Vertrauen, von gesunder Arbeit und friedlichen Gefühlen erfüllten Völkerfamilie schaffen. Dies mit aller Kraft und mit heiligem Ernst zu tun, sind wir unseren Gefallenen schuldig, deren Vaterlandsliebe und Opfermut freventlich mißbraucht worden sind. Wie vielen von ihnen, die dies erkannt hatten, wurde die Pflichterfüllung zu bitterster Gewissensnot! Wieviel schönes menschliches Glück ist überall in der Welt zerstört!

So gebe uns Gott Einsicht und Kraft, dieser furchtbaren Opfer Sinn zum Segen von Generationen zu gestalten!"

Quelle: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, 2008. Entwurf einer Regierungserklärung von Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler. Das Original ist verschollen; die vorliegende Fassung ist nach den Unterlagen der Sonderkommission zur Untersuchung des Attentats vom 20. Juli 1944 rekonstruiert worden. Redaktion: Petra Behrens, Prof. Dr. Johannes Tuchel.

Der Weg zum Attentat und Staatsstreich des 20. Juli 1944

Mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 erhielt die Militäropposition neuen Auftrieb. Ihre Motivation bezog sie wesentlich aus der Erkenntnis vom verbrecherischen Charakter des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges in Osteuropa. Zudem wuchs die Einsicht, dass Deutschland den Krieg verlieren werde und mit Hitler zum Untergang verurteilt sei. Die immer noch kleine Militäropposition erhielt Zulauf. An der Ostfront bildete sich eine Widerstandsgruppe um Oberst Henning von Tresckow, eine weitere im besetzten Paris um den dortigen Militärbefehlshaber, Carl-Heinrich von Stülpnagel. Das Zentrum der Verschwörung blieb Berlin. Hier entwarf ab 1942 ein Kreis um General Friedrich Olbricht in geheimer Zusammenarbeit mit Tresckow neue Staatsstreichpläne unter dem Decknamen "Walküre" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/201213/walkuere-befehl>).

Auf der neuen Grundlage wurden ab Frühjahr 1943 mehrmals Attentate auf Hitler vorbereitet. Sein Tod sollte die Voraussetzung für einen Staatsstreich, eine anschließende politische Neuordnung in Deutschland und die schnelle Beendigung des Krieges schaffen. Alle Attentatspläne scheiterten auf unglückliche Weise, wurden aber auch nicht entdeckt.

Neue Dynamik kam in die Verschwörung, als Oberstleutnant Claus Schenk Graf von Stauffenberg im Oktober 1943 nach Berlin versetzt wurde. Seine Persönlichkeit und Funktion machten ihn besonders geeignet dafür, die Umsturzplanungen zu vollenden. Stauffenbergs Bombenattentat am 20. Juli 1944 im "Führerhauptquartier" in Ostpreußen überlebte Hitler leicht verletzt. Der Staatsstreich fand daher nicht die nötige Unterstützung in der Wehrmacht und brach noch am selben Tag zusammen. Stauffenberg und seine engsten Mitverschwörer fielen einem sofortigen Willkürakt zum Opfer. Nur die wenigsten der anderen Beteiligten konnten sich der Gestapo (Geheime Staatspolizei) durch Flucht oder Selbstmord entziehen. Die meisten, etwa 200 Personen, wurden durch den "Volksgerichtshof

" zum Tod verurteilt und hingerichtet; unbeteiligte Familienangehörige verschwanden bis Kriegsende in "Sippenhaft".

Das NS-Regime wurde durch das Attentat nicht nachhaltig erschüttert. Es ging fortan nur noch brutaler gegen den Feind im Inneren vor. Hitlers Wille zur "totalen" Kriegsführung hielt unvermindert an und kostete mehr Menschenleben denn je. Erst nach dem Krieg konnte sich die große symbolische Wirkung des "20. Juli" entfalten: Die Gründeräte der Bundesrepublik Deutschland beriefen sich auf sein geistig-moralisches Vermächtnis und machten ihn dadurch zu einem Gründungsmythos des westdeutschen Staates. In der deutschen Bevölkerung fand der "20. Juli" dagegen erst sehr spät überwiegende Anerkennung.

Aus dem Ermittlungsbericht der Gestapo über die "Technik der Stauffenberg-Gespräche" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/201220/technik-der-stauffenberg-gespraechen>)

■ Widerstand gegen den Nationalsozialismus – Orte des Umsturzversuchs am 20. Juli 1944



Quelle: Kartenentwurf Thomas Vogel
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
Bundeszentrale für politische Bildung, 2015, www.bpb.de

 BY-NC-ND

Widerstand gegen den Nationalsozialismus - Orte des Umsturzversuches am 20. Juli 1944 (Grafik öffnet als PDF) (© bpb) (http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/03_karte_20_juli.pdf)

Zivile Widerstandskreise innerhalb und außerhalb der Verschwörung

Attentat und Staatsstreich des 20. Juli 1944 wurden von Offizieren durchgeführt. Ihre Tat beruhte jedoch auf einem Netzwerk militärischer und ziviler Widerstandsgruppen. Ohnehin fällt, gerade mit Blick auf die an der Verschwörung beteiligten Reserveoffiziere, in einer Kriegsgesellschaft die Abgrenzung zwischen Zivil und Militär schwer. Insofern war der "20. Juli 1944" das Werk einer zivil-militärischen Verschwörung.

"Der Ablauf des 20. Juli 1944"

"Wir müssen handeln, weil – und das wiegt am schwersten – in Eurem Rücken Verbrechen begangen wurden, die den Ehrenschild des deutschen Volkes beflecken und seinen in der Welt erworbenen guten Ruf besudeln!"[1]

Donnerstag, 20. Juli 1944[2]

7:00 Uhr, Berlin

Stauffenberg fliegt mit seinem Ordonnanzoffizier Oberleutnant der Reserve Werner von Haeften, nach Rastenburg/Ostpreußen, wo sie gegen 10:15 Uhr landen und ins "Führerhauptquartier Wolfschanze" fahren.

12:30 Uhr, "Wolfschanze"

Beginn der Lagebesprechung in einer Baracke. Unter Zeitdruck – die Besprechung wurde kurzfristig vorverlegt – kann Stauffenberg nur einen von zwei Zündern an den Sprengladungen aktivieren.

Gegen 12:30 Uhr, Berlin

Mehrere Verschwörer finden sich in der Umsturzzentrale, dem Bendlerblock, ein.

12:37 Uhr, "Wolfschanze"

Stauffenberg stellt die Aktentasche mit dem Sprengstoff in der Nähe Hitlers ab. Unter dem Vorwand, ein wichtiges Telefonat führen zu müssen, verlässt er den Raum.

Gegen 12:42 Uhr, "Wolfschanze"

Die Bombe explodiert.

Vier Personen werden tödlich verletzt, die anderen der 24 Besprechungsteilnehmer erleiden fast alle leichte bis schwere Verletzungen. Stauffenberg beobachtet die Explosion aus 200 m Entfernung und ist sich sicher, dass Hitler tot ist.

12:44 Uhr, "Wolfschanze"

Die Wache lässt Stauffenberg und Haeften den bereits abgeriegelten Sperrkreis passieren. Kurz darauf kommen sie auch durch die zweite Wache. Unterwegs zum Flugplatz wirft Haeften den übrig gebliebenen Sprengstoff aus dem Wagen.

Gegen 13:00 Uhr, "Wolfschanze"

General Fellgiebel verhängt eine Nachrichtensperre über das "Führerhauptquartier". Über eine separate Leitung der SS können jedoch weiterhin Nachrichten ausgegeben werden.

13:15 Uhr, Rastenburg

Stauffenberg und Haeften fliegen zurück nach Berlin.

Gegen 13:15 Uhr, Berlin

General Olbricht erhält Nachricht vom fehlgeschlagenen Attentat. Er will weitere Informationen abwarten, bevor er die Umsturzbefehle ausgibt.

Gegen 14:00 Uhr, Berlin

Oberst i.G. Mertz von Quirnheim alarmiert ohne die eigentlich nötige Zustimmung von Generaloberst Fromm, dem Befehlshaber des Ersatzheeres, die ersten "Walküre"-Truppen bei Berlin.

Gegen 14:00 Uhr, "Wolfschanze"

Himmler fordert Personal zur Aufklärung des Attentats an. Der Verdacht richtet sich gegen Stauffenberg. Weisung Himmlers, Stauffenberg bei Landung in Berlin festzunehmen.

Zwischen 14:45 und 15:15 Uhr, Berlin

Stauffenberg und Haeften landen in Rangsdorf, melden der Umsturzzentrale den Tod Hitlers und fahren zum Bendlerblock.

15:50 bis 16:00 Uhr, Berlin

Olbricht löst mit mehrstündiger Verspätung die Alarmmaßnahmen gemäß dem "Walküre"-Plan aus. Fromm erfährt telefonisch, dass Hitler nur leicht verletzt wurde.

Gegen 16:00 Uhr, "Wolfschanze"

Der "Duce", Benito Mussolini, trifft ein und besucht Hitler. Funkmeldungen über das gescheiterte Attentat und Gegenbefehle werden ausgegeben.

Kurz nach 16:10 Uhr, Berlin

Das Wachbataillon "Großdeutschland" unter Major Otto Ernst Remer erhält "Walküre"-Befehle. Zur Einweisung fährt Remer zum eingeweihten Stadtkommandanten Generalleutnant von Hase.

16:20 Uhr, Berlin

Ludwig Beck trifft im Bendlerblock ein. Fromm befiehlt, alle "Walküre"-Maßnahmen zu stoppen.

Zwischen 16:30 und 17:00 Uhr, Berlin

Stauffenberg und Haeften treffen im Bendlerblock ein. Stauffenberg berichtet Fromm vom Tod Hitlers. Olbricht informiert Fromm, dass er bereits "Walküre" ausgelöst habe. Fromm verweigert seine Unterstützung und wird verhaftet.

Zwischen 16:30 und 17:00 Uhr, Paris

Stauffenberg telefoniert mit dem eingeweihten Oberstleutnant der Reserve von Hofacker. Die "Walküre"-Aktionen laufen in Paris an.

Gegen 16:45 Uhr, Berlin

Major Remer erhält Befehl, das Regierungsviertel abzuriegeln.

Bis 17:30 Uhr, Berlin

Das Funkhaus in der Masurenallee wird von Soldaten besetzt. Der regimetreue Sendebetrieb wird jedoch unbemerkt weitergeführt.

Von 17:35 bis 21:03 Uhr, Berlin

Das Fernschreiben "Der Führer Adolf Hitler ist tot" wird nach Abänderung der ersten Zeile in "Innere Unruhen" mit höchster Dringlichkeitsstufe an die Wehrkreise gesandt.

17:42 Uhr

Erste Rundfunkmeldung über den gescheiterten Attentatsversuch. Wiederholungen um 18:28, 18:38, 18:42, 19:01, 19:15, 20 und 22 Uhr.

Gegen 18:00 Uhr, Wien

Die "Walküre"-Maßnahmen laufen in Wien an. SS- und Parteifunktionäre werden für 20 Uhr zu einer Besprechung ins Wehrkommando gebeten und festgesetzt.

Gegen 18:00 Uhr, Berlin

In der Nachrichtenzentrale kommen Leutnant Röhrig erste Bedenken. Er versendet die ihm gegebenen "Walküre"-Fernschreiben teilweise mit mehreren Stunden Verspätung.

18:30 Uhr, Berlin

Die Abriegelung des Regierungsviertels durch das Wachbataillon ist abgeschlossen.

Gegen 19:00 Uhr, Berlin

Major Remer trifft bei Goebbels ein. Er wird Hitler direkt unterstellt und erhält von ihm den Befehl, den Umsturzversuch mit allen Mitteln niederzuschlagen.

Gegen 19:00 Uhr, Paris

Stülpnagel erhält einen Anruf von Beck und sichert ihm seine Unterstützung zu. Anschließend telefoniert Beck mit Kluge, der jedoch ausweichend reagiert.

19:00 Uhr, Prag

Die ersten "Walküre"-Maßnahmen laufen in Prag an.

19:30 Uhr, Berlin

Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben trifft im Bendlerblock ein.

Gegen 20:00 Uhr, Paris

Kluge erhält Nachricht vom Überleben Hitlers und lehnt eine Beteiligung an der Verschwörung ab.

20:15 Uhr, Berlin

Witzleben verlässt die Umsturzzentrale wieder.

20:20 Uhr, "Wolfschanze"

Keitel befiehlt allen Wehrkreisbefehlshabern per Fernschreiben, nur noch Anordnungen des neuen Befehlshabers des Ersatzheeres Himmler zu befolgen.

20:45 bis 23:00 Uhr, Berlin

Das Fernschreiben für die zweite Stufe des "Walküre"-Plans wird versandt.

Gegen 21:00 Uhr, Berlin

Teile des Wachbataillons besetzen den Bendlerblock.

Gegen 21:15 Uhr

Rundfunkdurchsage, dass Hitler bald zum deutschen Volk sprechen werde.

Nach 22 Uhr, Wien

Alle "Walküre"-Befehle werden in Wien wieder aufgehoben.

Gegen 22:30 Uhr, Berlin

Unter der Parole "Für oder gegen den Führer" gehen Offiziere im Bendlerblock zum "bewaffneten Gegenstoß" über. Fromm wird befreit. Er lässt die Verschwörer verhaften und zum Tode verurteilen.

22:40 Uhr, Prag

Alle "Walküre"-Befehle werden in Prag wieder aufgehoben.

Gegen 23:00 Uhr, Paris

Die Festnahme der etwa 1.200 Angehörigen der SS- und SD-Führung in Paris ist abgeschlossen. Kluge stellt sich gegen die Verschwörer und enthebt Stülpnagel seines Kommandos.

Zwischen 23:15 und 23:45 Uhr, Berlin

Beck erhält Gelegenheit zum Suizid, der jedoch scheitert. Er wird daraufhin erschossen.

Gegen Mitternacht, "Wolfschanze"

Fellgiebel wird verhaftet.

Freitag, 21. Juli 1944

00:10 bis 00:21 Uhr, Berlin

Fromm schickt ein Fernschreiben an alle Wehrkreiskommandos und teilt mit, dass der Putschversuch

blutig niedergeschlagen wurde.

00:15 bis 00:30 Uhr, Berlin

Im Hof des Bendlerblocks werden Olbricht, Haeften, Stauffenberg und Mertz durch ein Sonderkommando exekutiert.

Kurz vor 1:00 Uhr, Berlin

Hitler spricht im Rundfunk über das gescheiterte Attentat.

Gegen 1:00 Uhr, Paris

Die Gefangenen der Verschwörer werden wieder freigelassen.

Quelle: Linda von Keyserlingk und Thomas Müller, Attentat auf Hitler. Stauffenberg und mehr. In: Linda von Keyserlingk, Gorch Piecken und Matthias Rogg (Hrsg.), Ausstellungskatalog des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr, Dresden 2014.

Fußnoten

1. Auszug aus dem Entwurf des für den 20. Juli 1944 vorbereiteten Aufrufs an die Soldaten von Erwin von Witzleben als Oberbefehlshaber der Wehrmacht. Der komplette Text ist auf den Seiten der Gedenkstätte Deutscher Widerstand abrufbar (http://www.gdw-berlin.de/fileadmin/themen/b13/pdf/13_5_Faksimile_d.pdf).
2. Die Darstellung stützt sich auf die Arbeiten von Heinrich Walle, Der 20. Juli 1944. Eine Chronik der Ereignisse von Attentat und Umsturzversuch, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Aufstand des Gewissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945, 5. Aufl., Hamburg 2000, S. 575–598; ebenso wurde herangezogen: 20. Juli 1944, bearb. von Hans Royce, neubearb. und erg. von Erich Zimmermann und Hans-Adolf Jacobsen, hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst, 4. Aufl., Bonn 1961, Beilage: Synchronoptische Tafel; Vgl. auch: Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, 4. neu überarb. u. erg. Ausg., München 1985, S. 486–622. Klaus Achmann und Hartmut Bühl, 20. Juli 1944. Lebensbilder aus dem militärischen Widerstand, Hamburg u.a., 2. Aufl., 1996, S. 55–59.

Die Rundfunkansprache Adolf Hitlers nach dem missglückten Attentat vom 20. Juli 1944.

(© Deutsches Rundfunkarchiv) Allein die Überlegungen und Vorbereitungen für die politische Neuordnung nach Hitler bedurften der Mitwirkung ziviler Fachleute. Vor allem zwei Gruppierungen nahmen sich dieser Aufgabe an: zum einen der liberal-konservative "Kreisauer Kreis" um Helmut James Graf von Moltke, der sich 1940 formierte, zum anderen national-konservative Honoriorenzirkel, die sich schon vor dem Krieg um Carl Goerdeler gebildet hatten. Auch Sozialdemokraten und Gewerkschafter wie Julius Leber, Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser beteiligten sich. Die politische Vielfalt fand in unterschiedlichen Ideen und Entwürfen ihren Ausdruck; dabei konkurrierten moderne demokratische mit eher autoritären Vorstellungen von Politik und Gesellschaft. In ihrem Willen zum Sturz des NS-Regimes einten alle zwei Hauptziele: die schnelle Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Rechtsstaates.

Von den zivilen Verschwörern des "20. Juli" überlebten ebenfalls nur wenige die anschließende Verfolgungswelle. Nicht anders erging es den allermeisten Angehörigen von Widerstandsgruppen außerhalb der zivil-militärischen Verschwörung. Zahlenmäßig relativ stark und aktiv war der

kommunistische Widerstand. Mitglieder der 1933 verbotenen KPD hatten eine relativ weit verzweigte Untergrundorganisation in Deutschland schaffen können, die vor allem im Arbeitermilieu wurzelte. Ihre Gruppen kämpften mit Propaganda und Sabotageaktionen gegen das NS-Regime. Die bekanntesten von Ihnen bildeten sich um Bernhard Bästlein in Hamburg, um Wilhelm Knöchel im Ruhrgebiet sowie um Robert Uhrig und Anton Saefkow in Berlin; fast alle wurden vor und während des Krieges von der Gestapo nach und nach zerschlagen, ihre Mitglieder in großer Zahl hingerichtet. Im Unterschied zu KPD und Sozialisten waren die Sozialdemokraten strukturell weniger gut auf Illegalität und konservative Arbeit vorbereitet, in die sie von den NS-Machthabern 1933 gedrängt wurden. Einige führende Sozialdemokraten flüchteten ins Ausland und bauten dort eine neue Parteiorganisation auf, ohne jedoch nennenswerten Einfluss auf die Verhältnisse in Deutschland zu gewinnen. Andere blieben im Land und verschwanden – wie Kurt Schumacher – die längste Zeit im KZ oder schlossen sich – wie Leber oder Leuschner – nach zeitweiliger Inhaftierung der Verschwörung des 20. Juli an und bezahlten dafür mit ihrem Leben.

Ablehnung von Gnaden gesuchen von Anhängern der "Roten Kapelle"

"D E R F Ü H R E R

Führerhauptquartier, den 21.7.1943

An den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

Betr.: Gnadsachen von 17 vom Reichsgericht im Strafsachenkomplex „Rote Kapelle“ zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte Verurteilten:

Angestellter Karl Böhm, Urteil vom 20.1.1943, wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Feindbegünstigung und wegen Beihilfe zur Spionage;

Fräser Stanislaus Wesołek, Urteil vom 10.2.1943, wegen Beihilfe zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und zur Spionage;

Rentner Emil Hübner, Urteil vom 10.2.1943, wegen Beihilfe zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und zur Spionage;

Schriftsteller Adam Kuckhoff, Urteil vom 3.2.1943, wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und wegen Feindbegünstigung;

Ehefrau Frieda Wesołek, Urteil vom 10.2.1943, wegen Beihilfe zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und zur Spionage;

Studentin Ursula Götz, Urteil vom 18.1.1943, wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Feindbegünstigung;

Telefonistin Marie Terwiele, Urteil vom 26.1.1943, wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und wegen Feindbegünstigung;

Tänzerin Oda Schottmüller, Urteil vom 20.1.1943, wegen Beihilfe zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und zur Feindbegünstigung;

Ehefrau Rose Schlossinger, Urteil vom 20.1.1943, wegen Spionage;

Ehefrau Hilda Coppel, Urteil vom 20.1.1943, wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Feindbegünstigung, Spionage und Rundfunkverbrechen;

Stenotypistin Kläre Schabbel, Urteil vom 30.1.1943, wegen Feindbegünstigung;

Abteilungsleiterin Else Imme, Urteil vom 30.1.1943, wegen Feindbegünstigung;

Wissenschaftliche Assistentin Eva Buch, Urteil vom 3.2.1943, wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und Feindbegünstigung;

Geschäftsinhaberin Anna Krauss, Urteil vom 12.2.1943, wegen Zersetzung der Wehrkraft;

Ehefrau Ingeborg Kummerow, Urteil vom 27.1.1943, wegen Beihilfe zur Spionage;

Keramikerin Cato Bontjes van Beek, Urteil vom 18.1.1943, wegen Beihilfe zur Vorbereitung des Hochverrats und zur Feindbegünstigung;

Schülerin Liane Birkowitz, Urteil vom 18.1.1943, wegen Beihilfe zur Vorbereitung des Hochverrats und zur Feindbegünstigung.

Ich lehne einen Gnadenerweis ab.

A. Hitler

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Keitel"

Ideologisch schwerer einzuordnen ist ein Berliner Widerstandskreis, die heute unter dem Namen "Rote Kapelle" bekannt ist. Sie umfasste Menschen verschiedenster sozialer Herkunft und politischer Prägung, die sich bereits während der 1930er Jahre fanden, weil sie das NS-Regime ablehnten. Ihr privater politischer Meinungsaustausch führte sie bald zu vielfältigen Widerstandsaktivitäten, von der Hilfe für politisch Verfolgte über Flugblattaktionen bis hin zur Kontaktierung ausländischer Zwangsarbeiter. Erst Anfang der 1940er Jahre schlossen sich die etwa 150 Personen zählenden Kreise enger um ihre führenden Köpfe zusammen: den Oberleutnant im Reichsluftfahrtministerium Harro Schulze-Boysen und den Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium Arvid Harnack. Zum Verhängnis wurde der Gruppe schließlich ihr Kontakt mit dem sowjetischen Nachrichtendienst, dem sie kriegswichtige Informationen übermittelte. Die Gestapo fahndete deshalb nach ihr unter dem Sammel-Decknamen "Rote Kapelle" für alle sowjetischen Spionagegruppen in Westeuropa. Von der deutschen Spionageabwehr aufgeklärt, konnte die Gestapo 1942/43 die meisten Mitglieder des Kreises um Harnack und Schulze-Boysen verhaften; etwa die Hälfte von ihnen wurde hingerichtet.

(<http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/weisse-rose/61008/die-flugblaetter-im-wortlaut>) Studenten der Universität München bildeten 1942 eine Widerstandsgruppe, die sich selbst "Weiße Rose" nannte (<http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/weisse-rose/>). Den Anstoß gaben Medizinstudenten, die den Schrecken des Krieges und deutsche Verbrechen an der Ostfront erlebt hatten. Die Gruppe um Hans und Sophie Scholl, der sich auch Professor Kurt Huber anschloss, wendete sich mit Flugblättern hauptsächlich an gebildete Schichten. Eine solche Aktion führte 1943 zur Verhaftung der Hauptbeteiligten. Sie und andere wurden hingerichtet oder ermordet; etwa 60 Beteiligte überlebten den Krieg.

Daneben organisierte sich Widerstand zuweilen spontan. So demonstrierten Anfang 1943 mehrere hundert Menschen vor einem Sammellager in der Berliner Rosenstraße tagelang – und erfolgreich – gegen die Verhaftung und Deportation ihrer jüdischen Ehepartner und Angehörigen. In den letzten

Kriegstagen sagten sich bayerische Patrioten um den Reserveoffizier Rupprecht Gerngross vom NS-Regime los. Der Aufstand der "Freiheitsaktion Bayern" wurde nach Anfangserfolgen blutig niedergeschlagen.

Am 19. April 1943 endet der zweite Prozess gegen die Weiße Rose. Als einziger der 14 Angeklagten wird Falk Harnack freigesprochen - Auszüge aus seinen Erinnerungen und dem Urteil

Im November 1942 treffen Hans Scholl und Alexander Schmorell von der Weißen Rose in dem kleinen Hotel Sächsischer Hof in Chemnitz auf den damals 29-jährigen Falk Harnack. Ziel der Zusammenkunft ist es, den studentischen Widerstand über München hinaus auf andere deutsche Städte auszuweiten. Dabei soll der junge Schauspieler und Regisseur helfen. Sein älterer Bruder Arvid sowie zehn weitere Widerstandskämpfer der Roten Kapelle werden kurz darauf im Dezember 1942 in Plötzensee hingerichtet. Trotzdem reist Falk Harnack am 8. Februar 1943 nach München und sucht Schmorell und die Geschwister Scholl auf; sie besprechen Pläne für eine Zeit nach Hitler.

Hans Scholl und Falk Harnack verabreden sich erneut: Am 25. Februar wollen sie sich um 18 Uhr an der Gedächtniskirche in Berlin treffen. Harnack ist pünktlich; er wartet vergeblich. Hans Scholl ist bereits hingerichtet. Wenige Tage später wird auch Falk Harnack verhaftet und mit 13 anderen Mitgliedern der Weißen Rose angeklagt. Als Einziger wird er freigesprochen. Noch im Winter desselben Jahres desertiert Harnack in Griechenland aus der Wehrmacht. 1947 schreibt er seine Erinnerungen auf. Wir geben Passagen über die Haftzeit in Ausschnitten wieder. Nach dem Krieg war Harnack zunächst künstlerischer Leiter bei der Ostberliner Defa, wechselte aber 1952 nach West-Berlin und arbeitet beim ZDF. Er starb 1991 in Berlin.

"Sonnabend, den 6. März 1943, mittags gegen 14Uhr, wurde ich zum Kompaniechef gerufen. Erst als zwei Wachtmeister der Kompanie mit entsicherter Pistole den Raum betreten hatten, erklärte er: "Auf Befehl des Oberkommandos des Heeres sind Sie vorläufig festgenommen. Weshalb, das werden Sie besser wissen als ich. Bei Fluchtversuch wird sofort scharf geschossen. Sie haben keinem Menschen eine Mitteilung hiervon zu machen." Am selben Abend wurde ich unter Bewachung zum D-Zug nach München gebracht und am nächsten Morgen in die Gestapo-Leitstelle, Briener Straße (Wittelsbacher Palais), eingeliefert. [...] Während der ganzen Gestapohaft kam keiner von uns ins Freie, Tag und Nacht mussten wir in der Zelle verbringen, die von scharfem, hellem elektrischen Licht beleuchtet war. [...] Einmal sah ich Alexander Schmorell. Er kam mir, als ich zu einer Vernehmung abgeholt wurde, entgegen (Zellenbau). Noch heute sehe ich seine große schöne Gestalt, hochrot im Gesicht, mit glühenden Augen. Wir grüßten uns stumm. [...]

Nach Wochen – als die Vernehmungen beendet waren – wurden wir auf die einzelnen Untersuchungsgefängnisse Münchens verteilt. So kamen Schmorell, Prof. Huber und viele andere in das Gefängnis am Neudeck. Willi Graf und ich kamen, natürlich streng getrennt, in das Untersuchungsgefängnis Cornelius. Damit war der Fall von der Gestapo der Justiz überstellt; die Maschinerie des Volksgerichtshofes lief an. Qualvolle Tage und Nächte folgten, qualvoll wegen der Ungewissheit, wann der Prozess verhandelt und wie er ausgehen würde. [...] Da die Sache vor den Volksgerichtshof kam, wo kein Strafgesetzbuch Gültigkeit hatte, sondern nur die Willkür entschied, bereitete sich jeder von uns auf die Todesstrafe vor. Langsam überwand man die Furcht vor dem Tode. Nur ein Gefühl quälte jeden von uns: nicht genug gegen das verbrecherische System getan zu haben. Man hatte das Gefühl, man gibt sein Leben zu billig her. [...] Am 16. April 1943 traf die Anklageschrift ein, die auf Hochverrat, Landesverrat, Zersetzung der Wehrmacht, Aufbau illegaler Organisationen etc. lautete.

Am 19. April 1943, morgens um 5 Uhr, wurde ich geweckt, rasiert und kam in die sog. Empfangszelle. Wenige Minuten später kam Willi Graf hinein. Wir beide wurden in den Gefängnishof geführt. Dort stand ein grüner Gefängniswagen. Die Tür öffnete sich, und wir erblickten Prof. Huber, Alexander

Schmorell und die anderen Angeklagten, darunter die Geschwister Hirzel, Grimminger, Bollinger usw. Wir stiegen ein, und die Fahrt zum Justizpalast, quer durch München, begann. [...]

Im Hof des Justizpalastes empfing uns ein Polizeikordon. Die Hände wurden uns gefesselt, und wir kamen herauf in die große Wartezelle, zum ersten Male alle gemeinsam. Nur ein paar Wortbrocken konnten wir wechseln, da wir streng beaufsichtigt wurden. Schmorell war schweigsam, er hoffte auf nichts mehr. [...]

Dann öffnete sich das Tor, und wir wurden gefesselt über den langen Korridor in den Schwurgerichtssaal geführt. Links und rechts standen Menschen, Kopf an Kopf. Viele Studenten der Münchener Universität, Arbeiter, Soldaten. Wir gingen an ihnen vorbei. Kein böses Wort traf uns – nur Blicke voll tiefer Sympathie und voller Mitleid. Als erster betrat Schmorell den Saal, ihm folgte Prof. Huber, und dann kamen wir anderen. – An der Tür sah ich meine Mutter stehen. Ich konnte ihr, obwohl gefesselt, die Hände drücken und ihr, der man soeben ihren ältesten Sohn und ihre Schwiegertochter auf so grausame Weise ermordet hatte, sagen: "Ich denke an Euch alle." [...]

In hämisch-pathetischer Weise verlas Freisler die einzelnen Anklagepunkte. Als die Flugblätter verlesen wurden, wuchs die feindliche Erregung im Saal und nahm bedrohliche Formen an. Sofort nach der Verlesung sprang der Wahlverteidiger von Prof. Huber auf, nahm stramme Haltung an, grüßte mit "Heil Hitler" und erklärte mit großem Pathos: "Herr Präsident! Hoher Gerichtshof! Da ich erst jetzt Kenntnis von dem Inhalt der Flugblätter erhalten habe, sehe ich mich als deutscher Mensch und Rechtswahrer des Deutschen Reiches außer Stande, ein solch ungeheuerliches Verbrechen zu verteidigen. Ich bitte den hohen Gerichtshof, mich von meiner Verteidigung zu entbinden und die angeführten Gründe zu würdigen." [] Prof. Huber, neben dem ich saß, war auf das Tiefste erschüttert. Aber noch eine Enttäuschung traf Prof. Huber. Er hatte als Entlastungszeugen den Münchener Historiker, seinen Kollegen Geh.Rat Alexander von Müller, benannt. Von Müller ließ sich entschuldigen, er sei dienstlich von München abwesend.

Als erster wurde Alexander Schmorell vor die Schranken gerufen. Mit bestialischer Rhetorik überschüttete Freisler den jungen Studenten und machte ihm eine Vorhaltung nach der anderen; eine Beschimpfung jagte die andere – brüllend, tobend, so daß Schmorell überhaupt nicht zu Worte kam. Jedes Mal, wenn er nur ansetzte, seine Handlungen zu erklären, zu verteidigen, schnitt ihm Freisler kreischend das Wort ab. Als Freisler sich ausgetobt hatte, stellte er die Frage: "Was haben Sie denn an der Front getan?" Schmorell antwortete: "Ich habe mich um die Verwundeten gekümmert, wie es meine Pflicht als angehender Arzt ist." Darauf Freisler: "Ja, und wenn die Russen kamen, haben Sie nicht auf die Russen geschossen?" – "Genau so wenig, wie ich auf Deutsche schieße, schieße ich auf Russen!" [...]

Prof. Huber, der als nächster vorgerufen wurde, wurde in hämischer Weise mitgeteilt, die Universität habe ihm seinen Professorenrang und seinen Doktortitel aberkannt, weil er ein Verführer der deutschen Jugend sei. Als Prof. Huber antwortete, seine Kollegs seien immer überfüllt gewesen und er habe es als Hochschullehrer und Philosoph als seine Pflicht angesehen, den jungen Menschen bei ihren inneren Kämpfen beizustehen, erklärte Freisler zynisch lächelnd: "Sie halten sich wohl für einen neuen Fichte?" Prof. Huber, der seit seiner Geburt an einem leichten Sprachfehler litt, hielt sich mit aller Kraft aufrecht und versuchte, stimmlich gegen dieses Meer von Unflat anzukämpfen. Er bebte am ganzen Körper, jedoch nicht aus Furcht oder Angst, sondern vor tiefster Erregung und Empörung über diese unwürdigen Zustände.

Als Dritter folgte Willi Graf – ruhig und gelassen. Der Ton Freislers mäßigte sich etwas. Freisler sagte: "Sie haben ja der Gestapo schöne Lügengeschichten aufgebunden, und um ein Haar wären Sie herausgekommen. Aber ...", und jetzt nahezu mit einem verbindlichen Lächeln, als ob er ein Spiel gewonnen hätte, "... wir sind doch schlauer als Sie!" [...]

Erschütternd war die Verhandlung gegen das Geschwisterpaar Hirzel. Sie waren noch die reinsten

Kinder, sechzehnjährig und kamen aus einem Pfarrhaus. Besonders der junge Hirzel fiel prompt in jede Fallgrube, die ihm Freisler bereitete, umso bewundernswerter war aber der Mut, mit dem er illegale Arbeit geleitet hatte.

Als ich vor die Schranken gerufen und meine Daten verlesen wurden und Freisler mit Hohn auf die vor kurzem erfolgte Hinrichtung meines Bruders und meiner Schwägerin hinwies, ging eine Welle der Erregung durch den Saal. Ich musste an mich halten, um nicht auszubrechen, um die klare Verhandlungslinie nicht zu verlassen. Unter anderem wurde mir vorgehalten, ich hätte defäristische Äußerungen getan, dass der Krieg für Deutschland verloren sei. Ich entgegnete Freisler, meine Äußerung sei gewesen: "Ich befürchte, dass Deutschland den Krieg verliert, und halte es deshalb für notwendig, sich mit den daraus ergebenden Problemen rechtzeitig auseinanderzusetzen. Die nationalsozialistische Propaganda erklärt: Nach dem Zusammenbruch kommt das Chaos. Diese Propagandarichtung halte ich für überaus gefährlich, denn" – und jetzt mit erhobener Stimme – "Deutschland darf nicht untergehen." Durch diesen Salto stand ich plötzlich auf der nationalen Plattform. Freisler, der deutlich merkte, dass ihm der Degen aus der Hand geschlagen war, stoppte einen Moment seinen Redefluss und wusste nicht genau, wo er wieder einsetzen sollte, insbesondere, da ich gerade in diesem Moment ein Führungszeugnis eines mir bekannten Generals vorlegen konnte, was verlesen wurde. Mit dieser nervenaufreibenden Taktik gelang es mir allmählich, Freisler auf eine Verhandlungsbasis zu bringen, auf der ich meine Argumente ausführen konnte. Auf die Frage von Freisler, warum ich die Sache nicht angezeigt hätte, argumentierte ich mit meiner Kriegserkrankung – Nerven – und mit den schweren Verlusten, die unsere Familie betroffen habe, und sagte: "Das kann vielleicht eine kalte Maschine, aber kein Mensch. Was Sie erwarten, ist –", da fiel mir Freisler ins Wort und vervollständigte "übermenschlich". "Nein", antwortete ich, "fast zuviel für einen Menschen." [...]

Gegen 10.30 Uhr abends wurden wir wieder gefesselt in den großen Schwurgerichtssaal mit seiner lächerlich geblümten Tapete geführt. Die Urteilsverkündung begann. Freisler erhob sich, hinter ihm das Bild mit der widerlichen Fratze Hitlers. Mit genießerisch rhetorischer Breite formulierte er die Urteilsbegründung, die nicht schriftlich vorlag. Alexander Schmorell, Prof. Huber und Willi Graf wurden mit dem Tode bestraft, Grimminger mit 10 Jahren Zuchthaus. Er war also gerettet. Und nun folgten die anderen Angeklagten mit längeren oder kürzeren Freiheitsstrafen. Zum Schluss kam ich an die Reihe, und obwohl der Oberreichsanwalt 5 Jahre beantragt hatte, wurde ich mangels Beweisen freigesprochen.

Die Freunde, die ihr Todesurteil vernommen hatten, waren still und gefasst, keine Träne, aufrecht. Freisler verließ mit seinen sogenannten Richtern mit der Befriedigung den Saal, der Öffentlichkeit wieder ein "glänzendes" Schauspiel gegeben zu haben. Mir wurde mitgeteilt, dass ich am nächsten Tage der Gestapo ausgeliefert würde. [...]"

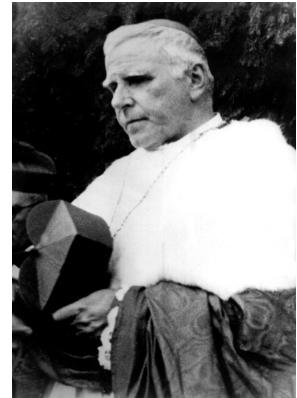
"Keine Träne, aufrecht" aus: ZEIT Geschichte Nr. 04/2009 (Lizenzgeber: Gedenkstätte Deutscher Widerstand)

Predigt des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, am Sonntag, dem 3. August 1941, in der St. Lambertikirche zu Münster

"Ich muss leider mitteilen, dass die Gestapo [Geheime Staatspolizei] auch in dieser Woche ihren Vernichtungskampf gegen die katholischen Orden fortgesetzt hat.

Am Mittwoch, dem 30. Juli, hat die Gestapo das Provinzialhaus der Schwestern Unserer Lieben Frau in Mülhausen, Kreis Kempen, das früher zum Bistum Münster gehörte, besetzt und für aufgehoben erklärt. Die Schwestern, von denen viele aus unserem Bistum stammen, wurden zum größten Teil ausgewiesen und mussten noch am gleichen Tage den Kreis verlassen. Nach glaubwürdigen Nachrichten ist am Donnerstag, dem 31. Juli, das Kloster der Missionare von Hiltrup in Hamm ebenfalls von der Gestapo besetzt und beschlagnahmt worden. Die dort weilenden Patres sind ausgewiesen.

Ich habe bereits am 13. Juli hier in der Lambertikirche nach der Vertreibung der Jesuiten und Missionsklarissen aus Münster öffentlich festgestellt: Keiner der Bewohner der Klöster ist eines Vergehens oder Verbrechens beschuldigt, vor Gericht angeklagt oder gar verurteilt. Wie ich höre, werden jetzt in Münster Gerüchte verbreitet, dass diese Ordensleute, insbesondere die Jesuiten, doch wegen gesetzwidriger Verfehlungen, ja sogar wegen Landesverrat angeklagt oder sogar überführt seien. Ich erkläre: Das ist eine gemeine Verleumldung deutscher Volksgenossen, unserer Brüder und Schwestern, die wir uns nicht gefallen lassen. Gegen einen Burschen, der vor Zeugen es wagte, derartiges zu behaupten, habe ich bereits Strafanzeige bei dem Herrn Oberstaatsanwalt erstattet. Ich spreche die Erwartung aus, dass der Mann schleunigst zur Verantwortung gezogen wird, und dass unsere Gerichte noch den Mut haben, Verleumder, die es wagen, unbescholtene deutschen Volksgenossen, nachdem ihnen schon ihr Eigentum genommen wurde, auch noch die Ehre zu rauben, zur Verantwortung zu ziehen und zu bestrafen. Ich fordere alle meine Zuhörer, ja alle anständigen Mitbürger auf, von heute ab, falls in ihrer Gegenwart solche Anschuldigungen gegen die aus Münster ausgewiesenen Ordensleute ausgesprochen werden, sofort den Namen und die Wohnung des Anklägers und der etwa anwesenden Zeugen festzustellen. Ich hoffe, es gibt hier in Münster noch Männer, die den Mut haben, zur gerichtlichen Klarstellung solcher die Volksgemeinschaft vergiftender Beschuldigungen durch offenes Eintreten mit ihrer Person, ihrem Namen, nötigenfalls mit ihrem Eide mitzuwirken. Diese bitte ich, falls vor ihnen solche Beschuldigungen gegen unsere Ordensleute ausgesprochen werden, alsbald bei ihrem Pfarrer oder auch beim Bischöflichen Generalvikariat das zu melden und zu Protokoll zu geben. Ich bin es der Ehre unserer Ordensleute, der Ehre unserer katholischen Kirche und auch der Ehre unseres deutschen Volkes und unserer Stadt Münster schuldig, dass ich durch Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft für die gerichtliche Klarstellung des Tatbestandes und für die Bestrafung gemeiner Verleumder unserer Ordensleute Sorge trage.



Clemens August Graf von Galen in einer undatierten Aufnahme. Von Galen, der ab 1933 Bischof von Münster war, wurde für sein mutiges Auftreten gegen den Nationalsozialismus bekannt. Nach dem Krieg wurde der "Löwe von Münster" zum Kardinal ernannt. (© picture-alliance)

(Nach der Verlesung des Tagesevangeliums vom 9. Sonntag nach Pfingsten: " . . . als Jesus Jerusalem nahe kam und die Stadt sah, weinte er über sie . . ." Luk 19,41-47).

Meine lieben Diözesanen! Eine erschütternde Begebenheit ist es, die das heutige Sonntagsevangelium berichtet. Jesus weint! Der Sohn Gottes weint! Wer weint, der leidet Schmerzen, Schmerzen am Leibe oder am Herzen. Jesus litt damals nicht dem Leibe nach und doch weinte er. Wie groß muss der Seelenschmerz, das Herzensweh dieses tapfersten der Männer gewesen sein, dass er weinte! Warum weinte er? Er weinte über Jerusalem, über die heilige, ihm so teuere Gottesstadt, die Hauptstadt seines Volkes. Er weinte über ihre Bewohner, seine Volksgenossen, weil sie nicht erkennen wollten, was allein die von seiner Allwissenheit vorausgesehene, von seiner göttlichen Gerechtigkeit vorausbestimmten Strafgerichte abwenden könnte: "Wenn du es doch erkenntest, was dir zum Frieden dient!" Warum erkennen es die Bewohner von Jerusalem nicht? Nicht lange vorher hat Jesus es ausgesprochen: "Jerusalem, Jerusalem, wie oft wollte ich deine Kinder versammeln, wie eine Henne ihre Küchlein unter ihre Flügel sammelt. Aber du hast nicht gewollt!" (Luk 13,34).

Du hast nicht gewollt. Ich, dein König, dein Gott, ich wollte! Aber du hast nicht gewollt. Wie geborgen, wie behütet, wie beschützt ist das Küchlein unter den Flügeln der Henne; sie wärmt es, sie nährt es, sie verteidigt es. So wollte ich dich beschützen, behüten, gegen jedes Ungemach verteidigen. Ich wollte! Du hast nicht gewollt!

Darum weint Jesus, darum weint dieser starke Mann, darum weint Gott. Ober die Torheit, über das Unrecht, über das Verbrechen des **N i c h t w o l l e n s**. Und über das daraus entstehende Unheil, das seine Allwissenheit kommen sieht, das seine Gerechtigkeit verhängen muß, wenn der Mensch

den Geboten Gottes, allen Mahnungen seines Gewissens, allen liebevollen Einladungen des göttlichen Freundes, des besten Vaters, sein Nichtwollen entgegengesetzt: "Wenn du es doch erkenntest, noch heute, an diesem Tage, was dir zum Frieden dient! Aber du hast nicht gewollt!" Es ist etwas Furchtbare, etwas unerhört Ungerechtes und Verderbenbringendes, wenn der Mensch seinen Willen gegen Gottes Willen stellt! Ich wollte! Du hast nicht gewollt! Darum weint Jesus über Jerusalem.

Andächtige Christen! In dem am 6. Juli dieses Jahres in allen katholischen Kirchen Deutschlands verlesenen gemeinsamen Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 26. Juni 1941 heißt es unter anderem: "Gewiss gibt es nach der katholischen Sittenlehre positive Gebote, die nicht mehr verpflichten, wenn ihre Erfüllung mit allzu großen Schwierigkeiten verbunden wäre. Es gibt aber auch heilige Gewissensverpflichtungen, von denen niemand uns befreien kann, die wir erfüllen müssen, koste es, was es wolle, koste es uns selbst das Leben: Nie, unter keinen Umständen darf der Mensch außerhalb des Krieges und der gerechten Notwehr einen Unschuldigen töten." Ich hatte schon am 6. Juli Veranlassung, diesen Worten des gemeinsamen Hirtenbriefes folgende Erläuterung hinzuzufügen:

"Seit einigen Monaten hören wir Berichte, dass aus Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranken auf Anordnung von Berlin Pfleglinge, die schon länger krank sind und vielleicht unheilbar erscheinen, zwangsweise abgeführt werden. Regelmäßig erhalten dann die Angehörigen nach kurzer Zeit die Mitteilung, der Kranke sei verstorben, die Leiche sei verbrannt, die Asche könne abgeliefert werden. Allgemein herrscht der an Sicherheit grenzende Verdacht, dass diese zahlreichen unerwarteten Todesfälle von Geisteskranken nicht von selbst eintreten, sondern absichtlich herbeigeführt werden, dass man dabei jener Lehre folgt, die behauptet, man dürfe sogenanntes lebensunwertes Leben vernichten, also unschuldige Menschen töten, wenn man meint, ihr Leben sei für Volk und Staat nichts mehr wert. Eine furchtbare Lehre, die die Ermordung Unschuldiger rechtfertigen will, die die gewaltsame Tötung der nicht mehr arbeitsfähigen Invaliden, Krüppel, unheilbar Kranken, Altersschwachen grundsätzlich freigibt!"

Wie ich zuverlässig erfahren habe, werden jetzt auch in den Heil- und Pflegeanstalten der Provinz Westfalen Listen aufgestellt von solchen Pfleglingen, die als sogenannte unproduktive' Volksgenossen abtransportiert und in kurzer Zeit ums Leben gebracht werden sollen. Aus der Anstalt Marienthal bei Münster ist im Laufe dieser Woche der erste Transport abgegangen!

Deutsche Männer und Frauen! Noch hat Gesetzeskraft der § 211 des Reichsstrafgesetzbuches, der bestimmt: "Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird, wenn er die Tötung mit Überlegung ausgeführt hat, wegen Mordes mit dem Tode bestraft." Wohl um diejenigen, die jene armen Menschen, Angehörige unserer Familien, vorsätzlich töten, vor dieser gesetzlichen Bestrafung zu bewahren, werden die zur Tötung bestimmten Kranken aus der Heimat abtransportiert in eine entfernte Anstalt. Als Todesursache wird dann irgendeine Krankheit angegeben. Da die Leiche sofort verbrannt wird, können die Angehörigen und auch die Kriminalpolizei es hinterher nicht mehr feststellen, ob die Krankheit wirklich vorgelegen hat und welche Todesursache vorlag.

Es ist mir aber versichert worden, dass man im Reichsministerium des Innern und auf der Dienststelle des Reichsärztekönig Dr. Conti gar kein Hehl daraus mache, dass tatsächlich schon eine große Zahl von Geisteskranken in Deutschland vorsätzlich getötet worden ist und in Zukunft getötet werden soll.

Das Reichsstrafgesetzbuch bestimmt in § 139: "Wer von dem Vorhaben ... eines Verbrechens wider das Leben ... glaubhafte Kenntnis erhält und es unterlässt, der Behörde oder dem Bedrohten hiervon zur rechten Zeit Anzeige zu machen, wird ... bestraft."

Als ich von dem Vorhaben erfuhr, Kranke aus Marienthal abzutransportieren, um sie zu töten, habe ich am 28. Juli bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Münster und bei dem Herrn Polizeipräsidenten in Münster Anzeige erstattet durch eingeschriebenen Brief mit folgendem Wortlaut:

"Nach mir zugegangenen Nachrichten soll im Laufe dieser Woche (man spricht vom 31. Juli) eine

große Anzahl Pfleglinge der Provinzialheilanstalt Marienthal bei Münster als sogenannte 'unproduktive Volksgenossen' nach der Heilanstalt Eichberg überführt werden, um dann alsbald, wie es nach solchen Transporten aus anderen Heilanstalten nach allgemeiner Überzeugung geschehen ist, vorsätzlich getötet zu werden. Da ein derartiges Vorgehen nicht nur dem göttlichen und natürlichen Sittengesetz widerstreitet, sondern auch als Mord nach § 211 des Reichsstrafgesetzbuches mit dem Tode zu bestrafen ist, erstatte ich gemäß § 139 des Reichsstrafgesetzbuches pflichtgemäß Anzeige und bitte, die bedrohten Volksgenossen unverzüglich durch Vorgehen gegen die den Abtransport und die Ermordung beabsichtigenden Stellen zu schützen und mir von dem Veranlasssten Nachricht zu geben." Nachricht über ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft oder der Polizei ist mir nicht zugegangen.

Ich hatte bereits am 26. Juli bei der Provinzialverwaltung der Provinz Westfalen, der die Anstalten unterstehen, der die Kranken zur Pflege und Heilung anvertraut sind, schriftlich ernstesten Einspruch erhoben. Es hat nichts genützt! Der erste Transport der schuldlos zum Tode Verurteilten ist von Marienthal abgegangen! Und aus der Heil- und Pflegeanstalt Warstein sind, wie ich höre, bereits 800 Kranke abtransportiert worden.

So müssen wir damit rechnen, dass die armen, wehrlosen Kranken über kurz oder lang umgebracht werden. Warum? Nicht weil sie ein todeswürdiges Verbrechen begangen haben, nicht etwa, weil sie ihren Wärter oder Pfleger angegriffen haben, so dass diesem nichts anderes übrigblieb, als dass er zur Erhaltung des eigenen Lebens in gerechter Notwehr dem Angreifer mit Gewalt entgegengrat. Das sind Fälle, in denen neben der Tötung des bewaffneten Landesfeindes im gerechten Kriege Gewaltanwendung bis zur Tötung erlaubt und nicht selten geboten ist.

Nein, nicht aus solchen Gründen müssen jene unglücklichen Kranken sterben, sondern darum, weil sie nach dem Urteil irgendeines Amtes, nach dem Gutachten irgendeiner Kommission 'lebensunwert' geworden sind, weil sie nach diesem Gutachten zu den 'unproduktiven' Volksgenossen gehören. Man urteilt: Sie können nicht mehr Güter produzieren, sie sind wie eine alte Maschine, die nicht mehr läuft, sie sind wie ein altes Pferd, das unheilbar lahm geworden ist, sie sind wie eine Kuh, die nicht mehr Milch gibt. Was tut man mit solch alter Maschine? Sie wird verschrottet. Was tut man mit einem lahmen Pferd, mit solch einem unproduktiven Stück Vieh?

Nein, ich will den Vergleich nicht bis zu Ende führen -, so furchtbar seine Berechtigung ist und seine Leuchtkraft!

Es handelt sich hier ja nicht um Maschinen, es handelt sich nicht um Pferd oder Kuh, deren einzige Bestimmung ist, dem Menschen zu dienen, für den Menschen Güter zu produzieren! Man mag sie zerschlagen, man mag sie schlachten, sobald sie diese Bestimmung nicht mehr erfüllen. Nein, hier handelt es sich um Menschen, unsere Mitmenschen, unsere Brüder und Schwestern! Arme Menschen, kranke Menschen, unproduktive Menschen meinewegen. Aber haben sie damit das Recht auf das Leben verwirkt? Hast du, habe ich nur solange das Recht zu leben, solange wir produktiv sind, solange wir von anderen als produktiv anerkannt werden?

Wenn man den Grundsatz aufstellt und anwendet, dass man den 'unproduktiven' Mitmenschen töten darf, dann wehe uns allen, wenn wir alt und altersschwach werden! Wenn man die unproduktiven Mitmenschen töten darf, dann wehe den Invaliden, die im Produktionsprozess ihre Kraft, ihre gesunden Knochen eingesetzt, geopfert und eingebüßt haben! Wenn man die unproduktiven Mitmenschen gewaltsam beseitigen darf, dann wehe unseren braven Soldaten, die als schwer Kriegsverletzte, als Krüppel, als Invaliden in die Heimat zurückkehren!

Wenn einmal zugegeben wird, dass Menschen das Recht haben, 'unproduktive' Mitmenschen zu töten - und wenn es jetzt zunächst auch nur arme, wehrlose Geisteskranken trifft -, dann ist grundsätzlich der Mord an allen unproduktiven Menschen, also an den unheilbar Kranken, den arbeitsunfähigen Krüppeln, den Invaliden der Arbeit und des Krieges, dann ist der Mord an uns allen, wenn wir alt und altersschwach und damit unproduktiv werden, freigegeben. Dann braucht nur irgendein Geheimerlass

anzuordnen, dass das bei den Geisteskranken erprobte Verfahren auf andere 'Unproduktive' auszudehnen ist, dass es auch bei den unheilbar Lungenkranken, bei den Altersschwachen, bei den Arbeitsinvaliden, bei den schwerkriegsverletzten Soldaten anzuwenden ist. Dann ist keiner von uns seines Lebens mehr sicher. Irgendeine Kommission kann ihn auf die Liste der 'Unproduktiven' setzen, die nach ihrem Urteil 'lebensunwert' geworden sind. Und keine Polizei wird ihn schützen und k e i n Gericht seine Ermordung ahnden und den Mörder der verdienten Strafe übergeben! Wer kann dann noch Vertrauen haben zu einem Arzt? Vielleicht meldet er den Kranken als 'unproduktiv' und erhält die Anweisung, ihn zu töten. Es ist nicht auszudenken, welche Verwilderung der Sitten, welch allgemeines gegenseitiges Misstrauen bis in die Familien hineingetragen wird, wenn diese furchtbare Lehre geduldet, angenommen und befolgt wird. Wehe den Menschen, wehe unserem deutschen Volk, wenn das heilige Gottesgebot: "Du sollst nicht töten!", das der Herr unter Donner und Blitz auf Sinai verkündet hat, das Gott unser Schöpfer, von Anfang an in das Gewissen der Menschen geschrieben hat, nicht nur übertreten wird, sondern wenn diese Übertretung sogar geduldet und ungestraft ausgeübt wird!

Ich will euch ein Beispiel sagen von dem, was jetzt geschieht. In Marienthal war ein Mann von etwa 55 Jahren, ein Bauer aus einer Landgemeinde des Münsterlandes - ich könnte euch den Namen nennen -, der seit einigen Jahren unter Geistesstörungen leidet und den man daher der Provinzial Heil- und Pflegeanstalt Marienthal zur Pflege anvertraut hat. Er war nicht richtig geisteskrank, er konnte Besuche empfangen und freute sich immer, so oft, seine Angehörigen kamen. Noch vor 14 Tagen hatte er Besuch von seiner Frau und von einem seiner Söhne, der als Soldat an der Front steht und Heimurlaub hatte. Der Sohn hängt sehr an seinem kranken Vater. So war der Abschied schwer. Wer weiß, ob der Soldat wiederkommt, den Vater wiedersieht, denn er kann ja im Kampf für die Volksgenossen fallen. Der Sohn, der Soldat, wird den Vater wohl sicher auf Erden nicht wiedersehen, denn er ist seitdem auf die Liste der Unproduktiven gesetzt. Ein Verwandter, der den Vater in dieser Woche in Marienthal besuchen wollte, wurde abgewiesen mit der Auskunft, der Kranke sei auf Anordnung des Ministerrats für Landesverteidigung von hier abtransportiert. Wohin, könne nicht gesagt werden. Den Angehörigen werde in einigen Tagen Nachricht gegeben werden.

Wie wird diese Nachricht lauten? Wieder so, wie in anderen Fällen? Dass der Mann gestorben sei, dass die Leiche verbrannt sei, dass die Asche gegen Entrichtung einer Gebühr abgeliefert werden könne? Dann wird der Soldat, der im Felde steht und sein Leben für die deutschen Volksgenossen einsetzt, den Vater hier auf Erden nicht wiedersehen, weil deutsche Volksgenossen in der Heimat ihn ums Leben gebracht haben!

Die von mir ausgesprochenen Tatsachen stehen fest. Ich kann die Namen des kranken Mannes, seiner Frau, seines Sohnes, der Soldat ist, nennen und den Ort, wo sie wohnen. "Du sollst nicht töten!" Gott hat dieses Gebot in das Gewissen der Menschen geschrieben, längst ehe ein Strafgesetzbuch den Mord mit Strafe bedrohte, längst ehe Staatsanwaltschaft und Gericht den Mord verfolgten und ahndeten. Kain, der seinen Bruder Abel erschlug, war ein Mörder, lange bevor es Staaten und Gerichte gab. Und er bekannte, gedrängt von der Anklage seines Gewissens: "Größer ist meine Missetat, als dass ich Verzeihung finden könnte! . . . jeder, der mich findet, wird mich, den Mörder töten (Gen 4,13).

"Du sollst nicht töten!" Dieses Gebot Gottes, des einzigen Herrn, der das Recht hat, über Leben und Tod zu bestimmen, war von Anfang an in die Herzen der Menschen geschrieben, längst bevor Gott den Kindern Israels am Berge Sinai sein Sittengesetz mit jenen lapidaren, in Stein gehauenen kurzen Sätzen verkündet hat, die uns in der Heiligen Schrift aufgezeichnet sind, die wir als Kinder aus dem Katechismus auswendig gelernt haben.

"Ich bin der Herr, dein Gott!" So hebt dieses unabänderliche Gesetz an. "Du sollst keine fremden Götter neben mir haben!" Der einzige, überweltliche, allmächtige, allwissende, unendlich heilige und gerechte Gott hat diese Gebote gegeben, unser Schöpfer und einstiger Richter! Aus Liebe zu uns hat er diese Gebote unserem Herzen eingeschrieben und sie uns verkündet; denn sie entsprechen dem Bedürfnis unserer von Gott geschaffenen Natur; sie sind die unabdingbaren Normen eines vernunftmäßigen,

eines gottgefälligen, eines heilbringenden und heiligen Menschenlebens und Gemeinschaftslebens.

Gott, unser Vater, will mit diesen Geboten uns, seine Kinder, sammeln, wie die Henne ihre Küchlein unter ihre Flügel sammelt. Wenn wir Menschen diesen Befehlen, diesen Einladungen, diesem Rufe Gottes folgen, dann sind wir behütet, beschützt, vor Unheil bewahrt, gegen das drohende Verderben verteidigt wie die Küchlein unter den Flügeln der Henne.

"Jerusalem, Jerusalem, wie oft wollte ich deine Kinder sammeln, wie die Henne ihre Küchlein unter ihre Flügel sammelt. Aber du hast nicht gewollt!" Soll das aufs Neue wahr werden in unserem deutschen Vaterland, in unserer westfälischen Heimat, in unserer Stadt Münster? Wie steht es in Deutschland, wie steht es hier bei uns mit dem Gehorsam gegen die göttlichen Gebote?

Das achte Gebot: "Du sollst kein falsches Zeugnis geben, du sollst nicht lügen!" Wie oft wird es frech, auch öffentlich, verletzt!

Das siebente Gebot: "Du sollst nicht fremdes Gut dir aneignen!" Wessen Eigentum ist noch sicher nach der willkürlichen und rücksichtslosen Enteignung des Eigentums unserer Brüder und Schwestern, die katholischen Orden angehören? Wessen Eigentum ist geschützt, wenn dieses widerrechtlich beschlagnahmte Eigentum nicht zurückerstattet wird?

Das sechste Gebot: "Du sollst nicht ehebrechen!"

Denkt an die Anweisungen und Zusicherungen, die der berüchtigte Offene Brief des inzwischen verschwundenen Rudolf Heß, der in allen Zeitungen veröffentlicht wurde, über den freien Geschlechtsverkehr und die uneheliche Mutterschaft gegeben hat. Und was kann man sonst noch über diesen Punkt auch hier in Münster an Schamlosigkeit und Gemeinheit lesen und beobachten und erfahren! An welche Schamlosigkeit in der Kleidung hat die Jugend sich gewöhnen müssen. Vorbereitung späteren Ehebruchs! Denn es wird die Schamhaftigkeit zerstört, die Schutzmauer der Keuschheit.

Jetzt wird auch das fünfte Gebot: "Du sollst nicht töten!" beiseite gesetzt und unter den Augen der zum Schutz der Rechtsordnung und des Lebens verpflichteten Stellen übertreten, da man es sich herausnimmt, unschuldige, wenn auch kranke Mitmenschen, vorsätzlich zu töten, nur weil sie 'unproduktiv' sind, keine Güter mehr produzieren können.

Wie steht es mit der Befolgung des vierten Gebotes, das Ehrfurcht und Gehorsam gegen die Eltern und Vorgesetzten fordert? Die Stellung der Autorität der Eltern ist schon weithin untergraben und wird mit all den Anforderungen, die gegen den Willen der Eltern der Jugend auferlegt werden, immer mehr erschüttert. Glaubt man, dass aufrichtige Ehrfurcht und gewissenhafter Gehorsam gegen die staatliche Obrigkeit erhalten bleiben, wenn man fortfährt, die Gebote der höchsten Obrigkeit, die Gebote Gottes, zu übertreten, wenn man sogar den Glauben an den einzigen wahren, überweltlichen Gott, den Herrn des Himmels und der Erde, bekämpft, ja auszurotten versucht?

Die Befolgung der drei ersten Gebote ist ja schon lange in der Öffentlichkeit in Deutschland und auch in Münster weithin eingestellt. Von wie vielen wird der Sonntag nebst den Feiertagen entweihlt und dem Dienste Gottes entzogen! Wie wird der Name Gottes missbraucht, verunehrt und gelästert!

Und das erste Gebot: "Du sollst keine fremden Götter neben mir haben!" Statt des einzigen wahren, ewigen Gottes macht man sich nach Gefallen eigene Götzen, um sie anzubeten: die Natur oder den Staat oder das Volk oder die Rasse. Und wie viele gibt es, deren Gott in Wirklichkeit nach dem Wort des hl. Paulus der Bauch ist' (Phil 3, 19), das eigene Wohlbefinden, dem sie alles, selbst Ehre und Gewissen opfern, der Sinnengenuss, der Geldrausch, der Machtrausch! Dann mag man es auch versuchen, sich selbst göttliche Befugnisse anzumaßen, sich zum Herrn zu machen über Leben und Tod der Mitmenschen.

Als Jesus nach Jerusalem kam und die Stadt sah, weinte er über sie und sprach: "Wenn du es doch erkenntest, noch heute, an diesem Tage, was dir zum Frieden dient! Nun aber ist es vor deinen Augen verborgen. Siehe, es werden Tage über dich kommen, wo deine Feinde dich zu Boden schmettern werden, dich und deine Kinder, und in dir keinen Stein auf dem anderen lassen werden, weil du die Tage deiner Heimsuchung nicht erkannt hast."

Mit seinen leiblichen Augen schaute Jesus damals nur die Mauern und Türme der Stadt Jerusalem, aber göttliche Allwissenheit sah tiefer, erkannte, wie es innerlich mit der Stadt stand und mit ihren Bewohnern: Jerusalem, wie oft wollte ich deine Kinder sammeln, wie die Henne ihre Küchlein unter ihre Flügel sammelt, aber du hast es nicht gewollt!" Das ist der große Schmerz, der Jesu Herz bedrückt, der seinen Augen Tränen entlockt. Ich wollte dein Bestes. Aber du willst nicht!

Jesus sieht das Sündhafte, das Furchtbare, das Verbrecherische, das Verderbenbringende dieses Nichtwollens! Der kleine Mensch, das hinfällige Geschöpf, stellt seinen geschaffenen Willen gegen Gottes Willen! Jerusalem und seine Bewohner, sein auserwähltes und bevorzugtes Volk, stellt seinen Willen gegen Gottes Willen! Trotzt töricht und verbrecherisch dem Willen Gottes! Darum weint Jesus über die abscheuliche Sünde und über die unausbleibliche Bestrafung. Gott lässt seiner nicht spotten!

Christen von Münster! Hat der Sohn Gottes in seiner Allwissenheit damals nur Jerusalem und sein Volk gesehen? Hat er nur über Jerusalem geweint? Ist das Volk Israel das einzige Volk, das Gott mit Vatersorge und Mutterliebe umgeben, beschützt, an sich gezogen hat? Und das nicht gewollt hat? Das Gottes Wahrheit abgelehnt, Gottes Gesetz von sich geworfen und so sich ins Verderben gestürzt hat? Hat Jesus, der allwissende Gott, damals auch unser deutsches Volk geschaut, auch unser Westfalenland, unser Münsterland, den Niederrhein? Und hat er auch über uns geweint? Über Münster geweint? Seit tausend Jahren hat er unsere Vorfahren und uns mit seiner Wahrheit belehrt, mit seinem Gesetz geleitet, mit seiner Gnade genährt, uns gesammelt, wie die Henne ihre Küchlein unter ihre Flügel sammelt. Hat der allwissende Sohn Gottes damals gesehen, dass er in unserer Zeit auch über uns das Urteil sprechen muss: "Du hast nicht gewollt! Seht, euer Haus wird euch verwüstet werden! Wie furchtbar wäre das!

Meine Christen! Ich hoffe, es ist noch Zeit, aber es ist die höchste Zeit! Dass wir erkennen, noch heute, an diesem Tage, was uns zum Frieden dient, was allein uns retten, vor dem göttlichen Strafgericht bewahren kann: dass wir rückhaltlos und ohne Abstrich die von Gott geoffenbarte Wahrheit annehmen und durch unser Leben bekennen. Dass wir die göttlichen Gebote zur Richtschnur unseres Lebens machen und ernst machen mit dem Wort: lieber sterben als sündigen! Dass wir in Gebet und aufrichtiger Buße Gottes Verzeihung und Erbarmen herabflehen auf uns, auf unsere Stadt, auf unser Land, auf unser liebes deutsches Volk! Wer aber fortfahren will, Gottes

Strafgericht herauszufordern, wer unsren Glauben lästert, wer Gottes Gebote verachtet, wer gemeinsame Sache macht mit jenen, die unsere Jugend dem Christentum entfremden, die unsere Ordensleute berauben und vertreiben, mit jenen, die unschuldige Menschen, unsere Brüder und Schwestern, dem Tode überliefern, mit dem wollen wir jeden vertrauten Umgang meiden, dessen Einfluss wollen wir uns und die Unsrigen entziehen, damit wir nicht angesteckt werden von seinem gottwidrigen Denken und Handeln, damit wir nicht mitschuldig werden und somit anheimfallen dem Strafgericht, das der gerechte Gott verhängen muss und verhängen wird über alle, die gleich der undankbaren Stadt Jerusalem nicht wollen, was Gott will. O Gott, lass uns doch alle heute, an diesem Tage, bevor es zu spät ist, erkennen, was uns zum Frieden dient! O heiligstes Herz Jesu, bist zu Tränen betrübt über die Verblendung und über die Missetaten der Menschen, hilf uns mit deiner Gnade, dass wir stets das erstreben, was dir gefällt, und auf das verzichten, was dir missfällt, damit wir in deiner Liebe bleiben und Ruhe finden für unsere Seelen! Amen."

Abschrift Thomas Vogel (Fundort: http://kirchensite.de/downloads/Aktuelles/Predigt_Galen_Deutsch.pdf)

Weitgehend regimetreu zeigten sich die beiden großen christlichen Kirchen. Nur vereinzelt protestierten hohe Amtsträger wie der evangelische Bischof Theophil Wurm oder der katholische Bischof Clemens August Graf von Galen öffentlich gegen NS-Unrecht. Um sich von den nationalsozialistischen "Deutschen Christen" abzugrenzen, solidarisierten sich evangelische Christen in der "Bekennenden Kirche" gegen Judenverfolgung, Euthanasie und Krieg. Einige Geistliche wie Pfarrer Dietrich Bonhoeffer und Pater Alfred Delp schlossen sich sogar dem zivil-militärischen Widerstand an; beide wurden kurz vor Kriegsende ermordet. Die "Zeugen Jehovas" wiederum verweigerten sich aus religiösen Gründen vielfach dem totalitären Staat und dabei speziell der Einziehung zum Kriegsdienst; Hunderte von ihnen wurden deshalb wegen "Wehrkraftzersetzung" mit dem Tode oder übermäßig hart bestraft.

Widerstand von Einzelpersonen und Sonderformen

Unabhängig von den mehr oder weniger organisierten Widerstandskreisen handelten nicht wenige Einzelpersonen ganz auf sich gestellt absichtsvoll gegen das NS-Regime oder bekämpften es sogar. Unter ihnen sticht der schwäbische Handwerker Georg Elser hervor. Seinem Bombenattentat am 8. November 1939 in München entging Hitler nur durch Zufall. Unmittelbar danach verhaftet, wurde Elser bei Kriegsende auf Befehl Himmlers ermordet.

Im Alltag des "Dritten Reichs" kam es immer wieder zu Formen unangepassten Verhaltens, die das NS-Regime unnachsichtig bekämpfte. Vor allem Jugendliche aus dem Arbeitermilieu deutscher Industriegebiete rebellierten gegen den Zwang zur Anpassung, der für sie von nationalsozialistischen Jugendorganisationen wie der „Hitlerjugend“ ausging. Bekannt wurden etwa die so genannten "Edelweißpiraten" im Ruhrgebiet. Selten handelte es sich hierbei um Widerstand im Sinn politisch bewussten, aktiven Handelns. Eine solche Haltung zeigten dagegen oft jene Personen, die couragierte Verfolgten und Opfern des Regimes halfen, etwa jüdische Bürger bei sich versteckten.

Gerade an Orten größter NS-Verbrechen wie im besetzten Osteuropa bewiesen manche Deutsche besondere Humanität, meist unter Lebensgefahr. Weithin bekannt ist der Fall des Fabrikanten Oskar Schindler, der in Polen über 1.000 jüdische Zwangsarbeiter vor der Ermordung bewahrte. Auch in der Wehrmacht gab es einige solche Persönlichkeiten. So retteten Hauptmann Wilm Hosenfeld in Warschau und Feldwebel Anton Schmid in Wilna planvoll zahlreiche Menschenleben. Letzterer wurde entdeckt und 1942 hingerichtet; Ersterer kam dagegen 1952 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft elend ums Leben.

Widerstand leisteten nicht zuletzt Personen, die sich durch Verweigerung, Selbstverstümmlung oder Fahnenflucht einem verbrecherischen Krieg entzogen und damit einem Unrechtsregime widersetzen wollten. Dieses Motiv wird man wenigstens einem Teil der weit über 100.000 Deserteure der Wehrmacht unterstellen können. Die deutsche Militärjustiz verhängte in solchen Fällen Tausende von Todesurteilen und andere harte Strafen. Je näher das Kriegende rückte, desto brutaler ging das Regime mit Widerstand um. Standgerichte vollstreckten zahlreiche Todesurteile an Zivilisten und Soldaten, die vor dem nahen Feind kapitulieren wollten.

Schließlich wurden Deutsche auch außerhalb des deutschen Thomas Mann wendet sich in dieser Rundfunkansprache an die Deutschen und stellt fest, dass solange Hitler an der Macht ist es keinen Frieden geben kann. (© Deutsches Rundfunkarchiv) Machtbereichs gegen das NS-Regime tätig. Das betrifft zum einen die vielen, teils prominenten Exilanten im freien westlichen Ausland, die im Dienst der alliierten Propaganda oder der alliierten Armeen standen. So etwa wandte sich der Literatur-Nobelpreisträger Thomas Mann während des Kriegs aus seinem amerikanischen Exil über Rundfunk regelmäßig an die deutsche Bevölkerung, um sie über den wahren Charakter des NS-Regimes aufzuklären. Sein Sohn Klaus trat Ende 1941 sogar in die US-Armee ein. Ein anderes Beispiel ist Willy Brandt, der spätere westdeutsche Bundeskanzler und Friedens-Nobelpreisträger. Als Mitglied einer von den NS-Machthabern verbotenen sozialistischen Partei emigrierte er 1933 zuerst nach Norwegen, von dort 1940 nach Schweden. Im Exil engagierte er sich weiter gegen das NS-Regime; unter falscher Identität kehrte er zweitweise sogar nach Deutschland zurück und war hier im politischen Untergrund

für seine Partei aktiv.

Die sowjetische Seite baute ab 1941 zunächst auf die vor Hitler nach Moskau geflüchteten Führungsmitglieder der KPD, soweit sie den Terror der 1930er Jahre unter Stalin überlebt hatten. Schon bald zeigte sich, dass die alten kommunistischen Klassenkampfparolen in der deutschen Bevölkerung keinen breiten Widerstand gegen das NS-Regime entfachen konnten. Eine neue Chance sah man gekommen, als ab 1943 vermehrt deutsche Soldaten in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten. Auf Betreiben Stalins schlossen sich im Juli 1943 führende kommunistische Emigranten, darunter Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck, mit deutschen Kriegsgefangenen, unter ihnen hohe Offiziere der in Stalingrad vernichteten 6. Armee, im „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD) zusammen. Obwohl die Propaganda des NKFD stärker deutsch-nationale Töne anschlug, erreichte auch sie nicht die erhoffte Wirkung, weder unter den deutschen Soldaten an der Front noch in Deutschland selbst.

Insgesamt fand der Widerstand Deutscher "von außen" während des Krieges in der deutschen Bevölkerung kaum Resonanz. Größere politische Bedeutung erlangte das deutsche Exil erst nach dem Kriegsende durch die Mitwirkung von Rückkehrern beim politischen Neuaufbau Deutschlands bzw. beider deutscher Staaten. Die allermeisten Rückkehrer aus dem westlichen Exil – überwiegend Personen konservativer, liberaler oder sozialdemokratischer Prägung – engagierten sich in den drei westlichen Besatzungszonen und später für den Aufbau eines demokratischen Westdeutschland. Dagegen setzte sich im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands eine Gruppe von KPD-Funktionären aus dem Moskauer Exil durch. Unter der Leitung von Ulbricht errichteten sie im Auftrag Stalins eine kommunistische Diktatur nach sowjetischem Vorbild, die spätere DDR.

Die Gesamtschau ergibt ein äußerst vielfältiges Bild vom Widerstand Deutscher gegen Hitler und sein Regime während des Krieges. Es zeigt, dass einige tausend Menschen nicht nur anständig geblieben waren, sondern auch mutig dem Regime aktiv die Stirn boten. Freilich bildeten sie eine verschwindende Minderheit in der deutschen Bevölkerung. Sofern nicht ohnehin Parteinahme oder mindestens Sympathie für den Nationalsozialismus vorherrschten, bestimmten politische Resignation und Anpassung das Verhältnis der Deutschen zum nationalsozialistischen Regime.

Weiterführende Literatur:

- Detlef Bald (Hrsg.), "Wider die Kriegsmaschinerie". Kriegserfahrungen und Motive des Widerstandes der "Weißen Rose", Essen 2005.
- Dorothea Beck, Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand, Berlin 1983.
- Günter Brakelmann, Helmuth James von Moltke 1907–1945. Eine Biographie, München 2007.
- Wilfried Breyvogel (Hrsg.), Piraten, Swings und Junge Garde. Jugendwiderstand im Nationalsozialismus, Bonn 1991.
- Hans Coppi jr., Jürgen Danyel, Johannes Tuchel (Hrsg.), Die Rote Kapelle im Widerstand gegen Hitler, Berlin 1992.
- Joachim Fest, Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli, Berlin 1994.
- Detlef Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im "Dritten Reich", München 1993.
- Wolf Gruner, Widerstand in der Rosenstraße. Die Fabrik-Aktion und die Verfolgung der

"Mischehen" 1943, Frankfurt am Main 2005.

- Peter Hoffmann, Widerstand – Staatsstreich – Attentat, Stuttgart 1969 (31979).
- Peter Hoffmann, Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder, Stuttgart 1992.
- Inge Jens (Hrsg.), Hans und Sophie Scholl: Briefe und Aufzeichnungen, Frankfurt am Main 1984.
- Joachim Kuropka (Hrsg.), Bischof Clemens August Graf von Galen. Menschenrechte – Widerstand – Euthanasie – Neubeginn, Münster 1998.
- Hartmut Mehringer, Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner, München 1997.
- Hans Schafranek, Johannes Tuchel (Hrsg.), Krieg im Äther. Widerstand und Spionage im Zweiten Weltkrieg, Wien 2004.
- Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945, Berlin 2004.
- Peter Steinbach, Johannes Tuchel, Georg Elser, Berlin 2008.
- Christiane Tietz, Dietrich Bonhoeffer. Theologe im Widerstand, München 2013.
- Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Das Nationalkomitee 'Freies Deutschland' und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt 1996.
- Thomas Vogel (Hrsg.), Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945, Hamburg u.a. 2000.
- Wolfram Wette (Hrsg.), Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, Frankfurt a. M. 2002.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: by-nc-nd/3.0/de/ Autor: Dr. Thomas Vogel für bpb.de

Die Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen

Von Dr. habil. Jörg Echternkamp

30.4.2015

Dr. habil. Jörg Echternkamp, geboren 1963, ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Er hatte zahlreiche Lehraufträge an Universitäten im In- und Ausland; 2012/13 war er Inhaber der Alfred-Grosser-Gastprofessur am Institut d'Études Politiques (Sciences Po) in Paris. Echternkamp forscht und lehrt zur deutschen und europäischen Geschichte vom 18. zum 21. Jahrhundert; Schwerpunkte bilden derzeit die Gesellschafts- und Erinnerungsgeschichte der Weltkriege, der NS-Zeit und der deutschen Nachkriegsgeschichte. Zu seinen Publikationen zählen: (Hg.) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1-2: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945 (München 2004/2005; engl. Oxford 2008/2014), Die 101 wichtigsten Fragen: Der Zweite Weltkrieg, München 2010, Militär in Deutschland und Frankreich 1870-2010, Paderborn 2011 (hg. mit S. Martens), München 2012; Experience and Memory. The Second World War in Europe, Oxford 2010/2013 (hg. mit S. Martens); (Hg.), Wege aus dem Krieg im 19. und 20. Jahrhundert, Freiburg 2012; Die Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1969, Paderborn 2013; Gefallenengedenken im globalen Vergleich (hg. mit M. Hettling), München 2013; Soldaten im Nachkrieg 1945-1955, München 2014.

Noch während des Krieges beschlossen die Alliierten, den Nationalsozialismus und den Militarismus in Deutschland zu beseitigen. Die Verbrechen der Deutschen sollten gesühnt und die Täter bestraft werden.



Buchenwald-Prozess: Die Angeklagte Ilse Koch, Ehefrau des Kommandanten des KZ-Buchenwald, Karl Koch, während der Verhandlung, vermutlich 8. Juli 1947. (© picture-alliance/akg)

Die staatlich organisierten Massenverbrechen, die im Zweiten Weltkrieg begangen wurden, bildeten nicht nur einen moralischen "Zivilisationsbruch". Sie verstießen auch gegen geltende Regelungen des

Kriegsvölkerrechts, wie sie in der Haager Landkriegsordnung und den Genfer Konventionen fixiert waren. Noch während des Krieges beschlossen die Alliierten daher die "politische Säuberung" Deutschlands nach dem Ende des Krieges. Zum einen wollten sie den Nationalsozialismus und den Militarismus beseitigen. Zum anderen sollten die Verbrechen der Deutschen gesühnt und die Täter in speziellen Kriegsverbrecherprozessen überführt und bestraft werden. Eine Strafe ohne Prozess kam für sie ebenso wenig in Frage wie der Verzicht auf jegliche Sühne. Dass die Täter für die Gräueltaten in den besetzten Gebieten zur Rechenschaft gezogen würden, hatten Roosevelt und Churchill bereits im Oktober 1941 angekündigt. Ein Jahr später hatte die Interalliierte Kommission zur Bestrafung von Kriegsverbrechen ihre Arbeit aufgenommen. Sie sollte ab 1944 gemeinsam mit der United War Crimes Commission die Gerichtsverfahren vorbereiten.

Das Londoner Statut

Nach Kriegsende kam es zu unterschiedlichen Arten von Prozessen, in denen die Siegermächte die Kriegs- und NS-Verbrechen mit strafrechtlichen Mitteln verfolgten. Die Verbrechen wurden zum einen vor deutschen, zum anderen vor alliierten Gerichten verhandelt. Das Kontrollratsgesetz Nr. 4 vom 30. Oktober 1945 hatte deutsche Gerichte in jenen Fällen für nicht zuständig erklärt, die sich gegen Staatsangehörige der alliierten Nationen richteten. Nicht nur die alliierte, auch die deutsche Justiz verfolgte dagegen in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre Verbrechen, die zwischen 1933 und 1945 von Deutschen an politischen Gegnern des NS-Regimes, an Juden, Menschen mit Behinderungen oder psychischen Krankheiten und Zwangsarbeitern begangen wurden.

Um die Strafverfolgung zu vereinheitlichen, legte das Londoner Statut vom 8. August 1945 (auch Nürnberger Charta genannt) die Rechtsgrundlagen fest. Es kodifizierte die Tatbestände "Kriegsverbrechen", "Verbrechen gegen den Frieden" und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit", die nun neben den Vorschriften des Strafgesetzbuchs galten. Als Kriegsverbrechen galten insbesondere Mord, Misshandlung und Verschleppung zur Zwangsarbeit, die Ermordung von Kriegsgefangenen, die Tötung von Geiseln, Raub und die mutwillige Zerstörung von Städten. Als Verbrechen gegen den Frieden galten Planung, Einleitung und Durchführung eines Angriffskriegs oder die Beteiligung an einer Verschwörung dazu. Zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit zählten die Gerichte alle Verbrechen, die mit den eigentlichen Kampfhandlungen nichts zu tun hatten und sich gegen die Zivilisten richteten: ihre Ermordung, Versklavung und Deportation, die Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen.

Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher

Am 8. August 1945 einigten sich die USA, Großbritannien, die Sowjetunion und Frankreich darauf, einen Internationalen Militärgerichtshof (IMT) einzurichten, vor dem jene Taten verhandelt werden sollten, deren Tatort unklar war. Auf der Anklagebank des IMT in Nürnberg saßen vom 20. November 1945 bis zum 30. September 1946 die Spitzenfunktionäre des NS-Regimes (sofern sie noch lebten). Die Anklage richtete sich gegen 22 sogenannte Hauptkriegsverbrecher und sechs als verbrecherisch angeklagte Organisationen. (Vor einem ähnlichen Sondergericht fand in Tokio von Mai 1946 bis November 1948 der Prozess gegen hohe japanische Militärs und Bürokraten statt.) Die Alliierten hatten die Stadt der "Reichsparteitage" und der Nürnberger Rassegesetze von 1935 gezielt als Ort des IMT ausgewählt. Dem Gerichtshof gehörte je ein Vertreter und Stellvertreter der USA, der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs an. Das Londoner Statut garantierte den Angeklagten die Grundsätze eines "gerechten Verfahrens" zu; so konnten auch ihre Verteidiger die Zeugen der Anklage ins Kreuzverhör nehmen. Die Urteile reichten von Freispruch in drei Fällen über teils lebenslange Haftsprachen bis zur Todesstrafe in den meisten Fällen.

Die Urteile des Internationalen Gerichtshofs in Nürnberg gegen die Hauptkriegsverbrecher

Am 30. September und 1. Oktober 1946 erging das Urteil. Das Gericht befand drei Angeklagte für

"nicht schuldig":

den Reichskanzler Franz von Papen, den Reichsbankpräsident und Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht sowie den Leiter der Presseabteilung im Propagandaministerium, Hans Fritzsche.

Gefängnisstrafen zwischen zehn und zwanzig Jahren erhielten vier Angeklagte: Großadmiral (und letzter Reichskanzler) Karl Dönitz, Außenminister Konstantin von Neurath, Reichsjugendführer Baldur von Schirach und Rüstungsminister Albert Speer. Eine lebenslange Haftstrafe erhielten Wirtschaftsminister Walter Funk, Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess und Großadmiral Erich Räder.

Zum "Tode durch den Strang" wurden die übrigen Angeklagten verurteilt: Generalgouverneur Hans Frank, Generaloberst Alfred Jodl, der Chef des Reichssicherheitshauptamtes und der Sicherheitspolizei Ernst Kaltenbrunner, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Innenminister Wilhelm Frick, Hermann Göring (der sich vor der Hinrichtung das Leben nehmen sollte), der Gauleiter Julius Streicher, der Reichsstatthalter in Österreich und Reichskommissar in den besetzten Niederlanden Arthur Seyß-Inquart, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel, der Rassenideologe und Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg, der Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop sowie – in Abwesenheit – der Reichsleiter der NSDAP Martin Bormann. Noch während des Verfahrens hatte sich Robert Ley, der ehemalige Reichsführer der Deutschen Arbeitsfront, das Leben genommen.

Die Verhandlungen, die Präsentation der Beweismittel, vor allem der Urteilsspruch stießen im In- und Ausland auf großes Interesse. Die Tageszeitungen der Besatzungszonen berichteten laufend und brachten die Verbrechen zur Sprache – schließlich dienten die Prozesse auch der Umerziehung der Deutschen. Die NS-Prozesse wie auch die Bilder der befreiten Konzentrationslager bekräftigten im Ausland die Neigung, die Deutschen zu verteufeln. Im Inland weckten die Urteile des IMT den Eindruck, dass die wahren Täter bestraft worden seien – und sorgte so für die Entlastung der Mehrheit. Bei den meisten Zeitgenossen war der Prozess jedoch schon bald als "Siegerjustiz" verschrien. Warum kamen, fragten sie beispielsweise in Leserbriefen, die Verfehlungen der alliierten Seite wie der sowjetische Angriff auf Polen, die Erschießung polnischer Offiziere in Katyn oder die "Terrorangriffe" aus der Luft auf die deutsche Zivilbevölkerung nicht zur Sprache? Auch musste sich das Gericht den Vorwurf gefallen lassen, gegen das Rückwirkungsverbot zu verstößen, demzufolge eine Tat nur bestraft werden kann, wenn ihre Strafbarkeit vor der Begehung gesetzlich bestimmt war (*nulla poene sine lege*). Allerdings verstießen die Tatbestände des Kriegsverbrechens und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit gegen das Kriegs- und damalige Strafrecht. Der Briand-Kellog-Pakt von 1929, den auch Deutschland unterzeichnet hatte, verbot den Krieg als Instrument zur Lösung internationaler Konflikte. Auch im deutschen Widerstand, vor allem im Kreisauer Kreis, hatte man die Bestrafung von Rechtsverstößen gefordert. Klar ist auch, dass der Nürnberger Prozess eine unumgängliche Aufklärungsfunktion erfüllte, die an den Kriegsplänen, der verbrecherischen Herrschaftspraxis und dem Vernichtungskrieg keinen Zweifel ließ. Durch die Beschaffung des umfangreichen Beweismaterials wurde zudem eine bis heute wertvolle Grundlage für die geschichtswissenschaftliche Erforschung des NS-Regimes und des Zweiten Weltkriegs geschaffen. Die Gründung des Internationalen Strafgerichtshofes 2001 in Den Haag folgte dem Vorbild von 1945.

Nürnberger Nachfolgeprozesse

Nach dem alliierten Sondergericht in Nürnberg fanden Prozesse in den einzelnen Besatzungszonen statt. Die Oberbefehlshaber konnten aufgrund des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 vom 20. Dezember 1945 ihrerseits Personen vor Gericht stellen, wie das insbesondere in den zwölf Nürnberger "Nachfolgeprozessen" unter amerikanischer Militärgerichtsbarkeit geschehen ist. Bis in den April 1949, wenige Tage vor Gründung der Bundesrepublik, führten die Amerikaner Prozesse gegen knapp 200 Funktionsträger des Dritten Reiches: gegen prominente Ärzte, Juristen, Industrielle, Diplomaten, Beamte und Generale. Zwölf "Fälle" wurden verhandelt, die im ersten Nürnberger Prozess 1945/46 nur beiläufig zur Sprache gekommen waren.

Der sogenannte OKW-Prozess gegen Wilhelm Ritter von Leeb und andere (Fall 12) sowie der Prozess gegen die sogenannten Südost-Generäle (Fall 7) beispielsweise hing damit zusammen, dass das IMT das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) nicht als eine verbrecherische Organisation anerkannt hatte, ausdrücklich um die Beschuldigten individuell anklagen und in Einzelverfahren aburteilen zu können. Am verbrecherischen Charakter ihres Tuns hegte das Gericht dagegen keinen Zweifel – das wurde später immer wieder übersehen. In gesonderten Verfahren ging es nun auch um Friedrich Flick (Fall 5), den IG-Farben-Konzern, Alfried Krupp von Bohlen und Halbach (Fall 10) sowie die leitenden Funktionsträger, um das SS-Rasse- und Siedlungamt (Fall 8), das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (Fall 4), im "Wilhelmstraßen-Prozeß" um das Auswärtige Amt (Fall 11) und schließlich um die Einsatzgruppen (Fall 9). In diesen "Nürnberger Nachfolgeprozessen" fielen die Urteile deutlich milder aus, als das noch vor dem Internationalen Militärgerichtshof der Fall gewesen war.

Generalstab und Oberkommando der Wehrmacht vor dem Internationalen Gerichtshof Nürnberg

"Die Anklagevertretung hat auch verlangt, den Generalstab und Oberkommando der deutschen Wehrmacht zu einer verbrecherischen Organisation zu erklären. Der Gerichtshof ist der Ansicht, daß Generalstab und Oberkommando nicht für verbrecherisch erklärt werden sollten.

Ist auch die Anzahl der beschuldigten Personen größer als im Falle der Reichsregierung, so ist sie doch so klein, daß Einzelprozesse gegen diese Offiziere den hier verfolgten Zweck besser erreichen würden, als die verlangte Erklärung. Aber ein noch zwingenderer Grund ist nach der Meinung des Gerichtshofes darin zu ersehen, daß Generalstab und Oberkommando weder eine "Organisation", noch eine "Gruppe" im Sinne der im Artikel 9 des Statuts gebrauchten Bezeichnungen ist.

[...]

Obwohl der Gerichtshof der Meinung ist, daß die im Artikel 9 enthaltene Bezeichnung "Gruppe" mehr enthalten muß, als eine Anhäufung von Offizieren, ist ihm doch viel Beweisstoff über die Teilnahme dieser Offiziere an der Planung und Führung des Angriffskrieges und an der Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgelegt worden. Dieses Beweisergebnis ist gegen viele von ihnen klar und überzeugend.

Sie sind in großem Maße verantwortlich gewesen für die Leiden und Nöte, die über Millionen Männer, Frauen und Kinder gekommen sind. Sie sind ein Schandfleck für das ehrenhafte Waffenhandwerk geworden. Ohne ihre militärische Führung wären die Angriffsgelüste Hitlers und seiner Nazi-Kumpane akademisch und ohne Folgen geblieben. Wenn diese Offiziere auch nicht eine Gruppe nach dem Wortlaut des Statuts bildeten, so waren sie doch sicher eine rücksichtslose militärische Kaste. Der zeitgenössische deutsche Militarismus erlebte mit seinen jüngsten Verbündeten, dem Nationalsozialismus, eine kurze Blütezeit, wie er sie in der Vergangenheit kaum schöner gekannt hat.

Viele dieser Männer haben mit dem Soldateneid des Gehorsams gegenüber militärischen Befehlen ihren Spott getrieben. Wenn es ihrer Verteidigung zweckdienlich ist, so sagen sie, sie hatten zu

gehorchen; hält man ihnen Hitlers brutale Verbrechen vor, deren allgemeine Kenntnis ihnen nachgewiesen wurde, so sagen sie, sie hätten den Gehorsam verweigert.

Die Wahrheit ist, daß sie an all diesen Verbrechen rege teilgenommen haben oder in schweigender Zustimmung verharnten, wenn vor ihren Augen größer angelegte und empörendere Verbrechen begangen wurden, als die Welt je zu sehen das Unglück hatte. Dies mußte gesagt werden. Wo es der Sachverhalt rechtfertigt, sollen diese Leute vor Gericht gestellt werden, damit jene unter ihnen, die dieser Verbrechen schuldig sind, ihrer Bestrafung nicht entgehen."

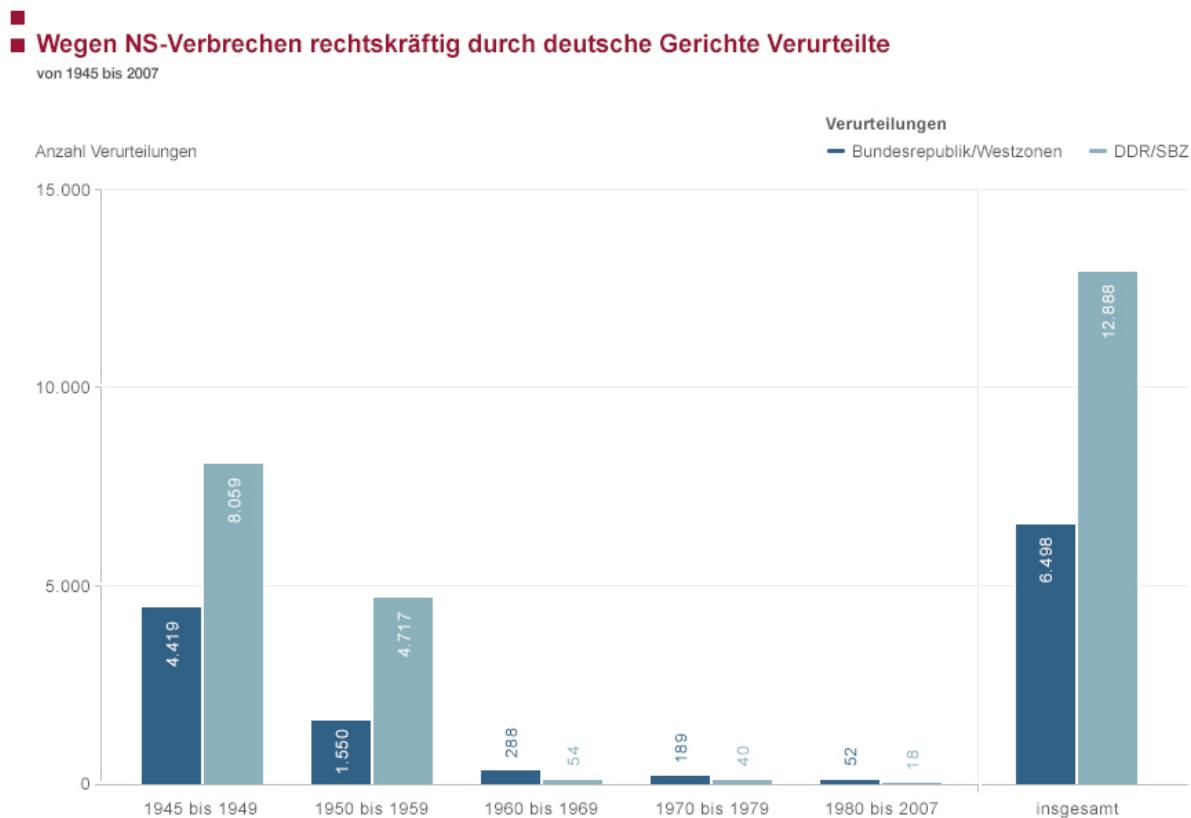
Der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg erklärte Generalstab und OKW aus formalen Gründen nicht zu einer "verbrecherischen Organisation". Die Betroffenen, denen Verbrechen nachgewiesen wurden, sollten vielmehr in separaten Gerichtsverfahren angeklagt werden.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof Nürnberg, Nürnberg 1947, Bd. 1, S. 311-314.

Schließlich gab es zahlreiche weitere Prozesse auf der Basis der vom Joint Chief of Staff erlassenen Direktive 1023/10, mit der die Vereinigten Stabschefs am 15. Juli 1945 die Besatzungsarmeen in allen vier Zonen zur umfassenden Aufarbeitung der Kriegsverbrechen vor Militärgerichten verpflichtet hatten. In diesen Einzelverfahren stand nicht die NS-Elite, sondern das "einfache Mordpersonal" im Vordergrund. Die Prozesse vor sowjetischen und britischen Militärgerichtshöfen fanden an unterschiedlichen Orten statt, in der französischen Zone urteilte das Tribunal Général in Rastatt, in der amerikanischen Zone wurde in Darmstadt, Ludwigsburg und Dachau verhandelt.

Zu den Prozessen – die meisten (489) fanden im Internierungslager Dachau statt – zählten die sechs Hauptverfahren, die nach dem jeweiligen Konzentrationslager benannt wurden: Dachau (15.11.-13.12.1945), Buchenwald (11.4.-14.8.1947), Flossenbürg (12.6.1946-22.1.1947), Mauthausen (29.3.-13.5.1946), Nordhausen/Mittelbau-Dora (-30.12.1947) sowie Mühldorf (1.4.-13.5.1947). Die hier ermittelten Sachverhalte dienten als Beweismittel in den etwa 250 Anschlussverfahren gegen weitere Angehörige der Lagerverwaltung und der Wachmannschaften. Hinzu kamen die "Fliegerprozesse", in denen es um die Misshandlung und Tötung alliierter Piloten ging, die abgeschossen und in deutsche Kriegsgefangenschaft gelangt waren. Eine weitere Gruppe umfasste unterschiedliche Verfahren wie den Hadamar-Prozess gegen Angehörige der Landesheil- und Pflegeanstalt Hadamar bei Wiesbaden, wo im Rahmen des nationalsozialistischen Euthanasieprogramms etwa 15.000 Menschen ermordet worden waren, sowie den Malmedy-Prozess, in dem es um die Ermordung amerikanischer Kriegsgefangener durch SS-Angehörige ging. Viele der Täter, die wegen schwerer Verbrechen zu Haftstrafen verurteilt worden waren, wurden in den 1950er-Jahren begnadigt und gelangten nach kurzem Arrest wieder auf freien Fuß. Die westdeutsche Öffentlichkeit, nicht zuletzt die Veteranen, setzten sich für die Freilassung ihrer, wie sie meinten, zu Unrecht verurteilten Kameraden ein. Sie sahen in der Amnestie eine Voraussetzung für eine deutsche Wiederbewaffnung.

Die zweite Phase der Verfolgung



Quelle: Dietmar Süß / Winfried Süß, Das "Dritte Reich". Eine Einführung, München 2008
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
Bundeszentrale für politische Bildung, 2015, www.bpb.de



Wegen NS-Verbrechen rechtskräftig durch deutsche Gerichte Verurteilte (Hier finden Sie die Grafik als hochauflösende PDF-Datei (http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/15_ns_verbrecher_0.pdf)) Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/ (bpb)

Erst 1958 begann mit dem "Ulmer Einsatzgruppenprozess" eine neue Phase der juristischen Aufarbeitung der Kriegs- und NS-Vergangenheit. Im selben Jahr wurde in Ludwigsburg eine "Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen" eingerichtet. Die Verfahren zogen sich über Jahrzehnte: darunter die beiden Auschwitz-Prozesse in Frankfurt am Main (1963-1966) und der Majdanek-Prozess in Düsseldorf (1975-1981). Ein juristisches Problem lag in den Verjährungsfristen. Totschlagsdelikte waren bereits 1960 verjährt, und auch Mord wäre nach 20 Jahren verjährt, hätte nicht der Bundestag nach einer hitzigen Debatte die Frist zweimal verlängert und 1979 ganz aufgehoben. Zuletzt sorgte 2010/11 der Münchener Prozess gegen den ehemaligen KZ-Aufseher John Demjanjuk weltweit für Aufsehen. – Die Gesamtzahl der Beschuldigten lag mit 106.500 zwar recht hoch; rechtmäßig verurteilt wurden jedoch nur etwa 6.500 Personen. Von Beginn der strafrechtlichen Aufarbeitung an hat die Justiz zur Veränderung des gesellschaftlichen Selbstbildes beigetragen und den Stellenwert des Krieges in den Erinnerungskulturen geprägt.

Weiterführende Literatur:

- Jörg Echternkamp, Soldaten im Nachkrieg. Historische Deutungskonflikte und westdeutsche Demokratisierung 1945-1955, München 2014.
- Ludwig Eiber, Robert Sigl (Hrsg.), Dachauer Prozesse – NS-Verbrechen vor amerikanischen Militärgerichten in Dachau 1945–1948, Göttingen 2007.
- Andreas Eichmüller, Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Justizbehörden seit 1945. Eine Zahlenbilanz, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), S. 621-642.
- Andreas Eichmüller, Keine Generalamnestie. Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen in der frühen Bundesrepublik, München 2012.
- Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, 3. Aufl., München 2003.
- Norbert Frei (Hrsg.), Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2006.
- Kerstin Freudiger, Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen, Tübingen 2002.
- Michael Greve, Der justizielle und rechtspolitische Umgang mit den NS-Gewaltverbrechen in den sechziger Jahren, Frankfurt am Main 2001.
- Kim C. Priemel, Alexa Stiller (Hrsg.), NMT: Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013.
- Edith Raim, Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Wiederaufbau und Ahndung von NS-Verbrechen in Westdeutschland 1945-1949, München 2013.
- Adalbert Rückerl, NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung, Heidelberg 1982.
- Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952, Frankfurt am Main 1999.
- Jürgen Weber, Peter Steinbach (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren? NS-Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland, München 1984.
- Annette Weinke: Die Nürnberger Prozesse, München 2006.
- Annette Weinke, Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949-1969 oder eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn 2002.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: by-nc-nd/3.0/de/ Autor: Dr. habil. Jörg Echternkamp für bpb.de

Die Ahndung von NS- und Kriegsverbrechen in der SBZ/DDR

Von Dr. habil. Jörg Echternkamp

8.9.2015

Dr. habil. Jörg Echternkamp, geboren 1963, ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Er hatte zahlreiche Lehraufträge an Universitäten im In- und Ausland; 2012/13 war er Inhaber der Alfred-Grosser-Gastprofessur am Institut d'Études Politiques (Sciences Po) in Paris. Echternkamp forscht und lehrt zur deutschen und europäischen Geschichte vom 18. zum 21. Jahrhundert; Schwerpunkte bilden derzeit die Gesellschafts- und Erinnerungsgeschichte der Weltkriege, der NS-Zeit und der deutschen Nachkriegsgeschichte. Zu seinen Publikationen zählen: (Hg.) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1-2: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945 (München 2004/2005; engl. Oxford 2008/2014), Die 101 wichtigsten Fragen: Der Zweite Weltkrieg, München 2010, Militär in Deutschland und Frankreich 1870-2010, Paderborn 2011 (hg. mit S. Martens), München 2012; Experience and Memory. The Second World War in Europe, Oxford 2010/2013 (hg. mit S. Martens); (Hg.), Wege aus dem Krieg im 19. und 20. Jahrhundert, Freiburg 2012; Die Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1969, Paderborn 2013; Gefallenengedenken im globalen Vergleich (hg. mit M. Hettling), München 2013; Soldaten im Nachkrieg 1945-1955, München 2014.

Die Strafverfolgung der NS-Verbrecher verlief in Ostdeutschland im Spannungsfeld zwischen politischer "Säuberung" und willkürlichem Terror, zwischen der Ahndung von NS-Verbrechen und der Sowjetisierung Ostdeutschlands, zwischen Geheimhaltung und Propaganda im Ost-West-Konflikt. Bis heute ist dieses unübersichtliche Kapitel der ostdeutschen Nachkriegsgeschichte in der Öffentlichkeit wenig bekannt.



Das Zuchthaus des kleinen Städtchens Waldheim am 06.11.1992. Im Frühjahr 1959 wurden in Waldheim innerhalb von zwei Monaten mehr als 3.400 Menschen in Schnellverfahren als angebliche Naziverbrecher zu langjährigen Haftstrafen und in 32 Fällen zum Tode verurteilt. 24 der Todesurteile wurden im Zuchthaus auch vollstreckt. (© picture-alliance, ZB)

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der DDR wurden die NS-Täter systematisch aufgespürt, gemäß ihrer individuellen Schuld bestraft und aus gesellschaftlichen Positionen radikal entfernt – diesen Eindruck vermittelte zumindest die SED-Führung gerne. Tatsächlich verlief die Strafverfolgung in Ostdeutschland im Spannungsfeld zwischen politischer "Säuberung" und willkürlichem Terror, zwischen der Ahndung von NS-Verbrechen und der Sowjetisierung Ostdeutschlands, zwischen Geheimhaltung und Propaganda im Ost-West-Konflikt. Bis heute ist dieses unübersichtliche Kapitel der ostdeutschen Nachkriegsgeschichte in der Öffentlichkeit wenig bekannt.

Zuständig für die Verfolgung von Kriegsverbrechen waren zunächst die Sowjetischen Militärtribunale (SMT). Auf der Grundlage des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 vom 20. Dezember 1945 hatte auch die sowjetische Besatzungsmacht Militärgerichte eingerichtet. Die SMT waren mit besonderen Vollmachten ausgestattet; ihre Verhandlungen fanden mit wenigen Ausnahmen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Militärgerichte unterstanden der am 9. Juni 1945 eingerichteten Sowjetischen Militäradministration (SMAD), der wiederum auf Länder- und Kreisebene die Sowjetischen Militärabteilungen (SMA) unterstellt waren. Die Geheimpolizei NKVD schreckte nicht davor zurück, Verdächtige zu foltern, um sie zu Geständnissen zu zwingen. Da in der DDR formell bis 1955 der Kriegszustand herrschte, wandte die Besatzungsmacht sowohl sowjetisches als auch deutsches Recht an. Zwar spielten für die Strafverfolgung in der frühen Nachkriegszeit auch deutsche Gerichte eine Rolle. Doch die von der SMAD abhängige Deutsche Zentralverwaltung für Justiz (DJV) spielte eine Nebenrolle; sie verurteilte bis Ende 1947 lediglich 744 Personen. Zu den bekanntesten Verfahren auf deutscher Seite bis August 1947 zählen der Dresdner Juristenprozess und der Dresdner Ärzteprozess, in dem es um Euthanasie-Verbrechen ging.

Im Vordergrund der Strafverfolgung stand die Besatzungsmacht. Um den Vormarsch der Roten Armee zu sichern und die Verschleppung von Arbeitskräften in die Sowjetunion zu organisieren, hatten die Geheimdienste in der Endphase des Krieges hinter der Front "Speziallager" errichtet. Bis in den April 1945 dauerten die Zwangsrekrutierungen. In der SBZ entstand schließlich ein System von zehn Speziallagern und drei Gefängnissen. Bis 1948 bestanden die Speziallager in Mühlberg (Nr. 1), Hohenschönhausen (Nr. 3), Ketschendorf/Fürstenwalde (Nr. 5), Jamlitz (Nr. 6), Torgau (Nr. 8) und Fünfeichen (Nr. 9); bis 1950 existierten – mit neuer Nummerierung – drei Speziallager: Sachsenhausen (Nr. 1), Buchenwald (Nr. 2) und Bautzen (Nr. 3). Drei Monate nach Kriegsende hatte der NKVD nördlich Berlins ein Speziallager auf dem Gelände des ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslagers Sachsenhausen eingerichtet; von den Vernichtungsanlagen abgesehen, wurden die meisten Gebäude weiter benutzt. Zur gleichen Zeit waren auch die Gebäude des KZ Buchenwald nahe Weimar für ein Speziallager umfunktioniert worden.

Die Häftlinge setzten sich aus zwei Gruppen zusammen: den Internierten und den SMT-Verurteilten. Zum einen wurden Männer und Frauen interniert, die 1945/1946 verhaftet worden waren, weil sie einer NS-Organisation angehörten oder verdächtigt wurden, durch "Werwolf"-Tätigkeit oder Spionage im Untergrund für das NS-Regime zu kämpfen. Der Geheimdienst NKVD hatte die Verdächtigen ohne Gerichtsverfahren in die Lager verbracht. Betroffen waren neben ehemaligen Funktionären der NSDAP wie Block- und Zellenleitern, Angehörigen der Gestapo und des Sicherheitsdienstes der SS (SD) auch Angehörige des NS-Verwaltungsapparats sowie Personen, Männer zumeist, die keine Funktion für das NS-Regime ausgeübt hatten. Nicht hohe NS-Funktionäre, sondern die weniger belasteten "kleinen Parteigenossen" machten die Mehrheit der Internierten aus. Für die Inhaftierung reichte in der Regel der Verdacht. Der Nachweis eines individuellen Straftatbestandes war nicht erforderlich. Angehörige von SS und SA sowie das Gefängnis- und KZ-Personal dagegen wurden gemäß dem NKVD-Befehl Nr. 00315 zumeist in ein Kriegsgefangenenlager in der UdSSR gebracht. "Internierte" bildeten bis 1948, als 28.000 von ihnen entlassen wurden, die Mehrheit der Häftlinge. Ausschließlich Internierte befanden sich zum Schluss in Buchenwald.

Zum anderen saßen in den Speziallagern Menschen ein, die ein sowjetisches Militärtribunal (SMT) zu häufig langjährigen Haftstrafen verurteilt hatte. Die Militärtribunale, die sowohl der Roten Armee als auch dem Innenministerium oder dem Geheimdienst zugeordnet sein konnten, fällten bis 1955 Urteile

gegen Deutsche. Anklage wurde zunächst nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 und der Direktive Nr. 38 wegen "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" erhoben. Zugleich gerieten Gegner der sowjetischen Besatzungsmacht nach sowjetischem Strafrecht ins Visier. Ab 1947 mehrten sich die Fälle, in denen Menschen wegen ihrer (vermeintlichen) Kritik an der politischen und gesellschaftlichen Neuordnung der SBZ eingewiesen wurden. Als die Speziallager Anfang 1950, im Zusammenhang mit der Gründung der DDR, aufgelöst wurden, stellten die SMT-Verurteilten die Mehrheit. Nur 5.500 von ihnen wurden entlassen. Rund 10.000 Verurteilte fanden sich im Strafvollzug der DDR wieder, während einige ihre Haft in der Sowjetunion fortsetzen mussten.

Auch die Justizvollzugsanstalt Waldheim nahe Chemnitz, die bereits im "Dritten Reich" als Zuchthaus für politische Häftlinge gedient hatte, wurde mit Speziallagerhäftlingen belegt. Die "Waldheimer Prozesse" (21.4.-29.6.1950), in denen mutmaßliche Kriegsverbrecher und NS-Täter in über 3400 Schnellverfahren von nur wenigen Minuten Dauer verurteilt wurden – 24 Todesurteile wurden vollstreckt –, gelten bis heute als Beispiel einer politischen Justiz, die das Recht beugte, um Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht zu legalisieren. Insgesamt wurden rund 15 Prozent der deutschen Lagerinsassen zur Zwangsarbeit in die UdSSR verbracht, vor allem in den Raum Karaganda (Kasachstan) und Swerdlowsk (Ural). Während die meisten 1949 zurückkehrten, blieb dies einer Minderheit bis 1956 verwehrt.

Todesurteile gegen Deutsche verhängten die SMT in 3.301 Fällen: 2.542 wurden vollstreckt, viele in Moskau. Bis 1947 ging es vor allem um die juristische Ahndung von Verbrechen aus der NS-Zeit; von 1950 bis 1953 – zwischenzeitlich war die Todesstrafe ausgesetzt – stand die Verfolgung widerständiger Tätigkeit gegen die Sowjetisierung im Mittelpunkt. Insgesamt ist beinahe jeder dritte deutsche Häftling an Hunger oder Krankheit ums Leben gekommen.

Die vagen Haftkriterien und die Unmöglichkeit der rechtlichen Überprüfung öffneten der Willkür des sowjetischen Geheimdienstes Tür und Tor. Schon wegen dieses Mangels an Rechtsstaatlichkeit wäre es irreführend, hier von sowjetischer Entnazifizierung zu sprechen, als käme das Verfahren der Internierungspraxis in den westlichen Besatzungszonen gleich. Die Speziallager lassen sich weder nur als Einrichtungen zur Bestrafung von NS-Tätern betrachten noch nur als Mittel zur Sowjetisierung der SBZ/DDR nach dem Vorbild des GULags. Sie bildeten vielmehr eine Mischform, in der die sowjetische Machtpolitik den ursprünglichen Zweck der Entnazifizierung in den Hintergrund drängte. Ohnehin hielt sich die Aufarbeitung des Nationalsozialismus im Sinne einer Umerziehung in Grenzen. Manchen ehemaligen NS-Funktionär mochte die Lagererfahrung in seinem Antikommunismus bestärkt haben. Wenn in der DDR über NS-Verbrechen geredet wurde, dann über die der anderen. Faschisten – das waren die Westdeutschen; die Antifaschisten lebten in der DDR. So lautete die Kurzformel des antifaschistischen Mythos der DDR, die ihr Feindbild auf die Bundesrepublik projizierte. Die Zahl der verurteilten NS-Verbrecher nahm denn auch in den 1950er Jahren ab, am Ende des Jahrzehnts galt die Verfolgung in den Augen der SED-Führung als abgeschlossen.

1965, zur Zeit des ersten Auschwitz-Prozesses in Frankfurt am Main, wurde in der DDR der ehemalige Lagerarzt im KZ Auschwitz III, dem Arbeitslager der I.G. Farben, verhaftet. Am 25. März 1966 befand das Oberste Gericht der DDR Horst Fischer für schuldig, für die Ermordung mehrerer tausend Menschen in Auschwitz-Birkenau und Buna/Monowitz mitverantwortlich zu sein; Fischer wurde in der Justizvollzugsanstalt Leipzig hingerichtet. Die DDR-Justiz zielte mit dem Schauprozess darauf, die Industrie zu belasten, namentlich die Nachfolgeunternehmen des I.G. Farben Konzern in der Bundesrepublik. Das Besondere der Strafverfolgung in der DDR lag zum einen in der zentralen Bedeutung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), an dessen Spitze ab 1957 Erich Mielke stand. Das MfS beschaffte belastendes Material jenseits rechtsstaatlicher Regularien. Zum anderen richtete sich die Strafverfolgung nach Nützlichkeitserwägungen. Ob ein NS-Täter angeklagt wurde oder nicht, hing vor allem davon ab, ob es politisch opportun erschien. Einen Verfolgungszwang gab es dagegen nicht. Einerseits stellte die SED mit Hilfe des MfS die Bundesrepublik an den Pranger, indem sie dort lebende NS-Täter entlarvte (während sie zugleich Rechtshilfegesuche verweigerte), oder ließ Prozesse führen, um ihre eigene Entschlossenheit zu demonstrieren. Andererseits wurden Ermittlungen gegen NS-Verbrecher gestoppt, wenn der Ruf angesehener Persönlichkeiten oder des Staates in Gefahr

schien. Zudem nutzte das MfS überführte, aber nicht angeklagte NS- und Kriegsverbrecher als Informanten und Agenten. Die DDR betrieb so eine "geheime Vergangenheitspolitik". Erst nach dem Zusammenbruch der DDR konnte über die Strafverfolgung und die Speziallager öffentlich geredet werden.

Weil sie als Symbol für das totalitäre Regime in Ostdeutschland galten, hatten antikommunistische Organisationen in der Bundesrepublik, die Kirchen und Institutionen der Wohlfahrt die Lager in den ersten Jahren genau beobachtet. In der (west-) deutschen Öffentlichkeit wurden die Speziallager regelmäßig mit den Konzentrationslagern der NS-Zeit in einem Atemzug genannt. Der Vergleich, der wegen der Nutzung ehemaliger KZs besonders eindringlich war, wirkte im frühen Kalten Krieg als ein moralisches Druckmittel. Seit den frühen 1950er Jahren verebbte das Interesse jedoch. Wie in der DDR finden sich auch in der Bundesrepublik keine Erinnerungsspuren dieser Nachkriegsverfolgung, weder in Dokumentationen noch etwa in der Belletristik. Erst seit den 1990er Jahren werden ihre Geschichten erforscht, die Namen der Toten benannt und Grabstätten als Friedhöfe gestaltet. Der NKVD hatte die Toten – allein in Hohenschönhausen rund 1000 – in anonymen Massengräbern verscharrt; viele haben bis heute keine würdige Ruhestätte gefunden. Dass NS-Täter nach 1945 in einem rechtswidrigen Speziallager auch Opfer waren, heizte die Konkurrenz zwischen NS-Opfern und stalinistisch Verfolgten an und erschwerte insbesondere die Gestaltung von "Gedenkstätten mit doppelter Vergangenheit".

Weiterführende Literatur

Bettina Greiner, Verdrängter Terror. Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland, Hamburg 2010.

Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, 3. Aufl. Göttingen 2007.

Christian Meyer-Seitz, Die Verfolgung von NS-Straftaten in der Sowjetischen Besatzungszone, Berlin 1998.

Sergej Mironenko u.a. (Hrsg.), Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945–1950. Bd. 1: Studien und Berichte. Akademie Verlag, Berlin 1998, ISBN 3-05-002531-X; Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, Berlin 1998.

Peter Reif-Spirek, Bodo Ritscher (Hrsg.), Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit doppelter Vergangenheit, Berlin 1999.

Bodo Ritscher u.a. (Hrsg.), Das sowjetische Speziallager Nr. 2 1945–1950. Katalog zur Dauerausstellung in Buchenwald, Göttingen 1999.

Christiaan F. Rüter/Dick W. de Mildt (Hrsg.), Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung (west-) deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen, 1945–2012. 49 Bde., Amsterdam, München 1968–2012.

Christiaan F. Rüter/Dick W. de Mildt (Hrsg.), DDR-Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung (ost-) deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen, 1945–1998. 14 Bde., Amsterdam, München 2002–2009.

Clemens Vollnhals, Jörg Osterloh (Hrsg.), NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR, Göttingen 2011.

Andreas Weigelt u.a. (Hg.), Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie, Göttingen 2015.

Annette Weinke, Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigung 1949–1969, München u. a. 2002.

Hermann Wentker, Die juristische Ahndung von NS-Verbrechen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, in: Kritische Justiz 35 (2002), S. 60–78.

Abbildung:

Schreiben des Antifa-Ausschusses Kleinfahner (nahe Gotha) an den Ministerpräsidenten des Landes Thüringen mit der Bitte, den ehemaligen Bürgermeister, Karl Keil, aus dem Speziallager zu entlassen, 15.1.1947. Keil war NSDAP-Mitglied seit 1933, 1934 bis 1945 Bürgermeister der Gemeinde und seit 1937 Zellenleiter der NSDAP. Er wurde im Sommer 1945 verhaftet und blieb bis 1948 im Speziallager Nr. 2 (Buchenwald). Keil wurde 1949 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Nachweis: Das sowjetische Speziallager Nr. 2 1945-1950. Katalog zur Dauerausstellung in Buchenwald, Herausgegeben von Bodo Ritscher, Rikola-Gunnar Lüttgenau, Gabriele Hammermann, Wolfgang Röll und Christian Schölzel im Auftrag der Gedenkstätte Buchenwald, Göttingen 1999, S. 155.

Der Krieg in europäischen "Erinnerungskulturen"

Von Dr. habil. Jörg Echternkamp

30.4.2015

Dr. habil. Jörg Echternkamp, geboren 1963, ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Er hatte zahlreiche Lehraufträge an Universitäten im In- und Ausland; 2012/13 war er Inhaber der Alfred-Grosser-Gastprofessur am Institut d'Études Politiques (Sciences Po) in Paris. Echternkamp forscht und lehrt zur deutschen und europäischen Geschichte vom 18. zum 21. Jahrhundert; Schwerpunkte bilden derzeit die Gesellschafts- und Erinnerungsgeschichte der Weltkriege, der NS-Zeit und der deutschen Nachkriegsgeschichte. Zu seinen Publikationen zählen: (Hg.) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1-2: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945 (München 2004/2005; engl. Oxford 2008/2014), Die 101 wichtigsten Fragen: Der Zweite Weltkrieg, München 2010, Militär in Deutschland und Frankreich 1870-2010, Paderborn 2011 (hg. mit S. Martens), München 2012; Experience and Memory. The Second World War in Europe, Oxford 2010/2013 (hg. mit S. Martens); (Hg.), Wege aus dem Krieg im 19. und 20. Jahrhundert, Freiburg 2012; Die Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1969, Paderborn 2013; Gefallenengedenken im globalen Vergleich (hg. mit M. Hettling), München 2013; Soldaten im Nachkrieg 1945-1955, München 2014.

In den 1970er- und 1980er Jahren wichen die schablonenhaften Bilder des Krieges im Westen einer differenzierteren Betrachtungsweise. Es ging nicht länger nur um Helden und Opfer, sondern um die leidvollen Gewalterfahrungen der Menschen. Die nationalen, patriotischen Kriegsmythen sind grenzübergreifenden Erinnerungen gewichen.



Bundespräsident Joachim Gauck (l.) und Polens Präsident Bronisław Komorowski am 01.09.2014 bei der Gedenkfeier zum 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs auf der Westerplatte in Danzig. In einer historischen Geste reichten sich schon am 22.09.1984 der französische Präsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl über den Gräbern von Verdun die Hand. (© picture-alliance/dpa)

Für den erfolgreichen Übergang von der Kriegsgesellschaft zu einer Friedensgesellschaft war Vergessen keine Option. Doch woran sollte man sich künftig erinnern? Kein Wunder, dass angesichts

unterschiedlicher Erfahrungen die Antwort in einzelnen Ländern unterschiedlich ausfiel. Diese öffentlichen, teils offiziellen Erinnerungen an die Zeit von 1939 bis 1945 haben über Jahrzehnte das jeweilige nationale Bild des Zweiten Weltkriegs geprägt. Erst der gesellschaftliche Wandel, eine kritische Geschichtsschreibung oder die politische Wende von 1989/90 im Falle Ost- und Südosteuropas haben den Blickwinkel verschoben und eine andere, zumeist differenziertere Sicht auf die Ereignisse ermöglicht.

Geteilte, aber unterschiedliche Kriegserfahrungen

Diese Bedeutung, die dem Krieg in den meisten Ländern gemeinsam ist, darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Krieg ganz unterschiedlich erlebt wurde – was nicht ohne Folgen für die Gründungsmythen blieb. Für die einen begann der Krieg am 1. September 1939, andere wurden erst später in das Kriegsgeschehen hineingezogen wie Griechenland, Jugoslawien, die USA oder die UdSSR. Die einen standen sich als Feinde gegenüber, die anderen waren Verbündete, manche wechselten im Laufe des Krieges die Fronten, wie Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Frankreich. Manche Staaten waren – nach rascher Besetzung – nur kurz oder im Vergleich wenig vom Krieg betroffen wie etwa Belgien, Dänemark und die Niederlande. Wieder andere wie die Schweiz, Schweden und Spanien blieben aufgrund ihrer Neutralität weitgehend frei von Kriegshandlungen. Ein Land wie Polen wurde von der Landkarte gestrichen; dagegen wurden Kroatien und die Slowakei vorübergehend souveräne Staaten. Vor allem aber wirkte sich der Krieg unterschiedlich und unterschiedlich stark aus. Kurz: Der Zweite Weltkrieg war eine gemeinsame Erfahrung, die höchst verschieden ausfiel. Die Ausgangsposition bei Kriegsende verdrängte eine nationale Vorkriegsidentität.

Vor diesem Hintergrund erhielt der Krieg in den europäischen "Erinnerungskulturen" – den vielfältigen Formen des öffentlichen Umgangs mit der Kriegsvergangenheit – unterschiedliche Bedeutung. Im Mittelpunkt der meisten Erinnerungen steht bis heute die Kapitulation der Wehrmacht. An den 8./9. Mai 1945 erinnert denn auch häufig ein nationaler Feiertag. Doch bereits dessen Deutung fällt unterschiedlich aus. Wer bis 1944/45 unter deutscher Besetzung zu leiden hatte, feierte das Datum als militärische und politische Befreiung. Ob in Frankreich oder Polen: In der nationalen "Meistererzählung" wurde die Rolle der eigenen Armee und/oder der Widerstandskämpfer, der Kampf an der Seite der Alliierten und die Begeisterung der eigenen Bevölkerung hervorgehoben. Der Widerstand aus den eigenen Reihen überstrahlte regelmäßig die militärischen Leistungen der Alliierten; der Sieg war den Partisanen zu verdanken, so schien es. In ihnen – das erklärt die Macht dieses Mythos – verkörperte sich der in der Tradition verwurzelte Widerstandsgespräch und die Geschlossenheit einer Nation, und dem entsprechend wurden die Widerstandskämpfer verehrt. Das galt für die italienische Resistenza, aber auch für den "Großen Vaterländischen Krieg" und die französische Résistance. Diese Form der kollektiven Erinnerung idealisierte den Krieg insofern, als sie – neben den bösen Anderen – nur tapfere Helden und unschuldige Opfer kannte. Die Deportierten verkörperten beides zugleich.

Je größere die Zahl der unschuldig Getöteten, desto grausamer der deutsche Besatzer, desto stärker die Tendenz, Opfer als Märtyrer zu verehren. Einzelne Orte wie Oradour, Rotterdam oder Coventry wurden als nationale Symbole dieses Zusammenhangs besonders in Erinnerung gerufen. Ehemalige Gefängnisse wurden zu Gedenkstätten. Wer im Gegensatz zur vermeintlichen Mehrheit mit den Besatzern gemeinsame Sache gemacht hatte, den traf es hart: Kollaborateure galten als Verräter.

Eine Vergangenheit – drei Erinnerungen? Österreich, Bundesrepublik und DDR

Ein besonderer Fall sind die Länder, auf deren Gebiet das "Dritte Reich" bestanden hatte. Hier wurde die gleiche oder doch weitgehend ähnliche Vergangenheit höchst unterschiedlich interpretiert. So sah sich Österreich jahrzehntelang als Hitlers erstes Opfer: War das Land nicht 1938 gewaltsam besetzt und erst 1945 befreit worden? Die NS-Zeit schien aus der österreichischen Geschichte herauszufallen, die nach 1945 eher an habsburgische Traditionen anknüpfte. Um unschuldige Opfer drehten sich auch die Erinnerungen in Westdeutschland. Dabei dachte man weniger an die eigentlichen Opfer der Deutschen als an die Deutschen als Opfer – des Bombenkriegs, von Flucht und Vertreibung, von Hungersnot in der Besatzungszeit. In dem Bewusstsein, in einem verbrecherischen System gelebt, es gar gestützt zu haben, wurden früh Entlastungsstrategien entwickelt. Die Wehrmachtgeneräle machten Hitler für die Niederlage verantwortlich, viele sahen sich von dem Führer und seiner Clique getäuscht und "missbraucht", von der Propaganda "verführt". Andere wiesen auf den Terror der Gestapo und die drohenden Konzentrationslager hin, von denen man zugleich vorgab, nichts gewusst zu haben. Den meisten galten die zwölf Jahre als Betriebsunfall der deutschen Geschichte. Zugleich begann jedoch eine Auseinandersetzung mit Krieg und Diktatur. Davon zeugt etwa der Streit darüber, ob die Attentäter des 20. Juli 1944 Vorbilder waren oder, im Gegenteil, Verräter, die ihren Eid gebrochen hatten.

Die DDR wiederum sah sich offiziell auf der Seite der sowjetischen Sieger. Die Verherrlichung des kommunistischen Widerstandes stand im Zentrum eines antifaschistischen Mythos, der Krieg und Nationalsozialismus auf den Kapitalismus zurückführte und mit dem die DDR ihre Existenz als sozialistischer Staat rechtfertigte. In den Sonderfällen der west- und ostdeutschen Erinnerungskulturen kam hinzu, dass beide in einem Konkurrenzverhältnis standen. Die Bundesrepublik tat sich auch deshalb lange schwer, den 8. Mai als einen "Tag der Befreiung" – und nicht: der Niederlage – zu betrachten, weil die DDR bereits 1950 einen gesetzlichen Feiertag mit dieser Bezeichnung eingeführt hatte, an dem offiziell der Befreiung "des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus" durch die Rote Armee gedacht wurde.

Der Krieg in nationalen Gründungsmythen

Die sowjetischen Streitkräfte spielten auch in anderen Staaten des "Warschauer Paktes" eine Schlüsselrolle für die öffentlichen Kriegserinnerungen. Denkmäler der Dankbarkeit gab es nicht nur in Polen. Nach polnischer Lesart etwa wurde der gemeinsame sowjetisch-polnische Sieg über das faschistische Deutschland betont. Der militärische Sieg wurde mit dem Sieg des kommunistischen Systems verknüpft. Der Stolz sollte die Scham über die Niederlage und Besatzung verdrängen. Später gewann eine nationale Deutung des Krieges an Gewicht, in der die (nicht-kommunistische) polnische Heimatarmee im Mittelpunkt stand. Auch in der polnischen Erinnerungskultur sollte die Verknüpfung mit historischen Nationalmythen – der Sieg über den Deutschen Orden bei Grunwald (Tannenberg) im Jahr 1410 – die Deutung bekräftigen.

Doch auch in den Erinnerungskulturen der neutralen Staaten und der westlichen Siegermächte fanden sich idealisierende Schwarz-Weiß-Bilder. Die neutralen Staaten präsentierten sich rückblickend als Rückzugsgebiete aller Freiheitsliebenden und Orte der Humanität – man denke nur an die Schweiz und das Rote Kreuz. Die Briten feierten den Krieg als "their finest hour": Die Luftangriffe der Wehrmacht schweißten das Land zusammen; ob Adeliger oder Arbeiter: in der Stunde der Not seien alle füreinander dagewesen – hieß es. Für die USA galt der Zweite Weltkrieg spätestens seit dem Vietnamkrieg als der (letzte) "Good War".

Rede Charles de Gaulles im Rathaus von Paris am 25. August 1944

"Wozu die Rührung verhehlen, die uns allen in der Kehle würgt, all den Männern und Frauen, die nun hier sind, zu Hause, in unserem Paris, das sich zu seiner Befreiung

erhoben und sie eigenhändig vollzogen hat.

Nein, diese tiefe und heilige Rührung verhehlen wir nicht! Dies ist einer der Augenblicke, die das armselige Leben eines jeden übersteigen.

Paris! Geschändetes Paris! Zerschlagenes Paris! Gemartertes Paris! aber Befreites Paris! befreit aus eigener Kraft, befreit durch sein Volk unter Mitwirkung der Armeen Frankreichs, mit Unterstützung und Mithilfe ganz Frankreichs, eines Frankreichs, das kämpft, dieses einen, wahren, ewigen Frankreichs.

Wohlan! Nun, da sich der Feind, der Paris in seinen Fängen hielt, in unsere Hand ergeben hat, kehrt Frankreich nach Paris zurück, kehrt heim. Blutüberströmt zieht es ein, zugleich aber entschlossen. Es kehrt heim, um eine gewaltige Lektion reicher, zugleich aber mehr denn je seiner Pflichten und Rechte bewusst.

Seiner Pflichten zuerst, die ich in dem einen Satz zusammenfasse, dass es sich im Augenblick um die Pflicht zum Krieg handelt. Der Feind wankt, aber er ist noch nicht geschlagen. Er steht immer noch auf unserem Boden. Es wird auch nicht genügen, ihn mit Unterstützung unserer lieben und bewundernswürdigen Verbündeten aus unserem Lande zu verjagen, um uns zufrieden zu geben nach allem, was geschehen ist. Wir wollen auf sein Gebiet vordringen, wie es sich gehört, als Sieger. Darum ist die französische Vorhut unter Kanonendonner in Paris eingezogen. Darum ist die große französische Italienarmee im Süden gelandet und stößt schnell durchs Rhônetal vor. Darum werden sich unsere tapferen und lieben Untergrundkräfte mit modernen Waffen ausrüsten. Um dieser Vergeltung, dieser Rache und dieser Gerechtigkeit willen werden wir weiterkämpfen bis zum letzten Tag, dem Tag des vollständigen und umfassenden Sieges. Alle die hier sind und alle, die uns in Frankreich hören, wissen: Diese Kriegspflicht verlangt die nationale Einheit. Wir, die wir die größten Stunden unserer Geschichte erleben, kennen nur ein einziges Wollen: Uns bis zum Ende Frankreichs würdig zu erweisen. Es lebe Frankreich!"

Quelle: *Fondation Charles de Gaulle* (<http://www.charles-de-gaulle.de/25-august-1944-rede-im-rathaus-von-paris.html>)

In Frankreich entstand noch während des Kriegs der sogenannte gaullistische Gründungsmythos: die Vorstellung, dass die Franzosen nach der Besetzung durch die verhassten Deutschen mehrheitlich im Widerstand gekämpft und ihr Land unter Führung des General Charles de Gaulle am Ende mehr oder weniger selbst befreit hätten. De Gaulles Apell aus dem Londoner Exil, Widerstand zu leisten, gehört seitdem zu den Schlüsselmomenten der jüngeren französischen Geschichte.

Die Franzosen wöhnten sich auf der Seite der Sieger,

zumal die Alliierten de Gaulle einen Platz neben den "Großen Drei" anboten. Dass die Vichy-Regierung mit dem NS-Regime zusammengearbeitet hatte, dass es im Lande auch einen kommunistischen Widerstand gegeben hatte wurde ebenso häufig unter den Teppich gekehrt wie die entscheidende Schützenhilfe der Alliierten. Deren Landung in der Normandie, die erst 2014 wieder ganz groß gefeiert wurde, war daher jahrelang eine Randnotiz der (französischen) Geschichte. Das französische Beispiel zeigt auch, welche Vorzüge ein solches Bild des Krieges hatte. Auf der einen Seite ließen sich weite Teile der Kriegs- in die Nachkriegsgesellschaft eingliedern, einschließlich all derer, die bei näherem Hinsehen keine glanzvolle Rolle gespielt hatten. Auf der anderen Seite erhielt das sinnlose Massensterben als "Opfer" einen Sinn, der Mut für die Zukunft machen sollte.



Das "Lothringer Kreuz", das die Exil-Regierung in London als Symbol des (gaullistischen) Widerstandes, der FFL (Freien Französischen Kräfte) ausgewählt hatte, ist heute am Mont Valérien zu sehen - der Nationalen Gedenkstätte des Widerstandes (Mémorial de la France Combattante). Lizenz: cc by-sa/3.0/de (Remi Jouan)

Pluralisierung der Kriegserinnerungen seit den 1970er-Jahren

So bedeutsam diese Gründungsmythen in der frühen Nachkriegszeit auch gewesen sind: in den 1970er- und 1980er-Jahren wichen die schablonenhaften Bilder im Westen einer differenzierteren Betrachtungsweise. Dabei ging es nicht um akademische Spitzfindigkeiten, sondern um wesentliche Elemente des gesellschaftlichen Selbstverständnisses. Die Geschichte des Krieges wurde am Ende ganz anders erzählt, als das Jahrzehntlang der Fall gewesen war. In Frankreich gerieten plötzlich das Vichy-Regime und die konservativ-autoritäre Herrschaft unter Staatschef Pétain, der Führerkult und Antisemitismus, ins Visier der Historiker. 1995 räumte der Staatspräsident Jacques Chirac die französische Mitschuld an der Verfolgung der Juden im Lande ein. In Österreich öffnete die Affäre um die Wehrmachtvergangenheit des Bundespräsidenten Kurt Waldheim 1986 die Schleusen der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Zwei Jahre später bat die Republik um Entschuldigung für die von Österreichern begangenen Verbrechen. Und auch das Bild der Schweiz trübte sich ein, als herauskam, dass Schweizer Banken an der "Geldwäsche" des NS-Regimes verdient und eine beschränkende Flüchtlingspolitik betrieben hatten. In den sozialistischen Staaten dagegen verließen die offiziellen Erinnerungen an den Krieg weiterhin in den starren Bahnen des Antifaschismus, fern der privaten und oppositionellen Erinnerungen, wie sie sich etwa in Polen in der Untergrundpresse artikulierte. Erst seit dem Zusammenbruch des Ostblocks um 1990 setzte die öffentliche Debatte ein. Zum einen wurde nun die differenziertere Sicht der NS-Zeit nachgeholt, zum anderen geriet auch die Phase der sowjetischen Herrschaft in die Kritik, die etwa in den baltischen Staaten als eine zweite Besatzungszeit erschien.

All diesen neuen Erzählungen vom Krieg ist eins gemein: Sie drehen sich nicht länger nur um Helden und Opfer, sondern stellen die leidvollen Gewalterfahrungen der Menschen in den Mittelpunkt. Das betraf die nationalsozialistische wie die stalinistische Herrschaft, Flucht und Vertreibung, schließlich den Bombenkrieg. Das betraf insbesondere den Völkermord an den europäischen Juden, der seitdem zu einem weltweiten Symbol des Massenmordes geworden ist. "Auschwitz" steht für das Böse schlechthin. Eine Erinnerung an den Krieg schließt den Genozid ein, ja muss ihn einschließen – die historische Erkenntnis wurde zu der Erwartung, sich an den Krieg zu erinnern. Zumindest für die Feldzüge in Ost- und Südosteuropa hat sich der Begriff "Vernichtungskrieg" eingebürgert, der den genozidalen und militärischen Aspekt verbindet. Die nationalen, patriotischen Kriegsmythen sind einerseits grenzübergreifenden Erinnerungen gewichen, die Historiker auch als "negatives" Gedenken beschreiben. Andererseits konkurrieren innerhalb einer Gesellschaft verschiedene Erinnerungen, häufig: verschiedene Opfergruppen miteinander, wo zuvor ein Gründungskonsens darüber herrschte, was erzählt werden sollte. Jahrzehnte lang konnte man sich nur als Sieger über das Böse, als Opfer des Bösen oder als Widerstandskämpfer gegen das Böse darstellen. Diese Gegenüberstellung von Gut und Böse ist der Einsicht gewichen, dass die Grenzen verschwimmen und Opfer auch Täter, Täter auch Opfer sein konnten.

Ausgewählte Literatur:

- Aleida Assmann, Auf dem Weg zu einer europäischen Gedächtniskultur?, Wien 2012.
- Arnd Bauerländer, Das umstrittene Gedächtnis. Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945, Paderborn 2012.
- Petra Bock und Wolfrum Edgar (Hg.), Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Göttingen 1999.
- Robert Bohn, Christoph Cornelißen, Karl Christian Lammers (Hg.), Vergangenheitspolitik und Erinnerungskulturen im Schatten des Zweiten Weltkriegs. Deutschland und Skandinavien seit 1945, Essen 2008.
- Mark Connelly, We can take it. Britain and the Memory of the Second World War, Pearson/Longman, Harlow 2004.
- Christoph Cornelißen, Lutz Klinkhammer, Wolfgang Schwentker (Hg.), Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt am Main 2003.
- Jörg Echternkamp und Stefan Martens (Hg.), Der Zweite Weltkrieg in Europa. Erfahrung und Erinnerung, Paderborn 2007.
- Jörg Echternkamp, Anna Labenz und Robert Traba, 8./9. Mai. Der Anfang vom Ende, in: Deutsch-polnische Erinnerungsorte / Polsko-niemieckie miejsca pamięci, hrsg. von Robert Traba und Hans Henning Hahn, Paderborn 2015.
- Bernd Faulenbach, Franz-Josef Jelich (Hg.), "Transformationen" der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989, Essen 2006.
- Monika Flacke (Hg.), Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen, 2 Bde., Mainz 2004, <http://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/mythen-der-nationen/rundgang.htm>.
- Etienne François, Meistererzählungen und Dambrüche. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zwischen Nationalisierung und Universalisierung, in: Flacke (Hg.), Mythen der Nationen, S. 13-28.
- Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, München 2009.
- Richard Lebow, Wulf Kansteiner, Claudio Fogu (Hg.), The Politics of Memory in Post-War Europe, London 2006.
- Claus Leggewie; Anne Lang, Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt, München 2011.
- Kerstin von Lingen (Hg.), Kriegserfahrung und nationale Identität in Europa nach 1945. Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis, Paderborn 2009.
- Harald Welzer (Hg.), Der Krieg der Erinnerung. Zweiter Weltkrieg, Kollaboration und Holocaust im Europäischen Gedächtnis, Frankfurt/M. 2007.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Karten und Grafiken

30.4.2015

Karten und Grafiken: "Der Krieg in Europa" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/204467/karten-und-grafiken-der-krieg-in-europa>)

Karten und Grafiken: "Weltkrieg" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/204435/karten-weltkrieg>)

Karten und Grafiken: "Kriegswende" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/204436/karten-kriegswende>)

Karten und Grafiken: "Kriegsende" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/204437/karten-und-grafiken-kriegsende>)

Karten und Grafiken: "Kriegsfolgen" (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/204484/karten-und-grafiken-kriegsfolgen>)

Chronologische Übersicht: Der Zweite Weltkrieg

Daten zum Ausbruch, Verlauf und Ende des Zweiten Weltkriegs

Von Dr. habil. Jörg Echternkamp

30.4.2015

Dr. habil. Jörg Echternkamp, geboren 1963, ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), in Potsdam. Er hatte zahlreiche Lehraufträge an Universitäten im In- und Ausland; 2012/13 war er Inhaber der Alfred-Grosser-Gastprofessur am Institut d'Études Politiques (Sciences Po) in Paris. Echternkamp forscht und lehrt zur deutschen und europäischen Geschichte vom 18. zum 21. Jahrhundert; Schwerpunkte bilden derzeit die Gesellschafts- und Erinnerungsgeschichte der Weltkriege, der NS-Zeit und der deutschen Nachkriegsgeschichte. Zu seinen Publikationen zählen: (Hg.) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1-2: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945 (München 2004/2005; engl. Oxford 2008/2014), Die 101 wichtigsten Fragen: Der Zweite Weltkrieg, München 2010, Militär in Deutschland und Frankreich 1870-2010, Paderborn 2011 (hg. mit S. Martens), München 2012; Experience and Memory. The Second World War in Europe, Oxford 2010/2013 (hg. mit S. Martens); (Hg.), Wege aus dem Krieg im 19. und 20. Jahrhundert, Freiburg 2012; Die Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1969, Paderborn 2013; Gefallenengedenken im globalen Vergleich (hg. mit M. Hettling), München 2013; Soldaten im Nachkrieg 1945-1955, München 2014.

Der Weg in den Krieg

1933

30.1.

Reichspräsident Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler.

3.2.

Hitler erläutert hohen Vertretern der Reichswehr sein Kriegsziel: Eroberung von "Lebensraum für das deutsche Volk im Osten" ("Liebmann-Aufzeichnung").

28.3.

Japan tritt aus dem Völkerbund aus.

17.5.

In seiner ersten außenpolitischen Regierungserklärung betont Hitler seinen vermeintlichen Willen zum Frieden ("Friedensrede")

14.10.

Deutschland tritt aus dem Völkerbund aus und verlässt die zweite internationale Abrüstungskonferenz in Genf.

1934

26.01.

Deutsch-polnischer Nichtangriffsvertrag

30.06.-02.07.

Im Zuge der sog. Röhm-Affäre lässt Hitler die gesamte SA-Führung ermorden und schaltet so die Konkurrenz der Reichswehr aus. Durch den Mord an politischen Gegner stabilisiert Hitler zugleich seine Macht.

02.08.

Am Tag von Hindenburgs Tod werden die Soldaten auf Befehl des Reichswehrministers auf die Person Hitler neu vereidigt.

20.08.

Das neue Gesetz über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht schreibt die neue Eidformel vor. Die Soldaten müssen schwören, "dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam (zu) leisten".

1935

16.03.

Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland; Beginn des Aufbaus der Luftwaffe

21.05.

Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht wird "Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft"; die Volkswirtschaft wird heimlich auf eine "Wehrwirtschaft" zu Kriegszwecken umgestellt

18.06.

Deutsch-britisches Flottenabkommen

03.10.

Italienischer Überfall auf Äthiopien

1936

07.03.

Deutsche Truppen beginnen den Einmarsch in das Rheinland, das nach dem Ersten Weltkrieg entmilitarisiert worden war – ein Verstoß gegen die Verträge von Locarno (1925), in denen das Deutsche Reich einer entmilitarisierten Zone auf seinem Territorium westlich einer Linie 50 km östlich des Rheins zugestimmt hatte.

01.-16.08.

Olympische Sommerspiele in Berlin

Deutschland und Italien greifen zugunsten Francos in den Spanischen Bürgerkrieg (1936-1939) ein ("Legion Condor").

01.11.

Mussolini verkündet die "Achse Berlin-Rom".

25.11.

Antikominternpakt zwischen Deutschland und Japan, dem 1937 Italien und weitere Länder beitreten.

1937

07.07.

Beginn des Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieges (1937–1945) nach dem Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke

05.11.

Hitler erläutert der Generalität und Außenminister von Neurath die Leitlinien seiner expansionistischen Außenpolitik ("Hoßbach-Protokoll").

11.12.

Italien tritt aus dem Völkerbund aus.

1938

04.02.

Nach der Blomberg-Fritsch-Affäre entlässt Hitler den Kriegsminister Werner von Blomberg und den Oberbefehlshaber des Heeres Werner von Fritsch. Hitler übernimmt die Funktion des Kriegsministers selbst und damit den direkten Oberbefehl über die Wehrmacht; das OKW wird sein Militärstab.

12.03.

Deutscher Einmarsch in Österreich und "Anschluss" ("Großdeutsches Reich"), Ende des sog. Austrofaschismus, der 1933/34 die Demokratie beseitigt hatte

29.09.

Auf der Münchner Konferenz geben Frankreich und Großbritannien Hitlers Forderung nach der Abtretung des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei nach; die Wehrmacht besetzt das Gebiet am 1.10.1938

09./10.11.

Novemberpogrom gegen Juden im Deutschen Reich ("Reichskristallnacht")

24.11.

Hitlers Weisung zur Besetzung von Danzig, das von 1814 bis 1919 zu Preußen gehört hatte und seit 1920 als selbstständiger Freistaat (mit polnischen Hafenrechten) unter dem Schutz des Völkerbundes stand.

1939

30.01.

Im Reichstag kündigt Hitler die "Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" an, falls es zu einem neuen Weltkrieg komme.

14.-16.03.

Deutscher Einmarsch in die als Rest-Tschechei bezeichneten Gebiete entgegen dem Münchener Abkommen; Gründung des "Reichsprotektorates Böhmen und Mähren"

21.03.

Der deutsche Außenminister von Ribbentrop drängt auf den "Anschluss Danzigs" und exterritoriale Zugänge nach Ostpreußen.

22.03.

Litauen tritt das Memelland an das Deutsche Reich ab, nachdem dessen Außenminister für die Rückgabe ein Ultimatum gesetzt hatte.

26.03.

Polen beginnt mit der Teilmobilmachung seiner Armee.

31.03.

Frankreich und Großbritannien geben eine Garantieerklärung für Polen ab.

03.04.

Hitler beauftragt die Wehrmacht, ab dem 1. September für den Angriff auf Polen bereit zu sein ("Fall Weiß").

07.-12.04.

Italien besetzt Albanien.

28.04.

Hitler kündigt in einer Rede vor dem Reichstag den deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag und das Flottenabkommen mit Großbritannien an.

11.05.

Beginn des japanisch-sowjetischen Grenzkonflikts

22.05.

Deutsch-italienisches Militärbündnis ("Stahlpakt")

22.08.

Hitler teilt etwa 50 Generälen und Offizieren in seinem Berghof auf dem Obersalzberg seine Absicht mit, Polen anzugreifen.

24.08.

Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion ("Hitler-Stalin-Pakt"), auf den 23.08. datiert; ein geheimes Zusatzprotokoll regelt die Aufteilung Osteuropas in Interessensphären.

25.08.

Britisch-polnischer Bündnisvertrag

30.08.

Polnische Mobilmachung

31.08.

Von deutscher Seite wird ein polnischer Überfall auf den Sender Gleiwitz vorgetäuscht.

Kriegsverlauf

01.09.

Deutscher Angriff auf Polen. Ohne Kriegserklärung beschießt das Linienschiff Schleswig-Holstein, das zu Besuch in der Freien Stadt Danzig ist, das polnische Munitionslager auf der gegenüberliegenden Westerplatte (Kapitulation der Verteidiger dort am 7.09.). Die deutsche Luftwaffe greift die Stadt Wielun an der polnischen Westgrenze an. Hitler verkündet in einer Rede vor dem Reichstag den Kriegsbeginn ("Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen!").

02.09.

Anschluss der Freien Stadt Danzig an das Deutsche Reich

03.09.

Kriegserklärung Großbritanniens und Frankreichs an Deutschland

05.09.

Die neugegründete Slowakische Republik beteiligt sich am Krieg gegen Polen.

17.09.

Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen; Zusammentreffen mit der Wehrmacht bei Brest-Litowks am 18.09.

27.09.

Vereinigung der zentralen Ämter der Sicherheitspolizei (Gestapo und Reichskriminalpolizeiamt) mit dem Sicherheitshauptamt des Reichsführers SS zum Reichssicherheitshauptamt (RSHA)

27./28.09.

Bombardierung und Kapitulation Warschaus

14.10.

Das britische Schlachtschiff "Royal Oak" wird in Scapa Flow durch ein deutsche U-Boot versenkt.

08.11.

Das Bombenattentat Georg Elsers auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller misslingt.

30.11.

Sowjetischer Angriff auf Finnland ("Winterkrieg")

1940

12./13.02.

Erste Deportation von Juden aus dem Reichsgebiet nach Lublin

09.04.

Beginn der Besetzung Norwegens und Dänemarks durch die Wehrmacht (Unternehmen "Weserübung")

12.03.

Frieden von Moskau zwischen der Sowjetunion und Finnland, das erhebliche Gebiete in Lappland und Karelien verliert.

17.03.

Hitler ernennt Fritz Todt zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition, um die deutsche Kriegswirtschaft stärker zu kontrollieren.

10.05.

Beginn der Westoffensive: Einmarsch der Wehrmacht in die neutralen Niederlande, Belgien und Luxemburg

15.05.

Das britische Kabinett beschließt den strategischen Luftkrieg gegen das Deutsche Reich.

20.05.

Invasion Kretas. Nach der verlustreichen Luftlandeoperation ziehen sich die Alliierten zurück.

27.05.

Versenkung des deutschen Schlachtschiffes "Bismarck", ein entscheidender Sieg im atlantischen Seekrieg.

27.05.-04.06.

Briten und Franzosen evakuieren 338.000 Soldaten aus dem von den Deutschen eingeschlossenen Dünkirchen über den Kanal (Operation "Dynamo").

14.06.

Kampflose Besetzung von Paris durch die Wehrmacht; der 84-jährige Marschall Philippe Pétain, nach dem Rücktritt seines Vorgängers Paul Reynauds (16.06.) neuer Ministerpräsident, erklärt am 17.06. im Rundfunk den Kampf für beendet und sondiert die Bedingungen eines Waffenstillstandes.

18.06.

Charles de Gaulle ruft im Londoner Exil zur Fortsetzung des Widerstandes auf, gründet später das "Komitee freies Frankreich" und stellt freiwillige französische Einheiten in der britischen Armee zusammen (Forces Françaises Libres).

22.06.

Unterzeichnung des deutsch-französischen Waffenstillstands bei Compiègne. Die Wehrmacht besetzt den Nordosten Frankreichs und die Atlantikküste; die kollaborierende Regierung Pétain, jetzt Chef de l'État (Staatschef), wählt das unbesetzte Vichy als Regierungssitz (01.07.).

30.06.

Beginn der deutschen Besetzung der britischen Kanalinseln

31.07.

Hitler gibt intern bekannt, dass er die Sowjetunion angreifen will.

Juli-September

In der "Luftschlacht um England" bringt die Air Force der Luftwaffe eine Niederlage bei.

25./26.08.

Erster britischer Bombenangriff auf Berlin nach einem Abwurf deutscher Bomben auf London in der vorangegangenen Nacht.

01.09.

Juden müssen gelben Stern tragen.

27.09.

Dreimächtepakt: Deutschland, Italien und Japan

Herbst

Errichtung jüdischer Ghettos in Warschau, Lublin, Krakau, Lodz u.a.

28.10.

Beginn des Griechisch-Italienischen Krieges

14.11.

Deutscher Luftangriff auf Coventry, bei dem über 550 Menschen sterben.

16.12.

Britischer Luftangriff auf Mannheim, erstmals mit der Absicht des "moral bombing"

18.12.

Hitler weist die Wehrmacht an, den Angriff auf die UdSSR vorzubereiten ("Fall Barbarossa").

29.12.

Deutscher Luftangriff auf London (Second Great Fire of London)

1941

19.01.

Beginn der britischen Offensive gegen die Kolonie Italienisch-Ostafrika

11.02.

Das "Deutsche Afrika-Korps" unter General Erwin Rommel trifft in Tripolis ein, um den Bündnispartner Italien im Kampf gegen die Briten zu unterstützen.

28.02.

Einmarsch der Wehrmacht in Bulgarien

11.03.

Der US-Kongress verabschiedet das Leih- und Pachtgesetz (Lend-Lease Act): Die offiziell neutralen USA stellen Hilfsgüter und Nachschub an Großbritannien, die UdSSR, China und andere gegen Deutschland und Japan kämpfenden Staaten bereit.

30.03.

Hitler kündigt in der Reichskanzlei vor Generälen und Offizieren den Krieg gegen die Sowjetunion an und erläutert die Grundsätze der Kriegsführung: Es gehe um einen "Vernichtungskrieg" mit barbarischer Härte.

06.04.

Beginn des Balkanfeldzugs der Wehrmacht gegen Jugoslawien und Griechenland; Luftangriffe auf Belgrad, das am 12.04. besetzt wird.

13.04.

Japanisch-sowjetischer Neutralitätspakt

25.04.

Deutsche Luftlande-Invasion auf Kreta, wo britische Soldaten stationiert waren; 20.05. Luftlandeschlacht um die Insel

10.05.

Rudolf Heß, Hitlers Stellvertreter in der NSDAP-Führung, fliegt nach Schottland, angeblich um mit London eine Einigung zu erzielen, bevor der Krieg gegen die UdSSR beginnt; er wird interniert und später als Kriegsverbrecher verurteilt. Hitler erklärt Heß zu einem geisteskranken Verräter.

13.05.

Ein Erlass Hitlers setzt die Kriegsgerichtsbarkeit in den künftig besetzten sowjetischen Gebieten außer Kraft.

06.06.

"Kommissarbefehl" des Chefs des OKW Keitel sieht die völkerrechtswidrige Ermordung kriegsgefangener politischer Kommissare der Roten Armee ohne Gerichtsverfahren vor.

22.06.

Deutscher Überfall auf die Sowjetunion (Unternehmen "Barbarossa"). Den drei Heeresgruppen Nord, Mitte und Süd folgen die vier "Einsatzgruppen" A, B, C, D der Sicherheitspolizei und des SD der SS, denen 1941/42 über eine Millionen Menschen zum Opfer fallen. Finnland beteiligt sich am Krieg gegen Russland; Rumänien und Italien erklären Russland den Krieg; am 27.06. folgt Ungarn.

29.06.

Stalin ruft zum "Großen Vaterländischen Krieg" und, am 3.07., zu einer Politik der "Verbrannten Erde" auf.

17.07.

Rosenberg wird "Reichsminister für die besetzten Ostgebiete"; das "Reichskommissariat Ostland" entsteht, am 20.08. folgt das "Reichskommissariat Ukraine"

21./22.07.

Beginn der Luftangriffe auf Moskau

08.08.

Erster sowjetischer Luftangriff auf Berlin

14.08.

In der "Atlantik-Charta" fixieren US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premierminister Winston Churchill ihre Ideen von einer Weltordnung nach dem Krieg. Die Charta gilt als Gründungsdokument der späteren Vereinten Nationen.

23.08.-26.09.

Schlacht um Kiew; 665.000 sowjetische Soldaten geraten in deutsche Kriegsgefangenschaft.

08.09.

Beginn der Belagerung Leningrads. Während der fast 900-tägigen Belagerung (bis zum 18.01.1944) werden bis zu eine Million Menschen systematisch in den Hungertod getrieben.

30.09.

Massenmord an über 30.000 Juden bei Kiew (in der Schlucht Babyn Jar), dem weitere Massenerschießungen folgen.

02.10.

Beginn des Vormarsches auf Moskau

14.10.

Befehl zur Deportation von Juden aus dem Reichsgebiet (u.a. aus Berlin) in Ghettos

05.12.

Russische Winteroffensive – der Gegenangriff der Roten Armee lässt den "Blitzkrieg" gegen die UdSSR scheitern, der Angriff bleibt vor Moskau stecken. 3,3 Mio. sowjetische Soldaten sterben in deutscher Kriegsgefangenschaft.

07.12.

Japanischer Luftangriff auf Pearl Harbor (Hawaii), den wichtigsten Stützpunkt der USA im Pazifik. Mit dem Überfall auf die US-Flotte beginnt der Krieg im Pazifik. Die USA erklären Japan am 8.12. den Krieg. Mit dem Kriegseintritt der USA weitet sich der militärische Konflikt zu einem neuen Weltkrieg aus. Japan beginnt die Invasion Südostasiens.

11.12.

Kriegserklärung Deutschlands und Italiens an die USA

1942

20.01.

Wannseekonferenz. Die NS-Führung koordiniert die systematische Deportation und Ermordung der europäischen Juden ab Januar.

Die ersten osteuropäischen Zwangsarbeiter ("Ostarbeiter") werden ins Deutsche Reich deportiert, bis 1944 insgesamt 3 Millionen.

Anfang 1942

Höhepunkt des U-Boot-Kriegs

14.02.

Bildung der "Polnischen Heimatarmee", Intensivierung des Partisanenkriegs

14.02.

Mit der "Area Bombing Directive" (Anweisung zum Flächenbombardement) wies das britische Luftfahrtministerium den Oberkommandierenden des Bomber Command der Royal Air Force, Arthur Harris, an, seine Kräfte uneingeschränkt einzusetzen und auf die Moral der Zivilbevölkerung zu konzentrieren, insbesondere gegen Arbeiterviertel deutscher Industriestädte zu richten.

27.03.

Erstmals werden Juden aus Frankreich in die Vernichtungslager deportiert.

28./29.03.

Luftangriff auf Lübeck; vier Wochen später beginnen deutsche Vergeltungsangriffe ("Baedeker Blitz")

30./31.05.

"1.000- Bomber-Angriff" auf Köln; zunehmende alliierte Luftangriffe auf Deutschland

02.06.-05.07.

Schlacht auf der Krim um Sewastopol

03.-07.06.

Seeschlacht von Midway: Wende im Pazifik-Krieg nach der japanischen Niederlage gegen die Amerikaner

21.06.

Rommel wird nach militärischen Erfolgen in Nordafrika (Tobruk) zum Generalfeldmarschall befördert.

01.07.

Die Wehrmacht erobert Sewastopol, den wichtigsten sowjetischen Flottenstützpunkts am Schwarzen Meer.

Juli

Sommeroffensive an der Ostfront: Die Wehrmacht rückt auf breiter Front Richtung Wolga und Kaukasus vor.

19.08.

Landung bei Dieppe: große Verluste der Briten und Kanadier

13.09.

Beginn der fünfmonatigen Schlacht von Stalingrad

23.10.

In Nordafrika beginnt mit dem Gegenangriff unter Feldmarschall Bernard Montgomery und dem Sieg bei El Alamein am 4.11. der Rückzug der Achsenmächte Richtung Westen.

08.-11.11.

Britisch-amerikanische Truppen landen bei Casablanca (Marokko) sowie Algier und Oran (Algerien); diese "Operation Torch" leitet den Zwei-Fronten-Krieg in Nordafrika ein. Daraufhin besetzt die Wehrmacht Südfrankreich und Tunesien.

1943

14.-26.01.

Auf der Konferenz von Casablanca fordern die Westalliierten die "bedingungslose Kapitulation" Deutschlands, Italiens und Japans. Am 21. Januar beschließen sie die "Kombinierte Bomberoffensive" (Combined Bomber Offensive), den gemeinsamen strategischen Luftkrieg gegen das Reich.

27.01.

Erster Tagesangriff der US-Luftwaffe, Bombardierung von Wilhelmshaven

02.02.

Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad. 130.000 deutsche und rumänische Soldaten gehen in sowjetische Gefangenschaft.

18.02.

Propagandaminister Goebbels ruft in seiner Rede im Berliner Sportpalast zum "totalen Krieg" auf.

13.05.

Kapitulation des Afrika-Korps in Tunesien; deutsche und italienische Soldaten gehen in Gefangenschaft.

24.05.

Ende der Schlacht im Atlantik, nachdem Großadmiral Dönitz die Kämpfe nach schweren Verlusten abgebrochen hat.

05.-13.07.

Am Kursker Bogen findet die größte Panzerschlacht des Krieges statt (Unternehmen "Zitadelle"); die Wehrmacht scheitert bei dem Versuch, die Rote Armee einzuschließen.

10.07.

Landung britischer und amerikanischer Truppen auf Sizilien

17.07.

Beginn der Sommeroffensive der Roten Armee

24./25.07.

Schwere Luftangriffe auf Hamburg (Operation Gomorrha); im "Feuersturm" sterben 40.000 Menschen.

03.09.

Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens zwischen den Westalliierten und Italien, wo nach der Absetzung Mussolinis (25.07.) Pietro Badoglio die Regierung übernommen hatte.

08.09.

Nach der Bekanntgabe des Waffenstillstandes zwischen Italien und den Alliierten besetzten deutsche Truppen Norditalien und Rom (10.09.); die Wehrmacht entwaffnet die italienischen Besatzungstruppen in Albanien, Griechenland, Jugoslawien und Südostfrankreich und interniert ihre Soldaten.

09.09.

Landung amerikanischer und britischer Truppen bei Salerno (Operation Avalanche)

12.09.

Ein deutsches Kommandounternehmen befreit Mussolini aus seiner Internierung auf dem Gran Sasso. Mussolini gründet am 26.9., die "Faschistische Republik" mit Sitz in Salò; faktisch entsteht eine deutsche Militärverwaltung.

06.11.

Die Rote Armee erobert Kiew zurück.

01.12.

Auf der Konferenz von Teheran beschließen Stalin, Roosevelt und Churchill die gemeinsame Invasion in Frankreich und die Teilung Deutschlands

1944

15.02.

Das Bergkloster Monte Cassino wird durch Amerikanische Luftstreitkräfte zerstört; deutsche Truppen verteidigen den strategisch wichtigen Ort bis zum 18. Mai 1944.

22.02.

Die amerikanische Luftwaffe bombardiert Nimwegen.

18. und 22.03.

Bombenangriffe auf Frankfurt am Main zerstören die historische Innenstadt.

23.02.

Beginn der Luftangriffe auf Tokio

04.06.

Befreiung von Rom; die deutschen Truppen unter Generalfeldmarschall Albert Kesselring ziehen widerstandslos ab.

06.06.

"D-Day": Die Alliierten landen in der Normandie; an der größten amphibischen Landungsoperation (Operation Overlord) sind mehr als 6.000 Schiffe der Alliierten beteiligt. Zu den Kämpfen um den Brückenkopf in den folgenden Wochen gehört die Schlacht um Caen.

10.06.

"Massaker von Oradour" in Oradour-sur-Glane (bei Limoges): Eine Kompanie des SS-Panzergrenadier-Regiments 4 "Der Führer" tötet fast alle Einwohner des Dorfes und zerstört es.

12.06.

Erster Abschuss einer V1-Rakete auf London

Juni

Die Rote Armee durchbricht die Heeresgruppe Mitte, reißt die deutsche Front auseinander und dringt bis vor Warschau und vor Ostpreußen vor.

20.07.

Attentat auf Adolf Hitler. Der Anschlag der Verschwörer um Stauffenberg im "Führerhauptquartier" Wolfsschanze scheitert.

23.07.

Als erstes der deutschen Vernichtungslager wird das KZ Majdanek (Lublin) durch alliierte Truppen (Rote Armee) befreit.

01.08.

Im Warschauer Aufstand erhebt sich die Polnische Heimatarmee gegen die Deutschen. Von der Roten Armee nicht unterstützt, kapituliert sie am 2. Oktober 1944. Ab dem 19. Oktober 1944 wird die Stadt auf Hitlers Befehl fast völlig zerstört.

25.08.

Paris wird befreit. Stadtkommandant Dietrich von Choltitz übergibt die französische Hauptstadt, die er nach Hitlers Willen hätte zerstören sollen.

16.09.

Beginn der Baltischen Operation, mit der die Rote Armee bis zum 24.11.1944 das Baltikum unter sowjetische Kontrolle bringt. Die Heeresgruppe Nord der Wehrmacht wird im Kurland-Kessel abgeschnitten und über die Ostsee versorgt.

17.09.

Britische und kanadische Fallschirmjäger versuchen bei Arnheim vergeblich, die Rheinbrücke zu erobern.

21.10.

Besetzung Aachens als erste deutsche Stadt

16.12.

Mit der Ardennenoffensive misslingt der letzte deutsche Versuch der Wehrmacht, die Alliierten zurückzudrängen.

1945

12.01.

Beginn der sowjetischen Großoffensive zwischen Memel und Karpaten, Vormarsch auf Berlin

17.01.

Befreiung Warschaus

27.01.

Das Konzentrationslager Auschwitz wird von Einheiten der Roten Armee befreit.

30.01.

Evakuierung von über zwei Millionen Deutschen über die Ostsee; 9.000 sterben beim Untergang der "Gustloff".

04.-11.02.

Konferenz von Jalta (Krim)

13.02.

Budapest wird von der Roter Armee besetzt.

13./14.02.

Dresden wird durch britische und amerikanische Bombenangriffe zerstört.

22.02.

Sowjetische Luftangriffe auf Wien

07.03.

US-Truppen erobern die Brücke von Remagen und setzen über den Rhein.

09./10.03.

Luftangriff auf Tokio; mehr als 80.000 Menschen kommen ums Leben.

19.03.

Hitler befiehlt, beim Rückzug alles Brauchbare zu zerstören ("Nero"-Befehl).

12.04.

Nach dem Tod von Franklin D. Roosevelt wird Harry Truman Präsident der USA.

16.04.

Schlacht um die Seelower Höhen (östlich Berlins)

20.04.

US-Truppen besetzen Nürnberg, die Stadt der Reichsparteitage.

01.-21.04.

Ruhrkessel, eine der letzten großen Schlachten des Zweiten Weltkrieges

30.04.

Die Rote Armee erobert das Zentrum Berlins und hisst auf dem Reichstag die sowjetische Fahne.

30.04.

Hitler und Eva Braun nehmen sich das Leben.

08./09.05.

Kapitulation der Wehrmacht; Ende des Krieges in Europa

06./09.08.

Abwurf von Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki

02.09.

Kapitulation Japans

24.10.

Gründung der UNO; 51 Staaten unterzeichnen die Charta der Vereinten Nationen.

20.11.

Vor dem internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg beginnt der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Redaktion

30.4.2015

Herausgeber

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn © 2015
Verantwortlich gemäß § 55 RStV: Thorsten Schilling

Redaktion

Matthias Jung [redaktion@bpb.de]

Externe Redaktion

Gereon Schloßmacher

Konzept

Jörg Echternkamp

Autoren

Jörg Echternkamp

Thomas Vogel

Online-Dossier

<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/>

Impressum

Diensteanbieter

gemäß § 5 Telemediengesetz (TMG)
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn
redaktion@bpb.de